



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

87. Sitzung

2. Wahlperiode

Donnerstag, 14. Mai 1998, Schwerin, Schloß

Vorsitz: Präsident Rainer Prachtl, Vizepräsident Dr. Manfred Ribmann und Vizepräsident Johann Scheringer

Inhalt		
	Michael Nötzel CDU (zur Geschäftsordnung)	5441
Mitteilungen des Präsidenten		5430
Antrag der Fraktion der CDU: Dynamisierung des Bundeserziehungsgeldes und Wiedereinführung des Landeserziehungsgeldes für das gesamte dritte Lebensjahr – Drucksache 2/3770 –	Antrag der Fraktion der PDS: Änderung des Kindertagesstätten-Erlasses des Kultusministeriums vom 29.01.1998 – Drucksache 2/3764 –	5441
	Sabine Jünger PDS	5441
	Reg ne Marquardt Ministerin	5443
	Steflie Schnoor CDU	5444
	Dr. Manfred Ribmann SPD	5446
	Angelika Gramkow PDS	5446
Änderungsantrag der Fraktion der PDS – Drucksache 2/3811 –	Beschluß	5448
Georg Nolte CDU		5430, 5436, 5438
Hinrich Kuessner Minister		5431
Dr. Harald Ringstorff SPD		5431
Annegrit Koburger PDS		5434
Angelika Gramkow PDS		5438
Karla Staszak SPD		5438
Beschluß		5440, 5441
Eckhardt Rehberg CDU (zur Geschäftsordnung)		5441
Volker Schlotmann SPD (zur Geschäftsordnung)		5441
Lorenz Caffier CDU (zur Geschäftsordnung)		5441
	Hermann Bollinger CDU	5448
	Dr. Armin Jäger Minister	5449
	Sab ne Jünger PDS	5451
	Herbert Helmrich CDU	5452
	Sylvia Bretschneider SPD	5454
	Beschluß	5457

Antrag der Fraktion der PDS: Traditionstreffen von lettischen SS-Einheiten – Drucksache 2/3686 –	5457	Annegrit Koburger PDS	5490, 5494
Dr. Gregor Putensen PDS	5457, 5461, 5463, 5464	Dr. Armin Jäger Minister	5492
Herbert Helmrich CDU	5459, 5461, 5464	Renate Holznagel CDU.....	5495
Volker Schlotmann SPD	5461	Heidemarie Beyer SPD.....	5496
Beschluß	5465	Beschluß	5496
Antrag der Fraktion der CDU: Stärkung der Leistungsforderung und -förderung an den allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 2/3768 –	5465	Antrag der Fraktion der CDU: Änderung des Strafvollzugsgesetzes – Drucksache 2/3774(neu) –	5496
Steffie Schnoor CDU.....	5465	Hermann Bollinger CDU	5496
Regine Marquardt Ministerin.....	5467, 5476	Hinrich Kuessner Minister	5498
Andreas Bluhm PDS	5470, 5479	Dr. Arnold Schoenenburg PDS	5500
Eckhardt Rehberg CDU	5472	Lorenz Caffier CDU.....	5502
Sylvia Bretschneider SPD.....	5477	Dr. Gottfried Timm SPD.....	5504
Beschluß	5480	Beschluß	5505
Antrag der Fraktion der PDS: Erbbaurecht für Studentenwerke – Drucksache 2/3766 –	5480	Antrag der Fraktion der PDS: Sanierung und Neubau von Studentenwohnheimen – Drucksache 2/3765 –	5505
Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 2/3816 –	5480	Dr. Gerhard Bartels PDS	5505
Dr. Gerhard Bartels PDS	5480, 5484	Wolfgang Riemann CDU.....	5507
Dr. Manfred Reißmann SPD	5482	Dr. Manfred Reißmann SPD	5507
Steffie Schnoor CDU.....	5483	Angelika Gramkow PDS	5508
Sigrid Keler Ministerin	5483	Beschluß	5509
Beschluß	5486	Antrag der Fraktion der CDU: Kardiologie an der Ernst-Moritz- Arndt-Universität Greifswald und in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 2/3771 –	5509
Antrag der Fraktion der CDU: Annahmekarten für Ausbildungsplätze – Drucksache 2/3769 –	5486	Dr. Hans-Jürgen Zobel CDU.....	5509, 5512
Eckhardt Rehberg CDU	5486	Regine Marquardt Ministerin.....	5510
Kerstin Kassner PDS	5487	Dr. Gerhard Bartels PDS	5511, 5515
Paul-Friedrich Leopold CDU.....	5488	Hinrich Kuessner Minister	5513
Inge Herold SPD.....	5489	Dr. Manfred Reißmann SPD	5514
Beschluß	5490	Beschluß	5515
Antrag der Fraktion der PDS: Fachkommission – Frauenhandel – – Drucksache 2/3763 –	5490	Antrag der Fraktion der CDU: Nutzung „Nothafen Darßer Ort“ – Drucksache 2/3772 –	5516
		Eckhardt Rehberg CDU	5516
		Peter Ritter PDS	5518

Dr. Henning Klostermann SPD	5519
Thomas Nitz CDU	5522
Beschluß	5523

Antrag der Fraktion der PDS:

Schiffsbesetzungsverordnung

– Drucksache 2/3234 –	5523
-----------------------------	------

**Beschlußempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses**

– Drucksache 2/3790 –	5523
-----------------------------	------

**Ergänzungsantrag der Abgeordneten
Steffie Schnoor, Dr. Ulrich Born, Paul-
Friedrich Leopold, Fraktion der CDU,
und der Abgeordneten Rainer Beckmann,
Dr. Manfred Reißmann, Claus Gerloff und
Reinhard Dankert, Fraktion der SPD**

– Drucksache 2/3820 –	5523
-----------------------------	------

Paul-Friedrich Leopold CDU	5523
Reinhard Dankert SPD	5524
Dr. Gerhard Bartels PDS	5524
Beschluß	5525

Nächste Sitzung

Dienstag, 23. Juni 1998	5525
-------------------------------	------

Beginn: 9.01 Uhr

Präsident Rainer Prachtl: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 87. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir werden unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fortsetzen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Dynamisierung des Bundeserziehungsgeldes und Wiedereinführung des Landeserziehungsgeldes für das gesamte dritte Lebensjahr, Drucksache 2/3770.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Dynamisierung des Bundeserziehungsgeldes
und Wiedereinführung des Landeserziehungsgeldes
für das gesamte dritte Lebensjahr
– Drucksache 2/3770 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der PDS
– Drucksache 2/3811 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Nolte.

Georg Nolte CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! An diesem schönen Sonnenmorgen möchte ich, daß auch eine gute Botschaft herüberkommt und daß wir uns dazu verständigen.

(Gerd Böttger PDS: Daß die Sonne lacht, hat die PDS gemacht.)

Sie wissen aus dem vorliegenden Antrag, daß wir drei Anliegen haben. Das erste Anliegen bezieht sich auf eine Bundesratsinitiative, die wir von der Landesregierung erwarten, die sich darauf beziehen soll, das Bundeserziehungsgeld zu dynamisieren, und zwar an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen, das heißt, die Einkommensgrenzen zu verändern.

Der zweite und der dritte Punkt des Antrags beziehen sich darauf, daß das Landeserziehungsgeld, das in der Gültigkeitsdauer für die Bezugsberechtigten auf ein halbes Jahr verkürzt wurde, wieder in voller Höhe eingeführt wird, das heißt, für das volle dritte Lebensjahr der Kinder gezahlt werden soll.

Wenn wir dieses Projekt seriös angehen wollen, dann weiß jeder von Ihnen, daß es eine Finanzrelevanz hat, die wir selbstverständlich beachten müssen. Es gibt gegenwärtig noch keine offizielle Befassung mit dem Haushalt 1999, so daß es aus Sicht der CDU-Fraktion notwendig ist, bei den Ressortabstimmungen, die in Vorbereitung des Haushaltes zwischen den Ministerien und der Finanzministerin stattfinden, auch die entsprechenden Bedarfe für die volle Zahlung des Landeserziehungsgeldes im Jahr 1999 zu berücksichtigen. Dies deshalb, damit unnötige Diskussionen oder Reibungspunkte, die wir bei den Parlamentsdebatten zum Haushalt über Deckungsprobleme für solche Regelungen zu verzeichnen hatten, von vornherein ausgeschlossen werden.

Dies ist natürlich nur sinnvoll, wenn gleichzeitig und parallel dazu von der Landesregierung ein veränderter Gesetzentwurf vorgelegt wird, das heißt eine Zweite Novelle zum Landeserziehungsgeldgesetz, die die volle Wiedereinführung des Landeserziehungsgeldes beinhaltet.

Ich denke, wenn das Parlament diesen Auftrag an die Landesregierung erteilt, hat der Sozialminister die Möglichkeit, einen Fehler – aus unserer Sicht einen familienpolitischen Fehler – wieder zu korrigieren und ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD – Angelika Peters SPD: Warum haben Sie denn damals mitgestimmt? Oder haben Sie nicht mitgestimmt? – Reinhard Dankert SPD: Warum haben Sie damals mitgestimmt?)

Herr Dankert, Sie wissen doch genau – und darauf komme ich nachher noch ausführlich zu sprechen –,

(Angelika Peters SPD: Wer hat denn dagegen argumentiert, als es überhaupt eingeführt wurde?)

daß es der Antrag der Landesregierung war, das Landeserziehungsgeld in voller Höhe zu streichen,

(Angelika Peters SPD:

Als es eingeführt wurde natürlich.)

und daß wir mit Ihnen in den Haushaltsberatungen einen mühsamen Kompromiß herausgeschunden haben,

(Unruhe bei Wolfgang Riemann CDU und Angelika Peters SPD – Glocke des Präsidenten)

die Gültigkeit wenigstens für ein halbes Jahr aufrechtzuerhalten, und daß wir durchaus Deckungsvorschläge hatten, die volle Beibehaltung des Landeserziehungsgeldes durchzusetzen. Allerdings scheiterte dies an Ihrer mangelnden Bereitschaft, dieses mitzutragen.

(Beifall Renate Holznagel CDU)

Ich wollte zur ersten Frage – Dynamisierung des Bundeserziehungsgeldes – sagen, daß die Einkommensgrenzen für den vollen Bezug des Bundes- wie auch des Landeserziehungsgeldes bei durchschnittlich monatlich rund 2.400 DM liegen. Wenn Sie berücksichtigen, daß das steuerliche Existenzminimum, so, wie es vom Bundesfinanzminister festgelegt wurde, 2.538 DM beträgt,

(Unruhe bei Angelika Peters SPD)

dann wissen Sie, daß die 80 Prozent der Menschen, die Anspruch haben und es jetzt nur noch teilweise erhalten, bereits unter das Existenzminimum fallen. Diese Analyse zeigt, daß Landes- und Bundeserziehungsgeld kein gesellschaftlicher Luxus ist, vielmehr ein wichtiges Anliegen der sozialen Gerechtigkeit für Familien.

Wenn Sie berücksichtigen, daß das Kindergeld von gegenwärtig 220 DM – das ja laut Ihrer Forderung erhöht werden soll – eigentlich nur der Ausgleich für zusätzliche Mehrwertsteuerbelastungen der Familien ist, dann wissen Sie gleichzeitig, daß dies von der Sache her keine adäquate Familienförderung ist. Aus diesem Grunde legen wir einen gesteigerten Wert darauf,

(Reinhard Dankert SPD: Das sollten doch alle Kinder einheitlich kriegen. – Zuruf von Angelika Peters SPD)

daß wir diese Verschlechterung der sozialen Rahmenbedingungen für Familien beseitigen und wieder für das volle dritte Lebensjahr des Kindes ein Landeserziehungsgeld einführen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Rainer Prachtl: Zwei Hinweise:

Erstens. Zum Tagesordnungspunkt 22 wird Ihnen noch ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 2/3770 verteilt.

Zweitens. Der Tagesordnungspunkt 23 wurde von der SPD-Fraktion zurückgenommen.

Im Ältestenrat haben wir für den Tagesordnungspunkt 22 eine Aussprachezeit von 30 Minuten vereinbart. Hier sehe und höre ich keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat Herr Minister Kuessner.

Minister Hinrich Kuessner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Anfang meiner Ausführungen möchte ich zwei Zitate verlesen. Das erste: „Bei allen Maßnahmen muß jedoch der Finanzrahmen aus Verantwortung für das Ganze sorgfältig überprüft werden. Wir müssen entscheiden, welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt verantwortbar und angemessen sind.“ Das zweite Zitat: „Der SPD-Gesetzesentwurf“ – damit ist der Gesetzesentwurf zum Landeserziehungsgeld gemeint – „ist also kurz gesagt einfach überflüssig und finanzpolitisch unseriös.“

(Heiterkeit bei Harry Glawe CDU)

„Denn nach den parlamentarischen Spielregeln gehe ich davon aus, daß das Landeserziehungsgeldgesetz eindeutig ein Leistungsgesetz ist, zu dem die Landesregierung die dazu erforderlichen Abstimmungen zu führen hat. Sofern aus der Mitte des Landtages ein Gesetzesentwurf vorgelegt wird, ist die Deckung der Mittel eindeutig nachzuweisen, wie es Artikel 64 der Verfassung fordert.“

Das erste Zitat war von Ministerpräsident Dr. Seite im Landtag am 28. September 1994,

(Andreas Bluhm PDS: Was interessiert uns das Geschwätz von gestern?)

also kurz vor einem Wahltermin. Mein Eindruck ist,

(Andreas Bluhm PDS: Wenn der Eindruck man nicht täuscht.)

dies gilt für Ministerpräsident Dr. Seite weiterhin. In der Landesregierung ist das die Verabredung, und er hat diese Verabredung auch in den letzten Tagen betont.

Das zweite Zitat ist von dem Abgeordneten Nolte,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Dr. Harald Ringstorff SPD und Dr. Gerhard Poppei PDS)

auch vom 28. September 1994.

Und da ist mein Eindruck: Wahrscheinlich ist das eine aufgeschriebene Rede gewesen. Der Nachteil von aufgeschriebenen Reden ist, daß man sie vergißt,

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

daß man sie nicht richtig aufnimmt.

(Wolfgang Riemann CDU: Wer hat Ihnen denn die Rede aufgeschrieben?! – Zuruf von Dr. Gerhard Poppei PDS)

Ich denke schon, daß man aufnehmen muß, was man einmal gesagt hat, und mindestens erklären muß, warum man zu anderen Denkweisen kommt.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Caterina Muth PDS: Richtig. – Till Backhaus SPD: Der Präsident war ja auch komischerweise nicht da.)

Dr. Harald Ringstorff SPD: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Hinrich Kuessner: Wenn der Präsident es erlaubt.

Präsident Rainer Prachtl: Bitte.

(Dr. Ulrich Born CDU: Jetzt freut sich der Kollege Dr. Ringstorff.)

Dr. Harald Ringstorff SPD: Herr Minister Kuessner, ist es so, daß die CDU-Fraktion 1994 den Antrag auf Landeserziehungsgeld abgelehnt hat, obwohl seinerzeit die finanzielle Situation des Landes wesentlich besser war als zur Zeit?

(Dr. Ulrich Born CDU: Das weiß er doch nicht.)

Minister Hinrich Kuessner: Leider weiß ich das, und ich muß das mit einem klaren Ja beantworten.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Siegfried Friese SPD: Das sind so Eigentore, die man sich schießt.)

Dr. Harald Ringstorff SPD: Danke.

Minister Hinrich Kuessner: Am 5. März 1997 hat der Landtag das Erste Änderungsgesetz zum Landeserziehungsgeldgesetz beschlossen. Auch mit den Stimmen der CDU-Fraktion ist der Leistungsbezug des Erziehungsgeldes von zwölf auf sechs Monate reduziert worden,

(Unruhe bei den Abgeordneten – Glocke des Präsidenten)

für beide Regierungsfractionen sicher eine schmerzhaft, aber angesichts der finanziellen Situation des Landes und der sich verändernden Rahmenbedingungen verantwortungsbewußte Entscheidung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen: Nicht mangelndes familienpolitisches Bewußtsein, sondern die großen Steuerausfälle in unvorhersehbarem Umfang damals waren der Grund. Ich möchte Sie auch daran erinnern. Diese Steuerausfälle sind in der Übergangszeit bekannt geworden. Auch Ihre ehemalige Finanzministerin hat dieses nicht gewußt.

(Angelika Gramkow PDS: Das ist nicht in erster Linie ein finanztechnisches Problem, sondern eine politische Entscheidung. –

Angelika Peters SPD: Politische Entscheidungen kosten aber unheimlich Geld, Frau Gramkow.)

Es ist nicht ein einseitiges Nichtwissen, sondern es ist damals ein allgemeines Nichtwissen gewesen. Es hat uns alle kalt erwischt. Die notwendige Werftenfinanzierung und der Ausgleich für bundespolitische Fehlleistungen, insbesondere im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, haben damals CDU und SPD gezwungen, ...

(Unruhe bei den Abgeordneten – Glocke des Präsidenten)

Präsident Rainer Prachtl: Meine Damen und Herren! Ich würde Sie bitten, wir sind im Plenarsaal und nicht in der Cafeteria. Bitte wahren Sie die Ordnung.

(Zuruf von Angelika Gramkow PDS)

Minister Hinrich Kuessner: Damals haben beide Fraktionen gemeint, und auch wir in der Regierung haben darum diesen Vorschlag gemacht, daß wir diese unpopuläre Entscheidung treffen müssen.

Meine Damen und Herren, heute – 14 Monate später – legt die CDU-Fraktion einen Antrag vor, nach dem das alles nicht mehr gelten soll

(Gerd Böttger PDS: Ja, vor den Wahlen.)

und die Landesregierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung des Landeserziehungsgeldes auf zwölf Monate zu erarbeiten. Wenn es Ihnen wirklich um die Sache und nicht um Wahlkampf ginge, würden Sie heute einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, so, wie das der Abgeordnete Nolte 1994 von seinen Kollegen der SPD gefordert hat, denn Sie, meine Damen und Herren, sind der Gesetzgeber.

(Harry Glawe CDU: Das ist auch gut so.)

Das ist nicht die Landesregierung, sondern das sind Sie. Darum haben Sie das auch in der Hand.

(Zuruf von Harry Glawe CDU)

Ich habe Sie gestern schon einmal gebeten. Es ist wirklich schwierig, Ihr undeutliches Gerede hier zu verstehen. Wenn Sie eine Frage haben, bin ich, wenn der Präsident es erlaubt, gerne bereit, darauf zu antworten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Christian Beckmann CDU: Da möchte
bestimmt Herr Ringstorff etwas sagen. –
Glocke des Präsidenten)

Doch Sie müßten dann Farbe bekennen und sagen, woher Sie das Geld nehmen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow PDS: Richtig.)

Ich habe eben Herrn Nolte so verstanden, daß er diese schwierige Leistung wieder einmal anderen zuschieben will, und die sollen die Kürzung machen,

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Till Backhaus SPD: Ich kann jetzt bald nicht
mehr verstehen, was der Minister sagt.)

da Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ...

Präsident Rainer Prachtl: Ich mache Sie ein letztes Mal darauf aufmerksam. Ich lasse jetzt die Zwischenrufe zählen, und die Spitzenreiter bekommen dann Ihre Ordnungsrufe. Irgendwann muß hier im Plenum wieder einmal Sachlichkeit einkehren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Till Backhaus SPD: Richtig. –
Zuruf von Wolfgang Riemann CDU)

Minister Hinrich Kuessner: Da Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, in bester Oppositionsmanner einen Deckungsvorschlag nicht vorgelegt haben, will ich Ihnen über die daraus entstehenden Kosten gern Nachhilfe geben. Die erneute Einführung eines zwölfmonatigen Erziehungsgeldes wäre mit zusätzlichen Belastungen im Landeshaushalt in Höhe von 8,5 Millionen DM für 1999 und 27,8 Millionen DM für 2000 verbunden. Dazu muß man sagen:

Erstens wird die Zahl der Berechtigten von Jahr zu Jahr größer, da wir zum Glück mehr Geburten haben. Dazu kommt Ihr weiterer Antrag zur Dynamisierung. Auch diese Kosten würden sich, da wir in gleicher Höhe das Landeserziehungsgeld zahlen wie das Bundeserziehungsgeld, fortsetzen. Da Ihre Parteikollegen in Bonn die Dynamisie-

rung seit 1996 nicht durchgeführt haben, ist natürlich die spannende Frage: Was fordern Sie denn jetzt?

(Zuruf von Harry Glawe CDU)

Wenn Sie die Nachholung der Dynamisierung seit 1986 auch fordern, dann ergeben sich für dieses Land jährlich noch einmal erhebliche Millionenbeträge.

(Zuruf von Harry Glawe CDU)

Ich kann dazu natürlich jetzt keine exakten Aussagen machen, da Ihr Antrag auch keine exakten Aussagen beinhaltet. Wir müssen bloß eins bedenken, daß sich das in Mecklenburg-Vorpommern natürlich sehr stark niederschlägt. 1997 haben 95 Prozent derer, die Kinder geboren haben, Anträge gestellt, und diese sind zu 93 Prozent bewilligt worden. Das heißt, daß fast alle, die Kinder bekommen, auch den Anspruch auf Erziehungsgeld haben, daß sie in einer unteren Gehaltsstufe sind, also die Einkommensgrenzen sind niedrig. Das bedeutet außerdem, wir erleben das zur Zeit: Das Wohngeld hat um 50 Millionen DM zugenommen. Das heißt, die hohe Arbeitslosigkeit gerade bei jungen Menschen bedeutet, daß man hier mit großen Beträgen rechnen muß.

Sie müssen sich die Frage gefallen lassen, welche grundlegenden Ereignisse der letzten 14 Monate Sie dazu veranlassen, gemeinsam getroffene Entscheidungen jetzt wieder in Frage zu stellen. Läßt eine neue Steuerschätzung etwa auf eine gefüllte Landeskasse hoffen?

(Angelika Gramkow PDS: Er hat schon darüber unterrichtet. – Zuruf von Harry Glawe CDU)

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß Frau Keler im Kabinett am Dienstag Zahlen vorgelegt hat, die leider diese Hoffnungen nicht erfüllen.

(Angelika Gramkow PDS: Aber das macht er trotzdem. – Angelika Peters SPD:
Ach hören Sie doch auf! –
Zuruf von Harry Glawe CDU)

Sie müssen sich auch folgender Frage stellen: Sind spürbare Entlastungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zu erwarten? Bei realistischer Betrachtung ist mit beidem sicher nicht zu rechnen.

(Angelika Peters SPD: Nee.)

Oder, Herr Nolte, soll auf eine Förderung des Krankenhauses in Neustrelitz verzichtet werden?

(Unruhe bei den Abgeordneten)

Anbieten könnte ich auch eine Reduzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

(Zuruf von Harry Glawe CDU)

Präsident Rainer Prachtl: Herr Glawe, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, Frau Gramkow, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, und, Frau Peters, ich erteile auch Ihnen einen Ordnungsruf.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und ich sage Ihnen, wenn Sie dagegen protestieren, bekommen Sie einen zweiten, dann können Sie rausgehen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Till Backhaus SPD: Richtig, jetzt ist
mal Schluß hier mit dem Theater.)

Bitte, Herr Minister, reden Sie weiter.

Minister Hinrich Kuessner: Anbieten, Herr Nolte, könnte ich Ihnen auch eine Reduzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Landkreis Mecklenburg-Strelitz.

(Beifall Beate Mahr SPD)

Ich weiß, Herr Nolte, daß Sie in Ihrem Wahlkreis gerne offene und klare Worte sagen.

(Georg Nolte CDU:
Sie können Gutachten anfordern.)

Nein, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, nicht wirklich ernstzunehmende familienpolitische Erwägungen veranlassen Sie zu einem solchen Antrag, sondern purer Wahlkampfpopulismus!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieser Antrag reiht sich nahtlos ein in die nicht eingelösten Versprechungen Ihres Bundeskanzlers: blühende Landschaften und Halbierung der Arbeitslosigkeit ankündigen und Sozialabbau betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Diese Politik des „Allen alles versprechen und nichts halten!“ hat das Vertrauen der Menschen in Ostdeutschland erheblich geschädigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die große Mehrheit der Menschen wird Ihnen diese Politik nicht länger abnehmen, davon bin ich fest überzeugt.

Nicht sicher bin ich mir allerdings nach den Ereignissen in Sachsen-Anhalt, wie die Menschen am 27. September 1998 auf eine solche Ankündigungspolitik reagieren werden, und darin liegt die eigentliche Verantwortungslosigkeit in Ihrem Antrag.

Meine Damen und Herren, es ist wirklich wenig hilfreich, wenn Herr Rehberg öffentlichkeitswirksam ein Bündnis aller Demokraten einfordert und gleichzeitig solch wahltaktische Anträge vorgelegt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme unseres Landes sind zu komplex, als daß sie im Handstreich zu lösen wären.

Die Wähler haben einen Anspruch darauf zu erfahren, daß es nicht möglich ist, das Landeserziehungsgeld auf zwölf Monate zu verlängern,

(Angelika Gramkow PDS:
Dann gehe ich lieber raus.)

ohne daß bei Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Behinderteneinrichtungen gespart werden muß. Wer dieses verschweigt, mag vielleicht kurzfristige Wahlerfolge erzielen, langfristig wird er unglaubwürdig und treibt die Wähler in die Arme der Rechtsextremisten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren! Auch ich würde gerne den jungen Familien in unserem Land sechs Monate länger ein Erziehungsgeld zur Verfügung stellen. Mir sind die Leistungen der Familien für das Gemeinwohl und die Zukunft unserer Gesellschaft bewußt. Warum aber, wie in der Begründung zum Antrag formuliert, die Kürzung des Landeserziehungsgeldes auf ein halbes Jahr die jungen Familien benachteiligt, bleibt unklar. Benachteiligung wem

gegenüber? Den Arbeitslosen, den Behinderten, den Pflegebedürftigen oder etwa den Familien in den anderen Bundesländern?

Es muß an dieser Stelle folgendes festgestellt werden, ich habe darauf auch während der Beratungen zum Änderungsgesetz hingewiesen:

Erstens. Neben Mecklenburg-Vorpommern gewähren nur vier weitere Bundesländer überhaupt ein Erziehungsgeld in vergleichbarer Form. Rheinland-Pfalz hat die Zahlung eines Landeserziehungsgeldes in diesem Jahr eingestellt. In der Diskussion um die Veränderungen um den Länderfinanzausgleich können wir uns in der gesamtdeutschen Diskussion das Aufsatteln nach meiner Überzeugung nicht leisten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Angelika Gramkow PDS)

Ich glaube, daß uns das insgesamt in dem Transfer, auf den wir in den nächsten Jahren angewiesen sind und wo wir immer wieder werben müssen, daß er in derselben Höhe bleibt, ganz stark auf die Füße fallen wird, wenn wir mehr machen als die westlichen Bundesländer. Wir sollten uns sehr genau überlegen,

(Jürgen Andrees CDU: Der
Vergleich hinkt, Herr Minister.)

ob diese Botschaft die richtige in der harten gesamtdeutschen Diskussion zur Zeit ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Im bundesweiten Vergleich liegen wir mit den gewährten Leistungen nach wie vor an der Spitze. Auch das muß man einfach sachlich feststellen. Dies ist eine beachtliche sozialpolitische Leistung des Landes, die es trotz finanzieller Anstrengungen zu erhalten gilt und in der ich eine Benachteiligung junger Familien nun wirklich nicht erkennen kann.

Meine Damen und Herren! Die soziale Absicherung von Familien ist eine originäre Aufgabe des Bundes. Es ist und bleibt ein familienpolitisches Versäumnis der CDU-geführten Bundesregierung, bei der Möglichkeit eines dreijährigen Erziehungsurlaubes nur ein zweijähriges Erziehungsgeld anzubieten. Von diesem bundespolitischen Versäumnis abzulenken und damit in Mecklenburg-Vorpommern auf Stimmenfang zu gehen, ist einfach unseriös.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die SPD ist sich der Verantwortung gegenüber den Familien bewußt. Sie hat und wird die Familien durch vielfältige Maßnahmen

(Wolfgang Riemann CDU: Worte.)

bei der Bewältigung ihrer Aufgaben unterstützen.

Beim Kindergeld sind gegen den Widerstand der Bundesregierung Verbesserungen erreicht worden: 1997 konnte die Erhöhung des Kindergeldes auf 220 DM durchgesetzt werden. Der nächste Schritt ist eine Aufstockung auf 250 DM.

Und über Ihre Äußerung eben, Herr Nolte, habe ich mich schon sehr gewundert.

Das Kindergeld wird gezahlt bis zum Ausbildungsende. Das ist eine verlässliche wichtige Zahlung für Familien, damit sie ihre Kinder in...

(Georg Nolte CDU: Nur Ausgleich für die Mehrwertsteuerbelastung.)

Ja, auch dieses muß natürlich ausgeglichen werden. Wenn wir die Familien mehr belasten, müssen wir ihnen auch mehr Kindergeld geben. Und wenn Sie Vorreiter sein wollen, helfen Sie doch mit, daß sie ein noch höheres Kindergeld bekommen. Das macht viel Sinn.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine SPD-geführte Bundesregierung

(Heiterkeit bei Harry Glawe CDU)

wird Arbeitnehmer und Familien steuerlich entlasten.

(Zuruf von Lutz Brauer CDU)

Nicht zuletzt wird eine aktive Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik

(Dr. Christian Beckmann CDU: Nicht sehr überzeugend, Herr Kuessner.)

die Erwerbsarbeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen. Wenn ich jetzt Gelder frei hätte, würde ich sie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dies, meine Damen und Herren, ist wirkliche Familienpolitik und nicht Wahlkampfgetöse, wie der Antrag der CDU-Fraktion. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Rainer Prachtl: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Koburger von der PDS-Fraktion.

Annegrit Koburger PDS: Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Fortsetzung 3 der unendlichen Geschichte „Erziehungsgeld“ im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, zumindest in der jetzigen Legislaturperiode.

Auf die Wiedergabe der einzelnen Fortsetzungsserien verzichte ich aufgrund der allgemeinen Bekanntheit heute gerne, doch eines muß ganz deutlich gesagt werden: Was Sie hier mit dem Antrag betreiben, ist nicht nur Wahlkampf pur, sondern peinliche Augenauswischerei bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Sie, meine Damen und Herren der CDU, wollen sich damit als die Retterinnen und Retter des Landeserziehungsgeldes, als die Verfechterinnen und Verfechter der Belange der Familien hinstellen, aber unterschätzen Sie nicht die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Intellekt, denn ihr konservatives Familienbild – Vater geht zur Arbeit, Mutter hütet brav die Kinder zu Hause,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann CDU)

und sonntags gehen wir gemeinsam in die Kirche – können Sie schlicht und einfach vergessen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Gesine Skrzepski CDU)

Die Familien wissen sehr wohl, welchen politischen Kräften sie Arbeitslosigkeit, Niedriglohnbedingungen, Zunahme von Sozialhilfebedürftigkeit, geringe Chancen bei

Ausbildungsplätzen, steigende Lebenshaltungskosten, sprich soziale Ungleichheit, zu verdanken haben.

In 16 Jahren Bonner CDU/CSU- und FDP-Politik in trauerlicher Gemeinsamkeit und zum Teil vorauseilendem Gehorsam sowie in 8 Jahren Schweriner CDU-Landespolitik sind soziale Ausgrenzungen, insbesondere für einen Großteil von Familien, manifestiert und verschärft worden. Darüber täuschen auch Schönredereien, wie sie in den letzten Debatten zu diesem Thema durch Herrn Dr. Bartsch bemüht wurden, nicht hinweg.

Alle Bemühungen der Opposition in Bonn und hier in Schwerin, Verbesserungen für Frauen, Männer, Kinder und Jugendliche, sprich für Familien, zu erreichen, wurden durch Ihre neoliberale Politik hinweggefegt oder nur halbherzig realisiert.

(Beifall Angelika Gramkow PDS)

An einigen der gravierendsten Beispiele möchte ich das deutlich machen:

Ihrer Politik in Bonn und Schwerin zufolge, haben wir ein Ausmaß an Arbeitslosigkeit und damit Ausgrenzungen erreicht, wie es nur mit den Zeiten Anfang der 30er Jahre vergleichbar ist.

(Wolfgang Riemann CDU:

Sachsen-Anhalt unter Duldung der PDS!)

Selbst die wenigen, die sich glücklich schätzen können, noch Arbeit zu haben, müssen durch Lohndumping und außertarifliche Bezahlung Lohnseinbußen in großem Ausmaß hinnehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann CDU: Die haben die größte Arbeitslosigkeit, und das duldet man.)

Parallel dazu knallen – erst circa monatlich, mittlerweile schon fast täglich – die Sektkorken an den Börsen aufgrund der rasant ansteigenden Gewinnzuwächse, insbesondere für solche Unternehmen, die zuvor zuhauf Beschäftigte auf die Straße gesetzt haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ihrer Politik ist ein sprunghafter Anstieg von Preisen bei Mieten, Energie, Wasser, Abwasser, Nahverkehrsmitteln und anderen wichtigen Dienstleistungen, die in den neuen Bundesländern zum Teil höher liegen als in den alten, zu verdanken.

(Michael Nötzel CDU: Sie sind ganz schön naiv, Frau Koburger.)

Im Bereich der gesundheitlichen Vorsorge und Fürsorge sind Einschnitte zu verzeichnen, die vor allem zu Lasten der Patientinnen und Patienten gehen, insbesondere der chronisch Kranken: Steigerung der Zuzahlungen für Arzneimittel, Kuren, Krankenhausaufenthalte, Krankentransporte, Herausnahme der Kassenfinanzierung für Brillengestelle,

(Wolfgang Riemann CDU: Gucken Sie sich mal die Entwicklung der Lebenserwartung an, Frau Koburger!)

Streichung des Anspruchs auf kassenfinanzierte prothetische Zahnversorgung ab dem Jahrgang 1979,

(Dr. Gerhard Poppei PDS: Stellen Sie doch mal den Lautsprecher ab da! – Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

keine ausreichende staatliche Förderung des wirtschaftlichen Zusammenhalts der Familien gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über Steuerfreibeträge und Kindergeld. Das alles, meine Damen und Herren, wirkt sich auf die reale Lebenssituation von Familien aus und ist mit dem Anspruch auf Landeserziehungsgeld und Verbesserung durch eine Dynamisierung des Bundeserziehungsgeldes nicht wieder auszugleichen, höchstens etwas zu mildern.

Da die Menschen dies im tagtäglichen Leben erfahren, wissen sie abzuwägen. So schnell lassen sie sich nicht täuschen, auch nicht mit dem heutigen Antrag, selbst wenn er begrüßenswert ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie waren es doch, die in Regierungsverantwortung mit der SPD in der letzten Legislaturperiode der Einschränkung des Landeserziehungsgeldes zugestimmt haben, sicherlich mit lautem Wehklagen und Vergießen großer Krokodilstränen. Doch selbst in der angespannten Haushaltssituation von 1997 hat es Lösungsmöglichkeiten gegeben,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann CDU: Richtig.)

zum Beispiel durch den Verzicht auf die Finanzierung von Prestigeobjekten.

(Beifall Dr. Gerhard Poppei PDS)

Die PDS-Fraktion hat mit finanziell untersetzten Änderungsanträgen während der Haushaltsberatungen die Beibehaltung des gesetzlichen Anspruchs auf Landeserziehungsgeld eingefordert, die aber wie üblich abgelehnt wurden, natürlich auch von den Vertretern der CDU-Fraktion im Ausschuß. Soviel zu der von Herrn Nolte im September 1996 eingeworfenen interfraktionellen Einigung.

In diesem Zusammenhang bringe ich auch noch einmal unmißverständlich zum Ausdruck: Es war zwar ein SPDgeführtes Sozialministerium, das den Gesetzentwurf zur Änderung des Landeserziehungsgeldgesetzes einbrachte, doch auf der Basis eines Kabinettsbeschlusses der Koalitionsregierung von CDU und SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Siegfried Friese SPD: Da hat der Ministerpräsident auch zugestimmt übrigens.)

Ein weiterer Aspekt wurde und wird von seiten der Damen und Herren der CDU in der damaligen Debatte wie auch heute völlig außer acht gelassen:

(Siegfried Friese SPD: Ja, ja.)

Das Land Mecklenburg-Vorpommern wurde maßgeblich durch die verfehlte Privatisierungspolitik der Treuhand und die fehlende Kontrolle seitens des Bundes und des Landes, insbesondere im Bereich der Werften, sowie durch die Fehlentscheidung der damaligen Finanzministerin Frau Kleedehn,

(Beifall Dr. Gerhard Poppei PDS –
Wolfgang Riemann CDU: Sie hätten
die Werften kaputtgehen lassen.)

was den finanziellen Ausgleich für die verlorengegangenen 850 Millionen DM anbelangt, in eine tiefe Finanzkrise gebracht, an der wir heute noch zu kauen haben und in

Zukunft noch kauen werden. Ebenso die verfehlte Steuerpolitik des Bundes ist dabei zu berücksichtigen.

Die heute landesweite Misere, meine Damen und Herren der CDU, ist das Ergebnis Ihrer Politik in Bonn und hier in Schwerin.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Dabei entlasse ich Ihre Koalitionspartnerin, die SPD, keineswegs aus ihrer Verantwortung. Sie können jedoch nicht so tun, als hätten Sie mit den Entscheidungen und deren Auswirkungen nichts zu schaffen. Sie haben mit dafür gesorgt, daß das stolze Schulschiff, welches 1995 in See stach, um das Bild von Herrn Kuessner von damals zu benutzen, Leck schlug und dann nur notdürftig geflickt wurde.

Meine Damen und Herren, nun zum eigentlichen Anliegen des Antrages: Die PDS-Fraktion unterstützt das Anliegen der in Punkt 1 geforderten Anhebung der im Bundeserziehungsgeldgesetz geltenden Einkommensgrenzen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und die Dynamisierung des Bundeserziehungsgeldgesetzes ertsprechend den gestiegenen Lebenshaltungskosten.

In allen Debatten zum Erziehungsgeld haben wir zum Ausdruck gebracht, daß das Erziehungsgeld unter anderem auch wegen der Einkommensgrenzen und dem geringen Anspruchsbetrag von 600 DM als familienpolitische Krücke zu sehen ist, und daher eine Erhöhung der Einkommensgrenze und die Dynamisierung des Erziehungsgeldes gefordert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dies köte zum einen die Chance, daß anspruchsberechtigte Eltern nicht mehr automatisch in die Sozialhilfe abrutschen, wie das zur Zeit häufig der Fall ist, und zum anderen die Möglichkeit, die Kommunen finanziell zu entlasten.

Wir haben aber noch eine weitere Forderung aufgemacht, die ich mit unserem Änderungsantrag einbringen möchte. Gemäß dem Bundeserziehungsgeldgesetz haben Eltern Anspruch auf einen dreijährigen Erziehungsurlaub, wobei lediglich zwei Jahre aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Daß diese Regelung nur halbherzig ist, wurde ebenfalls in mehreren Debatten schon zum Ausdruck gebracht. Daher heißt unsere Forderung: Ansprüche, die durch den Bundesgesetzgeber garantiert werden, sind auch durch ihn zu finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

So so I gemäß unseres Änderungsantrages die Landesregierung aufgefordert werden, im Bundesrat diesbezüglich initiativ zu werden. Ich bitte Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, mir ist durchaus bekannt, daß eine solche gesetzliche Regelung nicht so schnell realisiert werden kann. Deshalb sollte zwischenzeitlich die landesgesetzliche Regelung – Zahlung eines Erziehungsgeldes für das gesamte dritte Lebensjahr – in vollem Umfang wieder eingeführt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Die Punkte 2 und 3 des Antrages finden unsere Zustimmung.

Meine Damen und Herren, auch mit den Verbesserungen, so sie realisiert werden, bleibt das Erziehungsgeld für die PDS eine Krücke der Familienpolitik, weil es nach wie vor nicht existenzsichernd ist und Abhängigkeiten nicht verhindert. Das hat was mit den Konstruktionsfehlern in diesem Gesetz zu tun und, wie gesagt, vor allem mit dem Ziel Entlastung des Arbeitsmarktes.

Wir haben konkrete Vorstellungen, was Familienpolitik ausmacht, und da geht es in erster Linie darum, existenzsichernde Löhne mit entsprechenden Arbeitsplätzen, Ausbildungsplätzen zu schaffen und die steuerliche Entlastung von Familien zu erreichen. – Danke schön.

(Beifall bei der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Rainer Prachtl: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Nolte von der CDU-Fraktion.

Georg Nolte CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Anfang möchte ich erst einmal sagen: Kinder in Familien sind eigentlich nicht, und dürfen es nicht sein, Gegenstand von politischem Gezerre oder von finanziellen Rechenexempeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Dr. Harald Ringstorff SPD – Gesine Skrzepski CDU: Genau. – Dr. Gerhard Poppei PDS: Bja, bla, bla! – Till Backhaus SPD: Man, man, man, man!)

Kinder sind Sinnerfüllung und Lebensinhalt von Familien. Und ich denke, das sollten auch zum Beispiel die jungen Zuschauer auf den Rängen für sich wissen, wenn sie diese Diskussion hier hören,

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Daß Sie mit gespaltener Zunge reden, das ist ja zum Ausdruck gekommen hier.)

die sicherlich für sie nicht so besonders begeistert ist.

(Dr. Gregor Putensen PDS: Etwas weniger Schmalz. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich denke, wenn wir den heutigen Antrag stellen, dann tun wir nichts anderes, als die Festlegung des Koalitionsvertrages erneut zur Sprache zu bringen. Dieser Koalitionsvertrag ist blindend für beide Koalitionsfraktionen. Und daher – und das möchte ich hier mit allem Nachdruck sagen – handelt es sich nicht um eine Diskussion über ein Wahlgeschenk, sondern es ist ein Essential, ein substantieller Bestandteil von Familienpolitik für die CDU. Ich glaube, es ist deutlich geworden aus der Akzeptanz des Landeserziehungsgeldes bei den Familien, daß dies kein gesellschaftlicher Luxus ist, sondern es den Menschen zugute kommt, die nämlich unter die Einkommensgrenzen fallen und damit zum Teil sich sogar unter dem gesellschaftlichen Existenzminimum bewegen.

(Karla Staszak SPD: Deshalb reicht das aber nicht.)

Ich möchte hier sagen, daß dieses echte familienpolitische Anliegen seit dem 01.07.1995 in Kraft getreten ist, so, wie es der Koalitionsvertrag vorgesehen hat, aber dann leider – ich habe das bei der Einbringung bereits zitiert – unter die Zwänge der Haushaltsvorbehalte fiel.

Es wurde von dem Minister ausgeführt, daß die SPD 1994 einen Gesetzentwurf vor der Wahl bereits einge-

bracht hatte und es dazu eine Ablehnung in der ersten Legislaturperiode in einer Sondersitzung des Landtages gab. Herr Kuessner, Sie haben recht mit dieser Feststellung, aber Sie müssen es natürlich ein kleines bißchen ausführlicher sagen. Sie als SPD-Fraktion haben damals im Wahlkampf einen Gesetzentwurf eingebracht, ohne irgendeine haushaltsmäßige Ermächtigung dafür zu besitzen. Und Sie wissen ganz genau – darauf haben Sie vorhin selbst hingewiesen –, wenn ein Gesetz aus der Mitte des Landtages formuliert wird, hat der Landtag selbst die finanzielle Deckung nachzuweisen. Dieser Pflicht sind Sie nicht nachgekommen.

Und wenn Sie heute sagen, dieser Antrag soll angeblich ein Wahlgeschenk sein, dann frage ich Sie: Was war Ihr Antrag 1994? Dann müssen Sie sich den gleichen Vorwurf gefallen lassen, den Sie heute der CDU machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhard Dankert SPD)

Ich sage bloß und stelle fest: Wir haben heute eine andere Situation, und auf die will ich hier deutlich hinweisen.

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Wir haben eine angespanntere Haushaltssituation.)

Wir haben heute in einer planmäßigen Sitzung des Landtages, in der regulären Legislatur einen Antrag gestellt.

(Heidmarie Beyer SPD: Und wo ist die Deckung?)

Das Ziel dieses Antrages ist ein Auftrag an die Landesregierung, eine Gesetzesnovelle zu formulieren

(Sylvia Bretschneider SPD: Ja, um Populismus zu erzeugen.)

und zusätzlich bei den Haushaltsanmeldungen 1999 entsprechende Deckung sofort vorzusehen.

(Reinhard Dankert SPD: Herr Nolte, wir werden ordnungsgemäß abstimmen. Was reden Sie überhaupt?!)

Selbstverständlich werden wir abstimmen.

(Reinhard Dankert SPD: Ja, ja. Schön.)

Ja, aber es ist gut und richtig, und deswegen unterhalten wir uns dazu, daß wir auch Sachargumente austauschen. Am 05.03.1997 sind wir als Koalition – das sage ich hier deutlich – an den Menschen im Land wortbrüchig geworden aus Gründen von Haushaltszwängen. Und ich denke, wir sind es den Menschen schuldig, diesen Tatbestand zu korrigieren. Ich bringe dazu folgende Sachargumente.

(Annegrit Koburger PDS: Ach, lassen Sie es doch!)

Das Landes- und Bundeserziehungsgeld ist Zukunftspolitik für Familien. Insofernweigere ich mich ganz entschieden dagegen, dieses Gesetz als Konsumtion anzusehen. Dieses Gesetz hat Akzeptanz bei der Bevölkerung gefunden. Die Vorbehalte, die im Vorfeld zu diesem Gesetz von verschiedener Seite formuliert wurden, sind zwischenzeitlich zurückgezogen worden. Es hat seine Akzeptanz in der Bevölkerung gefunden.

Ich darf noch mal auf die Situation in den einzelnen Bundesländern zurückkommen. Es geht ein Riß durch die Bundesrepublik Deutschland, nämlich bezogen auf die Gewährung von Landeserziehungsgeld oder – ich kann es

noch globaler sagen – hinsichtlich der Förderung von Familien. Die Gewährung familienpolitischer Förderungen ist ein Ziel von CDU-Regierungen gewesen. Die CDU in Sachsen hat das Landeserziehungsgeld zunächst auf ein halbes Jahr eingeführt und hat es 1997 auf ein Jahr verlängert.

(Wolfgang Riemann CDU: Hört, hört!)

In Thüringen wurde das Landeserziehungsgeld eingeführt und für ein halbes Jahr mit 600 DM seit Anfang an beibehalten.

(Jürgen Andrees CDU: Hört, hört!)

Die CDU in Rheinland-Pfalz zahlt das Landeserziehungsgeld für ein Jahr, und zwar wurde es verabschiedet unter CDU-Regierung.

(Dr. Harald Ringstorff SPD:

Fürs dritte Kind. Sie nehmen es mit der Wahrheit nicht so genau, Herr Nolte.)

Die CDU in Baden-Württemberg hat das Landeserziehungsgeld für ein Jahr bestätigt. Mit der CSU in Bayern wird das Landeserziehungsgeld für ein halbes Jahr gezahlt.

(Heidemarie Beyer SPD: Da liegen wir doch gut im Trend, Herr Nolte.)

Im SPD-regierten Brandenburg gab es kein Landeserziehungsgeld, sondern nur einen Einmalzuschuß von 1.000 DM, der zwischenzeitlich abgeschafft wurde.

(Annegrit Koburger PDS: Das war doch Ihre erste Wunschvorstellung.)

Das Ziel der Familienförderung, auch des Landeserziehungsgeldes, ist es, die familienpolitischen Rahmenbedingungen zu verbessern.

(Sylvia Bretschneider SPD: Dazu reicht dieses Landeserziehungsgeld aber nicht, Herr Nolte.)

Ich habe vorhin bereits darauf hingewiesen, daß das Kindergeld diese Anforderung nicht erfüllen kann, da das Kindergeld nicht an Bedürftigkeitskriterien gebunden ist. Reich wie Arm erhält diesen gleichen Zahlbetrag. Das Kindergeld ist insofern sozial nicht ausgewogen und richtet sich nicht nach Bedürftigkeitskriterien,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

die von der SPD so gern ins Feld gefahren werden.

(Wolfgang Riemann CDU: Gerechtigkeit. – Annegrit Koburger PDS: Das war wohl nichts!)

Sie wissen, auf Bundesebene ist die Freistellung für drei Jahre zur Wahrnehmung der entsprechenden Erziehungsaufgaben festgelegt worden, für zwei Jahre hat der Bund die finanziellen Lasten des Bundeserziehungsgeldes übernommen. Im dritten Jahr sollten die Länder entsprechende Regelungen finden.

Sie wissen aus der Analyse zum Landeserziehungsgeld – die 1996 und 1997 vielfach dankenswerterweise durch die Medien transportiert wurde –, daß es Akzeptanz bei den Familien fand. Besonders bei Alleinerziehenden und Studierenden war es willkommen und hat geholfen, die Lebensplanung positiv zu begleiten. Die Dynamisierung des Bundeserziehungsgeldes ist sinnvoll und kann selbstverständlich nur mit Unterstützung der Länder erfolgen. Sie wissen zwischenzeitlich sicherlich, daß auch Bayern eine entsprechende Initiative gestartet hat.

Herr Minister, Sie haben darauf hingewiesen, daß 93 Prozent der Eltern von Kindern Anträge stellen.

(Reinhard Dankert SPD: 95!)

Sie haben aber nicht weitergeführt, daß nur etwa 20 Prozent der bewilligten Anträge volles Landeserziehungsgeld erhalten und 80 Prozent gemindertes, das heißt, 80 Prozent über den Einkommensgrenzen liegen und daher nur anteiliges Erziehungsgeld bekommen. Diese Einkommensgrenzen, ich habe es vorhin schon einmal gesagt, liegen unter dem steuerlichen Existenzminimum. Das sollte uns zu denken geben, wenn 80 Prozent der Antragsteller aus der Zahlung des vollen Erziehungsgeldes herausfallen, weil sie die Einkommensgrenzen überschreiten.

Ich möchte noch mal auf die parlamentarische Diskussion zurückkommen, die wir am 05.03.1997 geführt haben, als es um die Kürzung des Landeserziehungsgeldes ging. Sie wissen selbst, daß im Juni 1996, als die Landesregierung die vollständige Aufhebung vorgeschlagen hatte, sich ihrer eigenen Entscheidung, ihres eigenen Kabinettsbeschlusses unsicher war und dem Parlament ein Schreiben übermittelte und das Parlament bat, eine bessere Lösung zu finden.

Die angeblichen finanziellen Zwänge gab es damals wirklich, und zwar im Zusammenhang mit der Werften-Vulkan-Krise. Sie haben das richtig ausgeführt. Aber die ist deshalb entstanden, weil SPD-Spitzenfunktionäre im Vulkan-Konzern betrogen haben

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer SPD)

und das Land Mecklenburg-Vorpommern in eine Situation gebracht haben, die über 340 Millionen DM zusätzliche Aufwendungen als Investitionshilfen für diese Werften erforderlich gemacht haben. Das ist die Wahrheit,

(Till Backhaus SPD: Frau Breuel hat alles mitgemacht, das wissen Sie auch ganz genau. Und der Kanzler persönlich, der hat das alles abgezeichnet.)

und diese finanziellen Zwänge haben uns in diese schwierige Situation gebracht. Und diese finanziellen Belastungen waren zusätzlich, das ist richtig, sie waren vorher bei seriöser Geschäftsführung in den Werften nicht absehbar.

Herr Minister, Sie haben darauf hingewiesen, welche Finanzbedarfe entstehen. Und deswegen ist es wirklich sinnvoll, daß wir, wenn wir als Parlamentarier seriös mit dem Antrag umgehen, uns auch über die finanziellen Konsequenzen verständigen müssen, das ist richtig so. Aber, wenn ich darauf noch einmal konkret eingehen darf, bei Analyse des gegenwärtigen Landeshaushaltes ergibt sich gegenwärtig zur Zeit Luft von 26 Millionen bei den Personalausgaben über alle Ministerien und von über 280 Millionen bei den Sach- und Fachausgaben in den Ministerien. Wenn wir bei einer kontinuierlichen Ausgabenpolitik bleiben würden und nicht das sogenannte Dezemberfieber einsetzen würde, hätten wir schon in diesem Jahr ausreichend Luft für die volle Zahlung eines Landeserziehungsgeldes.

Ich glaube, deswegen ist es durchaus sinnvoll und seriös, daß wir uns in Vorbereitung des Haushaltes 1999 auch seriös zwischen den Ressorts und dem Finanzministerium unterhalten, wie dieses Problem gelöst werden kann. Es ist selbstverständlich, daß die Landesregierung eine entsprechende Gesetzesnovelle dann flankierend

vorlegen muß und daß damit der Sozialminister eine falsche Entscheidung selbst korrigieren könnte. Und ich glaube, dies würde bei den Wählern sehr gut ankommen.

(Beifall Jürgen Andrees CDU)

Ich glaube, Finanzierungsmöglichkeiten ergeben sich auch, wenn wir die Situation durchforsten, die zusätzliche Belastung, die bei Kitas entstanden ist – ich sehe das rote Licht –, weil nämlich durch den Wegfall des Landeserziehungsgeldes eine höhere Inanspruchnahme von Kita-Plätzen zu verzeichnen war. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Till Backhaus SPD: Ach, jetzt wollen Sie
die Kindergärten auch noch zumachen. –
Zuruf von Heidemarie Beyer SPD)

Präsident Rainer Prachtl: Herr Nolte, Frau Gramkow wollte eine Frage stellen, wenn Sie es erlauben. (Zustimmung)

Angelika Gramkow PDS: Herr Präsident, darf ich?

Präsident Rainer Prachtl: Sie dürfen.

Angelika Gramkow PDS: Herr Nolte, die Meinungsäußerungen der Parteien sind erfolgt. Würden Sie mir zustimmen, daß es eigentlich einer Überweisung dieses Antrages nicht bedarf, da die Haushaltsrelevanz für die Regierung für 1999 gegeben ist und der Haushalt 1999 dann ja entscheiden kann, so daß wir heute sofort abstimmen können?

Georg Nolte CDU: Von der Sache her könnten wir das, da gebe ich Ihnen recht. Ich habe nur auf zwei Probleme aufmerksam gemacht. Das eine ist die Finanzrelevanz. Ich möchte mich nicht gern dem Vorwurf aussetzen, und die Fraktion insgesamt nicht, daß wir über finanzielle Konsequenzen entscheiden, ohne uns in den Gremien dazu eine Meinung zu bilden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Peter Ritter PDS: Sie haben bloß keinen
Mut dazu, das ist alles.)

Das zweite ist, und das haben wir bereits im Vorfeld gesagt, wir möchten dem Koalitionspartner SPD durchaus die Möglichkeit einräumen, sich die Sachargumente noch mal zu Gemüte zu führen

(Sylvia Bretschneider SPD: Wie gnädig!)

und eine positive Meinung dazu zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Angelika Gramkow PDS: Gestatten Sie eine Nachfrage?

Präsident Rainer Prachtl: Gestatten Sie eine Nachfrage, Herr Nolte? (Zustimmung)

Angelika Gramkow PDS: Sie gehen aber genauso wie ich davon aus, daß diese Finanzrelevanz für den Landeshaushalt 1999 von diesem Parlament und höchstwahrscheinlich von dieser Koalition nicht mehr zu entscheiden ist und daß es sich hier um eine Option eines Landtages an einen neuen Landtag handeln würde?

Georg Nolte CDU: Das ist richtig, ...

Angelika Gramkow PDS: Ich danke Ihnen.

Georg Nolte CDU: ... aber Sie wissen, die Ressortabstimmungen laufen derzeit, das heißt, die Ministerien melden ihre Finanzbedarfe für 1999 jetzt an.

(Heidemarie Beyer SPD: Aber das neue
Parlament entscheidet. – Till Backhaus SPD:
Wer entscheidet denn über den Haushalt?
Reden Sie doch nicht um den heißen Brei herum!)

Wenn Sie also dieses Erziehungsgeld nicht berücksichtigen würden, dann kämen wir in die Situation, die wir 1997 oder 1996 hatten, daß wir im Parlament über bestimmte Entscheidungen

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Till Backhaus SPD: Wer entscheidet denn
den Haushalt? – Glocke des Präsidenten)

in der neuen Legislatur entscheiden müßten und selbst Deckungsvorschläge machen müßten.

Angelika Gramkow PDS: Na, das wär' doch toll, das Parlament könnte was entscheiden – Entschuldigung.

(Zuruf von Heidemarie Beyer SPD)

Präsident Rainer Prachtl: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Staszak von der SPD-Fraktion.

Karla Staszak SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befassen uns heute erneut mit dem Landeserziehungsgeld, den Antrag hat die CDU-Fraktion eingebracht.

Die Diskussion zum Landeserziehungsgeld haben wir im September 1996 bereits schon einmal geführt. 1996 war die CDU-Fraktion der Meinung, daß der Sozialminister die für die Finanzierung des Landeserziehungsgeldes nötigen Mittel im Bereich des Arbeitsmarktes einsparen könnte. Mit dem heutigen Antrag läßt die CDU-Fraktion völlig offen, wo die Mittel für dieses Geld herkommen sollen.

(Wolfgang Riemann CDU:
Deshalb Ausschußberatung.)

Ich vermute also, daß diese Mittel im Bereich des Haushaltes des Sozialministers eingespart und damit wieder bei dem Arbeitsmarktprogramm weggenommen werden sollen. Und das kann meiner Meinung nach nicht angehen.

Ich weiß, und das möchte ich Ihnen hier ausdrücklich sagen, daß viele Frauen sagen, wir nehmen lieber dieses Geld als gar nichts.

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Richtig.)

Trotzdem reicht es natürlich nicht. Und deshalb halte ich den Antrag für populistisch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Andreas Bluhm PDS: Das ist unparlamentarisch.)

Das Ansinnen der CDU-Fraktion ist mir völlig unverständlich, und ich kann diesen Antrag nur in Teilen unterstützen. Das hat mehrere Gründe, die ich Ihnen hier erläutern möchte.

Die Bundesregierung und auch die CDU unseres Landes hätten in der Vergangenheit einige Möglichkeiten gehabt, Familien zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Als es nämlich um die Erhöhung des Kindergeldes ging, hat das Land Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat nicht für die Erhöhung gestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Sylvia Bretschneider SPD: Hört, hört!)

Mecklenburg-Vorpommern hat sich deshalb in dieser Frage enthalten müssen, wo Geld jedem Kind zugute gekommen wäre

(Wolfgang Riemann CDU: Auch den reichen Kindern. – Annegrit Koburger PDS: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

– dazu komme ich noch – und der Bund in der Pflicht zur Finanzierung gewesen wäre.

(Beifall Heidemarie Beyer SPD)

An diesem Punkt hätte ich mir zum Beispiel mehr Engagement der CDU für Familien gewünscht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber es kommt noch härter. Mit der Novelle des Arbeitsförderungsreformgesetzes ist eine weitere Verschlechterung, massive Verschlechterung für Frauen eingetreten. Das Erziehungsgeld wird bei der Arbeitslosenhilfe wie Einkommen angerechnet.

(Till Backhaus SPD: So ist es, genauso ist es. Das weiß Herr Nolte gar nicht.)

Die Frauen des Landes sind entsetzt. Dadurch werden gerade die Frauen viel, viel schlechtergestellt, die es am dringendsten brauchen würden, nämlich die arbeitslosen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Harald Ringstorff SPD: Hört, hört!)

Und deshalb ist diese ganze Diskussion scheinheilig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Harald Ringstorff SPD: Richtig.)

Die Anrechnung des Erziehungsgeldes auf die Arbeitslosenhilfe zeigt nämlich Ihre Ideologie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht nämlich nicht darum, Familien zu stärken oder etwa die Frauen zu unterstützen, sondern es geht allein darum, die Frauen aus dem Arbeitsmarkt herauszudrängen,

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Till Backhaus SPD: Das hat Herr Nolte ja auch gesagt. – Michael Nötzel CDU: Das ist eine Unterstellung! – Glocke des Präsidenten)

nämlich ihnen Anreize zu schaffen, möglichst lange die Erwerbstätigkeit zu unterbrechen und die Kindererziehung individuell in der Familie zu leisten und damit auch die öffentlichen Kindereinrichtungen zu schwächen.

(Beifall bei der SPD – Till Backhaus SPD: Genau, das hat Herr Nolte auch gesagt. – Zuruf von Angelika Gramkow PDS)

Daß das Erziehungsgeld diesen Effekt hat, hat eine Untersuchung – die ist nicht von mir – des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit im Juli letzten Jahres eindeutig ergeben. Unter anderem wurde untersucht, wie die Reformierung des Erziehungsurlaubs auf die Verfestigung oder Erleichterung tradierter Rollenmuster bei Frauen wirkt. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß noch stärker als in Westdeutschland mit dem Erziehungsurlaub in Ostdeutschland die frauenspezifische Unterbrechung aus familiären Gründen zu einem Hemmnis für die weitere Berufstätigkeit

(Zuruf von Angelika Peters SPD)

und damit ein Diskriminierungskriterium auf dem Arbeitsmarkt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nach Aussagen jedes zweiten Betriebes führt bei anspruchsvollen Tätigkeiten bereits eine ein- bis zweijährige Unterbrechung zu Problemen bei der Wiedereingliederung. Die schlechte Arbeitsmarktsituation, meine Damen und Herren, führte bereits 1993 dazu, daß nur 55 Prozent der Frauen nach dem Erziehungsurlaub in Ostdeutschland im alten Betrieb weiterbeschäftigt wurden.

(Harry Glawe CDU: Wir haben jetzt '98.)

Ich betone: nur 55 Prozent! Insgesamt waren 1995 ein Viertel der ostdeutschen Erziehungsurlauberinnen, die zwischen 1990 und 1992 wegen Kinderbetreuung ihre Berufstätigkeit unterbrochen hatten, anschließend arbeitssuchend beziehungsweise arbeitslos. Lediglich gut jede Zehnte befand sich mit einem weiteren Kind noch im Erziehungsurlaub. Der Erziehungsurlaub wird auch in Ostdeutschland vergleichbar wie in Westdeutschland von nur einem Prozent der Männer in Anspruch genommen.

(Beifall Beate Mahr SPD)

Allerdings sagen 37 Prozent der ost- sowie der westdeutschen Männer und Frauen, daß der Erziehungsurlaub gerne unter beiden Partnern aufgeteilt würde, wenn er ohne finanzielle Nachteile möglich wäre.

(Heidemarie Beyer SPD: Richtig. – Till Backhaus SPD: So ist es.)

Und das ist der frauenpolitische Ansatz, daß beide partnerschaftlich dieses in Anspruch nehmen können,

(Zuruf von Angelika Gramkow PDS)

weil wir nur dann eine Chancengleichheit beider Geschlechter herstellen können. Ja, damit könnten ...

(Heidemarie Beyer SPD: Das ist auch sozialdemokratischer Ansatz.)

Ja, ich bin ja 'ne Sozialdemokratin.

Damit könnten also Vorschläge zu einer individuellen Anspruchsberechtigung sowohl für Männer wie auch für Frauen bei einer entsprechenden flankierenden finanziellen Absicherung – und damit meine ich nicht 600 DM – die Beteiligung der Männer fördern und so zur besseren Integration von Frauen im Beruf beitragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man könnte die Unterbrechung aus familiären Gründen so für beide Elternteile selbstverständlicher erscheinen lassen. Daß eine Akzeptanz des Erziehungsurlaubs, zumindest für eine absehbare Zeit, bei Männern vorhanden ist, zeigen auch neue Umfrageergebnisse, wonach etwa die Hälfte der Väter in Ost- und Westdeutschland es auch in der eigenen Familie gutfänden, daß der Vater den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen würde.

(Lorenz Caffier CDU: Das fehlt mir noch.)

Und das, denke ich, ist eine gute Entwicklung. Diese Bereitschaft ist allerdings nur dann vorhanden, wenn – ähnlich wie in Schweden – das Erziehungsgeld eine Lohnersatzleistungsfunktion hat und auf kurze Zeit – hier ein Jahr – begrenzt ist.

(Michael Nötzel CDU: Das haben Sie letztens erst abgelehnt.)

Auch die Männer sehen durchaus das Risiko, daß sie sich nicht zu lange vom Arbeitsplatz entfernen können.

Anstatt Vorschläge zu machen, die bestenfalls – ich sag' es noch mal – populistisch sind, schlimmstenfalls für die Arbeitsmarktchancen von Frauen verhängnisvoll sind,

(Georg Nolte CDU: Frau Staszak, denken Sie doch mal an Ihre Position zum Erziehungsgehalt!)

würde ich mir wünschen, daß die CDU ...

(Zuruf von Georg Nolte CDU)

Wir können darüber sprechen.

(Herbert Helmrich CDU: Ja, ja, das ist alles.)

Nein, da irren Sie sich, das ist nicht alles.

(Herbert Helmrich CDU: Nur von Populismus reden. – Zuruf von Harry Glawe CDU)

... würde ich mir wünschen,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe CDU: Ach, soll sie reden! – Glocke des Präsidenten)

daß die CDU – und dazu hätte sie auf Bundesebene in den letzten Jahren genug Gelegenheit gehabt – Familien durch einen Familienlastenausgleich, der diesen Namen auch verdient, unterstützt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist allerdings nicht geschehen. Im Gegenteil, wie ich bereits erwähnt habe, nicht einmal die Erhöhung des Kindergeldes war durchzusetzen.

(Lorenz Caffier CDU: Babajaga.)

Jetzt möchte ich Ihnen erläutern, was ich darunter verstehe. Familienlastenausgleich heißt,

- daß das Existenzminimum, das steuerfrei gestellt werden muß, auch an die realen Lebenshaltungskosten anzupassen ist und nicht unterhalb des Sozialhilfesatzes bleiben darf.
- Die Leistungen zum Unterhaltsvorschußgesetz müßten ausgebaut und die Beitreibung der verauslagten Gelder müßte intensiviert werden.
- Das Ehegattensplitting, das den alleinverdienenden Ehemann mit erwerbsloser Ehefrau begünstigt, ohne an das Vorhandensein von Kindern geknüpft zu sein, muß abgeschafft werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heidemarie Beyer SPD: Richtig. – Zuruf von Angelika Gramkow PDS)

- Eine Elternversicherung wie in Schweden, wo ein Erziehungsurlaub für ein Jahr bei Inanspruchnahme beider Eltern als Lohnersatzleistung finanziert wird, ist anzustreben und würde eine partnerschaftliche Rollenverteilung möglich machen.
- Kinderbetreuungsangebote sind auszubauen beziehungsweise zu erhalten, um den Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit zu ermöglichen – aber beiden wohlgemerkt.

(Annegrit Koburger PDS: Aber nicht so wie bei uns im Land.)

Vor allem aber müssen Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit notwendig sind, intensiviert werden. Und ein Landeserziehungsgeld, das den Frauen auf lange Sicht nichts nützt, darf nicht zu Lasten von arbeitsmarktpolitisch dringend notwendigen Maßnahmen gehen.

(Beifall Heidemarie Beyer SPD)

Was die Anhebung der Einkommensgrenzen für die Berechnung des Bundeserziehungsgeldes angeht, meine Damen und Herren, möchte ich Sie nur darauf hinweisen, daß dies die Bundesregierung schon seit Jahren hätte leisten können, ohne daß es dazu eines Bundesratsantrages gerade von Mecklenburg-Vorpommern bedürfen würde, zumal die CDU Mecklenburg-Vorpommerns Initiativen, die in diese Richtung gingen, in der Vergangenheit immer blockiert hat.

Ich möchte mir noch erlauben, Ihnen ein Zitat vorzulesen, das gestern der Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt in Berlin von sich gegeben hat: Partner- und Mutterschaft dürfen nach Ansicht dieses Ministers nicht länger ein Karrierekiller für Frauen sein. Deshalb seien neue Initiativen zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da spricht er mir aus dem Herzen.

(Siegfried Frieze SPD: Der lügt.)

Unsere Fraktion beantragt, daß beide Anträge zu überweisen sind in den Sozialausschuß.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Rainer Prachtl: Ich schließe die Aussprache.

Die CDU-Fraktion hat Beratungsbedarf signalisiert. Ich unterbreche die Sitzung für 20 Minuten.

Unterbrechung: 9.58 Uhr

Wiederbeginn: 10.20 Uhr

Präsident Rainer Prachtl: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zum Tagesordnungspunkt 22.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3770 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuß und zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Frauen zu überweisen.

(Georg Nolte CDU: Umgekehrt! – Eckhardt Rehberg CDU: Umgekehrt beantragt. Federführend Sozialausschuß, mitberatend Finanzausschuß.)

Wie bitte?

(Eckhardt Rehberg CDU: So hatten wir darüber abgestimmt.)

Also so war es vom Ältestenrat beantragt.

(Zurufe von der SPD: Ja, ja.)

Und jetzt wird umgekehrt beantragt? – Bitte, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg CDU (zur Geschäftsordnung): Die CDU-Fraktion beantragt die Federführung beim Sozialausschuß und die Mitberatung beim Finanzausschuß.

Präsident Rainer Prachtl: Kollege Schlotmann, bitte.

Volker Schlotmann SPD (zur Geschäftsordnung): Der Ältestenrat hat hier die richtige Empfehlung ausgesprochen. Nach Paragraph 21 Geschäftsordnung sind Haushaltsvorlagen und Finanzvorlagen an den Federführenden, an den Finanzausschuß zu überweisen. Und deswegen tragen wir diesen Antrag so.

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Eckhardt Rehberg CDU: Falsch, völlig falsch! –
Caterina Muth PDS: Das ist doch keine
Finanzvorlage, das ist doch Unsinn!)

Präsident Rainer Prachtl: Herr Caffier, bitte.

Lorenz Caffier CDU (zur Geschäftsordnung): Es müssen alle mitberatend in den Finanzausschuß, aber nicht federführend.

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Siegfried Friese SPD:
Das hat der Ältestenrat beschlossen.)

Präsident Rainer Prachtl: Über den Antrag, der im Plenarsaal von der CDU gestellt wurde, muß zuerst abgestimmt werden, ob die Federführung beim Sozialausschuß oder Finanzausschuß liegen soll. Darüber lasse ich jetzt zuerst einmal abstimmen mit der Maßgabe, daß wir es so wie üblich handhaben und der Änderungsantrag der Fraktion der PDS mit überwiesen wird.

Ich lasse zunächst darüber abstimmen, daß die Überweisung federführend an den Sozialausschuß und mitberatend an den Finanzausschuß erfolgt.

Abgeordneter Nötzel, bitte.

Michael Nötzel CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, ich meine, die Geschäftsordnung gibt eine Abstimmung hierüber nicht her. Die Sachlage dieses Antrages ist so, daß es sich hier um ein eindeutiges Anliegen des Sozialausschusses handelt.

(Beifall Angelika Gramkow PDS)

Der Geschäftsordnung ist insoweit Rechnung getragen, daß diese Drucksache an den Finanzausschuß, weil ihr eine finanzrelevante Bedeutung zukommt, zur Mitberatung überwiesen wird. Der Finanzausschuß kann hier in der Sache nicht entscheiden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Rainer Prachtl: Über die Frage der von der CDU beantragten Federführung durch den Sozialausschuß muß hier im Plenarsaal abgestimmt werden

(Volker Schlotmann SPD: Geschäftsordnung!)

mit der Maßgabe, daß, wenn das eine Mehrheit findet, der Änderungsantrag mit überwiesen wird.

Kollege Schlotmann, bitte.

Volker Schlotmann SPD (zur Geschäftsordnung): Wenn das jetzt so ausgelegt wird, dann beantrage ich im Namen der SPD-Fraktion, daß der Antrag federführend in den Finanzausschuß und mitberatend in den Sozialausschuß überwiesen wird.

Wenn das Votum des Ältestenrates hier nichts mehr gilt, müssen wir so verfahren.

(Siegfried Friese SPD: Richtig. –
Lorenz Caffier CDU: Das ist ja Quatsch!)

Präsident Rainer Prachtl: Dann wird abgestimmt in der Reihenfolge der gestellten Anträge.

Zunächst lasse ich über die Überweisung abstimmen federführend an den Sozialausschuß und mitberatend an den Finanzausschuß, der Änderungsantrag ist darin enthalten. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Zustimmung der CDU und Gegenstimmen von SPD und PDS ist der Überweisungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den zweiten Überweisungsantrag abstimmen, und zwar federführend an den Finanzausschuß und mitberatend an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Frauen. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Jetzt müssen wir zählen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Zustimmung durch die SPD, Gegenstimmen durch die PDS und Enthaltungen bei der CDU ist der Überweisungsvorschlag angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages der Fraktion der PDS – Änderung des Kindertagesstätten-Erlasses des Kultusministeriums vom 29.01.1998, Drucksache 2/3764.

**Antrag der Fraktion der PDS:
Änderung des Kindertagesstätten-Erlasses
des Kultusministeriums vom 29.01.1998
– Drucksache 2/3764 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Jünger.

(Dr. Harald Ringstorff SPD:
Die verkündet jetzt einen großen Sieg.)

Sabine Jünger PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen, mit dem Ihnen vorliegenden Antrag der PDS-Fraktion zur Änderung des Kita-Erlasses des Kultusministeriums vom 29. Januar 1998 in den von uns vorgeschlagenen zwei Punkten glauben wir nicht, die zahlreichen Probleme im Bereich der Kindertageseinrichtungen in diesem Land lösen zu können.

Es geht der PDS um die Bereitstellung von Kita-Plätzen im Sinne eines Rechtsanspruches für alle Kinder im Alter von 0 Jahren bis zum Ende der Grundschule, deren Eltern diese Form der Betreuung für ihren Nachwuchs wünschen. Es geht uns um eine Verringerung der Gruppenstärken in Krippe, Kindergarten und Horten, also um eine Absenkung des Betreuungsschlüssels von Kindern zu Erzieherinnen. Es geht der PDS um Investitionsmittel auch zur Senkung der Betriebskosten und eine Beteiligung des Landes an den Regelkosten pro Betreuungsplatz von mindestens 50 Prozent, wohlwissend, daß sich andere Länder weitaus mehr daran beteiligen.

Eine grundlegende Novellierung des Kita-Gesetzes ist nach wie vor dringend,

(Beifall Angelika Gramkow PDS)

aber in dieser Legislaturperiode leider nicht mehr zu machen. Um aber die Anzahl der Mädchen und Jungen, die derzeit im Land Krippe, Kindergarten und Hort besuchen, es sind circa 86.200, nicht noch weiter künstlich

reduzieren zu lassen, ist es unerfäßlich, daß die Landesregierung dafür sorgt, daß der Kita-Erlaß vom Januar dieses Jahres aus dem Hause der Kultusministerin geändert wird.

(Beifall Angelika Gramkow PDS)

Neben notwendigen und sinnvollen Regelungen enthält dieser Erlaß Festlegungen, die nicht tragbar sind, weil sie in den Kommunen für Konfusionen zu Lasten von vielen Kindern im Kita-Alter und deren Eltern sorgen.

Am Anfang stand, wie so oft, wenn es um Unsoziales geht, ein Antrag der CDU-Fraktion auf eine strengere Überprüfung der Kita-Förderung durch das zuständige Ministerium. Das Kultusministerium beauftragte den Kita-Beirat mit ersten Überlegungen. Laut Paragraph 6 Absatz 4 Satz 1 des Kita-Gesetzes sollen die Wohnsitzgemeinden dem „Wunsch der Personensorgeberechtigten nach Betreuung und Erziehung ihrer Kinder in einer Kindertageseinrichtung oder Tagespflege ... durch eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Plätzen entsprechen.“

Was aber nun ist unter Bedarf zu verstehen? Meine Erfahrung ist, daß die Verantwortlichen in den Kommunen damit bisher in aller Regel sehr gut umgehen konnten und dabei durchaus dem Wohl des Kindes Priorität einzuräumen bereit waren.

Wie schrieben die Eltern der Grundschule und der Kinderkrippe in Roggendorf in einem Offenen Brief vom 6. April an uns Landtagsabgeordnete: „Nur ein Kinderkollektiv bietet die Möglichkeit, das System sozialer Beziehung kennenzulernen.“ Eine solche weitere Auslegung des genannten Paragraphen war also gewollt. Nach drei Jahren aber, die seitdem ins Land gegangen sind, seit der Verabschiedung des Gesetzes, darf der Pressesprecher des Kultusministeriums laut „Ostsee-Zeitung“ vom 1. April das eine „Wischwaschi-Formulierung“, die der Landtag hier ins Gesetz genommen hat, nennen.

Schon im Vorfeld des Kita-Erlasses hatte die Kultusministerin angekündigt, nicht die Bedarfsbestimmung strikt einzuengen. Und so heißt es nun in den Vorbemerkungen des Kita-Erlasses, und ich zitiere: „Bedarf für einen solchen Betreuungsplatz“, gemeint sind Krippe und Hort „besteht jedoch nur dann, wenn die Eltern an der Ausübung ihrer Rechte und der Pflichten bezüglich der Personensorge – insbesondere durch die in Paragraph 6 Absatz 4 Satz 2 Kita-Gesetz genannten Gründen – eingeschränkt oder gar gehindert sind.“

Woher, Frau Ministerin, nehmen Sie diese einengende Bedarfsbestimmung? Das Kita-Gesetz, in dem der Wille des Gesetzgebers, also des Landtages, manifestiert ist, gibt sie nicht her. Paragraph 6 Absatz 1 definiert den Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einem Kindergarten, Absatz 2 den für einen Teilzeitplatz im Kindergarten.

Absatz 4 besagt nun ausdrücklich, daß in den Fällen, „die von der Regelung der Absätze 1 und 2 nicht erfaßt sind“, dem Wunsch der Eltern gemäß Kita-Plätze bedarfsgerecht bereitzustellen sind.

Und was besagt der in der Bedarfsdefinition à la Kultusministerin genannte Paragraph 6 Absatz 4 Satz 3? Auch ihn zitiere ich: „Den Bedürfnissen, insbesondere erwerbstätiger, erwerbssuchender, in Ausbildung befindlicher oder sozial benachteiligter Personensorgeberechtigter ist dabei vorrangig Rechnung zu tragen.“ Kern dieser Aussage ist es, daß den Bedürfnissen der Eltern Rechnung zu tragen ist – Punkt.

Die Kreistage und Kommunen sind angehalten – laut dem Gesetz, Frau Peters, laut dem Gesetz, das Sie beschlossen haben und nicht ich –, die nicht gesetzeskonforme Bedarfsbestimmung der Kita-Satzung des Kultusministeriums in ihre eigenen Kita-Satzungen beziehungsweise Richtlinien aufzunehmen und danach zu verfahren. Und das erfolgt per finanzieller Nötigung, die sich in Satz 2 des Punktes 4.2 des Kultuserlasses wie folgt kleidet: „Für belegte Ganztagsplätze im Kindergarten gemäß Paragraph 6 Absatz 1 Kita-Gesetz sowie für belegte Plätze in Krippe und Hort erfolgt eine Kostenerstattung nur, wenn der Anspruch der Personensorgeberechtigten durch die Wohnsitzgemeinde in Abstimmung mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe anerkannt wurde.“

Damit aber wird doch an die Wohnsitzgemeinden und TrägerInnen die Botschaft ausgesandt: Schränkt die Anspruchsberechtigung, wie wir das verstehen, auf einen Kita-Platz ein, oder wir bitten euch zur Kasse! Da die kommunalen Haushalte ohnehin in die Krise getrieben worden sind, kommen die jeweiligen Verantwortlichen nicht umhin, Wege zu finden, dem ministeriellen Willen nachzukommen.

Aufgrund dessen aber, daß die Bedarfsdefinition des Kita-Erlasses rational nicht aus dem Kita-Gesetz abzuleiten ist und folglich auch nicht besagter Satz 2 des Punktes 4.2, ist es nicht verwunderlich, daß Wohnsitzgemeinden und Kita-TrägerInnen unterschiedlich, ja zum Teil widersprüchlich an die Anspruchsgewährung für Kita-Plätze herangehen. So gibt es Bemühungen – und selbst die Presse hat dazu zahlreiche Berichte gebracht – dahingehend, Arbeitslose von einer Anspruchsgewährung auszuschließen, schließlich seien sie ja nicht in ihrer Personensorge für ihr Kind eingeschränkt. Ignoriert wird dabei, daß Arbeitslose zugleich Erwerbssuchende sind. Zugleich sind Arbeitslose sozial Benachteiligte. Den Wünschen Erwerbssuchender und sozial Benachteiligter nach einem Kita-Platz ist laut dem Kita-Gesetz vorrangig Rechnung zu tragen.

Bereits am 3. November 1997 stimmte der Jugendhilfeausschuß des Kreistages Uecker-Randow einem Beschlußvorschlag für den Kreistag zu, in dem es heißt: „Nach dem Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub entscheiden sich die Personensorgeberechtigten für die Betreuung ihres Kindes in einer Tagespflege- oder einer Kindertagesstätte, dann sollen sie zukünftig die Elternbeiträge in der vollen Höhe aufbringen.“ In der Begründung zu einer neuen Kita-Satzung der Stadt Strasburg, die den Stadtvertretern zum 12.02.1998 vorgelegt worden war, fehlte der Hinweis gänzlich, daß Ersuchen von Erwerbssuchenden und sozial Benachteiligten auf einen Kita-Platz besonders Rechnung zu tragen ist.

Meiner Ansicht nach widerspricht eine solche Praxis nicht nur dem Kita-Gesetz, sondern auch weiteren rechtlichen Regelungen. Nach Paragraph 8 Bundeserziehungsgeldgesetz bleibt das Erziehungsgeld als Einkommen bei Sozialleistungen unberücksichtigt. In den Erläuterungen zu diesem Paragraphen wird das Erziehungsgeld als zusätzliche Leistung definiert. Gemäß Paragraph 11 SGB I zählen zu Sozialleistungen Dienst-, Sach- und Geldleistungen. Eine Kita ist keine Dienstleistung.

Sehr zahlreich sind die Proteste gegen die auch von der PDS-Fraktion kritisierten Punkte des Erlasses. Eine Mutter aus Rostock beschwert sich zu recht darüber, daß ihr und ihrem Mann unterstellt würde, ihr Kind abschieben zu wollen, wenn sie trotz des Erziehungsurlaubes der Mutter das

ältere von zwei Kindern unter drei Jahren täglich drei Stunden in einer Krippe spielen lassen wollen. Die Eltern meinen, das diene dem Wohl des Kindes. Und ich gebe der Mutter ausdrücklich recht, wenn sie von Bereinigungsplänen der Landesregierung spricht sowie von Ausgrenzung und Entmündigung bestimmter Personengruppen. Nicht nur sie erkennt Bestrebungen, den Bedarf an Kita-Plätzen künstlich zu senken.

Und ist es nicht so, meine Damen und Herren, daß inzwischen schon so manches Kind in die Schule kommt, ohne eine Erfahrung in einer Kindergruppe gemacht zu haben? Und ist es nicht auch so, daß sich das nachteilig auf seine Entwicklung auswirkt? Was eben ohne Abstriche auf Kinder zutrifft, deren Eltern angeblich keinen Bedarf für einen geförderten Hortplatz anmelden dürfen.

Ganz klar sage ich: Ihr Sparerlaß, Frau Kultusministerin, verschärft soziale Spannungen, Leiden und Gewalt.

(Beifall Angelika Gramkow PDS)

Die Folgeprobleme werden viel schwerer zu lösen sein und werden weit höhere Kosten verursachen, als die Sie jetzt glauben einsparen zu können. Das beginnt schon mit der zusätzlichen Bürokratie, die organisiert wird. Eltern müssen Nachweise erbringen, ob sie eine Arbeitsstelle haben, wo sie ist, wie lange sie täglich arbeiten, was sie verdienen. Das bezeichne ich als staatlich sanktioniertes Entblößen, das von Kreis zu Kreis und mitunter auch von Ort zu Ort sehr unterschiedlich gehandhabt wird, unterschiedlich straff und vor allem unterschiedlich nach den Daten. Sehen Sie noch einmal hinein in den Dritten Tätigkeitsbericht des Landesdatenschutzbeauftragten vom 16.02.1998 auf unserer Landtagsdrucksache 2/3531, Seite 77 und folgende!

Und natürlich müssen die Nachweisformulare gedruckt beziehungsweise kopiert werden, sie müssen an die Eltern geschickt werden. Es müssen Listen erstellt werden, schließlich will das Kultusministerium eine namentlich und unterschrittsrechtliche Übersicht, und so weiter und so fort. Allein das Verschicken der Post an die Eltern kostet nach ersten Schätzungen nur in der Stadt Schwerin so an die 8.000 DM.

(Angelika Gramkow PDS: Ohne Mahngebühren, die kommen noch dazu.)

Wie dringend nötig ist jede Mark für die Arbeit der Kitas, wie sinnlos werden Tausende von Mark zur Befriedigung behördlichen Ermittlungsdranges verschwendet?! Oder geht die Landesregierung davon aus, daß bei gründlichen Nachweisforderungen schließlich der Effekt weiteren Personalabbaus eintritt und damit vor allem der Kostensparnis? Es reicht ja nicht, daß 1997 nur noch 7.650 Fachkräfte beschäftigt waren. Das sind im Vergleich zu 1991 nur noch die Hälfte. Bis 2001 sollen nach einer Studie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft weitere 1.700 Stellen, das heißt Menschen abgebaut werden.

Das hat aber auch etwas mit der demographischen Entwicklung zu tun. Was aber die nicht schafft, das übernehmen restriktive Bestimmungen im Kita-Erlaß. Das haben auch die Eltern der Grundschule und der Kinderkrippe in Roggendorf benannt, ebenso wie die zahllosen anderen, die uns geschrieben haben. Deshalb wehren sie sich. Ändern Sie also die kritisierten Punkte im Kita-Erlaß, Frau Ministerin, bis zum 15.06.1998!

(Beifall Angelika Gramkow PDS)

Ach ja: Kürzlich wollte ich wissen, wie sich die Landes-SPD die weitere Entwicklung im Kita-Bereich vorstellt. Also schaute ich in deren Regierungsprogrammmentwurf vom Januar '98 nach. Doch leider Fehlanzeige. Dazu fand ich nichts. Das wiederum finde ich sehr aussagekräftig.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Rainer Prachtl: Während der Sitzung wurde eine Aussprachedauer von 30 Minuten vereinbart. Hier sehe und höre ich keinen Widerspruch, dann werden wir es so handhaben.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat Frau Ministerin Marquardt.

Ministerin Regine Marquardt: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Jünger, die Zeit der Kinderkollektive, die ist vorbei.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Beate Mahr SPD: Richtig.)

Auf der Sitzung des Landtages im April habe ich an dieser Stelle Fragen zum Kindertagesstättengesetz und zu meinem Erlaß über die anteilige Erstattung der Regelkosten vom 29. Januar diesen Jahres beantwortet. Thematisch werden heute von Ihnen genau die beiden Punkte wieder aufgerufen, die ich damals beantwortet habe. Ich nutze aber diese Gelegenheit gerne, erneut Mißverständnisse auszuräumen.

Ziel des Antrages der PDS soll es sein, den Erlaß mit dem Kita-Gesetz in Übereinstimmung zu bringen. Meine Damen und Herren, hier muß nichts geändert werden, denn der Erlaß stimmt mit dem Gesetz überein.

Zunächst fordert die PDS eine Änderung der Bedarfsdefinition für einen Krippen- und Hortplatz im Erlaß. Meine Damen und Herren, nicht der Erlaß regelt den Bedarf, sondern das Kita-Gesetz selbst. Dieses habe ich vielfach öffentlich, auch an dieser Stelle, deutlich gemacht. Wenn der Erlaß im Zusammenhang mit der Auslegung des Begriffes „Bedarf“ für einen Betreuungsplatz auf die vorrangige Pflicht der Eltern zur Sorge um Kinder hinweist, so ist hier nichts zu ändern, denn diese Selbstverständlichkeit ist eine elementare Regelung des Grundgesetzes, welches in Artikel 6 Absatz 2 bestimmt, daß Pflege und Erziehung der Kinder zuvörderst den Eltern obliegt.

(Beifall Beate Mahr SPD)

Wann im übrigen ein Bedarf vorliegt, will ich gerne noch einmal wiederholen. Er besteht insbesondere, wenn Eltern berufstätig, aber auch, wenn sie erwerbssuchend sind. Ein Bedarf nach einem Betreuungsplatz in Krippe und Hort besteht auch bei in Ausbildungs-, in Fortbildungs- oder in Umschulungsmaßnahmen befindlichen Eltern. Darüber hinaus sind in Paragraph 6 Absatz 4 des Kindertagesstättengesetzes ausdrücklich auch sozial benachteiligte Personensorgeberechtigte genannt, deren Bedürfnissen vorrangig Rechnung zu tragen ist.

Auch und gerade, wo im Interesse der Gewährleistung des Kindeswohls Bedarf besteht, soll dieser durch die Wohnsitzgemeinde anerkannt werden. Ich persönlich empfehle hier noch einmal den Gemeinden, wenn irgend möglich, den Kindern erwerbssuchender Eltern einen Teilzeitplatz im Hort zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Soviell, Frau Jünger, zu dem mir unterstellten ministeriellen Willen.

Meine Damen und Herren, für Kinder im Kindergartenalter besteht ein Rechtsanspruch. Das ist anders als bei einem Platz im Kindergarten. Daß es für die Drei- bis Sechsjährigen auf einen Platz in einer Krippe und in einem Hort keinen Rechtsanspruch gibt, ist unstrittig. Dieses ist nicht nur nach unserem Kita-Gesetz so, dieses ist auch nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz des Bundes so. Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe darauf hinwirken, daß ein Betreuungsangebot für Kinder im Alter unter drei Jahren und für Kinder im schulpflichtigen Alter bedarfsgerecht ausgebaut wird. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, daß ich hier in völliger Übereinstimmung mit der Presseerklärung des Städte- und Gemeindetages von Anfang April diesen Jahres stehe.

Nach meinem Erlaß zur anteiligen Erstattung der Regelkosten in Kindertageseinrichtungen durch das Land erfolgt für belegte Plätze in Krippen und Hort eine Kostenerstattung – und ich zitiere hier wörtlich –, „wenn der Anspruch der Personensorgeberechtigten durch die Wohnsitzgemeinde in Abstimmung mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe anerkannt wurde.“ Auch hierin ist in keiner Weise eines vom Wortlaut oder vom Sinne des Kindertagesstättengesetzes abweichende Auslegung des Begriffes „Bedarf“ oder aber eine Verkürzung der Kostenerstattungsansprüche der Kommunen enthalten. Die Formulierung sagt lediglich, daß die Wohnsitzgemeinden den Wunsch der Eltern nach einem Betreuungsplatz in Krippe und Hort nach Maßgabe des Kita-Gesetzes zu prüfen haben. Ist dies erfolgt, werden die Kosten für die belegten Plätze erstattet.

Über das Vorliegen eines Bedarfes haben die Wohnsitzgemeinden im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. Die Eltern haben aber einen Anspruch darauf, daß die Wohnsitzgemeinden ihre Entscheidung über die bedarfsgerechte Bereitstellung nach sachgerechten Kriterien, nämlich denen, die im Kindertagesstättengesetz selbst genannt sind, treffen. Was bedarfsgerecht ist, legt jede einzelne Wohnsitzgemeinde in eigener Verantwortung im Rahmen des Gesetzes fest. Die bedarfsgerechte Bereitstellung von Plätzen in Krippe und Hort ist den Wohnsitzgemeinden als Selbstverwaltungsaufgabe übertragen.

Das bedeutet, daß es durchaus zu unterschiedlichen Festlegungen in den Gemeinden kommen kann. Dieses ist im Kita-Bereich nicht anders als in vielen anderen Bereichen der kommunalen Selbstverwaltung. Das Land wird bei der anteiligen Kostenerstattung – und dieses möchte ich hier ausdrücklich auch noch einmal betonen –, den im Rahmen des gemeindlichen Ermessens getroffenen Entscheidungen über die Vergabe von Betreuungsplätzen in Krippen und Hort folgen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

In diesem Sinne habe ich zur Verdeutlichung gestern noch einmal, wie ich es vorher in etlichen Gesprächen aber auch Schreiben getan habe, einen Brief an alle Damen und Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister im Land Mecklenburg-Vorpommern versandt.

(Angelika Gramkow PDS: Wenn alles so klar ist, hätten Sie sich das doch sparen können.)

Ich danke Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Rainer Prachtl: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion.

Steffle Schnoor CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wo kommen wir denn hier im Landtag zum Ende der Legislaturperiode noch hin?

(Peter Ritter PDS: Na.)

Jetzt fängt die PDS auch noch an, die Landesregierung offen zum Rechtsbruch aufzufordern.

(Peter Ritter PDS: Nein.)

Jetzt will die PDS einen Erlaß kippen, den das Kultusministerium formuliert hat, um das dazugehörige Gesetz buchstabengetreu umzusetzen.

(Peter Ritter PDS: Ist ja nicht möglich.)

Denn nichts anderes wird hier getan. Wie Sie alle wissen, bin ich ja nun nicht gerade diejenige, die frohen Mutes ständig Beifall klatscht, wenn das Kultusministerium etwas tut.

(Sylvia Bretschneider SPD:

Das ist wohl wahr, Frau Schnoor.)

Aber hier werden Grundlagen unseres Rechtssystems angegriffen. Das kann und darf nicht so stehenbleiben. Wenn Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Meinung sind, daß der Erlaß nicht gesetzeskonform ist, dann meine ich, sollten Sie vor Gericht gehen und dagegen klagen. Der Weg steht Ihnen in einem Rechtsstaat ja offen.

(Zuruf von Angelika Gramkow PDS)

Aber die Landesregierung im Landtag dazu aufzufordern, gegen ein vom Landtag erlassenes Gesetz zu verstoßen,

(Andreas Bluhm PDS:

Das steht da gar nicht drin.)

das zeigt Ihr Grundverständnis zur deutschen Rechtsordnung und zu unserem demokratischen System.

(Andreas Bluhm PDS: Das steht da überhaupt nicht drin.)

Zurück nun zur Sache:

(Andreas Bluhm PDS: Ja.)

Das achte Sozialgesetzbuch und das Kindertagesstättengesetz enthalten staatliche Leistungen, die wir mittlerweile als Selbstverständlichkeit betrachten. Gerade für ehemalige DDR-Bürger sind Kindergarten, Kinderkrippe und Hort eine Selbstverständlichkeit, die nahtlos übernommen wurde.

Um hier nicht mißverstanden zu werden: Es ist keinesfalls so, daß ich diese Einrichtungen als sozialistische Rudimente abstempeln würde und ihre Existenz in Frage stellen will. Keineswegs! Wir sollten uns aber bewußt sein, daß die ganze Gesellschaft solidarisch Männern und Frauen aufgrund der Existenz dieser Einrichtungen eine berufliche Karriere ermöglicht. Es ist eine bewußte familienpolitische Maßnahme, die wir schützen und bewahren sollten und wollen, aber noch lange keine Selbstverständlichkeit.

Mit einem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Kindergarten bei einer mindestens vier Stunden umfassenden Tätigkeit und auf einen Halbtagsplatz, wenn diese

Bedingung nicht erfüllt wird, haben wir einen Sozialstandard geschaffen, der in Europa noch nicht so weit verbreitet ist, geschweige denn in anderen Industrienationen der Welt. Ich meine, das ist gut so. Und es ist auch gut, daß Mecklenburg-Vorpommern zweieinhalb Jahre vor der verbindlichen Einführung des Rechtsanspruches ihn schon verwirklicht hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Kindertagesstättengesetz ist sehr großzügig angelegt.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow PDS)

Sicher ist die Bedarfsregelung ein Streitfall.

(Angelika Gramkow PDS: Aha.)

Ist sie es aber wirklich, Frau Gramkow?

(Andreas Bluhm PDS: Ja. –

Angelika Gramkow PDS: Na ja, wir leben nicht auf dem Boden der Verfassung, wissen Sie.)

Sie wäre es nämlich nicht, wenn sich die Sozialdemokratie in diesem Land weiter zu einem dreijährigen Erziehungsgeld bekannt hätte, denn dann wäre die Lücke geschlossen, die sich auftun könnte, für diejenigen, die es wirklich nötig haben. Die Änderung der Bedarfsdefinition zur Inanspruchnahme eines Platzes in der Krippe oder im Hort läuft quasi auf eine Ausdehnung des Rechtsanspruches hinaus.

Da, wo PDS-Bürgermeister regieren, da können Sie ja diesen Rechtsanspruch als Lex Kommune definieren. Die Bedarfsregelung stellt Ihnen dies frei. Das Land hat per Gesetz seine Beteiligungspflichten und die der Eltern definiert. Möchte die Kommune darüber hinaus familienpolitisch aktiv werden, so steht ihr das völlig frei. Das klingt vielleicht zynisch, aber Grenzen müssen nun einmal gesetzt werden, um nicht Ansprüche zu wecken, die zum einen nicht finanzierbar und zum anderen vor allem familienpolitisch nicht wünschenswert sind.

Das Anliegen in Ehren, aber bleiben wir einmal bei dem, was wir leisten können und was nicht. Ich bin auch sicher, daß die Sozialdemokraten der PDS in dieser Frage gerne beispringen würden. Aber jede Großzügigkeit hat ihre Grenzen. Bei uns ist es nun einmal immer wieder das liebe Geld. Und es wäre fatal, den PDS-Forderungen nachzugeben, denn dies hätte wiederum Einfluß auf die Investitionsquote im Land.

(Andreas Bluhm PDS: Das ist ja eine heilige Kuh. – Zuruf von Angelika Gramkow PDS)

Wir haben in diesem Jahr ja schon die Zuschüsse der Kita-Investitionen auf null fahren müssen. Bei den Schulbauinvestitionen, dies ein immer wiederkehrendes Thema, sind wir auch schon fast soweit – vom Jahr 1993 mit 80 Millionen DM auf das Jahr 1998 mit 5,6 Millionen DM. Die Aufrechterhaltung von sozialen Standards hat ihren Preis, und der ist im Regelfall sehr hoch.

Ich kann nur noch einmal zusammenfassen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der PDS, gehen Sie mit dem Erlaß vor Gericht. Sie zweifeln ja die Rechtmäßigkeit dieses Erlasses an. Darüber hat dann nicht der Landtag zu befinden, sondern die dritte Gewalt im Lande, die Judikative.

Soviel noch einmal zu den Grundlagen unseres politischen Systems. Der Landtag ist also hier die falsche Adresse dieses Antrages, daher ist er kategorisch abzu-

lehnen. Meine Damen und Herren, soweit zur Drucksache 2/3764.

Ich darf vielleicht noch einmal daran erinnern, die Novelle des Kindertagesstättengesetzes haben wir auf den Weg gebracht, um Rechtssicherheit zu schaffen,

(Angelika Gramkow PDS: Ha, ha, ha!)

um Gleichbehandlung im gesamten Land sicherzustellen, um Verbindlichkeit vor Beliebigkeit zu stellen. Der Erlaß zur Durchführung der anteiligen Erstattung der durchschnittlichen Betriebskosten in Kindertageseinrichtungen durch das Land vom 29. Januar diesen Jahres hat absolute Klarheit geschaffen bei den Punkten, die eventuell interpretationsbedürftig waren. Nun aber gibt es einen Brief der Frau Kultusministerin vom 12. Mai, und ich sage ausdrücklich, vom 12. Mai – abgesandt am 13. Mai.

(Pau -Friedrich Leopold CDU: Das war gestern.)

Es läßt schon verwundern, einen Tag vor der Landtagsdebatte zu diesem Thema,

(Angelika Gramkow PDS:

Falls Sie es nicht gemerkt haben, Sie haben sogar recht, Frau Schnoor.)

kann man sicher darüber nachdenken. Und ich darf vielleicht mal zwei Punkte aus diesem Brief zitieren: „Ich persönlich“ – so die Ministerin – „möchte den Gemeinden empfehlen, wenn irgend möglich den Kindern erwerbssuchender Eltern einen Halbtagsplatz im Hort zur Verfügung zustellen.“ Und ich zitiere an einer anderen Stelle: Das Land wird bei der anteiligen Kostenerstattung den im Rahmen des gemeindlichen Ermessens getroffenen Entscheidungen über die Vergabe von Betreuungspätzen in Krippen und Horten folgen.“ Soweit aus dem Brief der Kultusministerin an die Damen und Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, ich frage mich: Sind wir nun von der Verbindlichkeit wieder zur Beliebigkeit gegangen? Wird die Klarheit des Erlasses nun wieder zum Wischiwaschi? Es ist natürlich auch die Frage zu stellen: Fordert nun eigentlich die Ministerin zum Rechtsbruch auf? Wer prüft noch die Ermessensspielräume? Ist Tür und Tor geöffnet, freie Entscheidungen zu treffen und an jedem Ort wieder in anderer Weise das Kita-Gesetz auszulegen? Diese Fragen bleiben offen. Aber, meine Damen und Herren, es bleibt auch die Frage offen:

(Zuruf von Andreas Bluhm PDS)

Inwieweit hat dieser Brief, der ja offensichtlich eine Erläuterung eines Erlasses sein soll, haushaltsmäßige Auswirkungen?

(Angelika Gramkow PDS: Na klar!)

Wenn dies so ist, dann meine ich, hätte hiermit das Parlament befaßt werden müssen.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow PDS: Ach nein?!)

Sie sehen, meine Damen und Herren, obwohl wir den Antrag der PDS ablehnen, das habe ich ja deutlich begründet, gibt es noch viele Fragen in diesem Zusammenhang, die wir klären müssen, und ich nehme an, wir werden uns noch öfter damit befassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Andreas Bluhm PDS: Ja, es ist manchmal nicht
so einfach, einen PDS-Antrag abzulehnen.)

Präsident Rainer Prachtl: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Reißmann von der SPD-Fraktion.

Dr. Manfred Reißmann SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ziel des Antrages der PDS ist es sicher, eine konkrete Bedarfsdefinition für Krippen und Horte herbeizuführen. Und da ist ...

(Angelika Gramkow PDS: Die steht im Gesetz.)

Eben. Und da ist das die falsche Adresse.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Peter Ritter PDS: Dann nehmen wir unseren
Antrag zurück und reden nur noch über den Brief.)

Der Paragraph 6 hat in seiner jetzigen Form den Willen des Landtages dokumentiert, die kommunale Ebene beauftragt, sie ist dazu berechtigt, verpflichtet, Bedarfsanerkennung vor Ort vorzunehmen. Und letztlich sind all die Verunsicherungen, die in der Bevölkerung oder auch aus diesem Antrag zum Teil wohl mit beabsichtigt sind, Mißverständnisse, die auch mit einer Erklärung hier vor dem Landtag, mit einer Presseerklärung des Städte- und Gemeindetages, mit immer wieder auf konkrete Fragen gegebenen Antworten, nicht immer ohne sie auszuräumen beantwortet werden können, wenn denn dahinter eine bestimmte Absicht steckt.

Die Frage zum Beispiel vom Amt Ture bei Lübz: „Für den Hort bedeutet der neue Erlaß einen tiefgreifenden Einschnitt gegenüber der bisherigen Verfahrensweise. Bisher war es möglich, bei Antragstellung der Eltern einen Halbtagshortplatz bis zur Abfahrt des Schulbusses zu gewähren. Nun werden vom Grundsatz all die Kinder von der Hortbetreuung ausgegrenzt, bei denen bereits ein Eltern teil nicht erwerbstätig ist.“

(Beifall Angelika Gramkow PDS:
Ja, das ist Realität in diesem Land. –
Andreas Bluhm PDS: Ja.)

Das ist nach meinem Dafürhalten ein eindeutiges Mißverständnis, denn diese Einschränkungen sind so nicht existent.

(Andreas Bluhm PDS: Ach?)

Auch hier wieder der Hinweis auf die Presseerklärung des Städte- und Gemeindetages.

Meiner Meinung nach ist die entscheidende Frage für die kommunal Verantwortlichen bei der Bedarfsermittlung eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich des Erhaltes, des Erhaltenbleibens von Landeszuschüssen, wenn sie meinen, zu großzügig elterlichen Bedarf anzuerkennen. Gerade in diesem Punkt ist zu sagen – und die Ministerin hat das heute auch wieder betont und deutlich gemacht –, das Land stellt Bedarfsanerkennung der Kommunen nicht in Frage, nicht in Zweifel. Wenn der Bedarf festgeschrieben ist, festgestellt ist, wird vom Land der Zuschuß gezahlt.

Das ist die richtige Botschaft, die dazu beiträgt, daß auf der kommunalen Ebene die Bedarfsermittlung, die bis Ende September abgeschlossen sein sollte, sozial ausgewogen erreicht werden kann. Das bezieht sich für mich vor allem auf die Passage, sozial benachteiligten Kindern aus Gründen des Kindeswohls Bedarfe auf einen Halbtagsplatz anzuerkennen und auch landesseitig zu unterstützen.

Der Sozialstaat ist immer in der schwierigen Aufgabe, in der schwierigen Verantwortung, auf sich ändernde Bedingungen zu reagieren. Und, Frau Schnoor, in einem kann ich Ihnen durchaus zustimmen, daß wir noch häufiger über das Thema Kindertagesstätten, Bedarfe und Finanzierung der kindgerechten Betreuung diskutieren werden. Das ist nun einmal eine Aufgabe, die Politiker vor sich haben und bei der sie die Interessen der Kinder, die finanziellen Möglichkeiten und die Chancen für Kinder in der Gesellschaft insbesondere berücksichtigen müssen.

Nur ein Kinderkollektiv bietet Gewähr, sicher, für die sozialen Kontakte, für die soziale Erziehung, aber es zum Allheilmittel oder zum Anspruch für Ganztage für die Kinder machen zu wollen, das halte ich sogar für kinderfeindlich.

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Richtig.)

Denn das soziale Lernen erfüllt sich in einem bestimmten Zeitraum. Wenn wir eine Vierstundenbetreuung sichern können, ist das eine kindgemäße Orientierung insgesamt.

(Angelika Gramkow PDS: Mit Mittagessen bitte.)

Ich würde mir natürlich wünschen, daß die Eltern in einer finanziellen Situation sind, sich frei dafür entscheiden zu können, zu Hause zu bleiben, mit einer Tagesmutter die Kinderbetreuung halbtags in Anspruch zu nehmen. Diese freie Entscheidung hängt von der besseren finanziellen Stellung der Familie insgesamt ab, und dazu müssen wir noch eine ganze Menge tun.

(Beifall Dr. Harald Ringstorff SPD)

Dieser Antrag, dem kann meine Fraktion nicht folgen. Die Klarstellungen, die nötig waren, sind immer wieder erfolgt, und eine Verunsicherung ist nicht nötig. Das Land steht zu der Zusage der Finanzierung, wenn die Kommune den Bedarf ermittelt hat. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Rainer Prachtl: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Gramkow von der PDS-Fraktion.

Angelika Gramkow PDS: Herr Präsident! Es ist schon etwas eigentümlich, meine Damen und Herren, wie CDU und SPD immer die Fahne nach dem Wind drehen. Vor nicht ganz einer Stunde haben wir hier gehört, das Landeserziehungsgeld brauchen wir, wir haben nicht genügend Arbeitsplätze, es ist eine soziale Absicherung. Und die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten antworteten darauf, daß es wichtiger wäre, daß man allen, die es wünschen, Kindertagesstätten zur Verfügung stellt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Sylvia Bretschneider SPD: So wird es doch
auch gehandhabt in der Praxis, Frau Gramkow!)

Jetzt sind wir bei einem Tagesordnungspunkt, wo wir uns als PDS dem Vorwurf aussetzen müssen,

(Sylvia Bretschneider SPD: Ich weiß
gar nicht, warum Sie sich hier aufregen.)

wir würden zum Rechtsbruch aufrufen. Und als Verfassungsfeind steht uns das sowieso zu, Frau Schnoor. Nur eins ist Fakt: Wir haben beide am Gesetzentwurf zum Kindertagesstättengesetz mitgearbeitet und wissen sehr genau, daß diese Ungereimtheiten einfach der Definition des Gesetzes geschuldet sind. Wir haben uns nämlich nicht getraut, ganz konkrete Bedarfsformulierungen vorzunehmen. Um es ganz konkret zu sagen, wer eine Aufgabe

überträgt, hat gefälligst auch diese Aufgabe zu bezahlen und sich dann nicht zu streiten über eine Kostenregelung!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Frau Peters, weder Sie noch die CDU waren bereit, dieser Auffassung der PDS-Fraktion zu folgen.

(Sylvia Bretschneider SPD: Man muß Sie auch nicht überallhin verfolgen.)

Und die Bedarfsdefinition des Gesetzes wird durch den Regelkostenerlaß der Kultusministerin eingeschränkt und nicht ausgeweitet. Das ist Fakt im Land Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Harald Ringstorff SPD: Frau Gramkow!
Frau Gramkow! Frau Gramkow!)

Und das werde ich Ihnen jetzt auch näher erläutern.

Herr Ringstorff, wenn es Ihnen zu laut ist, müssen Sie leider rausgehen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und SPD)

Der Haushalt von Mecklenburg-Vorpommern für dieses Jahr sieht vor, daß im Kindertagesstättenbereich 19,1 Millionen DM gespart werden. Das ist nicht zurückzuführen auf einen ganz normalen Rückgang von anspruchsberechtigten Eltern und Kindern, sondern auf die Nachfrage. Im damaligen Kultusausschuß und im Finanzausschuß wurde eindeutig erklärt, das wird geregelt über die Bedarfskonstruktion und über die Zuweisung der Regelkosten. Und das Ergebnis haben wir heute auf dem Tisch. Und wer das negiert, der heuchelt – Entschuldigung für diesen Satz, es ist aber so –, und der macht den Bürgerinnen hier ein X für ein U vor. Und dazu müssen auch die Parteien stehen, wenn es Ihnen dann um tatsächlich familienpolitische Anliegen geht.

Und wer die Investitionsquote, Frau Schnoor, beschneidet, der muß doch gleichzeitig hinzusagen, daß das wichtigste Mittel, um die Regelkosten senken zu können, Investitionen in den Kindertagesstätten dieses Landes sind.

(Steffie Schnoor CDU: Na eben!)

Und da haben Sie doch dafür gesorgt zusammen mit der SPD, daß es keine Fördermittel für Investitionen in Kindertagesstätten durch das Land in diesem Jahr gibt.

(Zuruf von Steffie Schnoor CDU)

Dazu sagen Sie kein Wort, und entsprechende Änderungsanträge unserer Partei wurden natürlich abgelehnt.

(Sylvia Bretschneider SPD: Erzählen Sie uns doch endlich mal, wie Sie das alles finanzieren wollen.)

Wir haben Ihnen gesagt, wie man es finanziert. Und lesen Sie im Landesrechnungshofbericht nach! 3 Milliarden DM in Förderöpfchen der Ministerien – fein säuberlich ausgereicht, wenn es an Wahlzeiten geht – sind doch wohl dazu da, daß man sie umverteilt. Sie haben dazu nicht mal einen Vorschlag gebracht, Frau Bretschneider.

(Unruhe bei Sylvia Bretschneider SPD)

Dann sagen Sie nicht, andere hätten nicht gearbeitet.

Fakt ist jedenfalls, daß der Regelkostenerlaß zur Zeit dazu führt, daß arbeitslose Muttis und Vatis oder solche, die in Sozialhilfe sind, von ihren Gemeinden oder Wohn-

sitzgemeinden darauf hingewiesen werden, sie haben keinen Anspruch. Und das alles mit der Maßgabe, daß mir Sozialamtsleiter, Jugendamtsleiter deutlich gesagt haben, wir müssen damit rechnen, wir bekommen dann kein Geld vom Land. Das ist Realität.

In der Stadt Schwerin – wir haben unsere Aufgaben in diesem Bereich nicht gemacht – habe ich eine Kündigung bekommen für meinen Hortplatz,

(Ministerin Regine Marquardt:
Sie gehen doch gar nicht mehr in den Hort.)

weil ich nämlich der Aufforderung einer neuen Bedarfsmeldung – weil ich eine gültige Vereinbarung hatte – nicht nachgekommen bin. Das sind 300 Eltern. Trotzdem hat man den Regelkostenerlaß in der Stadt umgesetzt,

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Sie hätten den Hort aber bekommen, Frau Gramkow.)

und aus den beschlossenen 52 Kündigungen für Erzieherinnen und Erzieher

(Sylvia Bretschneider SPD: Jetzt hätten Sie sich aber heute auch nicht hinstellen können und das verkünden können.)

sind in der Stadt Schwerin 160 Kündigungen geworden. Obwohl alle wissen, daß die Bedarfszahlen am 01.08., weil Eltern sich wehren und Widersprüche eingelegt haben, weit höher sind, kündigt die Stadt trotzdem Erzieherinnen und Erziehern, die wir brauchen. Das ist Fakt! Und das läuft in vielen Gemeinden. Und wenn gestern in der Zeitung nachzulesen war, daß im Landkreis Parchim nur Eltern einen Anspruch haben, die Arbeit haben, dann sind das genau diese Verunsicherungen, die über den Regelkostenerlaß in das Land gestreut worden sind und die eindeutig der Gesetzesregelung widersprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Angelika Peters SPD)

Frau Peters, Sie können noch so viel schreien, kommen Sie hierher!

(Angelika Peters SPD: Sie sind mit Ihrem Schreien nicht zu übertreffen, Frau Gramkow. Sie sind mit Ihrem Schreien nicht zu übertreffen.)

Die Gesetzesregelung sagt nämlich eindeutig und definiert den Bedarf: „Den Bedürfnissen, insbesondere erwerbstätiger, erwerbssuchender, in Ausbildung befindlicher oder sozial benachteiligter Personensorgeberechtigter ist dabei vorrangig Rechnung zu tragen.“ Das ist die Gesetzesformulierung.

(Dr. Harald Ringstorff SPD:
Das ist ja auch klar, das ist ja richtig.)

Und wer mir jetzt sagen will, daß in dieser Gesetzesformulierung steht, daß Arbeitslose, Erwerbssuchende, Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, die über diesen Regelkostenerlaß ausgegrenzt werden, dann keinen Anspruch mehr haben, der ist nicht gesetzestreu. Und das sind in diesem Fall die CDU und die SPD, wenn sie heute unseren Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Und ich habe es tatsächlich satt, mir als Mutter unterstellen zu lassen, weil wir unsere Kinder in Kindertagesstätten gebracht haben, sind wir schlechte Eltern.

(Dr. Harald Ringstorff SPD:
Das unterstellt Ihnen keiner.)

Sie hätten mal eben hinten die Diskussionen hören sollen.

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Sie hätten auch Ihren Platz bekommen, wenn Sie der Anfrage gerecht geworden wären.)

Der Ausdruck des Kinderkollektivs – ein Aufschrei. Die Eltern in Roggendorf haben diesen Begriff doch aber nicht umsonst gewählt. Sie haben ihn doch deshalb gewählt, weil sie der Ansicht sind, daß die soziale Gemeinschaft, das Erlernen von sozialen Erfahrungen manchmal wichtiger sind und eine Kombination zu elterlicher Liebe und Wohlfühlen zu Hause sehr wohl persönlichkeitsfördernd dargestellt werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und ich denke, da ist es doch dann egal, welchen Begriff man wählt.

Ich habe das Gefühl, daß Sie nicht akzeptieren wollen, daß hier Fehler gemacht worden sind, aber durch interne Fraktionssitzungen die Kultusministerin natürlich darauf aufmerksam gemacht haben: Nun schreib doch mal einen Brief, damit das in die richtige Richtung kommt!

(Angelika Peters SPD: Es geht doch nicht um Gefühle hier im Landtag.)

Und dieser Brief ist geschrieben worden, und Reden sind veröffentlicht worden im Amtsblatt des Kultusministeriums, daß selbst die SPD Handlungsbedarf sieht. Mir kommt es bald so vor, als wenn es sich hier um die fünfte Berichtigung der Versetzungsordnung aus dem Kultusministerium handelt. Sie müssen sich schon entscheiden, meine Damen und Herren! Stehen Sie zum Brief der Kultusministerin und damit zur Klarstellung, Erwerbssuchende, Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Arbeitssuchende haben einen Anspruch?!

(Sylvia Bretschneider SPD:
Na selbstverständlich!)

Und ich will Ihnen einen Satz vorlesen. Den sollten Sie nicht überlesen, Frau Peters. In dem Brief der Kultusministerin steht folgendes: „Das Land wird bei der anteiligen Kostenerstattung“ – und dieses möchte ich zur Verdeutlichung im letzten Absatz der Vorbemerkungen, die Ziffer lasse ich mal weg, ausdrücklich betonen – „den im Rahmen des gemeindlichen Ermessens getroffenen Entscheidungen über die Vergabe von Betreuungsplätzen in Krippen und Horten folgen.“

(Angelika Peters SPD: Das ist der Punkt. –
Dr. Harald Ringstorff SPD: Das ist doch richtig. Es ist alles richtig.)

Das heißt, wir werden jetzt, und ich werde es in meinem Bereich tun, an alle Amtsleiter, an die Sozialamtsleiter, an die Kindertagesstätten dieses veröffentlichen, und ich werde sie bitten, allen Wünschen Rechnung zu tragen, damit dieses Land endlich begreift, daß man über Haushaltsansätze die politische Willensgebung des Parlamentes nicht ausklinken kann. Herzlichen Glückwunsch zur Haushaltsüberschreitung!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Rainer Pracht: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 2/3764. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Zustimmung der PDS und des fraktionslosen Abgeordneten sowie Gegenstimmen der SPD und CDU ist der Antrag der Fraktion der PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Novellierung des Jugendgerichtsgesetzes, Drucksache 2/3773.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Novellierung des Jugendgerichtsgesetzes
– Drucksache 2/3773 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Bollinger.

Hermann Bollinger CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU in diesem Land und auch die CDU-Landtagsfraktion sind bisher die einzigen Organisationen in diesem Land, die sich in der Lage sehen, auch unpopuläre, aber notwendige Forderungen auszusprechen.

Das Jugendgerichtsgesetz sieht bei 18- bis 21jährigen Straftätern die Möglichkeit der Anwendung des Jugendstrafrechtes vor, wenn die Gesamtwürdigung der Persönlichkeit des Täters und die Berücksichtigung auch der Umweltbedingungen ergeben, daß er zur Zeit der Tat nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung noch einem Jugendlichen gleichstand oder es sich um eine Jugendverfehlung handelt.

(Vizepräsident Dr. Manfred Reißmann
übernimmt den Vorsitz.)

Man möchte meinen, an unseren Gerichten würde auch so verfahren.

(Andreas Bluhm PDS: Nun sagen Sie mal nicht, daß die Gerichte Gesetze erlassen.)

Von diesem Regelausnahmeverhältnis hat sich jedoch die Rechtsprechung im Laufe der Zeit sehr weit entfernt, so daß die volle strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Straftaten von 18- bis 21jährigen in der Praxis die Ausnahme darstellt.

Nach dem Willen des Gesetzgebers ist die Anwendung von Erwachsenenstrafrecht aber als Regelfall beschrieben. Einer gesetzlichen Regelung, die Anwendung von Erwachsenenstrafrecht auf Heranwachsende regelmäßig anzuwenden, bedürfte es also eigentlich nicht.

(Andreas Bluhm PDS: Dann ziehen Sie Ihren Antrag doch zurück!)

Die Überdehnung der Ausnahmeregelung ist jedoch unbefriedigend, da mit der Volljährigkeit grundsätzlich auch die volle strafrechtliche Verantwortung verbunden sein soll. Diese Diskrepanz gilt es zu erkennen und zu beheben. Zivilrechtlich ist die Frage viel klarer. Danach ist die Volljährigkeit mit der vollen Rechts- und Geschäftstüchtigkeit verbunden. Eine Rechtsfigur der Heranwachsenden gibt es hier nicht. Verstärkt wird das Ganze noch durch die Tatsache, daß einige Bundesländer bereits 16jährige für wohl so verantwortungsvoll halten und ihnen bereits ab diesem Alter für Landtags- und Kommunalwahlen ein aktives Wahlrecht einräumen. Ziel muß es daher sein, 18- bis 21jährige wieder generell dem allgemeinen Strafrecht zu unterstellen und die Diskrepanzen auf ein notwendiges Minimum zu beschränken.

Bevor ich Ihnen einen Lösungsweg für Regelungen bei Heranwachsenden präsentiere, möchte ich noch betonen, daß die CDU-Fraktion sich bewußt nur auf diesen einen Aspekt beschränkt hat. Im Rahmen des Jugendgerichtsgesetzes gibt es sicherlich noch weitere Aspekte zu betrachten, in denen dieses Gesetz den heutigen Anforderungen nicht voll gerecht wird. Dies ist zum einen die Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach der Strafprozeßordnung auch bei Jugendlichen und Heranwachsenden sowie der Automatismus, eine Bewährungsstrafe bei einem Erstvergehen zu verhängen.

(Andreas Bluhm PDS: Was ist da nun so Schlimmes dran?)

Die Landesregierung wäre gut beraten, bei ihrer Gesetzesinitiative im Bundesrat zur Novellierung des Jugendgerichtsgesetzes darauf abzielen, daß künftig nicht generell auf die Altersgruppe der 18- bis 21-jährigen Straftäter Jugendstrafrecht angewendet wird, sondern grundsätzlich Erwachsenenstrafrecht. Grundsätzlich Erwachsenenstrafrecht, ich betone das noch einmal. Darin sollte aber eine sehr eingeschränkte Strafmilderungsmöglichkeit für heranwachsende Täter geschaffen werden.

Bleibt mir zum Schluß noch zu ergänzen, daß die CDU-Fraktion diesen Antrag natürlich nicht als einen kompletten Lösungsansatz für Jugendkriminalität verstanden haben will, sondern diesen Antrag als Teil aller übrigen Aktivitäten sieht. Dazu gehört zum einen das Programm „Sport statt Gewalt“, zum anderen gehören auch die kommunalen Präventionsräte und alle sozialen und jugendpolitischen Programme auf Landes- und Bundesebene dazu. Dabei möchte ich ganz aktuell erwähnen, daß der Bund 1998 zusätzlich 40 Millionen DM zur Verfügung gestellt hat, um vorhandene Berufsvorbereitungsmodelle für schulabschluß- und ausbildungslose Jugendliche auszuweiten und weiterzuentwickeln.

(Andreas Bluhm PDS: Wo das Geld so alles vor den Wahlen herkommt, ist ja sagenhaft.)

Eine Lösung der Jugendkriminalität kann natürlich nur erfolgen, wenn die gesamte Gesellschaft an der Lösung mitarbeitet. Dazu gehören in erster Linie die Eltern. Sie tragen die größte Verantwortung für die Zukunft ihrer Kinder. Aber auch die Tarifparteien dürfen sich nicht einer Lösung verweigern. Was die Politik tun kann, haben wir mit diesem Antrag unter anderem aufgezeigt. Wenn jeder das Seine tut, wird das Ganze gelingen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie um Zustimmung für unseren Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei Andreas Bluhm PDS)

Vizepräsident Dr. Manfred Reißmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bollinger.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ums Wort hat gebeten der Innenminister Herr Dr. Jäger in Vertretung des Ministers für Justiz und Angelegenheiten der Europäischen Union, Herrn Professor Eggert.

Minister Dr. Armin Jäger: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Herr Kollege Eggert ist durch Teilnahme an einer Veranstaltung auf der Ebene der EU verhindert. Mir kommt es als sein Vertreter zu, Ihnen hier seine Stellungnahme mitzuteilen. Ich werde

dies ohne jegliche Kommentierung tun. Ich werde auch nicht in die Debatte eingreifen, obwohl ich, wie Sie wissen, mit einigen Schlußfolgerungen, die ich Ihnen jetzt vortrage, resso tmäßig nicht einverstanden bin.

(Siegfried Frieße SPD:
Können Sie die deutlich machen?)

Aber sicher, Herr Frieße, auf Ihren Wunsch tue ich immer alles.

(Angelika Gramkow PDS: Oh! –
Siegfried Frieße SPD: Das freut mich sehr.)

Deshalb werde ich lediglich am Schluß der Ausführungen auf den aktuellen Beratungsstand im Bundesrat eingehen, denn, ich denke, es ist wichtig, daß man den Antrag, der hier zur Debatte steht, in die Beratung auf Bundesebene einbindet.

Ich trage Ihnen die Stellungnahme des Justizministers vor:

Ziel des Antrages der CDU-Fraktion soll es sein, 18- bis 21-jährige grundsätzlich dem Anwendungsbereich des allgemeinen Strafrechts und nur in begrenzten Ausnahmefällen dem des Jugendstrafrechts zu unterstellen. Das Anliegen ist nicht neu. Einen entsprechenden Gesetzesantrag hat Bayern in den Bundesrat eingebracht. Danach soll das Jugendstrafrecht künftig nur dann angewendet werden, wenn zum Zeitpunkt der Tat bei dem Heranwachsenden eine erhebliche Verzögerung in der sittlichen oder geistigen Entwicklung bestand und deshalb eine erzieherische Einwirkung geboten ist.

Der Bundesrat hat in seiner 720. Sitzung am 19. Dezember 1997 beschlossen, den Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag nicht einzubringen. Entsprechend lauten die Empfehlungen des federführenden Rechtsausschusses des Bundesrates. Es gibt keine Veranlassung, von dieser Beschlußlage abzuweichen.

(Andreas Bluhm PDS: Recht hat er.)

Bereits im Ansatz war der auf Änderung des Paragraphen 105 JGG zielende Gesetzentwurf unrichtig. Begründet wurde der Vorschlag unter anderem mit dem Hinweis, bereits nach der geltenden Rechtslage ständen die Vorschriften des Jugendstrafrechts im Verhältnis zu den allgemeinen Vorschriften in einem Ausnahmeverhältnis. Es gehe bei der Gesetzesänderung darum, dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis klarer als bisher zu formulieren. Diese Grundannahme war unzutreffend.

Die Frage einer generellen Anwendung von Erwachsenenrecht auf Heranwachsende wird gegenwärtig in Fachkreisen nicht ernsthaft diskutiert. Ebenso wenig wird die Anwendung von Erwachsenenrecht von den Gerichten prinzipiell als Ausnahmefall betrachtet. Im Gegenteil hat der Bundesgerichtshof – ich überspringe jetzt das Zitat – keinen Zweifel daran gelassen, daß eine solche Rechtsauffassung im Gesetz keine Stütze fände.

Andererseits ist schon im Jahr 1958 der Bundesgerichtshof der Auffassung entgegengetreten, die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende nach dem JGG sei der Normalfall. Die Bestimmungen des Jugendstrafrechts ständen im Verhältnis zu den allgemeinen Vorschriften in einem Ausnahmeverhältnis unter anderem unter Bezugnahme auf die amtliche Begründung des Gesetzes vom 31. März 1952 betreffend die Neubekanntmachung des JGG nach der Zeit des Nationalsozia-

lismus. Bereits in jener Gesetzesbegründung war darauf hingewiesen worden, daß die charakterliche, insbesondere die sittliche Reifung des jungen Menschen inzwischen mit der körperlichen und geistigen Reifung nicht mehr Schritt halte, so daß ein beachtlicher Teil der Heranwachsenden zwar äußerlich einen reifen Eindruck mache, während eine eingehende Untersuchung häufig beweise, daß die sittliche und charakteristische Entwicklung erheblich zurückgeblieben sei.

Diese Zustandsbeschreibung dürfte 45 Jahre später mehr denn je gelten. Einerseits ist die Lebenswelt gerade auch für junge Menschen in den vergangenen Jahren noch erheblich komplizierter geworden, zum anderen fehlt es häufig in Familie und Schule an einer ausreichenden eindeutigen und konsequenten Vermittlung der für das soziale Zusammenleben unerläßlichen Grundregeln und der daraus abzuleitenden Verhaltensmaßregeln.

Die interdisziplinär erarbeitete Erkenntnis der Jugendkriminologie sowie die Erfahrung der Praxis legen deshalb die Anwendung des Jugendstrafrechts auf Heranwachsende nahe, wenn nicht ausnahmsweise eindeutig zu erkennen ist, daß ihre Entwicklung schon weithin abgeschlossen ist. Ich verweise auf den Kommentar von Brunner in der 9. Auflage.

Der Initiative der CDU-Fraktion liegt im übrigen die Fehlvorstellung zugrunde, daß durch die übermäßige Anwendung von Jugendstrafrecht infolge zu milder Strafen vermeidbare Gefahren für die öffentliche Sicherheit entgegengestanden. Das ist jedoch nicht der Fall.

(Andreas Bluhm PDS:
Recht hat der Justizminister.)

Im Rahmen einer Großen Anfrage zum Jugendstrafrecht und zu Präventionsstrategien hatte die Bundesregierung folgende Frage zu beantworten: „Verfügt die Bundesregierung über gesicherte empirische Erkenntnisse, daß durch eine härtere Bestrafung von Gewalttätern die generelle Abschreckungswirkung des (Jugend-)Strafrechts gegenüber jungen Menschen erhöht werden kann? Wenn ja, über welche?“ Darauf hat die Bundesregierung, wie folgt, geantwortet: „Der Bundesregierung liegen keine empirischen Erkenntnisse dergestalt vor, daß durch eine härtere Bestrafung von Gewalttätern eine erhöhte generelle Abschreckungswirkung des Jugendstrafrechts gegenüber jungen Menschen erzielt werden kann.“

(Siegfried Friese SPD: Eine vernünftige Haltung.)

Irreführend ist zudem der mit der Initiative suggerierte Ansatz, der heranwachsende Straftäter werde durch die Anwendung von Jugendstrafrecht unnötigerweise privilegiert. Nach dem Stand der kriminologischen Forschung ist solchen Annahmen vielmehr entgegenzutreten.

Stellvertretend sei dazu aus einem Forschungsbericht von Professor Pfeiffer mit dem Titel „Jugenddelinquenz und jugendstrafrechtliche Praxis in Hamburg“ aus dem Jahr 1997 zitiert. „Die erste Antwort, die steigende Kriminalitätszahlen in der Öffentlichkeit meist auslösen, ist der Ruf nach Abschreckung und mehr Strafhärte. Das ist angesichts der bedrohlich wirkenden Zahlen verständlich. Trotzdem wäre es nach allen Erkenntnissen, die wir in den letzten 20 Jahren gewonnen haben, der falsche Weg. Sowohl deutsche als auch ausländische Untersuchungen haben zur Frage der Generalprävention aufgezeigt, daß gerade junge Menschen durch eine Verschärfung von gesetzlichen Strafordnungen nicht erreicht werden können.“

(Beifall Siegfried Friese SPD
und Andreas Bluhm PDS)

„Bestenfalls lassen sie sich durch ein hohes Risiko der Tatabdeckung beeindrucken.“ So Professor Pfeiffer in seinem Gutachten.

„Im übrigen werden negative Folgen einer härteren Strafpraxis unausweichlich. Angesichts der voll ausgeschöpften Vollzugskapazität müßte die vorhandene Zellenkapazität beträchtlich erweitert werden. Die hohen Kosten würden den Landesetat stark belasten und dadurch den finanziellen Handlungsspielraum im Bereich der Jugendhilfe weiter verringern. Durch den Anstieg der Gefangenenanzahl in der Jugendvollzugsanstalt würde wiederum wenig später auch die Zahl der jungen Haftentlassenen stark zunehmen. Diese haben erfahrungsgemäß“, so Pfeiffer, „erhebliche Probleme dabei, Arbeit, Wohnung und sozialen Anschluß zu finden. Angesichts ihrer Rückfallquote von circa 80 Prozent würde so ein problematischer Kreislauf verstärkt in Gang gesetzt, der die Probleme im Endeffekt eher erhöht.“

Pfeiffer fährt weiter fort: „Zusammenfassend läßt sich danach feststellen, daß eine Verschärfung des geltenden Jugendstrafrechts auch in seiner Anwendung eher kontraktive Effekte erbringt. Steigende Jugendkriminalität beruht vorwiegend auf sozialen und gesellschaftlichen Umbrüchen. Dabei handelt es sich bei der Kinder- und Jugenddelinquenz überwiegend um eine episodenhafte Bagatelldelinquenz. Im Gesamtspektrum der Kriminalität spielt sie eine untergeordnete Rolle. Strafrechtliche Einwirkungsmöglichkeiten auf delinquente Kinder und Jugendliche dürfen nicht überbewertet werden. Das Jugendstrafrecht kann insoweit lediglich unterstützend wirken, indem es eine individuelle, täterbezogene, prompte staatliche Reaktion auf jugendliche Delinquenz herbeiführt. Dabei würde eine durchgehende Anwendung von Erwachsenenstrafrecht auf alle Volljährigen das differenzierende Reaktionsgeflecht, welches mit dem Jugendstrafrecht zur Verfügung steht, unangemessen verengen. Auch der Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten jugendlicher und Heranwachsender ist durch das präventiv ausgerichtete Jugendgerichtsgesetz besser gewährleistet als durch das Erwachsenenstrafrecht. Insoweit bleibt zu beachten, daß harte Strafen, nämlich bis zu 10 Jahren Freiheitsentzug, auch nach Jugendstrafrecht verhängt werden können.“

Soweit die Stellungnahme des Justizministers.

Ich hatte ohnehin vor, zur aktuellen Beratungssituation im Bundesrat etwas zu sagen, und, Herr Friese, Sie hatten mich darum auch noch mal gebeten. Im Gegensatz zu dieser Stellungnahme und im Gegensatz zu dem, was ich Ihnen aus dem Gutachten von Herrn Professor Pfeiffer vortrug, hat der Bundesrat in seiner Sitzung am 26. September 1997 eine Entschließung zur Stärkung der Inneren Sicherheit angenommen, in der erklärt wurde, daß auf Straftaten Heranwachsender grundsätzlich das allgemeine Strafrecht zur Anwendung kommen solle. Vorangegangen waren – und das wissen Sie – öffentliche Äußerungen von Herrn Ministerpräsidenten Schröder, die er auch in der Debatte des Bundesrates bekräftigte, daß nämlich nach seiner eigenen Einschätzung die SPD in den vergangenen Jahren dem Bedürfnis der Bürger nach einer konsequenten Sicherheits- und Rechtspolitik wenig Rechnung getragen habe. Unter diesem Eindruck ist dann die von mir genannte Entschließung im Bundesrat mit einer sehr breiten Mehrheit

(Zuruf von Dr. Ulrich Born CDU)

gerade unter Einschluß der Stimmen der SPD-regierten Länder gefaßt worden.

Allerdings – und hier komme ich zurück auf die Stellungnahme meines Kollegen, des Justizministers – hat dann der Bundesrat entgegen dieser nahezu einhelligen EntschlieÙung einen Antrag des Landes Bayern, das wörtlich die BundesratsentschlieÙung aufgenommen hat und zum Antrag an den Bundesrat zur Einbringung in den Deutschen Bundestag erhoben hat, abgelehnt

(Zuruf von Dr. Ulrich Born CDU)

ebenfalls mit den Mehrheiten, die vorher dafür waren.

Ich mache hier keinen Hehl daraus – Sie hatten meine Stellungnahme erbeten –, daß ich mit sehr großem Bedauern feststellen mußte,

(Dr. Ulrich Born CDU:
So ist das mit Herrn Schröder.)

daß wir aufgrund der Koalitionsabrede und der Abstimmung im Kabinett uns als Land Mecklenburg-Vorpommern der Stimme enthalten mußten und der Eindruck entstehen könnte, wir seien nicht konsequent, indem wir einerseits einer EntschlieÙung des Bundesrates wenige Monate vorher zustimmen, die wörtlich den gleichen Inhalt hat, aber dem Einbringungsbegehren eines Bundeslandes dann nicht entsprechen konnten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born CDU)

Vizepräsident Dr. Manfred Reißmann: Vielen Dank, Herr Minister Jäger.

Wir setzen die Aussprache fort. Das Wort hat die Abgeordnete Frau Jünger, PDS-Fraktion.

Sabine Jünger PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU ist Wahlkampf pur. Sein Anliegen wie auch das des Antrages zum Strafvollzug sind allerdings weder überraschend noch neu. Es geht in beiden Anträgen um die Law-and-order-Politik der CDU unter dem Motto „Knüppel aus dem Sack!“. Mit Forderungen nach hartem Durchgreifen und härteren Strafen will die Union hierzulande Problembewußtsein und Sachkompetenz vorgaukeln, das sie jedoch nicht hatte und auch nicht hat.

Wir bekommen im Zeichen des Wahlkampfes das ganze CDU-Potpourri noch einmal aufgewärmt. Quengelt doch diese Partei, solange sie hier im Landtag sitzt, pausenlos um alle möglichen Strafverschärfungen und um einen schärferen und hermetisch geschlossenen Strafvollzug. Wir haben bereits alles bis zum Erbrechen gehört.

Es ist allerdings geradezu pervers, wenn man sich nun auch noch am Jugendgerichtsgesetz schadlos halten möchte. Und es geht ja beileibe nicht nur um den Antragspunkt der faktischen Abschaffung beziehungsweise Trendwende in der Anwendung des Jugendstrafrechts für 18- bis 21-jährige. Die CDU soll doch sagen, daß ihr die ganze Richtung des Jugendstrafrechts nicht paßt, daß sie die Liberalisierung und Humanisierung des Jugendstrafrechts wie auch des Strafvollzuges nicht länger haben will! Die ganze Richtung paßt Ihnen nicht, meine Damen und Herren von der CDU, und darum schießen Sie massiv quer gegen das Jugendgerichtsgesetz und das Strafvollzugsgesetz.

Und so versteht es sich, daß Sie natürlich für das Wegsperrn von Kindern in geschlossenen Einrichtungen sind

ebenso wie für die Verschärfung der Untersuchungshaftpraxis für Jugendliche und als Gipfel sogar für die Herabsetzung der Strafmündigkeit von 14 auf 12 Jahre und, wenn möglich, sogar noch darunter.

Das eigentlich Schlimme an der CDU-Argumentation ist, daß all das, was diese Partei auf das Trapez bringt, bereits seit langem an Stammtischen gedacht und ausgesprochen wird. Und nicht nur das! Es werden beileibe nicht nur Stammtische bedient, vieles finden wir in versteckten oder offenen rechten Parolen wieder, die die Leute und das Land verseuchen. Vor allem aber sind sie keine Ermütigung und praktische Hilfe für Justiz und die vielen, die tagtäglich in den Strafanstalten, in der Jugendgerichtshilfe, in den sozialen Diensten versuchen, Kinder- und Jugenddelinquenz zu verhüten und zu beheben, und insbesondere versuchen, den Drehtüreffekt, also den Rückfall, der bekanntlich bei eingesperrten Jugendlichen und Heranwachsenden 80 Prozent ausmacht, auszuschalten.

Meine Damen und Herren, der Antrag macht vor allem deshalb wenig Sinn, weil er über die Ursachen und die Situation, unter denen die Straftaten entstehen, sowie auch über die Besonderheiten von Jugenddelinquenz hinwegsieht. Der alltäglichen Gewaltanwendung in den Schulen, in den Familien, auf der Straße beispielsweise ist mit strafender staatlicher Gegengewalt kaum zu begegnen. Das sieht man beispielsweise auch daran, daß viele der Gewaltstraftaten heute auf dem Boden von Jugendgangs und Jugendcliquen entstehen und daß bis zu 80 Prozent aller Gewalttaten und vieler anderer Delikte unter Alkohol begangen werden. Auch die CDU weiß es, glaubt aber, mit härterem Zuschlagen Erfolg zu erzielen.

Meine Damen und Herren! Ich will es mir nicht verkneifen, auf das zu verweisen, was kürzlich erneut der Justizminister von Schleswig-Holstein gesagt hat: „Jede Gesellschaft hat die Kriminalität, die sie verdient.“ Das gilt gerade in bezug auf die Jugendkriminalität.

Statt darüber nachzudenken, wie wir die Jugendlichen und Heranwachsenden möglichst schnell in Haftanstalten hineinbekommen, sollten wir überlegen, wie wir sie davor bewahren könnten und sie möglichst schnell wieder heraus und vor allem integriert bekommen. Daran führt einfach kein Weg vorbei, so sehr auch bei bestimmten Delikten eine bestimmte Schwere, eine harte Hand oder eine nachhaltige Freiheitsstrafe nötig sein mag.

Es gibt im übrigen genügend Entscheidungen des Bundesgerichtshofes, die an dem Prinzip der Gesamtwürdigung der Persönlichkeit, der Tatumstände und der Reife des Heranwachsenden festhalten, wobei geprüft wird, ob es sich um eine Jugendverfehlung handelt. Und der Gerichtshof weiß wohl auch warum.

Die Verfasser des Antrages müssen sich somit auch dessen bewußt sein, daß sie sich im krassen Gegensatz zur allerhöchsten Rechtsprechung der BRD bewegen. Im übrigen stehen selbst wenn das Jugendstrafrecht zur Anwendung kommt, bereits jetzt erhebliche Strafrahmen bis zu zehn Jahren zur Verfügung.

Nun haben im Juni 1997 die Jugendministerinnen und -minister konferiert zum Thema „Kinder- und Jugendkriminalität – eine Herausforderung auch für die Jugendpolitik“. Und möglicherweise hat die CDU unseres Landes die Ergebnisse dieses Treffens verschlafen. Es wurde nämlich öffentlich mitgeteilt, daß dort der Grundsatz der Prävention bekräftigt wurde, und nicht nur das. Es heißt in der

öffentlichen Mitteilung: „Die Teilnehmer waren sich einig, daß dem ... ausgewiesenen Anstieg der Jugendkriminalität weder mit einer allgemeinen Strafverschärfung noch mit einer Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters wirksam begegnet werden kann. Vielmehr müsse das JGG verstärkt auf erzieherische Maßnahmen und die Einbeziehung der Heranwachsenden ausgerichtet werden. Die Konferenz hat“ – so heißt es – „die Bundesregierung gebeten, wissenschaftliche Forschungsprojekte zu fördern, um ein genaues Bild der Ursachen und Erscheinungsformen für Kinder- und Jugendkriminalität zu erhalten.“

Alles richtig, kann ich nur sagen. Wenn sich das doch nur auch bis zu unserer Landes-CDU herumsprechen würde. Also Strafverschärfung lehnen die Minister klar ab, und statt Ausschluß der Heranwachsenden aus dem Jugendstrafrecht wird im Gegenteil deren Einbeziehung verlangt.

Ich will noch einiges kurz sagen. Diversion, Verstärkung erzieherischer ambulanter Maßnahmen und Leistungen, Beibehaltung relativ weiter Entscheidungsräume der Richter und Staatsanwaltschaften für Einstellungen, Haftvermeidungen, wo immer es möglich ist und angezeigt erscheint – anstelle freiheitsstrafender Sanktionen sollte eine informelle Erledigung erfolgen. Als eigene freiwillige Leistung soll der Täter-Opfer-Ausgleich als Reaktionsalternative noch mehr zum Tragen kommen. Zwischen Justiz, Jugendgerichtshilfe und sozialen Diensten soll eine noch engere Kooperation erfolgen.

(Präsident Rainer Prachtl
übernimmt den Vorsitz.)

Soziale Dienste wie die Jugendgerichtshilfe sollen weiter entbürokratisiert werden und noch mehr Selbständigkeit erlangen. Sie dürfen nicht einfach ein verlängerter Arm der Justiz sein.

Die Justiz, meine Damen und Herren, muß sich bei der Kinder- und Jugendkriminalität und auch bei den Straftaten der Heranwachsenden um mehr kümmern als nur um die Straftat. Das ist der besondere Sinn der Jugendgerichtsbarkeit.

Und wir wissen doch aus der praktischen Anschauung schon angesichts der sozialen Lage, daß Strafanstalten Durchlauferhitzer für Gewalt sind und sich oft erst dort, was der Rückfall ja zeigt, die Drehtür für weitere Delinquenz öffnet.

Der Antrag ist, das möchte ich noch einmal sagen, Ausdruck von Hilflosigkeit und Inkompetenz einer Partei, die abgewirtschaftet hat. Deshalb kann man ihn nur ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Rainer Prachtl: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Helmrich von der CDU-Fraktion.

Herbert Helmrich CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema bewegt uns in diesem Hause immer wieder. Dieses Thema wird uns nicht loslassen. Wir haben gestern über die Gründe für Rechtsradikalität gesprochen. Ich selbst habe in diesem Zusammenhang besonders über strafbare Handlungen mit rechtsradikalem Hintergrund gesprochen.

Wenn Sie sich Ihre Reden von gestern ansehen und sprechen dann über die Gründe, so, wie Sie sie gestern genannt haben, und wenn Sie sich dann Ihre Reaktionen

einmal ansehen, auch die Reaktionen der Gerichte, was denn passiert, wenn 18-, 19-, 20jährige anderen SS-Runen auf den Körper malen oder mit dem Messer versuchen, ihnen SS-Runen in die Backe zu schneiden, dann sind das nach den Worten des Justizministers alles im Grunde genommen Bagatelgeschichten,

(Sylvia Bretschneider SPD: Das hat doch überhaupt keiner gesagt, Herr Helmrich!)

die wir bei den Jugendlichen haben, und es sind Entwicklungs...

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Bleiben Sie doch mal bei der Wahrheit! Das hat er doch gar nicht gesagt, daß das Bagatelldelikte sind.)

Er hat vortragen lassen, daß die Straftaten von Jugendlichen, von 18- bis 21jährigen in der Regel – ich habe das mitgeschrieben –

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Aber nicht diese, aber nicht diese! Sie müssen doch bei der Wahrheit bleiben, Herr Helmrich!)

Bagatel- und entwicklungsbedingte Straftaten sind.

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Ach, doch nicht diese, die Sie aufzählen!)

Und jetzt zähle ich Ihnen gesonderte Straftaten auf, bei denen wir uns ja Gott sei Dank einig sind, daß es das nicht ist. Und deshalb ...

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Ja, ja, ja!
Warum erwecken Sie dann den Eindruck?)

Nein, er hat es pauschal gesagt. Und ich sage Ihnen jetzt einzelne Straftaten, bei denen wir uns sehr wohl einig sind, so zum Beispiel gilt das für 17-, 18-, 19-, 20jährige bei serienmäßigem Autodiebstahl, bei Verschlingung in Banden, die Autos ins Ausland verschieben. Da werden Sie doch mit mir sehr schnell einig sein, daß das weder Bagatel- noch entwicklungsbedingt ist.

(Dr. Harald Ringstorff SPD:
Das weiß man nicht.)

Mein Sohn absolviert zur Zeit seine Referendarzeit in Hamburg, und es ist dort nicht viel anders. Er sagt, es kommt praktisch nicht mehr vor, daß 18- bis 21jährige nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Ja, aber dazu muß man doch das Gesetz nicht ändern.)

Doch. Die Rechtsprechung ...

(Dr. Gerhard Poppei PDS: Nein!)

Wir haben ja kein Anweisungsrecht gegenüber den Richtern. Das ist Ihre Vorstellung, das gab es früher mal, und Sie werden die Partei nennen können, die den Richtern angewiesen hat, das so und so zu tun.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Das hat doch nichts mit der Vorstellung zu tun.)

Der Richter legt das Gesetz heute so aus, wie es vorhin vom Justizminister vorgetragen worden ist.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Ja.)

Das sind alles noch entwicklungsbedingte Straftaten und deswegen ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD –
 Sylvia Bretschneider SPD: Der Richter macht
 jedesmal eine Einzelfallprüfung, Herr Helmrich. –
 Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Jedenfalls das
 Gesetz sieht nicht vor, daß es verboten ist, nach
 Erwachsenenstrafrecht zu strafen. –
 Glocke des Präsidenten)

Nein, das sieht das Gesetz nicht vor, nur es kommt nicht
 vor.

(Sabine Jünger PDS: Wollen Sie
 jetzt die Gerichte kritisieren?! –
 Heiterkeit bei Annegrit Koburger PDS –
 Sylvia Bretschneider SPD: Dafür gibt es aber
 auch Gründe, Herr Helmrich, daß das so ange-
 wendet wird, und die sind gesellschaftlicher Natur.)

Und wenn wir sozusagen an der Rechtsprechung etwas
 ändern wollen, dann gibt es beim gewaltenteilenden Staat
 keine Anweisung an den Richter, sondern eine Gesetzes-
 änderung, denn der Richter hat sich nach Gesetz und
 Recht zu richten. Heute ist das Regel-Ausnahme-Verhält-
 nis so, wie es das Jugendgerichtsgesetz vorschlägt,

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Also
 geht's am Ende doch um Richterschelte.)

daß Jugendliche beziehungsweise Heranwachsende
 zwischen 18 und 21 nach Jugendstrafrecht behandelt wer-
 den können. Und dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis wird
 heute so ausgelegt, daß sie fast immer nach Jugendstraf-
 recht verurteilt werden. Deshalb ...

(Sylvia Bretschneider SPD: Dann muß man
 jeden Einzelfall untersuchen, warum das
 so ist, Herr Helmrich! Jeden Einzelfall! –
 Zuruf von Siegfried Friese SPD)

Ja, sicher sollen Sie jeden Einzelfall untersuchen, nur
 bin ich der Auffassung, daß diese Untersuchung gerade
 bei solchen Straftaten, wie ich sie genannt habe, fehl-
 schlägt und daß man da sehr wohl Erwachsenenstrafrecht
 anwenden sollte.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
 Das ist aber etwas anderes. –
 Zuruf von Dr. Gerhard Poppei PDS)

Ja, und deshalb eine Gesetzesänderung.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Nein! –
 Heiterkeit bei Dr. Harald Ringstorff SPD)

Verstehen Sie doch endlich mal den Zusammenhang!
 Sie wollen ihn nicht verstehen.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
 Nein, Sie werfen mit der Speckseite
 nach der Wurst, und das klappt nicht.)

Jetzt habe ich dazu genug geredet, das reicht jetzt.
 Wenn Sie es bis jetzt nicht verstanden haben, dann muß
 ich in meinen Ausführungen etwas weitergehen.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
 Ich hab' das sehr wohl verstanden. –
 Dr. Ulrich Born CDU: Herr Ringstorff
 sieht das alles ganz anders.)

Meine Damen und Herren! Es geht doch um folgendes:
 Wir haben in der Tat eine unterschiedliche Auffassung,
 und deswegen tragen wir das immer wieder vor. Dasselbe
 gilt natürlich bei den 14- bis 18jährigen. Auch da haben wir

eine Gerichtspraxis, die von Diversion spricht, das heißt,
 zunächst mal gar nichts machen, derjenige wird sich
 schon einigermaßen entwickeln. Auch das halten wir für
 falsch.

Wir halten es ebenfalls für falsch, daß auch bei den
 noch jüngeren, bei den 14- bis 18jährigen, gerichtlich zu
 wenig Konsequenzen erfolgen.

(Siegfried Friese SPD:
 Das war auch die Haltung der SED. –
 Zuruf von Dr. Harald Ringstorff SPD)

Oh, das freut mich, das freut mich. Das habe ich bisher
 noch nicht gehört.

(Siegfried Friese SPD: Da gibt es
 deckungsgleiche Positionen zur SED.)

Ich erzähle Ihnen mal von einem Protokoll eines jugend-
 lichen Serientäters. Dieser sitzt bei der Polizei und wird
 von einem Polizisten gefragt, was das mit ihm werden sol-
 le, er habe doch nun schon ein paar Mal Mopeds geklaut.
 Dieser antwortete, was denn „werden solle“ heiße. Er fah-
 re ja so eine Karre, fast wörtlich wiedergegeben. Ja, wieso
 ändern? Die Polizei und die Staatsanwaltschaft macht ja
 nisch mit mich. Und das ist der Kern, um den es hier geht.

(Belfall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
 Siegfried Friese SPD: Nein. –
 Dr. Ulrich Born CDU: So ist es.)

Die Konsequenzen, die junge Menschen heute von
 Staatsseite erfahren, sind zu gering. Es geht nicht mit
 „Knüppel aus dem Sack“, Frau Jünger, nun ist sie leider
 Gottes nicht mehr da ...

(Sabine Jünger PDS: Natürlich! –
 Heiterkeit bei Annegrit Koburger PDS)

Ich habe Sie nicht auf Ihrem Platz gesehen, entschuldigen
 Sie bitte.

(Dr. Gerhard Poppei PDS:
 Es war eine wilde Hoffnung.)

Frau Jünger, es geht nicht um den „Knüppel aus dem
 Sack“,

(Sabine Jünger PDS: Natürlich!)

sondern es geht darum,

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
 Aber erst mal heißt es „Esel streck dich“.)

daß wir die anderen Erziehungsinstitutionen, die Fami-
 lie, die Schule und auch die Polizei in ihrer Arbeit gerichts-
 seitig etwas mehr unterstützen,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born CDU)

damit auch da sozusagen Konsequenzen deutlicher
 sichtbar werden und bei den ältesten, bei den 18- bis
 21jährigen, nicht sozusagen die Regel umgedreht wird. Es
 wird eben nicht jeder Einzelfall richtig untersucht, Frau
 Bretschneider, sondern geradezu formelhaft wird gesagt,

(Sylvia Bretschneider SPD: Das sind aber
 schwere Vorwürfe gegen Ihre Kollegen!)

noch nicht 21 Jahre und damit in der Regel Jugend-
 strafrecht.

(Andreas Bluhm PDS: Das hat der Justiz-
 minister aber ganz anders erklärt vorhin.)

Diese einzelne Abwägung läuft uns zu häufig darauf hinaus, daß Jugendstrafrecht angewandt wird. Deshalb meinen wir, daß, wie der Justizminister hat vortragen lassen, das durchaus sehr differenziert anwendbare Gerüst eben nicht so differenziert angewandt, sondern pauschal Jugendstrafrecht angewandt wird bei den Heranwachsenden.

(Siegfried Friese SPD: Nun lassen Sie mal die Richterscheite hier! – Sylvia Bretschneider SPD: Genau das ist es, was er hier macht.)

Aus diesem Grunde meinen wir, wenn wir von Prävention sprechen, alle Bemühungen daranzusetzen, daß wir Prävention auch durch die Ausbildung Jugendlicher, durch die Schaffung von Ausbildungsplätzen umsetzen. Sie dürfen nicht vergessen, daß es uns sowohl im letzten und im vorletzten Jahr gelungen ist – und in diesem Jahr wird es wieder gelingen –, daß wir von denen, die einen Beruf suchen, keinen auf der Straße stehenlassen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born CDU: So ist es. – Sabine Jünger PDS: Darauf warte ich noch.)

weil wir nicht genügend normale Ausbildungsplätze in der Wirtschaft haben. Deshalb sind auch manche auf Warteschlange, aber es bleibt keiner auf der Straße stehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Sylvia Bretschneider SPD: Sagen Sie doch, daß Sie das gar nicht wollen, sonst hätten Sie doch was geändert!)

Und das sagen Sie hier nie.

Das heißt, wir müssen alles tun, um Prävention bei Jugendlichen und das Heranführen der Jugendlichen an das Erwachsenenleben zu verbessern und zu erleichtern. Aber Prävention muß auch dadurch geschehen – und deshalb habe ich das Beispiel mit dem Jugendlichen noch einmal gebracht, der da sagt „Die Polizei macht ja nischt mit mich“, und der Polizist denkt „Es hat ja gar keinen Sinn, daß ich den noch einmal auf die Polizei hole und wieder ein Protokoll aufnehme“, daß der Polizist zum Schluß nicht auch wegguckt. Hier muß etwas geschehen, auch von Gerichts wegen und auch durch die Staatsanwaltschaft.

(Dr. Ulrich Born CDU: So sagt es ja auch Herr Schröder, und die SPD lehnt das ab.)

Deshalb sind wir dafür, daß auch bei Jugendlichen und bei 18- bis 21jährigen Generalprävention und nicht nur Prävention auf den einzelnen eine Rolle spielt. Denn dieser Jugendliche hat eine Clique von 10 bis 15 Leuten, und da heißt es „Die Polizei macht ja nischt mit denen, da passiert ja nischt.“

Die Folge, meine Damen und Herren, ist, daß ja alle voneinander abgucken in ihrem Handeln und sich sagen: Mensch, dem passiert nischt, kannste och mal machen. Nein, die Reaktion auf die Straftat eines einzelnen muß sich in seiner Clique so auswirken: Mensch, dat geht wohl nich.

(Gesine Skrzepski CDU: Genau.)

Denn alle sind ja noch nicht soweit.

Dem möchten wir sozusagen durch eine Gesetzesänderung insgesamt gerecht werden. Sie haben völlig recht, Frau Jünger, wenn Sie sagen, insgesamt paßt uns diese Art des Nichtiguckens nicht. Deshalb glauben wir, daß wir bei den Ältesten anfangen müssen.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Und bei den Kindern aufhören müssen.)

Unsere Debatte zu jugendlichen Serientätern und geschlossene Unterbringung haben wir auch schon dreimal geführt. Wir sind generell der Auffassung, daß auch bei den 18- bis 21jährigen ein etwas präziseres Hingucken angezeigt ist und Strafen nach Erwachsenenstrafrecht kommen müssen. Deshalb bitte ich Sie, ebenfalls diesem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Siegfried Friese SPD)

Präsident Rainer Pracht! Das Wort hat die Abgeordnete Frau Bretschneider von der SPD-Fraktion.

Sylvia Bretschneider SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jeder, der die Statistiken darüber kennt, wieviel unserer jungen Leute in diesem Land und in der Bundesrepublik insgesamt straffällig werden im Vergleich zu der Gesamtzahl der jungen Leute, weiß, daß diese Zahl im Verhältnis gesehen äußerst gering ist. Aus diesem Grunde, denke ich, ist es eine Schande, was hier gesagt wird,

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Richtig.)

daß Jugendliche generell, wenn sie in einer Clique sind, straffällig werden.

(Eckhardt Rehberg CDU: Wer hat denn das erzählt? Was erzählen Sie denn da, Frau Bretschneider?! Offenbar sind Sie nicht mal mehr fähig, richtig zuzuhören!)

Ich denke, das hat unsere junge Generation, auch die jungen Leute in diesem Land, die sich mehrheitlich ordentlich und vernünftig verhalten, nicht verdient, daß sie hier auf diese Weise abgemeiert werden.

(Beifall Dr. Harald Ringstorff SPD und Dr. Arnold Schoenenburg PDS – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg CDU: Ach, Frau Bretschneider, schwacher Beifall in den eigenen Reihen.)

In Sachsen-Anhalt haben die Wahlen bewiesen, daß die Jugend von der etablierten Politik erwartet, ernstgenommen zu werden. Sonst werden nicht wenige Jugendliche Parteien wählen, die wegen ihrer rechtsextremistischen, einfachen wie falschen Parolen als wirkungsvolle Schocktherapie angesehen werden –

(Herbert Helmrich CDU: Das ist ja unerhört!)

für die ideologischen Hintermänner eine willkommene Verstärkung.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Christoph Brandt CDU: Das ist ja wie vor '89.)

Demgegenüber liegt das reale Potential rechtsextremistischer Weltanschauung derzeit wohl noch weit unter den erreichten Wahlergebnissen. Nichtsdestotrotz zeigen sich Entwicklungspotentiale, die zu großer Sorge Anlaß geben.

(Dr. Ulrich Born CDU: Eben.)

Vor dem Hintergrund rechter Parolen von „Ausländer raus!“ bis „Deutsches Geld für deutsche Arbeitnehmer“ propagiert die CDU seit langem

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg CDU:
Das gibt's doch gar nicht! Was unterstellen
Sie uns denn hier, Frau Bretschneider?! –
Zuruf von Christoph Brandt CDU)

die scheinbar einfache Lösung von Jugendgewalt und
Jugendkriminalität durch Strafverschärfung, Senkung der
Strafmündigkeit, Einführung von Hilfssheriffs und mit
Wegsperrern von jugendlichen Straftätern.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg CDU: Ja, so treiben Sie junge
Leute in die rechte Ecke mit dem, was Sie hier
veranstalten. – Glocke des Präsidenten)

Dieses kann meines Erachtens nur die angstvolle Ant-
wort für diejenigen sein, die als Wohlstandsbürger bitte
nicht von den Ausgegrenzten, von dem sogenannten
„Bodensatz“ der Gesellschaft belästigt werden wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg CDU)

Und wie gestern sogar die „Bild“-Zeitung deutlich mach-
te, sind Stammtischdiskussionen nicht selten oberflächlich
und sachlich wenig fundiert.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Michael Nötzel CDU: Das ist aber höchstes
Stammtischniveau! – Glocke des Präsidenten)

Forderungen nach schärferer Strafe führen eben auch
zum schärferen und gewaltsameren Widerstand durch die
Ausgegrenzten. Und dazu zählen sich eben in erster Linie
auch unverstanden fühlende Jugendliche.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg CDU:
Unverstanden.)

Unbestritten ist es Aufgabe des Staates, für die Sicher-
heit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen.

(Eckhardt Rehberg CDU:
Aha, jetzt kommt es also.)

Und es ist auch richtig, daß die Strafe auf dem Fuß zu
folgen hat. Aber wenn man nicht der Theorie von der
ererbten kriminellen Energie nachhängt, dann muß der
Staat ebenso wie die Elterngeneration sich die Frage gefal-
len lassen, worin die Ursachen für die offenbar immer stär-
ker werdende Kluft in dieser Gesellschaft zwischen eta-
blierter Erwachsenenwelt und nachdrängender Jugendge-
neration liegt.

(Michael Nötzel CDU:
Das hat schon Sokrates gesagt.)

Wenn in Bonn über Rente gestritten wird, so vermittelt
sich der Eindruck, es geht schon lange nicht mehr um die
Rente der jetzigen Jugend, sondern nur noch um die Ren-
te derjenigen, die jetzt gerade darüber beraten.

(Hermann Bollinger CDU: Sie werden
auch mal alt. – Siegfried Friese SPD:
Das sagt man einer Dame doch aber nicht,
Herr Bollinger! – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

Wenn die CDU über Arbeitslosigkeit und ihre Bekämp-
fung redet, so wird der Eindruck vermittelt, daß die Ju-
gendlichen überzogene und unangemessene Ansprüche
auf Ausbildung und Arbeit erheben und daß sie indirekt
sogar schuld an der wirtschaftlichen Lage seien. Hierzu

nur das Stichwort „solidarische Ausbildungsfinanzierung“.
Es herrscht vielfach die Auffassung, Jugend rechnet sich
nicht. Aber ich sage Ihnen, wenn die Erwachsenen die Ju-
gendlichen verlieren, dann verlieren sie ihre eigene Zukunft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Was will die CDU mit ihrem Antrag erreichen? Sie will
die grundsätzliche Anwendung des Erwachsenenstraf-
rechts auf Heranwachsende, also für Jugendliche zwi-
schen 18 und 21 Jahren.

(Zuruf von Gesine Skrzepski CDU)

Herr Helmrich hat in einem Beitrag der Konrad-Adenau-
er-Stiftung ausführlich über die Erziehung in der Krise als
zumindest eines der wichtigsten Erklärungsmuster resü-
miert und kommt dabei zu dem Schluß, daß neben dem
geistesgeschichtlichen Umbruch zum Anfang unseres
Jahrhunderts vor allem die gesellschaftspolitischen Um-
wälzungen der 68er Revolution zu einem Werteverlust
geführt haben. Das ist schon bemerkenswert.

Abgesehen davon, daß er zwei Seiten zuvor vermerkte,
daß sich seit 1989 eine Verstärkung der Kriminalität und
Gewalt unter Jugendlichen, insbesondere im Osten
Deutschlands, als Angleichung der Lebensverhältnisse
zeigte, ist es schon erstaunlich, wenn nach 16jähriger
Herrschaft einer konservativ-liberalen Koalition als rechts-
politische Forderung für die Erziehung heute die Unter-
stützung der Familie bei der Erziehungsfunktion erhoben
wird. Welch ein Hohn!

Ich will hier nicht alle familienpolitischen Fehlleistungen
der letzten Jahre aufzählen, aber wie sollen Familien –
gerade hier im Osten – ihre Erziehungsfunktion und vor
allem den Auftrag wahrnehmen, den Kindern Perspekti-
ven, ihnen Glaube an den demokratischen Rechtsstaat zu
vermitteln, wenn sie selbst vor Existenzangst gelähmt
sind? Wo Arbeitslosigkeit herrscht beziehungsweise der
Verlust des Arbeitsplatzes wie ein Damoklesschwert über
den Menschen schwebt und dieser Zustand als himmel-
schreiende Ungerechtigkeit erlebt wird, kann die von Kol-
lege Helmrich geforderte Wertevermittlung kaum erfolg-
reich sein.

(Michael Nötzel CDU: Was wollen Sie
denn machen? Jedem einen Sozialarbeiter
an die Seite stellen, oder was?!)

Um so erfreulicher ist es, daß gerade hier im Osten
nach der jüngsten Befragung im Rahmen des Landesju-
gendberichts die familiären Strukturen noch große Be-
deutung haben und in der familiären Unterstützung ein
wichtiger sozialer Faktor sind.

Es sind also die real nicht mehr vorhandenen Möglic-
keiten durch die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen,
die die Familien an dem hindern, was Sie, meine Damen
und Herren von der CDU, verlangen.

(Zuruf von Herbert Helmrich CDU)

Neben der Familie richtet sich die Forderung von Herrn
Helmrich und vorgestern in der SVZ auch die des Herrn
Innenminister Jäger an die Schulen. Sehr richtig betont Herr
Helmrich, daß die Schüler im Rahmen der Schülermitver-
waltung zur Mitverantwortung erzogen werden sollen.

(Beifall Dr. Harald Ringstorff SPD)

Dieses hat Frau Schnoor, und darauf möchte ich aus-
drücklich hinweisen, bei der *Verhandlung zum Schulge-*

setz über die paritätische Besetzung der Schulkonferenzen boykottiert, meine Damen und Herren.

Aber bei allen Verbesserungen, die wir bisher im Schulwesen erreicht haben, Schule kann nicht zum Reparaturbetrieb der Gesellschaft verpflichtet werden, und das schon gar nicht, wenn mit dem Begriff „Wirtschaftsförderung“ jede noch so weit herbeigeholte Legitimation für Subventionen begründet wird, obwohl die Unternehmensgewinne – zumindest bei den Großen – ständig steigen.

Demgegenüber muß aber beim Stichwort „Schule und Ausbildung“ wegen nicht klar bezifferbarer Refinanzierung in Mark und Pfennig ständig gefeilscht werden. Schule kann gar nicht, wie Herr Jäger fordert, Grundwerte vermitteln, wenn die mit dem Grundwert in Beziehung stehende Realität eine andere ist.

Wie soll Schule denn Ehrlichkeit vermitteln, wenn der Ehrliche fast immer der Dumme ist?

(Beifall Dr. Harald Ringstorff SPD –
Eckhardt Rehberg CDU: Das ist ja eine Kritik
an der Kultusministerin hier, mein Gott! –
Zuruf von Michael Nötzel CDU)

Wie soll Schule Gewaltfreiheit vermitteln, wenn die freie Marktwirtschaft offene Gewalt in den Medien und verdeckte Gewalt in Familie und Arbeitswelt toleriert?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wie soll Schule Rechtsstaatlichkeit vermitteln, wenn in der Realität doch mit unterschiedlicher Elle gemessen wird?

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Richtig. –
Christoph Brandt CDU: Das hat
doch Ihre Ministerin gemacht.)

Also bleibt, was auch Herr Helmrich im Artikel und die CDU ja per Antrag als Forderung erhebt,

(Eckhardt Rehberg CDU: Heftige Kritik
an der Schule von Frau Bretschneider
und somit an der Kultusministerin.)

Strafen rauf und Gefängnistüren zu. Es ist unverantwortlich,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg CDU: Heftigste Kritik. –
Glocke des Präsidenten –
Dr. Harald Ringstorff SPD: Sie sind
zu dumm, um richtig zuzuhören.)

wenn ein Landesminister, wie in diesem Fall Herr Jäger,

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Richtig.
Richtig. – Zuruf von Michael Nötzel CDU)

als Begründung für eine weitere Strafverschärfung das Mißverhältnis zwischen der Bestrafung von Eigentums- und Körperverletzungsdelikten angibt. Eigentum wurde in dieser Gesellschaft rechtlich immer wichtiger angesehen als körperliche Unversehrtheit.

(Dr. Gerhard Poppei PDS: Schlimm genug. –
Dr. Harald Ringstorff SPD: Leider.)

Geld und Eigentum sind Gradmesser von Erfolg und nicht mehr Mittel zur Sicherung der eigenen Existenz.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Hermann Bollinger CDU: Welche Aussage ist
denn nun richtig? – Dr. Harald Ringstorff SPD:
Ihre in jedem Fall, Herr Bollinger, Ihre
in jedem Fall. Das ist ganz zweifellos.)

Im übrigen wurde zwischenzeitlich dieses Mißverhältnis durch Gesetzgebung auch auf Initiative der SPD verringert. Die Forderung nach der grundsätzlichen Anwendung des, Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende erweckt für den unerfahrenen Betrachter den Eindruck, daß das Jugendstrafrecht ein milderes Strafrecht sei, welches eine angemessene Wirkung – und ich denke, Strafe soll immer erziehen – von vornherein ausschließt.

Dazu äußerte sich Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig: „Das Jugendstrafrecht ist keineswegs milder und wirkungsloser als das Erwachsenenstrafrecht. Im Gegenteil, es ist das flexiblere und das präventiv bessere Recht.“

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Hört, hört! –
Michael Nötzel CDU: 18- bis 21jährige, ne?!)

Das Jugendgerichtsgesetz, das seine Ursprünge übrigens 1923 hat, beinhaltet im Verhältnis zum Erwachsenenstrafrecht ein sehr differenziertes Geflecht von Sanktionsmöglichkeiten,

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
Richtig, richtig.)

mit dem Jugenddelinquenz wirksam und präventiv begünstigt werden kann.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
Muß man nur anwenden.)

Es stellt den Erziehungsgedanken und die Individualprävention in den Vordergrund. Schon 1939, und hier will ich beileibe keine Parallelen der damals herrschenden Partei zur CDU ziehen, wurde ein erster Versuch gemacht, über eine Verordnung zum Schutz gegen jugendliche Schwerverbrecher das Jugendgerichtsgesetz zu verschärfen. Darin hieß es unter anderem: „Gegen einen Jugendlichen, der bei Begehung einer Straftat über 16 Jahre alt ist, kann der Staatsanwalt die Anklage auch vor dem Gericht erheben, das zur Verhandlung und Entscheidung gegen Erwachsene zuständig ist. Erwachsenenstrafen sollten angewandt werden, wenn der Täter nach seiner geistigen und sittlichen Entwicklung einer über 18 Jahre alten Person gleich zu achten ist.“

Übrigens wurde mit dem Reichsjugendgerichtsgesetz im Jahre 1943 auch noch die Senkung des Strafmündigkeitsalters auf zwölf Jahre durchgesetzt. Erst 1953 wurde in der Bundesrepublik das alte Jugendgerichtsgesetz wieder eingeführt.

Ich muß zum Schluß kommen, da die rote Lampe leuchtet.

(Dr. Ulrich Born CDU: Das ist gut. –
Michael Nötzel CDU: Das wurde auch Zeit. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das bedauere ich sehr.

Unabhängig von der offensichtlichen Wirkungslosigkeit der Verschärfung in den Jahren 1939 bis 1943 ...

Präsident Rainer Prachtl: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist schon weit abgelaufen.

Sylvia Bretschneider SPD: ... wird von der CDU heute der Versuch unternommen – ich bin gleich zu Ende –, einen alten Hut zu aktivieren, was die CDU immer gern mit

Bezug auf bildungspolitische Reformen der SPD unterstellt, und das, obwohl nach wie vor auch für die Heranwachsenden der Schuldgrundsatz gilt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Rainer Prachtl: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3773. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Es muß gezählt werden. Gegenstimmen? – Ich bitte wieder zu zählen. Enthaltungen? – Bei 26 Stimmen dafür und 22 Stimmen dagegen ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3773 angenommen.

(Beifall bei der CDU)

Wegen Beratungsbedarfs bei der PDS ist jetzt eine Unterbrechung für 15 Minuten beantragt worden.

Unterbrechung: 11.59 Uhr

Wiederbeginn: 12.15 Uhr

Präsident Rainer Prachtl: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Werter Kollege Dr. Ringstorff, Sie haben im Tagesordnungspunkt 25 zu Kollegen Rehberg gesagt: „Sie sind zu dumm, um richtig zuzuhören.“

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Poppei PDS)

Dafür muß ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen.

Kollege Scheringer übernimmt jetzt.

(Vizepräsident Johann Scheringer übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsident Johann Scheringer: Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26:** Beratung des Antrages der Fraktion der PDS – Traditionstreffen von lettischen SS-Einheiten, Drucksache 2/3686.

Antrag der Fraktion der PDS:
Traditionstreffen von lettischen SS-Einheiten
– **Drucksache 2/3686** –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Professor Putensen von der PDS-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Gregor Putensen PDS: Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Zunächst seien mir einige Bemerkungen zum inzwischen eingetretenen Sachstand in bezug auf den Ihnen vorliegenden Antrag gestattet.

Die Proteste und diplomatischen Aktivitäten des Auslandes sind nicht ohne Wirkung auf die verantwortlichen politischen Kreise in Lettland geblieben. Der Oberbefehlshaber der lettischen Streitkräfte Juris Dalbins ist vom Nationalen Sicherheitsrat Lettlands aufgrund seiner Ansprache vor den ehemaligen SS-Legionären inzwischen von seinem Amt entbunden worden.

Ich füge mit Genugtuung hinzu, daß die PDS-Fraktion mit ihrem Protest, den sie in schriftlicher Form der lettischen Botschaft in Bonn übermittelte, ein Stück jener antifaschistischen Verpflichtung nachgekommen ist, die eigentlich entsprechend dem demokratischen Selbstverständnis unseres Landtages all seinen Fraktionen gut zu Gesicht gestanden hätte.

Auch die Teilnahme von Abgeordneten und sogar des Vizepräsidenten des lettischen Sejms an der Veranstaltung der SS-Legionäre ist nicht folgenlos geblieben. Die stärkste Fraktion der bisherigen Regierungskoalition, die Demokratische Partei Saimnieks, die DPS, hat die Koalition aufgrund der nationalistisch hypertrophierten Politik gegenüber der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe verlassen, deren Herkunft sich nicht nur auf Rußland, sondern auch weitgehend auf Belorußland und die Ukraine bezieht.

Über die menschenrechtliche Situation der sogenannten Nichtstaatsbürger in Lettland wäre es eigentlich angebracht, eine gesonderte Debatte zu führen. Die Kritik und die Demarchen des OSZE-Kommissars van der Stoep an die Adresse der Regierenden in Riga sprechen da eine ganz unmißverständliche Sprache.

Lassen Sie uns nun, Kolleginnen und Kollegen, in unserer Debatte folgende Fragestellungen und Zusammenhänge überlegen:

Erstens. Wenn es mit der Abwehr des Neonazismus oder den Menschenrechten in Europa und im Ostseeraum ernstgemeint sein soll, dann haben wir als Landesparlament hierzu durchaus unsere Positionen zu bekunden, und sei es nur durch die unbestreitbar bescheidenen Möglichkeiten über den Ministerpräsidenten unseres Bundeslandes, indem er der Besorgnis der hiesigen politischen Öffentlichkeit durch ein gezieltes Auskunftsbegehren bei den staatlichen Verantwortungsträgern in Lettland Ausdruck verleiht.

Zweitens. Das Argument einer vermeintlich fehlenden Legitimierung zu einem Schritt mit unverkennbar außenpolitischem Akzent ist durch das Netzwerk inzwischen existierender Institutionen der wirtschaftlichen, kulturellen und vor allem politischen Zusammenarbeit der Ostseeländerstaaten nicht mehr stichhaltig.

Die eigenständige Teilnahme Mecklenburg-Vorpommerns ebenso wie Schleswig-Holsteins oder Hamburgs an den Parlamentarierkonferenzen der Ostseestaaten – wie wir ja gestern debattiert haben – bietet trotz der zweifellos in Bonn liegenden zentralen außenpolitischen Kompetenz die erforderlichen Voraussetzungen hierfür. Entscheidend, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist immer der politische Wille!

Und die CDU-Fraktion hat mit ihrer obstruktiven Haltung gegenüber dem Anliegen dieses ursprünglichen Dringlichkeitsantrages im Rechtsausschuß und im Landtagsplenum Ende März manifestiert, daß es ihr ganz offenkundig nach wie vor schwerfällt, sich mit gebotener Klarheit von Altnazis und restaurativen Erscheinungen des Neofaschismus abzugrenzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dies gilt nicht nur im Hinblick auf den skandalösen Mummenschanz der lettischen SS-Legionäre Mitte März in Riga, sondern generell für die politische Urteilsweise christlich-konservativer Kräfte in Deutschland.

Wie anders soll man denn die Äußerungen namhafter Repräsentanten der CDU und CSU werten, wenn ihnen angesichts des schockierenden Wahlerfolges der DVU in Sachsen-Anhalt letztlich nichts Besseres einfällt, als im Grunde genommen die Forderung zu erheben: Von nun an müsse sich die CDU/CSU die Themen der DVU noch klarer erkennbar zu eigen machen? Diese Sentenzen des christlich-konservativen Lagers ...

(Jürgen Andrees CDU: Das ist doch absurd!)

Das ist eben nicht absurd. Ich werde Ihnen gleich sagen, warum.

... sind aus anderen Zusammenhängen wohlbekannt, zum Beispiel – noch mal in Sachen Absurdität –, wenn es um die rechtliche und materielle Rehabilitierung der Deserteur der faschistischen Wehrmacht geht oder wenn es um die verbrecherische Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg geht – siehe Wehrmachtsausstellung – oder es sich um die rechtsextremistischen Tendenzen in der Bundeswehr handelt oder, um beim Thema zu bleiben, wenn es um die Berentung der lettischen SS-Legionäre durch die Bundesrepublik Deutschland geht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Da fällt es der CDU schon viel leichter, der PDS zu unterstellen, sie wäre dazu bereit gewesen, Ministerpräsident Dr. Seite in ein KZ zu bringen.

Nun zu einem weiteren aktuellen Aspekt im Zusammenhang mit dem Aufmarsch der Veteranen der lettischen SS-Legionäre:

Wie aus unserem Antrag ersichtlich, fand dieser Aufmarsch der lettischen Freiwilligendivision aus Anlaß des 55. Jahrestages ihrer Gründung statt.

Die Tatsache dieses Ereignisses hatte nicht nur in Rußland, sondern auch in den Massenmedien Polens und der nordischen Nachbarstaaten ein ganz erhebliches Echo verursacht. Dieses Echo war durchaus nicht einheitlich, aber in seinem Grundtenor brachte es sowohl höchste Beunruhigung breiter Kreise der Öffentlichkeit als auch peinliche Betroffenheit offizieller staatlicher Institutionen zum Ausdruck.

Dagegen wurde das Ereignis in Riga in den deutschen Massenmedien erstaunlich wortkarg zur Kenntnis genommen, ja geschweige denn überhaupt auch nur kommentiert, wo doch sonst jede Sprechblase des Verlautbarungsapparates der Bonner und Schweriner Obrigkeit kolportiert wird, und das mit großer Bereitwilligkeit.

Da ließ man denn auch gleich ganz locker jenen Umstand unerwähnt – und da bitte ich um besondere Aufmerksamkeit –, was somit medial scheinbar gar nicht erst stattgefunden hat, daß auf dem fast zeitgleichen Moskauer Dreiergipfel von Bundeskanzler Kohl, Staatspräsident Chirac und Präsident Jelzin eine gemeinsame Erklärung verabschiedet worden ist, die just diesen Aufmarsch der lettischen SS-Divisionäre einhellig verurteilt hat.

(Dr. Arnold Schoenburg PDS: Hört, hört!)

Es fällt doch schwer, an einen Zufall zu glauben, daß eine für die internationale Politik getroffene Positionsmarkierung unseres Bundeskanzlers in den Medien keinerlei Erwähnung finden sollte. Bei aller immer wieder beschworenen Staatsferne der bundesdeutschen Massenmedien gibt es eigentlich nur eine Erklärung: Die Bonner Obrigkeit war an dieser Verschwiegenheit selbst interessiert, und zwar, weil sie es für gerechtfertigt hielt, ein aus ihrer Sicht zwar lästiges, aber diplomatisch nicht ohne außenpolitische Nachteile zu umgehendes Pflichtritual in der Sphäre der Innenpolitik in den Skat „uninteressanter“, vermeintlich belangloser Informationen zu drücken.

Der rechte Zeitgeist bestimmt die Interessenlage. Diese bestimmt wiederum die herrschende veröffentlichte Meinung, Kolleginnen und Kollegen!

Abschließend noch ein Gedanke zur politischen und sozialen Dimension der historischen Komponente dieses fragwürdigen Ereignisses in Lettland:

Nationalistische Verblendung und Ausländerhaß sind schlechte Ratgeber für Zugang und Verständnis zu den meist niemals eindeutigen Prozessen und Ereignissen von Geschichte und Sozialentwicklung der einzelnen Völker und Staaten. Schnell sind bei einer solchen Sicht Alleinschuldige und Erzfeinde ausgemacht. Dies betrifft keineswegs etwa nur Lettland, das übrige Baltikum oder vielleicht auch nur Deutschland. Ähnliches gilt ebenso für die anderen Staaten des Ostseeraumes, ob Dänemark, Schweden oder auch unsere polnischen Nachbarn.

Rechtsextremismus und Neofaschismus sind – wenn auch in unterschiedlicher Couleur – dabei, sich in den Gesellschaften aller Ostseeanliegerstaaten zu etablieren! Das ist auch der Grund dafür, daß wir den Aufmarsch der SS-Veteranen in Riga und seine offiziellen Begleitumstände so ernst nehmen. Ja, ich sage es so: Das geistige Erbe des Nazireiches soll zumindest in Teilen wieder politisch salonfähig gemacht werden. Es verbietet nämlich für die nicht mehr ausschließbaren staatspolitischen Krisensituationen der heutigen Machthaber und Machtausübenden eine disziplinierende Eingreifreserve gegenüber all jenen politischen Kräften, die zu einer andauernden Hinnahme der heutigen und künftigen sozialen Mißverhältnisse nicht mehr bereit sind.

Folgendes wird am Beispiel Lettlands auch ersichtlich: Periodisierungen der Geschichte nähern sich erst nach dem Vollzug ihrer einzelnen Abschnitte den objektiven Realitäten zurückliegender Entwicklungen, und auch dies nur sehr zaghaft. Geschichte hat stets viele Sichten, sei es die Sicht der Sieger, der Besiegten oder Unterdrückten, der Außenstehenden und nicht zuletzt natürlich der jeweils gegenwärtig Herrschenden.

Die baltischen Staaten, Kolleginnen und Kollegen – und Lettland in ganz extremer Weise –, sind Länder, in denen nicht nur das Volk schlechthin, sondern auch die geistigen Eliten und die politische Klasse innerhalb der Dauer nur eines einzigen Menschenlebens geradezu einem Wechselbad jeweils herrschender historischer Sichten unterworfen waren. Die bewährte außenpolitische Orientierungshilfe für viele Länder, wonach der Feind meines Feindes mein Freund sein muß, hat angesichts des großmachtpolitischen Wechselspiels im Baltikum stets versagt.

Als schwerste geschichtliche Hypothek – und das soll hier keineswegs von uns irgendwie verschwiegen werden – haben sich in diesem Jahrhundert, praktisch nach erstmaliger staatlicher Unabhängigkeit der Balten überhaupt, die geheimen Zusatzprotokolle in den August- und Septemberverträgen von 1939 zwischen Hitler und Stalin erwiesen. Das Baltikum und Finnland galten zunächst einmal als vom Nazireich anerkannte Einfluß- und Aktionssphären für die UdSSR, was auch letztendlich die sowjetische Okkupation des vormals russischen Baltikums ermöglichte und besiegelte.

Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR und der Einmarsch der Wehrmacht in Estland, Lettland und Litauen wurde daher von großen Teilen der dortigen Bevölkerung nicht nur gebilligt, sondern ebenso von den zuvor entmachteten bürgerlichen Eliten als Befreiung begrüßt. Das sollen wir durchaus mit zur Kenntnis nehmen.

Aber dies war eben auch jene Zeit, in der die baltischen SS-Divisionen gebildet wurden. Im weiteren Verlauf des

Krieges kämpften sie gegen die Staaten der Antihitlerkoalition und zeichneten sich nicht nur in ihren eigenen Ländern durch besondere Grausamkeit beim Massenmord an Juden, Russen, Weißrussen und Ukrainern aus.

Die abermaligen Wechsel der Machtverhältnisse 1944/1945 und schließlich 1990 im Baltikum haben nunmehr zu einer Situation geführt, die den ehemaligen SS-Legionären heute den gesellschaftlichen Status sozial besonders privilegierter Freiheitshelden mit kostenloser Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, mit medizinischer Versorgung und samt höchster Berentung verleiht. Dagegen widerfährt den Kriegsteilnehmern auf Seiten der Antihitlerkoalition, also vor allem jenen, die in den Reihen der damaligen Roten Armee – ob Jude oder Russe – für die Befreiung vom Nazijoch gekämpft haben, eine massive politische, vor allem aber soziale Diskriminierung.

Das Erscheinungsbild dieser massiven Diskriminierung wird offiziell ethnisch motiviert, hat ihrem Wesen nach aber eine politische Stoßrichtung. 28 Prozent der Einwohner Lettlands besitzen keine lettische Staatsbürgerschaft. Der regierungsamtlich verkündete Weg zum Aufbau eines „lettischen Lettlands“ ignoriert die zweifellos bittere und widersprüchliche Nachkriegsgeschichte, da sie die Alternative einer von Humanismus und Demokratie getragenen Integration aller Einwohner Lettlands auszuschlagen scheint. Dies ist nicht nur zu bedauern, sondern ermuntert, wie der Aufmarsch der SS-Legionäre zeigt, das Wiedererstehen längst vergessenegeglaufter faschistischer und rechtsextremistischer Potentiale im gesamten Ostseeraum.

Die PDS tritt solchen Tendenzen, wo auch immer, entgegen. In diesem Sinne war und ist der vorliegende Antrag der PDS-Fraktion zu verstehen, der trotz des inzwischen von uns recherchierten Sachstandes von seiner grundsätzlichen Bedeutung, glaube ich, nichts verloren hat.

Die Information zu diesem immer noch nicht beruhigenden Sachstand wäre eigentlich Aufgabe unseres Ministerpräsidenten gewesen. Wir bleiben deshalb in solchen Fragen ungeachtet aller Hindernisse weiter am Ball. – Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Professor Putensen.

Das Wort hat der Abgeordnete Helmrich von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Herbert Helmrich CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Professor Putensen, es ist schon immer wieder lustig – und deswegen habe ich auch keinen Zwischenruf gemacht –, wie Sie die Fakten so lange drehen, bis Sie eine Möglichkeit eröffnen zu sagen, es läge im Interesse der CDU, auch im wirtschaftlichen Interesse der CDU, daß sie die Geschichten in Lettland totschweigt. Und dann haben Sie sozusagen die Interessen. Sie haben selber vom Überbau gesprochen, der dann bei der CDU den ideologischen Überbau bewirkt. Das Wort Überbau steht in Ihrem Vortrag.

(Dr. Gregor Putensen PDS: Was?!)

Ich habe genau zugehört, ja, ja.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Das haben Sie gerade erfunden, Herr Helmrich.)

Nein, nein, nein.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg PDS)

Da müssen wir mal nachlesen.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Das paßt ganz gut zum Marxismus. Das kommt jetzt gleich.)

Und dann stimmt natürlich Ihr altes Bild nach dem dialektischen Materialismus wieder sehr genau.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Sehen Sie! Sehen Sie!)

Ja, es war deutlich herauszuhören,

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Ich habe doch gar nichts anderes gesagt, Herr Helmrich.)

Sie müssen es noch einmal nachlesen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Herr Helmrich, Sie haben sich gerade eine Brücke gebaut, Pappkameraden aufgebaut! – Zuruf von Dr. Harald Ringstorff SPD)

Auf diese Art und Weise paßt dann Ihr Geschichtsbild wieder.

(Zuruf von Dr. Gregor Putensen PDS)

Sie hatten in Ihrem Vortrag damit angefangen und sagten, Sie würden zunächst mal vortragen, was denn inzwischen geschehen ist. Ja, Sie haben eben nur unzureichend vorgetragen, was geschehen ist.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Ja, dazu reichen 15 Minuten kaum. Da haben Sie recht.)

Erstens. Der Chef der Streitkräfte, Herr Dalbins, ist aus der Armee ausgeschieden worden. Der Staatspräsident Ulmanis hat sich distanziert, und ein Teil der veröffentlichten Meinungen in Lettland haben sich ebenfalls von den Geschehnissen um das Traditionstreffen distanziert.

Sie hatten des weiteren nicht erläutert, daß die Bundesregierung durch unseren deutschen Botschafter der lettischen Regierung unsere Auffassung vorgetragen hat, und zwar sehr deutlich. Die Staatskanzlei hat das allen Fraktionen als Material zugesandt, das sollten Sie auch ruhig sagen. Aber da ist die Stelle, wo Sie dann sagen, die CDU wolle gern etwas, was ihr sozusagen unsympathisch ist, versteckt in den Skat drücken. Auch das sind Ihre Worte.

(Dr. Gregor Putensen PDS: Richtig. Da haben Sie richtig zugehört.)

Ich will Ihnen sagen, wobei wir da unterschiedlicher Meinung sind, das ist Ihnen auch als Unterlage zugegangen. Dazu sollten Sie von dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Hoyer, übrigens nicht CDU, sondern FDP ...

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: PDS auch nicht.)

Nein, nein, PDS auch nicht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Unserer heißt nämlich Professor.)

Er hat also zunächst im Bundestag erklärt, die Bundesregierung ist sich des schweren Schicksals des lettischen Volkes als Folge des Hitler-Stalin-Paktes bewußt, sie hat jedoch kein Verständnis dafür, wenn heute in Kenntnis der

Verbrechen, für die die SS insgesamt steht, solche Zeremonien stattfinden. Er führt dann weiter aus, daß den lettischen Partnern nicht zuletzt über unseren Botschafter unsere Haltung klargemacht worden ist. Auf der anderen Seite haben wir es für sinnvoll gehalten, gerade in einer solch diffizilen Frage gemeinsam als Europäische Union aufzutreten. Das nennen Sie verstecken.

Er sagt weiter, uns Deutschen stehe es ganz gut an, in dieser Frage nicht den Eindruck zu erwecken, als wären wir gegenüber den Letten besonders eifrig, um denen Vergangheitsbewältigung beizubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der historische Vorgang: Zunächst verraten wir die Letten im Hitler-Stalin-Pakt an Stalin.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Wer ist „wir“?)

Die Deutschen unter Hitler.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
Deutsche sind wir auch.)

Deutsche sind Sie auch. Ja, ja, Deutscher sind Sie auch.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: So, wir.)

Dann kommt ...

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
Ja, das ist ein kleiner Unterschied.)

Ja, ja, ich kann ja noch etwas dazu sagen, daß Sie sozusagen von der sozialistischen Internationalen her denken und sagen, insofern haben wir mit dem deutschen Volk nichts zu tun. Das ist eben nicht richtig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
In der Zeit hat mein Vater im Gefängnis
gesessen, und da sagen Sie „wir“!)

Ich bin Deutscher. Ich trage das Schicksal mit.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Meinen Sie
sich, da mögen Sie vielleicht recht haben.)

Was deutsche Macht ist, trage ich auf meinen Schultern mit. Das ist mein Schicksal.

(Dr. Gerhard Poppei PDS:
Aber ich identifiziere mich nicht damit.)

Das habe ich auch nicht gesagt.

(Dr. Gerhard Poppei PDS: Das klingt aber so.)

Nein.

(Dr. Gerhard Poppei PDS: Ja.)

Erst findet, um dann einige Deutsche auszuklammern, durch das Deutsche Reich der Verrat an den Letten durch den Hitler-Stalin-Pakt statt, dann spielen sich die Deutschen mit der SS auch noch als Befreier auf, und das spielt ja in den Traditionstreffen, wenn Sie das mal nachlesen, eine Rolle. Da wird die SS unter anderem als die Widerstandsbewegung gegen Stalin hervorgekehrt in einer Verkennung der Fakten.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg PDS)

Aber immerhin bleibt: Wir spielen uns als Befreier auf bei den Letten, und heute wollen wir sie wiederum belegen, wie sie mit ihrer SS umgehen sollen.

(Dr. Harald Ringstorff SPD:
Denen wir Renten zahlen.)

Und da kann ich in der Tat dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Hoyer nur sehr zustimmen, daß wir in dieser Frage sozusagen nicht in erster Linie die Lehrmeister der Letten sind.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Aber das hängt
damit zusammen, daß die Bundesrepublik
der Nachfolger des Dritten Reiches ist.)

Allerdings haben wir unsere Auffassung dazu sehr deutlich klargemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte es für falsch – deswegen habe ich es noch einmal ausführlicher vorgetragen –, wenn der Kollege Professor Dr. Putensen an dieser Stelle sagt, und dann verstecken Sie sich, die Deutschen, ganz gern hinter anderen Gremien. Nein, wir halten es für sinnvoll – auch bei einem in Zukunft anstehenden EU-Beitritt der baltischen Länder –, daß dann die EU als Ganzes auftritt. Daß sozusagen die EU als Einheit schon Außenpolitik betreibt, halten wir für sehr richtig. Und es ist falsch, der CDU an dieser Stelle vorzuwerfen, sie wolle sich hier hinter irgend jemandem verstecken.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
Da wird doch erst mal auf Zeit gespielt.)

Meine Damen und Herren! Wir sind der Auffassung, daß wegen der Geschehnisse, die bisher eingetreten sind, wegen der Reaktionen, die es in Lettland selbst gegeben hat, wegen dem Antrag der PDS der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern der lettischen Regierung nicht noch einmal unsere Auffassung sagen muß.

Sie haben dann versucht, in erstens und zweitens zu gliedern. Ob Sie diesen Antrag in seinem Umfang aufrechterhalten oder ob sie ihn modifiziert sehen wollen, war aus dem, was Sie vorgetragen haben, für mich nicht ganz ersichtlich.

Wir sind der Auffassung, daß sich mit den Geschehnissen inzwischen die Angelegenheit erledigt hat. Ich möchte aber für die Zukunft und in diesem Fall im Speziellen doch noch einmal sagen: Das, was zwischen der EU und der Bundesrepublik außenpolitisch in diesem Fall gilt, gilt natürlich in besonderem Falle nach Artikel 32 Absatz 1 des Grundgesetzes, daß für die Pflege des Verhältnisses zu ausländischen Staaten der Bund zuständig ist.

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Der Ministerpräsident macht doch so gerne Außenpolitik. Der macht das. Da ist doch sein ganzer Wahlkampf drauf eingerichtet, Herr Helmrich. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie sollten ihn hier mal im Lande begleiten, dann würden Sie staunen, dann würden Sie staunen.

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Er fährt doch gern als großer Außenpolitiker durch die Gegend. Selbst der Bodyguard quittiert das doch schon. – Till Backhaus SPD: Alle 40 Minuten ein neuer Termin. Da staune ich immer. Da kommt unheimlich viel bei rüber.)

Also, der Ministerpräsident geriert sich nicht als Außenminister

(Claus Gerloff SPD: Na klar. –
Dr. Harald Ringstorff SPD:
Das kann er ja nun nicht.)

und auch nicht als Außenpolitiker, und die Pflege, so steht es im Grundgesetz, geht dahin, daß wir die Außenpolitik dem Bund zu überlassen haben.

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Gilt das nur in diesem Fall, oder immer?)

Das hindert natürlich nicht, daß wir unmittelbar als EU-Außengrenze zu Polen ein besonderes Verhältnis haben und sich in diesen 14 Tagen hier in Schwerin und im Lande die Region Stettin darstellt. Daß der Ministerpräsident natürlich da in besonderem Maße im Rahmen der Euroregion Pomerania derjenige ist, der hier die Pflege innerhalb der Euroregion und zu Stettin pflegt, ist ja wohl klar.

(Dr. Harald Ringstorff SPD:
Und Frau Jaske ruft zum Marsch
nach Osten auf in der Zeitung.)

Das hat aber nichts damit zu tun, daß wir hier im Landtag beschließen sollen, er möge bitte schön eine Demarche an den lettischen Staat richten. Das ist etwas völlig anderes.

Vizepräsident Johann Scherlinger: Herr Helmrich, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Professor Putensen?

Herbert Helmrich CDU: Aber ja. Nur noch einen Zusammenhang.

Also das sollte man in der Tat dem Bund überlassen, so, wie es die Verfassung vorsieht. Man sieht ja auch, daß sich manche Dinge sogar regeln, ohne daß der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern dazu Stellung genommen hat. Es ist ja ganz erstaunlich, daß wir bei den Reaktionen, die in Lettland stattgefunden haben,

(Dr. Harald Ringstorff SPD:
Sonst wären ja wir auch der Mittelpunkt
der Welt, wenn es anders wäre.)

gar nicht nötig waren. Ich freue mich, wenn die PDS einen Brief an den lettischen Präsidenten schreibt. Aber nun darzustellen, weil die PDS an diesen geschrieben hat, ist der Verteidigungschef, der Streitkräftechef – vorhin habe ich den Namen genannt – zurückgetreten.

(Andreas Bluhm PDS: Das haben wir überhaupt nicht gesagt.)

Da wage ich natürlich, leichte Zweifel anzumelden.

Aber Sie haben eine Frage. Bitte sehr.

Dr. Gregor Putensen PDS: Ja, Kollege Helmrich. Ich habe nachher noch einmal das Wort, aber vielleicht zu den rechtlichen Bedenken, die Sie hier geäußert haben.

Sind Sie nicht der Meinung, was die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und speziell den Europa-Artikel anbelangt, daß der Ministerpräsident außerstande ist, in anderen Zusammenhängen dieses Bundesland außenpolitisch zu vertreten? Erstens einmal ist nicht von einer Demarche gesprochen worden, zweitens müßten wir uns erst noch rechtlich darüber einigen, welchen Charakter eine Demarche hat, sondern hier ging es um ein Auskunftersuchen bei der Regierung Lettlands. Und da der Ministerpräsident in anderen Zusammenhängen dieses Bundesland eben auch quasi bundeslandaußenpolitisch vertreten hat, halten Sie das für ausgeschlossen?

Herbert Helmrich CDU: Zwei Dinge haben Sie hier verlangt, die Betroffenheit zu übermitteln und Parlament

sowie Regierung Lettlands um geeignete Aufklärung über die Vorgänge zu ersuchen. Das letztere, nämlich erst einmal genau zu wissen, worum es geht, Aufklärung zu ersuchen, ist mit Sicherheit der richtige Weg über Bonn und über den deutschen Botschafter in Lettland. Das ist das eine.

Das zweite, nämlich als Ministerpräsident und damit als Staatsmann unter Staaten die Konsequenzen zu ziehen und sozusagen von Regierung zu Regierung den Kontakt herzustellen, auch das ist nicht Sache der Bundesländer.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Kann aber sein.)

Dr. Gregor Putensen PDS: Habe ich Sie also richtig verstanden, daß Sie dem Ministerpräsidenten unseres Bundeslandes sozusagen zukünftig nicht mehr die Kompetenz zubilligen, Mecklenburg-Vorpommern in den baltischen Staaten sowie in Polen als Ministerpräsident unseres Landes zu vertreten?

Herbert Helmrich CDU: Da haben Sie meine Worte gründlich verdreht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Angelika Gramkow PDS)

Dr. Gregor Putensen PDS: Aha, schönen Dank.

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Immer wie es paßt.)

Herbert Helmrich CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da ich also versucht habe, Ihnen deutlich zu machen, daß wir der Auffassung sind – Aufklärung über die Geschehnisse haben wir durch die Bundesregierung erhalten sowie eine weitere Stellungnahme der Bundesregierung gegenüber dem lettischen Staat durch unseren Botschafter, was ich hier zum Teil vorgetragen habe und damit auch den ersten Teil des Vorschlages –, daß der Ministerpräsident noch mal einen Brief schreiben soll, glauben wir, daß diese Sache sich erledigt hat, und beantragen deshalb die Erledigterklärung dieses Antrages.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
Es hat sich überhaupt nichts erledigt.)

Vizepräsident Johann Scherlinger: Danke schön, Herr Helmrich.

Ich hatte vorher versäumt, die Redezeit zu vereinbaren.

Vom Ältestenrat kommt der Vorschlag, diesen Tagesordnungspunkt in 60 Minuten abzuhandeln. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Schlotmann von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Volker Schlotmann SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Helmrich! Die SS in Lettland war nie eine lettische Einrichtung, und man kann sie deshalb auch nicht als lettische Einrichtung und als deren Sache bezeichnen. Das war eine deutsche Einrichtung, das wissen Sie so gut wie ich. Von daher denke ich schon, daß wir eine gewisse Verantwortung für dieses Thema haben. Ich denke, deswegen haben wir es hier auch auf der Tagesordnung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich würde auch von vornherein nicht sagen, unser Ministerpräsident kann hier nicht tätig werden, sondern ich denke schon, daß unser Ministerpräsident hier politisch

aktiv werden kann, wenn er denn will. Ich sage ganz deutlich – und Ihre Äußerungen haben es auch sehr deutlich gemacht –, er will halt nicht, und deswegen wird es hier auch abgelehnt von Ihnen.

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der PDS-Fraktion knüpft an das Thema der Aktuellen Stunde von gestern an, wenn man sich das richtig ansieht. Er ist aber keineswegs allein ein tagespolitisches Thema, und ich möchte denen, die es gesehen haben, die Bilder vom Aufmarsch der Neonazis in Leipzig zum Beispiel in Erinnerung rufen, die mit großer Freude und in aller Offenheit SS-Symbole und Sprüche der SS vor sich hergetragen haben. Wie das öffentlich diskutiert worden ist, wissen Sie auch so gut wie ich. Also ein aktueller Bezug ist da schon vorhanden.

Trotzdem möchte ich hier etwas in die Vergangenheit zurückgehen und etwas zur SS sagen, denn die SS war hier anscheinend gar nicht so das Thema bis jetzt, sondern der Anlaß in Lettland. Diesen kann man aber eigentlich nur bewerten, wenn man sich auch noch mal ein bißchen die Historie der SS in Deutschland ansieht.

Die SS ist im Jahre 1923 als eine Gruppe alter Kämpfer entstanden, die geschworen hatte, Hitler unter Einsatz ihres Lebens gegen alle äußeren und inneren Feinde zu schützen und dem Führer, wo immer er war, Autorität in der Partei zu sichern und jeden Augenblick Hitlers Befehle blindlings auszuführen.

Von der Leibwache Hitlers entwickelte sich die SS zur Parteipolizei der NSDAP. Hitlers Weisungen legten fest, daß die vordringlichste Aufgabe der SS-Verfügungstruppe in der inneren Sicherung des Regimes lag. Ab 1940 sah Hitler dann die Notwendigkeit, die Waffen-SS auszubauen. Die Ausdehnung des großdeutschen Reiches, so in einem Geheimerlaß von Hitler, mache es notwendig, eine Staatsstruppenpolizei zu unterhalten, die in jeder Situation befähigt ist, die Autorität des Reiches und Führers im Inneren zu vertreten und durchzusetzen.

Um die Heerscharen der SS zu vergrößern, galt es dann, Freiwillige in die Waffen-SS zu ziehen. Die Freiwilligkeit jedoch war ein schillernder Begriff, denn dort, wo freiwillige Aufrufe versagten, halfen Schlägerkommandos der Nazis nach. Und wer sich nicht in die Werberlisten der Waffen-SS eintrug, wurde teilweise inhaftiert und bedroht. Man holte sogar, und zwar gegen die eigene Auffassung von Rassentrennung, gegen die Auffassung des Arierturns tatsächlich sogenannte Beutegermanen in die SS. Filz und Turban hielten Einzug auch in die SS. Von Norwegen bis Spanien, von Holland bis zur Ukraine und ins Baltikum rekrutierte man junge Leute für die SS.

Die SS sollte nach Vorstellung Himmlers die Elite des Staates werden. Bewerber hatten die Rassenkommission zu überwinden und viele Tests zu bestehen, bis sie schließlich den Sippeneid schwören durften und sich SS-Mannen nennen konnten. Bedingungslos führten sie jeden Befehl aus, und zwar ohne zu zaudern. Freikopfdenker, Intelligenzler und fast der gesamte Adel rissen sich darum, in die Elite der SS aufgenommen zu werden, übrigens unter diesen Adligen auch leider der Erbgroßherzog von Mecklenburg.

Der hohe Anteil von Akademikern in der SS machte deutlich, daß die SS Transmissionsriemen für Karrieren war. Mitte der dreißiger Jahre besaßen rund 30 Prozent aller SS-Führer ein Universitätsstudium und davon 18 Pro-

zent den Doktorgrad, wobei hier auch gesagt werden muß, daß damals insgesamt in Deutschland nur 3 Prozent der Bevölkerung überhaupt einen akademischen Abschluß hatten. Diese Männer folgten der doppelten SS-Rune und ermordeten Millionen von Menschen. Ich glaube, das ist wohl unstrittig. Kaum ein Lebensbereich der Nation schien vor ihrem Zugriff sicher. Sie kommandierten die Polizei und die Geheimdienste, sie bewachten die Reichskanzlei und Konzentrationslager. Sie waren die Divisionen, die den Totenkopf in viele Länder trugen. Sie okkupierten Schlüsselstellungen in der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen, in der Volkstumspolitik und Wissenschaft und besetzten fast alle Bürostuben. Es war der ganz normale tägliche Wahnsinn. Sie sickerten in die traditionellen Bereiche der Diplomatie ein und besetzten auch die Schaltposten der ministeriellen Demokratie.

Die SS hatte ihre eigenen Vorstellungen über die Behandlung des Ostens. Die Zerstörung der Ostvölker war oberstes Ziel der Naziostpolitik. Ein SS-Gruppenführer kennzeichnete dieses mit den Worten: „Der Osten gehört der Schutzstaffel.“ Und dazu gehörten auch lettische, estnische und litauische Einheiten.

Wie die SS in den Nachbarländern wütete und Millionen Menschen bestialisch ermordete, muß ich hier nicht weiter erläutern. Aber gerade auch die lettischen Waffen-SS-Einheiten waren und sind für ihr brutales und bestialisches Vorgehen berüchtigt gewesen, und zwar vor allem auch gegen die eigene Bevölkerung und hier nicht anders als im Reich vor allem gegen politisch Andersdenkende und Juden.

Mich erfüllt der Gedanke an den millionenfachen Mord der SS mit Trauer, aber letztendlich auch mit Wut darüber, wie Menschen überhaupt solche Greueltaten verüben konnten und sich nachher auf Befehlsnotstände und bürokratische Formalismen berufen. Das macht einen wirklich betroffen, denke ich mir.

Zu Recht erklärten dann die alliierten Richter im September 1946 die von Himmler geführte SS zu einer verbrecherischen Organisation. Aber die unheilvollen Buchstaben „SS“ haben auch heute noch einen aktuellen Bezug. Diejenigen, die glauben, daß die SS ein überlebtes Phänomen ist, sehen sich spätestens bei einem Blick in den Anzeigenteil der überregionalen Zeitung getäuscht, vor allem, wenn man einen Blick in Zeitschriften und Zeitungen des Herrn Frey von der DVU wirft.

Zum Jahrestag des Todes eines Familienangehörigen werden in diesen Zeitungen Traueranzeigen geschaltet, die noch einmal den Mythos der unbesiegten Waffen-SS-Einheiten feiern. Ich denke, hier ist nicht für das Vaterland gestorben worden, sondern für Adolf Hitler und sein unheilvolles Regime.

Die SS ist immer noch so aktuell, meine Damen und Herren, nach wie vor, und ich halte es für richtig, dieses Kürzel in amtlichen Dokumenten oder auch als Autokennzeichen zu verbieten. Die Tätowierung vieler rechtsextremer Jugendlicher ist SS. Wenn Sie mit diesen jungen Leuten zusammenkommen, werden Sie das erkennen. Und das ist hochaktuell, denke ich mir, auch wenn viele Jugendliche sicherlich hier nur ein Tabu brechen wollen, weil sie wissen, daß dieses Kürzel bei Älteren eine Gänsehaut hervorruft, aber andere identifizieren sich eben auch mit dem Gedankengut der SS.

Zahlreiche Publikationen unter so trefflichen Titeln wie „Der Freiwillige“ hadern auch heute noch mit der offiziellen

Geschichtsschreibung. Und, meine Damen und Herren, es sind leider nicht nur die ewig Gestrigen, die sich zu der SS und ihrem Mythos als Supersoldaten hingezogen fühlen, sondern leider gerade junge Menschen. Deshalb, denke ich, muß die Verherrlichung der SS im Keim erstickt werden. Keine Kaserne in Deutschland darf den Namen eines SS-Oberstabsführers tragen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich denke, diese unrühmliche Traditionspflege muß endlich beendet werden.

Meine Damen und Herren! Ich werde mich für die Beendigung gerade dieser Traditionspflege in unserem Land überall dort, wo ich kann, einsetzen und lasse mich auch nicht daran hindern,

(Beifall bei der SPD)

solche Traditionsgedenktage der SS einer deutschen Einrichtung in anderen Ländern, wie jetzt geschehen in Lettland, diese unheilvolle Tradition anzuprangern und alle politischen Wege zu suchen, daß Staatsorgane anderer Länder einer solchen Traditionspflege Einhalt gebieten.

Aus unserer Sicht der Geschichte, der deutschen Geschichte, müssen wir jede Zusammenarbeit mit den Verbrecherorganisationen des Faschismus ablehnen, aber ich füge hinzu, auch mit den geistigen Erben dieser Ideologie.

Lassen Sie mich zuletzt noch einmal ganz aktuell auf das Schreiben – hier mehrfach angesprochen – des Chefs der Staatskanzlei des Landes vom 29. April an den Landtag eingehen. Ich muß Ihnen sagen, das ist hier noch gar nicht angesprochen worden, und ich war etwas verwundert darüber, aber wahrscheinlich kommt es noch, so hoffe ich. In diesem Schreiben erdreistet sich der Chef der Staatskanzlei doch tatsächlich, dem Landtag zu sagen, er solle Nichtbefassung beschließen mit diesem Antrag.

(Dr. Gregor Putensen PDS:
Das ist eine Unverschämtheit!)

Damit geht die Staatskanzlei hin und sagt diesem Hohen Haus, ihr dürft euch mit dem Antrag befassen, mit dem anderen aber nicht. Also mit welchem Antrag sich dieses Haus befaßt, entscheiden die Fraktionen für sich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wenn eine Fraktion ihren Antrag stellt, werden wir darüber diskutieren und uns damit auseinandersetzen und nicht von der Staatskanzlei vorschreiben lassen, daß es am Thema vorbei ist und man sich nicht damit befassen sollte.

Und das – Herr Helmrich ist leider jetzt nicht anwesend – hat Herr Helmrich beim Zitieren des Schreibens eben auch verschwiegen. Aber ich denke, er dreht sich auch die Sachen so hin, wie er es haben möchte.

Ich halte das für ein starkes Stück. Die SPD-Fraktion hält den Antrag, auch wenn dieses Ereignis schon gelaufen ist, nach wie vor für sinnvoll, weil er einen aktuellen Bezug hat. Ich denke, wir sind hier der Tradition der Demokraten verpflichtet. Deshalb stimmen wir diesem Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Schlotmann.

Das Wort hat der Abgeordnete Professor Putensen von der PDS-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Gregor Putensen PDS: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einmal an Pawlow oder auch an den verblichenen amerikanischen Verteidigungsminister James Forrestal erinnern. Diese bedingten Reflexe waren bei dem James Forrestal derart, daß er aus Angst, daß die Russen kommen, aus dem 81. Stockwerk eines Hochhauses in New York herausgesprungen ist und Selbstmord begangen hat. Das war ein bedingter Reflex aus der antikommunistischen Verblendung. Das ist geschehen im Jahre 1948.

Der Kollege Helmrich hat also ganz offensichtlich auch irgendwo, muß ich sagen, diesen Anflug der bedingten Pawlowschen Reflexe. Wenn hier also einer von der PDS steht, dann denkt er auch gleichzeitig in den Kategorien des Marxismus-Leninismus.

Das Wort „Überbau“ – ich habe eben mein Manuskript noch einmal durchgeguckt – ist einfach nicht auszumachen. Ich möchte im Interesse auch des Wohlbefindens des Kollegen Helmrich zukünftig hoffen, daß ihn dieser Komplex des James Forrestal nicht allzusehr heimsuchen möge.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born CDU –
Dr. Harald Ringstorff SPD: Der
übernimmt langsam den Rehbergschen
Stil, den übernimmt er langsam. –
Eckhardt Rehberg CDU: Herr Ringstorff,
kümmern Sie sich mal um Ihren eigenen Stil!)

Das bin ich eigentlich von ihm sonst nicht gewöhnt, und ich bin auch bereit, dem Kollegen Helmrich in dieser Hinsicht – jetzt ist er da – wirklich einen Zielvorsprung einzuräumen,

(Dr. Ulrich Born CDU:
Er springt nicht so aus dem Fenster.)

damit ihm das sozusagen nicht gelingt, den Kollegen Rehberg einzuholen.

(Eckhardt Rehberg CDU: Weil ich so
flink bin. – Jürgen Andrees CDU:
Aber achten Sie auf Ihre Reflexe!)

Zum zweiten. Das, was den Vortrag des deutschen Botschafters in Lettland anbelangt, ist uns, Kollege Helmrich, der ganzen Fraktion nicht zugegangen. Und es bleibt natürlich dabei immer noch die Frage, ob das, was sozusagen der Botschafter vorgetragen hat, und das, was den Standpunkt des Bundeskanzlers in Moskau zusammen mit Jelzin und Chirac in Sachen des SS-Aufmarsches anbelangt, also immer noch offenbleibt. Wo ist das an irgendeiner Stelle öffentlich lesbar oder auch in den Massenmedien vernehmbar gewesen?

Da will ich Ihnen sagen – ich werde nicht mit dem Begriff „Überbau“ agieren –, daß es dort sozusagen eine absichtsvolle Beziehung zwischen Regierenden und den natürlich freien Medien gibt,

(Heiterkeit bei Herbert Helmrich CDU
und Dr. Gerhard Poppei PDS)

das kann man mir nicht in aller Naivität beibringen.

Jetzt noch ein Wort zu der bescheidenen Rolle, Kollege Helmrich, die Sie dem Ministerpräsidenten unseres Bundeslandes bereit sind einzuräumen. Ich möchte nur hof-

fen, daß Sie dafür nicht sozusagen Nackenschläge erhalten,

(Dr. Ulrich Born CDU: Ach was! Ach was!)

denn wenn wir von unserem Ministerpräsidenten in seiner internationalen Tätigkeit in den Medien lesen, dann widerspricht das natürlich eigentlich sowohl dem Buchstaben als auch dem Geist dessen, was Sie bei meiner Frage eben versucht haben, die ich Ihnen gestellt habe, zu beantworten.

(Dr. Ulrich Born CDU:
Nein, nein. Das ist nicht so.)

Also, die Rolle, die der Ministerpräsident spielt,

(Dr. Ulrich Born CDU: Die ist sehr gut.)

ist natürlich die eines Vertreters, eines auswärtigen Vertreters unseres Bundeslandes. Das wird auch überall so dargestellt, und es ist auch nie widersprochen worden von seiten der CDU oder auch des Ministerpräsidenten, wenn er eine solche Rolle dann im Ausland wahrgenommen hat, das muß man dann auch der Klarheit halber hinzufügen.

Jetzt noch eine Sache. Ich bin sehr dankbar für die Ausführungen des Kollegen Schlotmann. Ich bin auch sehr dankbar deswegen, daß er nicht die Mühe gescheut hat, uns tatsächlich den Werdegang, die Funktion der deutschen SS in dem faschistischen Staatsgefüge auch hier noch einmal deutlich zu machen. Das gehört natürlich mit dazu.

Vizepräsident Johann Scherlinger: Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Helmrich?

Dr. Gregor Putensen PDS: Ja, Kollege Helmrich, natürlich. Das beruht auf Gegenseitigkeit.

Herbert Helmrich CDU: Professor Putensen, sind Sie mit mir darin einig, daß es sehr wohl ein Unterschied ist, ob der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, etwa im Rahmen dieser Tage jetzt, in denen sich die Stettiner hier in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Euroregion Pomerania vorstellen, wenn er da das Land vertritt gegenüber den Stettinern, wenn er auch in Polen über die Euroregion Pomerania verhandelt, wo das unser unmittelbarer Grenznachbar ist, wo es sich um eine Grenze handelt, die gleichzeitig auch EU-Außengrenze ist, daß das etwas völlig anderes ist, als wenn Sie nun verlangen, er möge sozusagen bedauern oder zurechtweisen den Staatspräsidenten eines anderen Staates in irgendwelchen Angelegenheiten, die deren Innenpolitische Vorgänge betreffen? Ist das ein Unterschied?

Dr. Gregor Putensen PDS: Kollege Helmrich, ich gestehe Ihnen gerne zu, daß Sie einen richtigen Unterschied benannt haben.

Herbert Helmrich CDU: Danke.

Dr. Gregor Putensen PDS: Hier geht es einmal um die Repräsentanz unseres Landes gegenüber der Wojewodschaft Szczecin. Das ist unbestritten, und da stimme ich Ihnen hundertprozentig zu, aber ebenso ist unser Ministerpräsident in allen drei baltischen Staaten für unser Land wirksam gewesen, hat dort nicht etwa nur am Bankett teilgenommen, ich möchte es jedenfalls nicht hoffen, sondern hat dort auch Unterschriftsleistungen für unser Land geleistet.

Herbert Helmrich CDU: Insbesondere sind Sie einig damit, insbesondere zur Anknüpfung

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg PDS: He, he, he!
Was ist denn hier los bei Herrn Helmrich?! –
Annegrit Koburger PDS: Daß Sie noch mal fragen wollen, müssen Sie erst beantragen.)

wirtschaftlicher Beziehungen?

Dr. Gregor Putensen PDS: Kollege Helmrich, Sie müssen mich natürlich, wenn ich schon hier vorne stehe, ...

Herbert Helmrich CDU: Das war nur eine Zusatzfrage.

Dr. Gregor Putensen PDS: ... doch zunächst erst einmal ausreden lassen. Das sind wir doch sonst im Rechtsausschuß auch voneinander gewöhnt.

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer SPD)

Also, ich würde folgendes sagen: Diesen einen Unterschied habe ich anerkannt. Ich erahne Ihre andere Frage, nämlich was die wirtschaftliche Tätigkeit anbelangt. Auch dafür hat er seine Unterschriften gegeben, aber eben nicht nur in der Woiwodschaft Szczecin, sondern auch in allen drei baltischen Staaten.

Aber angesichts der Dinge, die wir gestern hier auch im Rahmen der Ostseeländerproblematik-Konferenz in Riga und in Gdańsk diskutiert haben, ist es im Hinblick auf die guten Beziehungen, die immer wieder behauptet werden, keine besondere Zumutung für einen Ministerpräsidenten, ein gezieltes Auskunftsersuchen an die politischen Verantwortungsträger Lettlands in diesem Falle zu richten. Es ist eben nicht – wie Sie eben etwas lax gesagt haben – nur irgendeine Sache, die da mal irgendwo in Lettland gelaufen ist.

Herbert Helmrich CDU: Danke sehr.

Dr. Gregor Putensen PDS: So, vielleicht noch einen letzten Punkt, Kolleginnen und Kollegen. Ich bin der Meinung, wir sollten diesen Antrag aufrechterhalten. Und damit beantworte ich die Frage auch noch einmal vom Kollegen Helmrich.

Ich verfüge noch nicht über die gesicherten Nachrichten, über die offensichtlich die Staatskanzlei und auch die CDU-Fraktion und vielleicht also auch die SPD-Fraktion in dieser Sache verfügt haben. Ich kann nur folgendes sagen: Wir als PDS-Fraktion haben über alle Fragestellungen, die sich im Zusammenhang mit diesem Antrag ergeben haben, nicht eine einzige Mitteilung bekommen, die irgendwie offiziellen oder verbindlichen Charakter hat. Deswegen stelle ich also folgende Anfrage noch einmal, und deswegen bleibt auch unser Antrag noch aktuell.

Wir haben vernommen, ich muß das mit einer gewissen Vorsichtigkeit sagen, daß es im Parlament, im Sejm, im zurückliegenden Monat April eine Abstimmung gegeben hat, bei der nur mit einer einzigen Stimme Mehrheit verhindert werden konnte, um aus Anlaß des 55. Jahrestages, der Gründung der SS-Freiwilligenlegion, diesen Tag in Lettland zu einem Nationalfeiertag zu erheben. Das ist, wenn das wahr ist, ein skandalöser Umstand, der nach meinem Dafürhalten wiederum Anlaß bietet, auch für unseren Ministerpräsidenten, dort in dieser Frage zwecks Aufklärung, nicht zwecks Völkerverhetzung, vorstellig zu werden. – Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der PDS
und Dr. Harald Ringstorff SPD)

Vizepräsident Johann Scherlinger: Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schoenenburg von der PDS-Fraktion. Bitte schön.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Ich verzichte.)

Vizepräsident Johann Scheringer: Er verzichtet. Danke schön.

Damit schließe ich die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist von Herrn Helmrich für die CDU-Fraktion beantragt worden, den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 2/3686 für erledigt zu erklären. Über diesen Antrag lasse ich zunächst abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Danke. Dafür stimmt die CDU-Fraktion, dagegen die SPD- und PDS-Fraktion. Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich komme jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 2/3686 in der Sache. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Bei einer Stimmenthaltung der CDU-Fraktion, Ablehnung ansonsten der CDU-Fraktion, Zustimmung der SPD- und PDS-Fraktion ist der Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 2/3686 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Stärkung der Leistungsforderung und -förderung an den allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 2/3768.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Stärkung der Leistungsforderung und
-förderung an den allgemeinbildenden
Schulen in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 2/3768 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Steffle Schnoor CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist an der Zeit, daß in diesem Land, daß in diesem Landtag eine klare Sprache gesprochen wird, und zwar Klartext in Sachen Schule und damit Klartext in Sachen Zukunft. Ich bin nicht mehr bereit, die Verantwortung für das zu übernehmen, was Frau Marquardt nicht geschafft hat.

(Siegfried Friese SPD:
Das brauchen Sie auch nicht!)

Die Menschen im Land wollen es auch nicht mehr hören, denn zu kraß sind die Fehler, die von den Sozialdemokraten in Sachen Bildung gemacht wurden und immer noch gemacht werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die sichtbarste Erkenntnis, der sichtbarste Fehler, den die sogenannten sozialdemokratischen Bildungsexperten begangen haben, ist ein radikaler Leistungsabfall, eine radikale Leistungsnivellierung. Auch wenn immer betont wird, daß die Realschulabschlussprüfung selbst in Bayern anerkannt ist – so wird es die Ministerin sicherlich gleich wieder ausführen –, selbst wenn das so ist, so soll es nicht darüber hinwegtäuschen, daß es an den Schulen, daß es in den Elternhäusern massive Verunsicherung gibt. Dies

alles den Christdemokraten der ersten Stunde hier im Land anzufasten, ist billige Polemik. Auch wenn Sie es wieder und wieder sagen, eigene Versäumnisse und Fehler werden Sie damit nicht kaschieren können, und die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern im Land wissen das.

(Heidemarie Beyer SPD: Das denken auch nur Sie, Frau Schnoor!)

Das jüngst gegründete Aktionsbündnis unterstreicht dies sehr deutlich.

(Andreas Bluhm PDS: Darauf kommen wir noch. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann mich an keine Initiative der SPD erinnern, die das zum Inhalt hatte, was der CDU als Versäumnis und Fehler der ersten Legislaturperiode vorgeworfen wird.

Die Angleichung der Stundentafel in der Mittelstufe wurde von der CDU im Rahmen der Verhandlungen zum Schulgesetz in die Diskussion eingebracht, denn damit hätte man auch das 13. Schuljahr verhindern können. Die Vorschläge zur Erhöhung der Stundentafel in der Grundschule kamen von der PDS und der CDU, aber nicht von der SPD beziehungsweise nicht auf Initiative des Kultusministeriums.

(Zuruf von Angelika Gramkow PDS)

Vielmehr wehrte sich die Kultusministerin mit Händen und Füßen gegen eine Stundentafelerhöhung mit dem Hinweis auf das Lehrpersonal-konzept.

(Peter Ritter PDS: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Ich bin nun aber gespannt, ob der Forderung des Landtages nachgekommen wird und die Stundentafelerhöhung zum zweiten Halbjahr des kommenden Schuljahres eingeführt wird. Erste sichtbare Aktivitäten müßte es nämlich jetzt geben, denn der Haushalt für das Jahr 1999 und die Bedarfsprognose im Lehrpersonal-konzept müssen diesem Beschluß angepaßt werden. Meine Damen und Herren, wir werden sehen.

Wo gab es oder wo gibt es weitere Initiativen der SPD, des Kultusministeriums, die die Fehler ausbügeln, die angeblich unter der CDU begangen wurden?

(Sylvia Bretschneider SPD:
Nicht nur angeblich, Frau Schnoor!)

Ja, meine Damen und Herren, wo sind sie denn?

Es tut mir leid, mir fallen keine ein. Das ist auch der Punkt Ihrer Scheinheiligkeit, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD. Über das eine meckern ist einfach, aber Sie hatten jetzt dreieinhalb Jahre Zeit, um etwas dageganzusetzen. Sie haben es nicht getan. Daher müssen wir die Zeit nutzen, um wenigstens für das kommende Schuljahr noch die eine oder andere zündende Idee zu liefern.

(Sylvia Bretschneider SPD: Dann hätten Sie für ein progressiveres Schulgesetz stimmen müssen, Frau Schnoor!)

Sie wissen aber auch, Frau Bretschneider, daß ich nicht für dieses Schulgesetz gestimmt habe!

(Sylvia Bretschneider SPD: Das wäre ja noch schlimmer gewesen.)

Sie sind zwar weiß Gott nicht neu und aufregend, wir müssen auch nicht alles immer wieder neu erfinden.

Gehört haben Sie die auch schon öfter, denn wir haben in diesem Haus ja in dieser Legislaturperiode des öfteren äußerst kritisch zu Schulfragen debattiert.

Auch wenn die katastrophale Versetzungsordnung nunmehr etwas relativiert wurde, bleibt nach wie vor ein fader Nachgeschmack. Nachprüfungen sind nach wie vor möglich und damit ein quasi versetzungsfreier Übergang in die nächsthöhere Klassenstufe.

(Andreas Bluhm PDS: Möglich?
Das steht sogar im Schulgesetz. Ist das jetzt ein Aufruf zum Rechtsbruch?)

Diese Freifahrtkarte darf nicht sein. Erfolge bekommt man im Leben nicht geschenkt. Wer Leistung innerhalb eines Schuljahres nicht bringt, der hat seine Chance veran. Das Leistungsniveau in Abschlußprüfungen darf sich nicht an den Mindeststandards der Kultusministerkonferenz klammern, denn die dort getroffenen Vereinbarungen sind Minimalkonsens.

Immer noch herrscht in der KMK ja das Einstimmigkeitsprinzip, was manchmal zum Nachteil ist, momentan, glaube ich, aber eher von Vorteil, denn sonst hätten die sozialdemokratischen Utopisten vielleicht schon beim Abitur die Abiturprüfung abgeschafft, um den jungen Menschen den Streß und die Anstrengung zu ersparen. Aber dennoch, keiner hindert uns daran, die Prüfungsanforderungen zu erhöhen. Kein anderes Bundesland wird uns dies ankreiden oder gar unsere Absolventen benachteiligen – ganz im Gegenteil. Aber solange wir die Minimalanforderungen der KMK als ausreichend erachten, solange werden wir hohen Leistungsansprüchen nicht gerecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Hauptschulabschlußprüfung für den Hauptschulabschluß wie auch die Abschlußprüfung für den qualifizierten Hauptschulabschluß ist, wie Sie ja sicherlich schon bemerkt haben, eines meiner Lieblingsthemen.

(Sylvia Bretschneider SPD: Andere haben Sie auch nicht zu bieten!)

Dieser Bildungsgang hat Förderung nach wie vor am nötigsten, nicht der Bildungsgang selber, sondern die Schüler, die aufgrund ihrer besonderen Talente und Fähigkeiten diesen Bildungsgang in Anspruch nehmen. Es sind leider nicht mehr viele durch die hier vollzogene Schulpolitik,

(Heiterkeit bei Sylvia Bretschneider SPD)

aber ich habe in den letzten Jahren keinen Lehrer getroffen, der eine Stärkung der Hauptschule ablehnte.

(Zurufe von Sylvia Bretschneider SPD und Dr. Gerhard Bartels PDS)

Schule ist nämlich kein soziales Selektionselement, sondern auch die Sozialdemokraten sollten sich zu der Erkenntnis durchringen,

(Dr. Gerhard Bartels PDS:
Ich treffe öfter mal solche Lehrer.)

daß Schule die Aufgabe hat, die Talente und Begabungen des einzelnen zu fördern. Das gegliederte Schulsystem selektiert nicht,

(Sylvia Bretschneider SPD: Das tut's aber doch.)

sondern fördert und fordert die unterschiedlichen Begabungen.

(Beifall Eckhardt Rehberg CDU –
Till Backhaus SPD: Was macht das nicht? – Siegfried Friese SPD:
Das bringt die Spaltung der Gesellschaft. –
Zuruf von Sylvia Bretschneider SPD)

Meine Damen und Herren, übrigens so ist auch die Schöpfung, und dem muß sich auch ein Bildungssystem stellen.

(Till Backhaus SPD: So, das ist ja eine ganz neue Erkenntnis, die Sie hier bringen.)

Alles andere wird in die Schule ideologisch hineingetragen.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger PDS: Darwinische Auslese, oder was? – Andreas Bluhm PDS:
Das hab' ich woanders schon mal ganz anders gesehen. – Zuruf von Siegfried Friese SPD)

Also, wir wollen die Hauptschulabschlußprüfung,

(Sylvia Bretschneider SPD: Das ist doch Unsinn, was Sie hier erzählen. –
Zuruf von Siegfried Friese SPD)

die Menschen im Land wollen sie auch – mehrere Umfragen haben dies erwiesen –, die Hauptschüler brauchen sie dringender denn je,

(Siegfried Friese SPD:
Die Menschen sind dafür, daß die Hauptschulen abgeschafft werden im Land. –
Eckhardt Rehberg CDU: Also der Präsident reagiert gar nicht, wenn einer „Unsinn“ sagt.)

vor allem brauchen wir ein weiterentwickeltes Hauptschulkonzept.

(Sylvia Bretschneider SPD: Und sie wissen genau, sie kriegen sowieso keine Lehrstelle und keine Arbeitsplätze. Das wissen sie ganz genau.)

Passen Sie auf, Sie werden so heiser, wenn Sie so schreien, Frau Bretschneider!

(Eckhardt Rehberg CDU: Sie dürfen auch ein Hustenbonbon haben.)

Frau Bretschneider, da unterbreche ich dann gerne mal meine Rede und erläutere Ihnen das. Sie haben vielleicht vergessen, daß zum Beispiel auch Industrie- und Handelskammern diese Prüfung fordern, damit gerade die Menschen mit dieser Qualifikation auch eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg CDU: Richtig, richtig, das ist der Punkt. –
Heidmarie Beyer SPD: Sie lügen sich doch selbst in die Tasche.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kooperation und Kommunikation ...

(Heidmarie Beyer SPD: Versuchen Sie doch mal was in der Realität zu erkennen! –
Zuruf von Sylvia Bretschneider SPD)

Nicht wer lauter kann, hat recht. Aber ich rede trotzdem weiter.

... zwischen Schule und ihrem Umfeld bedürfen einer Verbesserung. Die Schule ist nämlich kein autonomes Gebilde, das unter einer Glasglocke existenz- und lebensfähig ist.

Ich weiß, daß ich da sicherlich auch von den Lehrern in dieser Beziehung sehr viel verlange, denn sie müssen trotz drohender Teilzeit, trotz einem Maximum an Lehrerwochenstunden, trotz demotivierender Leistungsparameter noch eine Kohle auflegen, damit sie die jungen Menschen zu einem Punkt führen, an dem sie selbst über ihr Leben entscheiden können. Dazu gehört, daß in den Schulen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehört, daß die Lehrer die Struktur ihres Arbeitsortes und der Umgebung kennen, daß sie wissen, mit wem sie über was sprechen können, um den jungen Menschen eine Lehrstelle zu vermitteln. Neben den Eltern sind es nämlich die Lehrer, die die Kinder und Jugendlichen am besten kennen und ihre Stärken und Schwächen treffend beschreiben können.

Über solche Dinge lernt man allerdings nichts im Studium, und so wäre es wünschenswert, wenn das L.I.S.A., wenn das Kultusministerium Weiterbildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der IHK oder der Handwerkskammer organisieren würde, damit auch die Lehrer dafür sensibilisiert werden, was draußen, was außerhalb der Schule, also im Leben, von den Kindern erwartet wird. Die Lehrer werden dann sehen, welcher eklatante Widerspruch sich auftut zwischen der Realität im Alltag einerseits und der unwirklichen Welt der Bildungspolitik andererseits.

(Andreas Bluhm PDS: Jetzt haben Sie den Lehrern aber ein Armutszeugnis ausgestellt. – Sylvia Bretschneider SPD: Das ist eine Unterstellung.)

Und genau deswegen schwindet meine Hoffnung, daß derartig vernetzte Weiterbildungen stattfinden werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ihnen im Antrag vorliegende Liste ist natürlich nicht vollständig, unser Wunschzettel ist viel länger.

(Andreas Bluhm PDS: Wir sind doch hier nicht bei „Wünsch Dir was!“ – Heiterkeit bei Annegrit Koburger PDS: Das hatte ich auch gerade auf der Zunge.)

Aber, wie Sie sicherlich an dem Wetter draußen merken, wir sind noch nicht an Weihnachten angelangt, so daß wir die Geduld des Weihnachtsmannes noch nicht so sehr strapazieren wollen.

(Andreas Bluhm PDS: Das ist ja auch ein Roter. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Weihnachten nämlich brauchen wir sowieso keinen solchen Wunschzettel mehr,

(Till Backhaus SPD: Der Osterhase war doch gerade da und hat ein paar Eier bei Ihnen ausgelegt. Ein paar faule Eier haben Sie aber wieder ausgelegt.)

denn dann ist die CDU selbst in der Lage, ihre Vorstellungen von Bildung in diesem Land zu realisieren. Wenn Sie heute darüber lachen, Frau Keler, fragt sich, wer zuletzt lacht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Peters SPD: Wünsch Dir was! Wünsch Dir was! Wünsch Dir was!)

Vizepräsident Johann Scherlinger: Danke, Frau Schnoor.

Für den von Ihnen verwendeten Ausdruck „Ihre Scheinheiligkeit“, Frau Schnoor, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Siegfried Friese SPD: Oh, Herr Präsident! – Till Backhaus SPD: Da lacht Sie einfach drüber.)

Den von Frau Bretschneider gebrauchten Ausdruck „Unsinn“ weise ich als unparlamentarisch zurück.

(Eckhardt Rehberg CDU: Das gib's doch nicht. Das ist doch Quatsch.)

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Kultusministerin Frau Marquardt. Frau Ministerin, bitte schön.

Ministerin Regine Marquardt: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! In Ihrem Antrag zur Leistungsforderung und Leistungsförderung hat die CDU so alles zusammengetragen, was zu finden war. Es kann auf einen simplen Nenner gebracht werden: Man braucht nur die Leistungsforderungen zu erhöhen, um eine neue Qualität in den Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schüler zu erreichen. So einfach ist das. Schade eigentlich, daß es im wirklichen Leben nicht so funktioniert.

Sie haben recht, meine Damen und Herren Abgeordnete von der CDU, wenn Sie sagen, daß nur in der Einheit von Wissensfähigkeit, Wertevermittlung und der Forderung und Förderung von Leistungen in der Schule die jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern umfassend auf die Bewältigung zukünftiger Aufgaben vorbereitet werden. Diesem Grundsatz hat sich die Schule bereits durch das 1996 in diesem Hause beschlossene Schulgesetz verpflichtet.

Moderne, leistungsfähige Schule zu gestalten, heißt für mich, Qualität systematisch zu verbessern. Die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen sind mehrheitlich nicht dazu geeignet.

Frau Schnoor, der maßgebliche Fehler, den Ihre Partei diesem Land angetan hat, war die Einführung des dreigliedrigen Schulwesens.

(Beifall bei der SPD und Andreas Bluhm PDS)

Dieser Fehler habe ich – soweit es in der Koalition mit Ihnen möglich war – versucht zu korrigieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Eckhardt Rehberg CDU: Die Ergebnisse liegen wirklich auf dem Tisch. Die Ergebnisse liegen auf dem Tisch, die Ergebnisse Ihrer Tätigkeit.)

Und verlassen Sie sich darauf, dieser Weg wird weitergegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg CDU: Der Weg nach unten, das ist der Weg nach unten. Annegrit Koburger PDS: Jawohl!)

Zu Ihren einzelnen Forderungen:

Erstens, die Versetzungsverordnung. Die Erfahrungen mit der Versetzungsverordnung, die bis zum 15. Januar

diesen Jahres gegolten hat, zeigten, daß eine einschränkende Regelung zur Nachprüfung angebracht war. Dies hat mich veranlaßt, eine wesentliche Veränderung zu den Nachprüfungen vorzunehmen. Nach sorgfältiger Prüfung sind weitere Verstrafungen aber nicht vertretbar, es sei denn, Sie wollten erreichen, in Mecklenburg-Vorpommern sollen die Schüler es außerordentlich schwer haben, Abschlüsse zu erreichen. Wollte man die Versetzungsverordnung in ihrer gegenwärtig gültigen Fassung, wie Sie es fordern, weiter verschärfen, so wäre dies nur noch dadurch möglich, daß man zum Beispiel die Versetzung mit einer Fünf und die Versetzung mit Hilfe des Notenausgleiches ausnahmslos abschafft.

Ich darf Sie daran erinnern, daß der seinerzeit von der CDU eingeführte Notenausgleich – eine Fünf in Deutsch kann nur durch eine Zwei in Mathematik oder der ersten oder zweiten Fremdsprache ausgeglichen werden – eingreift, da ansonsten ein einziges Mangelhaft schon zum Sitzenbleiben führt. Das ist deutlich strenger als im vielzitierten Bayern. Dort ist eine Fünf versetzungsunschädlich. Die dortigen Regelungen zum Notenausgleich und zur Nachprüfung sind denen in unserem Land durchaus vergleichbar.

Bei der Versetzungsverordnung und den Prüfungsordnungen gibt es nichts zu verschärfen. Eine Benachteiligung unserer Schüler gegenüber Schülern aller anderen Bundesländer wird es mit mir nicht geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heidmarie Beyer SPD: Richtig!)

Und, Frau Schnoor, Sie werden auch keine Mehrheit dafür finden, auch wenn Sie an den Weihnachtsmann noch so nachdrücklich glauben,

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger PDS)

daß nur noch in Zukunft 15 Prozent eines Schülerjahrgangs das Abitur ablegen werden. So haben Sie es jedenfalls in einer Publikation Ihrer Partei ja angekündigt.

Zweitens, zu den Stundentafeln. Die Stundentafeln für alle Schularten und Bildungsgänge sind in Verordnungen geregelt und damit verbindlich. Ich wüßte nicht, wie man das Wort „verbindlich“ noch weiter steigern könnte. Die Wahl im Sinne einer Abwahl von Stunden gibt es für Schüler nicht. Oder will die CDU mit dieser Formulierung vom Kurssystem der gymnasialen Oberstufe abgehen? In Bayern und Baden-Württemberg gibt es dazu ja konkrete Bestrebungen. An dieser Stelle – im Jahr 1992 – haben Sie, Frau Schnoor, erklärt: „Die gymnasiale Oberstufe wird weiter in Verwirklichung der Vereinbarung zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe der Kultusministerkonferenz umgestaltet, das heißt, es erfolgt die weitere Ausprägung eines Kurssystems von Grund- und Leistungskursen.“ Meine Damen und Herren, genau an diese KMK-Vereinbarung werde ich mich auch weiterhin halten.

Ich bin in der letzten Zeit – vornehmlich aus den Reihen der CDU – wegen der Veränderung der Stundentafelverordnung für den Sekundarbereich I der Gymnasien unsachlich attackiert worden. Insbesondere warfen mir zum Teil selbsternannte Bildungsexperten vor, den mathematisch-naturwissenschaftlichen Lernbereich in unverantwortlicher Weise einkürzen zu wollen.

Zu den Fakten. Die Änderung der Stundentafelverordnung ist erforderlich, um die Einführung des 13. Schuljahres ab dem 1. August 2000 zu ermöglichen. Ein Abiturient

wird künftig in den Jahrgangsstufen 5 bis 13 265 Wochenstunden Unterricht erhalten. Auch die gegenwärtig in der Anhörung befindliche neue Abiturprüfungsverordnung trägt der Einführung des 13. Schuljahres Rechnung. Die neue Stundentafel wird in Verbindung mit der Verordnung über die Abiturprüfung sicherstellen, daß die derzeit in der 9. Klasse befindlichen Schüler für Entscheidungen im späteren Kurssystem vorbereitet werden. Die neue Stundentafel sieht für die Jahrgangsstufen 5 bis 13 insgesamt eine Erhöhung der Stunden im Fach Mathematik um mindestens drei und in den Naturwissenschaften um mindestens vier Stunden vor. Wer handelt hier eigentlich unverantwortlich?

(Sylvia Bretschneider SPD: Vielleicht sollte man mal Frau Schnoor dieses Ding geben!)

Meines Erachtens wohl die, die nicht richtig rechnen können oder nicht richtig gerechnet haben und das falsche Ergebnis für Propagandazwecke zu Lasten unserer Schule nutzen.

Drittens, zur Erhöhung der Pflichtstundenzahl. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie fordern die Erhöhung der Stundentafeln in allen Bildungsgängen. Ich vermute, Sie meinen damit eine Erhöhung der Schülerpflichtstundenzahl. Als im Jahr 1992 die Stundentafel gekürzt worden ist, haben Sie, Frau Schnoor, an diesem Pult wahrlich argumentative Klimmzüge vollbracht, um dies zu rechtfertigen, wie diesen zum Beispiel: „Die Angleichung der Stundentafel nach unten an westliche Bundesländer wird es einfacher machen, unser Land wettbewerbsfähig zu gestalten.“

(Zurufe von Volker Schlotmann SPD
und Andreas Bluhm PDS)

Gegenwärtig arbeitet ein Schüler im Sekundarbereich durchschnittlich, rechnet man die Hausaufgaben hinzu, wöchentlich circa 40 Stunden. Und ich zitiere noch einmal: „Im übrigen lege ich großen Wert darauf, daß die tägliche Unterrichtszeit altersangemessen geregelt wird. Sie muß sich nun einmal danach richten, was ein Schüler in einem bestimmten Alter leisten kann. ... In den Klassenstufen 7 bis 10 beträgt der Unterricht im allgemeinen sechs Stunden pro Tag und erreicht damit einen Umfang, der pädagogisch nicht überschritten werden sollte. ... Die wöchentliche Unterrichtszeit für die entsprechenden Schüler beträgt 32 bis 34 Stunden in der Woche. Ich weiß nicht, ob Ihnen eigentlich klar ist, was dieses bedeutet. In allen Berufsberreichen wird die wöchentliche Arbeitsstundenzahl immer weiter reduziert. Bei einer Stundenzahl von 34 Stunden heißt das nicht, daß er nur 34 Stunden Arbeit in der Woche hat, sondern er hat zu Hause nachzuarbeiten, was ihm in der Schule angeboten wurde. Er hat Hausarbeiten zu machen. Er hat Vokabeln zu lernen und sich auf den nächsten Schultag vorzubereiten. Er kommt damit bei 34 Wochenstunden weit über das Maß, was wir heutzutage einem Arbeitnehmer zumuten.“

Frau Schnoor, alles vergessen? Diese Rede ist aus dem Mai 1992.

Kämen die von Ihnen gewünschten Stundenzahlerhöhungen, wäre dies meines Erachtens nur möglich über die Wiedereinführung der 6-Tage-Unterrichtswoche oder die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen.

(Sylvia Bretschneider SPD: Da werden sich aber alle freuen, wenn sie sonnabends wieder in die Schule dürfen.)

Herr Rehberg, ich kann mich an eine schöne Debatte mit Ihnen ganz persönlich erinnern.

(Till Backhaus SPD: Wer hat solche Erinnerungen nicht?!)

Sie haben sich während der Debatte zum Schulgesetz vehement für die 5-Tage-Unterrichtswoche eingesetzt

(Sylvia Bretschneider SPD: Hört, hört!)

und mich auf alle mögliche Weise in dieser Frage attackiert. Heute sind Sie offensichtlich anderer Meinung.

(Siegfried Friese SPD: Ja, das geht schnell so was. Er hat ja ein schlechtes Gedächtnis, das hat er selbst zugegeben.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Timm-Studie zeigt, der Schlüssel zum Erfolg in der Art des Unterrichts liegt nicht allein in höherem Leistungsdruck und mehr Stunden, sondern vor allem in der Methodik. Eine Tatsache wird in diesem Zusammenhang interessanterweise oder beklemmenderweise total verschwiegen. Wie erklären Sie sich eigentlich das Phänomen, daß Schüler massiv unter Leistungsdruck leiden? Das ignoriert sich offensichtlich leicht, und Sie machen leichtfertig unsere Schüler und die Leistungen unserer Schüler schlecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine reine Erhöhung der Zahl der Unterrichtsstunden macht allein keinen Sinn. Statt den Schülern immer mehr Wissen vermitteln zu wollen, müssen die Stoff- und Rahmenpläne auf das Wesentliche konzentriert und dieser Unterrichtsstoff mehr geübt werden. Auch dieses gehört zum Erfolg anderer Schulsysteme.

Der Ruf nach Entrümpelung der Stoffpläne ist seit Jahren Gemeinplatz. In der Realität fehlt es an konkreten Ansätzen, und dieses gelänge dann auch nur in dem hinlänglich bekannt schwerfälligen Abstimmungsprozedere der KMK.

Viertens zu den Hauptschulprüfungen – auch ein Stück aus Ihrem unvergänglichen Repertoire:

Der Hauptschulbildungsgang, Frau Schnoor, hat im übrigen nach wie vor seit Jahren ein absolutes Kontinuum: Es besteht eine gleichbleibend schlechte Akzeptanz in unserem Lande.

(Siegfried Friese SPD: Richtig. –
Sylvia Bretschneider SPD: Das ist ja auch nicht verwunderlich.)

Die CDU fordert die Einführung des Hauptschulabschlusses mit einer Prüfung. Was Sie noch quasi in der letzten Minute vor meinem Amtsantritt gewissermaßen in einem Handstreich zur Tatsache machen wollten, dieses haben Sie bis heute nicht aufgegeben. Im Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommerns sind die Prüfungen fixiert. Abgesehen von der Tatsache, daß dieses nur durch eine Gesetzesänderung möglich wäre – hierzu müßten Sie sich die Mehrheiten gesucht haben, Frau Abgeordnete,

(Sylvia Bretschneider SPD:
Die wird sie wohl lange suchen.)

die hätten Sie wohl nicht gefunden –, ist hier auch die Frage der Zweckmäßigkeit zu stellen. Hat doch die Wirtschaft bislang außer Lippenbekenntnissen dem Hauptschüler auf dem genannten Ausbildungsmarkt kaum eine Chance gelassen. Solange Handwerksbetriebe häufig

auch Realschüler nur mit gutem beziehungsweise sehr gutem Abschluß einstellen –

(Sylvia Bretschneider SPD: Wenn überhaupt, meist nehmen sie nur Gymnasiasten.)

nachzulesen beispielsweise in der Jobbörse der SVZ vom 2. April 1998, wo für einen Gebäudereiniger der Realschulabschluß und gute Kenntnisse in Chemie Voraussetzung sind –,

(Eckhardt Rehberg CDU: Das ist eine qualifizierte Tätigkeit, Frau Marquardt.)

wird eine wie auch immer geartete Abschlußprüfung in Klasse 9 oder am Ende des freiwilligen zehnten Jahres die Attraktivität und den Wert des Hauptschulbildungsganges nicht erhöhen.

Fünftens. Ich danke Ihnen für die fünfte Forderung, stellt sie doch immerhin klar, daß an unseren Gymnasien und im Realschulbildungsgang leistungsorientiert gearbeitet wird. Ich beabsichtige nicht, dieses zu ändern, auch da kann ich Sie beruhigen. Das Abitur wird es in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor geben.

Sechstens. In Ihrem Antrag sind Forderungen enthalten, die bereits im Schulgesetz und in Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Landes den Schulen verbindlich vorgeschrieben sind. Ich denke hier an den Ausbau der Berufsfelderkundungen sowie die Pflicht zur Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendhilfe, Wirtschaft, Schulverwaltung.

Das Kultusministerium hat bereits 1997 damit begonnen, die Umsetzung, die Einhaltung und die tatsächliche Effizienz in der täglichen Schularbeit durch die Schulaufsicht zu überprüfen. Es handelt sich dabei um den wichtigen Bereich der Berufsorientierung im Rahmen des AWT-Unterrichtes und im Rahmen von Schülerpraktika. Ich trage dafür Sorge, daß neben den genannten Schwerpunkten umfassende schulaufsichtliche Beratung zum Zwecke der Ausgestaltung einer modernen und leistungsfähigen allgemeinbildenden Schule erfolgen wird.

Ich bin im übrigen der gleichen Ansicht wie Sie von der CDU-Fraktion, daß die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer hinsichtlich ihrer Kooperationsfähigkeit mit der Wirtschaft und über betriebliche Einrichtungen erfolgen muß. Aus diesem Grunde wurde bereits im Jahre 1997 ein Lehrerbetriebspraktikum erprobt. Der Erlaß für ein solches Praktikum liegt inzwischen vor. Mit der regelmäßigen Durchführung wird erstmals im Schuljahr 1998/99 begonnen.

Siebtens. Die Kritik an der Ausbildungsreife unserer Jugendlichen, die ich in den vergangenen Wochen und Monaten in der öffentlichen Diskussion gehört habe, nehme ich ernst, stelle jedoch fest, daß bisher die Kritiker den konkreten Beweis, die Schulen unseres Landes betreffend, schuldig geblieben sind.

Wenn ich in der Begründung Ihres Antrages lese, daß für die Existenz der Unternehmen Ihre Forderungen unumgänglich sind, dann macht mich das sehr nachdenklich, meine Damen und Herren. Ich habe das Gefühl, Sie – die Abgeordneten der CDU, um es zu präzisieren – schließen sich jener fatalen Einstellung der Wirtschaft an, Ausbildungsplatzsuchende sind selber Schuld, wenn sie keinen Platz finden. Sie machen es sich wahrlich zu einfach.

(Eckhardt Rehberg CDU: Das ist abenteuerlich, was da gesagt wird, ganz abenteuerlich.)

Ganz gegen meine sonstige Gewohnheit will ich zum Schluß noch einmal zitieren: „In diesen Tagen wird einmal mehr der Versuch unternommen, in einer beispiellosen Kampagne die Verunsicherung der Menschen in unserem Land zu vergrößern, ... die unübersehbaren Erfolge der Erneuerung des Bildungswesens zu vertuschen“

(Georg Nolte CDU: O Gott, o Gott, o Gott!)

„... und darüber hinaus die Lage schlecht zu reden, sie schlechter zu machen, als sie ist, ... und das ist, und das lassen Sie mich bitte sagen, ... in hohem Maße unseriös.“ Dieser Satz wurde ebenfalls im April 1992 von Ihnen, Frau Schnoor, gesagt. In den letzten Jahren hatte ich allerdings oft genug Grund, diesen Satz auszusprechen in eine andere Zielrichtung, denn diese Untugend haben Sie in hohem Maße entfaltet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Poppei PDS)

Pauschalurteile und bildungspolitischer Aktionismus schaden unseren Schülern und beleidigen unsere Lehrer.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Mein Anliegen ist, die Debatte zu versachlichen. Qualität von Schule läßt sich nicht durch Normenerhöhung allein verändern, sondern nur durch ein gemeinsames Handeln von Lehrenden und Lernenden. Leistungsnormen, die einen bundesweiten Vergleich nicht scheuen müssen, die haben wir. Ein guter Unterricht ermöglicht auch ihre Erfüllung. Ich wiederhole meinen Appell, meine Damen und Herren von der CDU: Reden Sie unsere Schulen und Schüler nicht schlecht!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie schaden unseren Schülern, Sie schaden unserem Land. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johann Scherlinger: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat der Abgeordnete Bluhm von der PDS-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Bluhm PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich den vorliegenden CDU-Antrag das erste Mal las, dachte ich sofort an den ewiglichen Streit zwischen den Koalitionären um das Bildungswesen in diesem Land und seine Ausgestaltung. Und so ist er denn wohl auch zu verstehen. Gerade nach der Wahl in Sachsen-Anhalt geht es mehr denn je um Abgrenzung, hier besonders auf dem Gebiet der allgemeinen Schulbildung. Der mediale Effekt ist dann gleich mit vorprogrammiert, denn wenn wir als Fraktionen ihn ablehnen, heißt es gleich, die PDS ist gegen Leistung in den Schulen Mecklenburg-Vorpommerns.

Um dem an dieser Stelle klar und deutlich vorzubeugen: Auch die PDS ist der Auffassung, daß Leistungsforderung und -förderung für den Wissenserwerb und die Wissensanwendung unumgängliche Voraussetzungen sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Niemals, ich betone, niemals gingen wir als PDS in unseren bildungspolitischen Zielen von einer leistungsfreien Schule aus. Aber wie auf so vielen Gebieten trifft auch hier die Aussage zu, daß, wenn zwei das gleiche sagen, sie nicht das gleiche meinen. Dafür sind denn doch die

anzustrebenden Schulentwicklungen aus PDS-Sicht von denen der CDU extrem gegensätzlich.

Und da ist es schon sehr hilfreich, sich manchmal die Grundpositionen der Verfasser eines Antrages anzuschauen, und dieser Antrag ist einzuordnen in die CDU-Position von einem Ausbau des leistungsorientierten gegliederten Schulwesens, also verstärkte Ausdifferenzierung des Bildungswesens, und das entspricht nun überhaupt nicht den bildungspolitischen Erfordernissen der Gegenwart und Zukunft und auch nicht unseren Auffassungen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Sylvia Bretschneider SPD: Sehr richtig.)

Die unterschiedlichen Begabungen zu fördern, die individuelle Leistung optimal zu entwickeln und die Persönlichkeit stimulierend zu bewerten, das sind aus unserer Sicht wesentliche Grundanliegen einer humanistischen Schule. Daß das gegliederte Schulwesen in dieser Beziehung – wie unter anderem ja auch Roman Herzog und Frau Schnoor meinen – vorbildlich sei, dürfte auch aus internationaler Sicht mehr als bezweifelt werden.

Ja, Menschen sind Individuen, aber sie sind es nicht nur. Jeder Junge, jedes Mädchen ist einzigartig. Und das ist doch wohl die zu akzeptierende Grundwahrheit. Deshalb kann der Leitgedanke für Bildungspolitik gerade nicht heißen, den herausragenden Talenten die „think tanks“ und den weniger Begabten ihr bildungspolitisches Schmalspurprogramm zuzuweisen. Eine solche Form der Differenzierung ist dem intellektuellen und sozialen Lernen abträglich, ja, es zerstört auf Dauer ein demokratisches Gemeinwesen. Aus unserer Sicht muß deshalb der Leitgedanke für die Schule des neuen Jahrtausends heißen: „Lernen der Vielfalt in der Gemeinsamkeit!“

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Diese Vielfalt in der Gemeinsamkeit ist die humane Alternative zur polemisch-populären Propaganda der CDU, die mit der viel zu simplen Polarität von Unterforderung einerseits und Überforderung andererseits interessengeleitet argumentiert und irreführend agitiert.

Integratives Lernen als Leitgedanke, nicht das aussondernde, ausgrenzende. Auch gemeinsames Lernen mit denen, die in besonderer Weise behindert sind. Und genau an dieser Stelle sollten wir uns alle die wissenschaftlichen Erkenntnisse der 60er Jahre einfach noch einmal ins Gedächtnis rufen: Begabungen sind nichts Statisches, die jemand hat oder nicht. Begabung ist Ergebnis eines dynamischen Prozesses, in dem die einzelnen begabt werden durch Rahmenbedingungen und sich in der Auseinandersetzung mit ihrer sozialen und materiellen Umwelt selber begaben.

Diese Erfahrung ist es wohl auch, die zu dem Ergebnis der letzten landesweiten Ernid-Umfrage bezüglich des Schulwesens geführt hat. Denn wenn nur fünf Prozent der Befragten meinen, das gegliederte Schulwesen sei besser, demgegenüber aber 40 Prozent dieses Urteil zum DDR-Schulwesen treffen, dann liegt das auch in der tausendfachen Erkenntnis, daß Begabungen über vielfältige pädagogische Mittel entwickelt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Es bleibt also an dieser Stelle festzustellen, Schüler können ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten, ihre Kenntnisse besser entwickeln, wenn sie Zutrauen zur eigenen Lei-

stungsfähigkeit haben. Leistungsbereitschaft und -freude entstehen zumeist, wenn die Schüler Befriedigung aus der Erfahrung eigenen Könnens ziehen und sie für ihre Anstrengungen auch Anerkennung finden. Dies muß Unterricht für alle Schüler, unabhängig von ihren konkreten Voraussetzungen, gleichermaßen gewährleisten. Das ist der Maßstab, den das Schulgesetz dieses Landes anlegt.

Es kann nicht Aufgabe des Unterrichts sein, alle Lern- und Leistungsunterschiede auf ein einheitliches Niveau an- oder auszugleichen, sondern er soll vielmehr sichern, daß möglichst alle Schüler die grundlegenden Lernziele erreichen. Zum anderen muß Unterricht die individuellen Möglichkeiten jedes Schülers entfalten, individuelle Lernziele entwickeln sowie persönliche Interessen und Selbständigkeit aufbauen. Und in genau diesen Rahmen muß sich Leistungserziehung einordnen. Diese darf sich meines Erachtens keinesfalls damit begnügen, die Schüler einfach mit gesetzten Zielen und Aufgaben derartig zu konfrontieren, daß einige diese trotz ihrer Bemühungen nicht und andere sie ohne Anstrengungen leicht erreichen können.

Ausgehend von den in den Rahmenplänen gesetzten Vorgaben und Eckpunkten sind vielmehr Ziele, Aufgaben und Lernwege gemeinsam von Lehrern und Schülern zu gestalten. Dadurch kann jeder Schüler das eigene Bemühen als sinnvoll erfahren und Lernfortschritte als Ergebnis persönlicher Anstrengungen erleben. Somit zielt Entwicklung der Lernleistung ebenfalls auf Lernfreude und Eigenverantwortung. Dazu bedarf es allerdings besserer Rahmenbedingungen von Schule, als gegenwärtig im Lande anzutreffen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und da haben wir den Bezug zu den 15 Forderungen des „Aktionsbündnisses für eine bessere Schule“ der GEW, des Landeselternrates und der LandeschülerInnenvertretung.

Der vorliegende Antrag der CDU beschreibt aber im wesentlichen nur das Ende von Schulprozessen durch Versetzungs- und Prüfungsregelungen. Er greift zu kurz und ist auf schnellere äußere Differenzierung gerichtet und damit von uns abzulehnen. Er greift zu kurz, weil die Leistungsforderung und -förderung von Schülern doch zuerst durch die Leistungsfähigkeit von Schule und die sie prägenden Rahmenbedingungen gestaltet wird. Hier hätte in den zurückliegenden Jahren auch von seiten der CDU durchaus mehr getan werden können.

Ich sage hier deutlich: Notwendiger denn je ist eine Bildungsreform, die der Bildung Priorität einräumt und pädagogische und soziale Arbeit in den Vordergrund stellt. Statt Privatisierung von Bildung voranzutreiben – ich nenne hier nur die 30 Millionen wöchentlich Nachhilfe –, geht es um eine entscheidende Verbesserung des Niveaus der öffentlichen Bildung.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Und da freut es mich schon, wenn Frau Schnoor sagt, sie kann alle 15 Punkte des Aktionsbündnisses unterstützen, Drittelparität und hundertprozentige Unterrichtsversorgung,

(Sylvia Bretschneider SPD:
Das ist sowieso interessant.)

mehr Lehrerstellen. Frau Schnoor, mit uns hätten Sie das in den zurückliegenden Wochen schon machen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow PDS: Ja.)

An dieser Stelle noch ein paar Bemerkungen zu der aufgegriffenen Feststellung des Bundespräsidenten, daß der, der Noten aus den Schulen verbannt – mich hat ja verwundert, daß das noch nicht gekommen ist –, Kuschelecken schafft, aber keine Bildungseinrichtungen, die das auf das nächste Jahrtausend vorbereiten. Ich sage Ihnen deutlich: Kinder wollen lernen und leisten, sie wollen sich bewähren und sich an Herausforderungen beweisen. Kinder strengen sich an, wenn die Aufgaben der Anstrengungen lohnen. Sie strengen sich enorm an, wenn sie dadurch Achtung und Anerkennung genießen. Und es ist doch wohl Grundwahrheit: Anstrengung ohne Sinn ist dumm. Ein vernünftiger Erwachsener folgt dieser Dummheit nicht, und es ist irreführend, wenn man Kindern weismacht, es lohne sich.

Der Bildungsforscher Otto Herz brachte es wie folgt auf den Punkt: Wer gegen Noten ist, ist nicht gegen Anstrengung. Wer gegen Noten ist, ist nicht leistungsfeindlich, das Gegenteil trifft zu.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Weil die Anstrengungsbereitschaft und der Anstrengungswille vieler Kinder durch Noten kaputtgemacht wird,

(Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Heidmarie Beyer SPD: Richtig.)

versuchen verantwortungsvolle Pädagogen zu differenzieren, das Lernen und Leisten fördernden Formen der Rückmeldung zu kommen. Wenn jemand sagen will, warum etwas gut ist, helfen ihm Noten nicht. Wer Lernenden und sich Mühenden helfen will, sich in ihrer Leistungsfähigkeit zu entwickeln, Schwächen zu überwinden und Stärken auszubauen, der braucht eine einfallreichere Sprache, als die von eins bis sechs.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Siegfried Friese SPD: Herr Bluhm, Sie
begeben sich ja in konservative Nähe.)

Ja, ich glaube schon, daß er damit recht hat, und ich füge hinzu: Dafür brauchen auch die Lehrerinnen und Lehrer die notwendige Zeit und die notwendigen Rahmenbedingungen bei der Gestaltung von Schule. Mit einer bloßen Verschärfung von Versetzungsbestimmungen und Prüfungsregelungen, mit der Einführung einer Hauptschulprüfung, mit einer bloßen Öffnung der Schulanforderungen für Begehrlichkeiten der Wirtschaft erhöhen wir weder die Leistungsfähigkeit von Schule noch die Leistungsbereitschaft und den Leistungswillen der Schülerinnen und Schüler.

Ich hätte von Ihnen, Frau Schnoor, schon einen weitaus konstruktiveren Antrag bezüglich der Entwicklung einer Leistungsförderung und -forderung in der Schule erwartet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Sylvia Bretschneider SPD: Haben Sie
das wirklich erwartet, Herr Bluhm,
war das nicht nur rhetorisch?)

Hier nur auf Verschärfung von Zensurengebung und bessere Kooperation mit der Wirtschaft zu setzen, ist sehr begrenzt, gemessen an dem Bedarf für die Reform von Schule und Bildung in diesem Land. – Die PDS-Fraktion lehnt diesen Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johann Scherfing: Danke, Herr Bluhm.

Das Wort hat der Abgeordnete Rehberg von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Till Backhaus SPD: Jetzt kommt der
Experte, jetzt kommt der absolute Experte. –
Dr. Harald Ringstorff SPD: Ja, ja, jetzt er spricht.)

Eckhardt Rehberg CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Kürzlich wurde eine Kleine Anfrage gestellt in bezug auf die Ergebnisse der Abiturprüfung vom vergangenen Schuljahr. In der Drucksache 2/3779 finden Sie in Prozentzahlen wieder, was die Sozialdemokratie unter Leistung versteht.

(Volker Schlotmann SPD:
Die Sie verursacht haben.)

26 Prozent der Abiturienten an integrierten Gesamtschulen erreichten in der Mathematikprüfung ein „mangelhaft“. Zu meiner Zeit hieß es noch: Fünf – durchgefallen. Selbst 3,1 Prozent schafften diese Hürde nicht und schlossen in Mathematik mit einer Sechs ab. 33 Prozent erreichten ein „ausreichend“ – also eine Vier. Das heißt, zwei Drittel der Prüfungsnoten im Fach Mathematik, an den integrierten Gesamtschulen, Ihrem Lieblingskind, meine Damen und Herren der Sozialdemokratie, waren schlechter und gleich Vier.

Sind das wirklich die Ziele von Bildungspolitik? Ihre integrierte Gesamtschule, eine Schule, in der die Kinder von Klasse 5 bis 10 versetzungsfrei aufsteigen, deren Stunden-tafel gegenüber dem Gymnasium privilegiert ist, deren Fördermöglichkeiten Sie mit einem Mehr an Lehrerwochenstunden ausgeweitet haben, diese Schulform muß nun derart katastrophale Abiturergebnisse verzeichnen – peinlich. Sie haben es nicht geschafft, trotz massiver Privilegierung der integrierten Gesamtschule die Leistung zu fördern, die ein Abitur verlangt.

Wie sieht es bei den Gymnasien aus? Hier nur 5,7 Prozent „mangelhaft“ und nur 19 Prozent „ausreichend“, das heißt, drei Viertel haben die Noten Eins, Zwei und Drei. Das ist Realität, meine Damen und Herren, von Bildungspolitik. Herr Schlotmann, für das Niveau der Gesamtschulen sind Sie verantwortlich,

(Volker Schlotmann SPD: Ich? –
Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Man zeigt
nicht mit nacktem Finger auf angezogene
Menschen, Herr Rehberg. Das hätten Sie
in der Kinderstube schon lernen sollen. –
Zuruf von Dr. Harald Ringstorff SPD)

das hat man auch bei Herrn Bluhm durchgehört, denn das – auch die integrierte Gesamtschule – sind Ihre bildungspolitischen Vorstellungen, und wozu sie führen, das sehen wir hier ganz deutlich in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Volker Schlotmann SPD: Herr Rehberg, irgend-
wann kriegen Sie noch mal einen Herzinfarkt,
aber ich hoffe, Sie bleiben davon verschont.)

Herr Schlotmann, über meine Gesundheit, da machen Sie sich mal keine Sorgen.

Ich kann nur sagen, Gott sei Dank, daß wir das Zentralabitur haben und damit schwarz auf weiß sehen können, wo die Fehler der SPD-Bildungsideologie liegen. Es wird also

höchste Zeit, daß die integrierte Gesamtschule die Leistungsparameter erhält, die andere Bildungsgänge auch haben, denn die Jugendlichen haben es nicht verdient, mit solchen Zeugnissen in das Leben zu starten. Wer nimmt denn einen Abiturienten mit einer Mathematiknote Vier? Er hat keine Chance bei der Lehre als Bankkaufmann und an Universitäten und Fachhochschulen schon gar nicht. Was geben Sie diesem Schüler mit ins weitere Leben? Wer sind die Dummen, die mit einer Fünf in Mathematik auf dem Lehrstellenmarkt oder vor der ZVS stehen und unvermittelbar sind, nur weil die Kuschelschule der Sozialdemokraten

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Inge Herold SPD)

nicht in der Lage war, diesen jungen Menschen das notwendige Rüstzeug mit auf den Weg zu geben?

Sie tragen die Verantwortung, Frau Marquardt, Frau Bretschneider, Dr. Ringstorff, wenn diese jungen Menschen vor einer Zukunft stehen, die ihnen aufgrund ihrer schulischen Voraussetzungen Probleme bringen kann. Geben Sie endlich zu, daß Ihr schulisches Experiment der Leistungsnivellierung gescheitert ist, bevor Sie noch mehr junge Biographien zerstören, bevor noch mehr Geld in Experimente gesteckt wird, das in bewährten Strukturen viel besser eingesetzt werden könnte.

(Siegfried Friese SPD: Es sollte die
Prügelstrafe wieder eingeführt werden.)

Frau Marquardt, Sie haben gesagt, daß Sie Qualität systematisch in der Schule verbessert haben. Ihre Antwort auf die Kleine Anfrage beweist das komplette Gegenteil, zumindest was die integrierte Gesamtschule betrifft. Es wäre eigentlich angemessen, von Krönung der Scheinheiligkeit zu sprechen,

(Siegfried Friese SPD: Das ist unparlamentarisch, Herr Rehberg, das wissen Sie.
Dafür bekommen Sie einen Ordnungsruf.)

wenn man in das Wahlprogramm der Sozialdemokraten guckt.

Ich kann nicht nicht davon reden, weil das unparlamentarisch ist.

Dort fordern Sie allen Ernstes die Einführung des zwölfjährigen Abiturs. Wo leben Sie denn?!

(Zuruf von Andreas Bluhm PDS)

Sie waren es doch, die vor zwei Jahren vehement für die Einführung des 13. Schuljahres in Mecklenburg-Vorpommern waren und dies mit einem beispiellosen Kraftakt durchgezogen haben.

(Christoph Brandt CDU: Richtig.)

Oder hat Sie die Umfrage erschreckt, daß 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Mecklenburg-Vorpommern für das zwölfjährige Abitur sind, und sind dann flugs populistisch mit draufgesprungen?

Jetzt ist Ihre Kultusministerin gerade dabei, die Stundentafeln für das Gymnasium auf den Kopf zu stellen und eine neue Abiturprüfungsverordnung zu erlassen, um den Willen der sozialdemokratischen Genossen umzusetzen. Zur gleichen Zeit aber fordern Sie für Mecklenburg-Vorpommern das zwölfjährige Abitur. Wo war denn die Phantasie von Frau Bretschneider oder von Frau Marquardt 1996? Die KMK hat doch den Weg freigemacht für die Anerkennung des zwölfjährigen Abiturs.

Sachsen und Thüringen machen es vor, und es hätte Mecklenburg-Vorpommern gut zu Gesicht gestanden, wenn man einem Verbund der neuen Länder für das zwölfjährige Abitur beigetreten wäre. Aber Herr Höppner in Sachsen-Anhalt und Frau Marquardt in Mecklenburg-Vorpommern hatten nichts Eiligeres zu tun, als mit einem Federstrich die Wahlziele der eigenen Partei zu verraten.

Dabei versäumt es die Kultusministerin nunmehr wieder, die Einführung des 13. Schuljahres dafür zu nutzen, die Stundentafel in der Mittelstufe anzuheben. Statt dessen meint sie, daß mit dem Einschub der 11. Klasse als Einführungsphase das Mindeststundensoll von 265 Wochenstunden erreicht ist und sie damit ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat.

(Zuruf von Andreas Bluhm PDS)

Wieder lassen Sie eine Gelegenheit verstreichen, wo Sie genau das tun könnten, was Sie der CDU immer vorwerfen, Sie könnten die Stundentafel anheben. Nein, statt dessen werden Pflichtstunden im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht in der 9. und 10. Klasse des Gymnasiums reduziert und der Wahlpflichtbereich auf neun Wochenstunden erweitert. Bis heute konnte mir kein Lehrer und kein Schulrat plausibel erklären, warum überhaupt die Stundentafel in der Mittelstufe in dieser gravierenden Weise geändert werden muß, wenn man das 13. Schuljahr einführt.

Ich habe genau das erwartet, Frau Marquardt, was Sie hier vorgetragen haben. Man muß nicht die 6-Tage-Schulwoche einführen, um ein zwölfjähriges Abitur zu erreichen. Ich kann mich entsinnen, daß über Jahre zu DDR-Zeiten das sehr wohl mit fünf Tagen in der Woche möglich war.

(Inge Herold SPD: Das war nur an Berufsschulen so, die anderen hatten sechs Unterrichtstage.)

Sehen Sie, genau das habe ich durchlaufen, sehr verehrte Frau Kollegin, und acht bis zehn Stunden Schule pro Tag, die waren leicht und schaffbar. Wir haben bis zu 40 Stunden Unterricht in der Woche gehabt mit Spezialunterricht und am Sonnabend frei. Das geht alles.

Ich vergieße auch nicht die Krokodilstränen wie Sie, Frau Marquardt, wenn Schülerinnen und Schüler 40 Stunden in der Woche arbeiten müssen. Gucken Sie sich 18jährige Azubis an, die morgens um vier aufstehen müssen, damit sie um sechs auf der Baustelle und um 18 Uhr wieder zu Hause sind. Ich denke, wir sollten hier wirklich die Kuschelmatte einrollen. Die Wirklichkeit im Leben ist ganz anders als Sie, Frau Marquardt, es Schülerinnen und Schülern in Mecklenburg-Vorpommern vorgaukeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Diese Stundentafelveränderung ist nicht zwingend notwendig. Die Schulrätevereinigung und die Vereinigung der Schulleiter an Gymnasien haben dies in entsprechenden Stellungnahmen gegenüber dem Kultusministerium auch deutlich gemacht. Von beiden Vereinigungen werden die geplanten Veränderungen abgelehnt. Aber wie es scheint, sind diese Stellungnahmen verlorengegangen, denn in einer Darstellung des Kultusministeriums heißt es: „Der zur Zeit vorliegende Entwurf entsprach den Vorstellungen der betroffenen Schulleiter und Schulräte im Lande.“

Und warum, so frage ich die SPD, ist gerade die 11. Klasse eine Eingangsphase in die gymnasiale Oberstufe? Gehe ich falsch in der Annahme, daß eigentlich die Klassen 5 bis 10 des Gymnasiums eine Eingangsphase

für die gymnasiale Oberstufe sein sollten? Wenn ich die genannte Darstellung aus dem Hause Marquardt noch einmal zitiere, dann wird das ganze Ausmaß sozialdemokratischer Bildungspolitik sichtbar: „Primäre Aufgabe der Gymnasien ist nicht die Spezialisierung im Bereich der Sekundarstufe I, sondern eine generelle, solide Grundausbildung für alle Schüler.“ Margot Honecker läßt grüßen.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Poppei PDS)

Das ist wieder die Polytechnische Oberschule. Das Gymnasium existiert erst ab Klasse 11, also wie die EOS in der DDR. Vorher gibt es keine gymnasiale Bildung, denn eine generelle solide Grundbildung erfolgt auch in Haupt- und Realschule.

(Zuruf von Beate Mahr SPD)

Wo machen Sozialdemokraten denn noch Unterschiede zwischen den einzelnen Bildungsgängen? Diese Vereinheitlichung treibt Blüten.

Zurück zur Stundentafel: Wenn Sie diese für die Gymnasien schon verändern, dann ist wohl eher eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich angebracht. Wir brauchen mehr Verbindlichkeit statt Beliebigkeit.

(Beifall Wolfgang Riemann CDU)

Schauen Sie sich die bereits genannten Ergebnisse der Mathematikprüfung vom vergangenen Jahr an, wie sie aus der Drucksache hervorgehen. Da haben wir doch die Argumente für eine Stärkung des Pflichtstundenbereiches.

Und wo, meine sehr geehrten Damen und Herren, bleiben die Veränderungen in der integrierten Gesamtschule? Wenn die neue Stundentafel für das Gymnasium in der vorgesehenen Weise umgesetzt wird, dann haben Schüler der IGS in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern mehr Pflichtunterricht als die Gymnasiasten. Die Übervorteilung wird drastischer denn je, obwohl die Vorteile nicht die erhofften Ergebnisse bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen wir noch zu anderen Aspekten der Frage, wieviel Leistungsforderung oder -förderung es in unseren Schule gibt. Damit kann es nicht gut bestellt sein, denn die Wirtschaft klagt häufiger und zunehmend lauter über Defizite in schulischer Ausbildung. Und was uns hier unterstellt wird, das ist völlig absurd, daß die Lehrer heute weniger als früher in der Lage sind, Wissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und eine entsprechende Erziehung zu vermitteln. Nein, sie werden einfach nicht mehr gelassen und mit Aufgaben überhäuft, die nicht in die Schule gehören.

(Siegfried Friese SPD: Zum Beispiel?)

Geschichte und Sozialkunde sind als Einstundenfächer in der Stundentafel vorgesehen und erscheinen Sozialdemokraten anscheinend als ausreichend. Und die Sozialdemokraten sind dann diejenigen, die am lautesten vor Entsetzen aufschrien, als die DVU in Sachsen-Anhalt ein zweistelliges Wahlergebnis einfuhr.

(Heiterkeit bei Dr. Gottfried Timm SPD)

In einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln stellten die Wirtschaftsverbände unlängst fest, ...

(Zuruf von Volker Schlotmann SPD)

Hören Sie zu, Herr Kollege Schlotmann!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow PDS:

Das entscheiden immer noch wir, ob wir zuhören. – Dr. Gerhard Bartels PDS: Wo sind wir denn hier, Herr Rehberg?!

Daß Sie gerade, Frau Bretschneider, intensiv zuhören, sieht man ja an Ihren Zwischenrufen.

... daß es den Absolventen aus den Schulen vor allem bei der Beherrschung der Grundrechenarten sowie der Rechtschreibung mangelt.

(Sylvia Bretschneider SPD: Das lernt man schon in der Grundschule, Herr Rehberg.)

Besonders schmerzhaft ist für mich die Feststellung, daß in dieser Umfrage festgestellt wurde,

(Sylvia Bretschneider SPD: Die Stundentafeln haben schon Frau Schnoor und Herr Wutzke gekürzt.)

daß in jedem fünften Betrieb im Ausbildungsjahr 1996/97 angebotene Stellen nicht oder nicht vollständig besetzt werden konnten, in Gesamtdeutschland. Der Grund: Es gab zu wenig Bewerber, oder die Bewerber waren für eine Berufsausbildung nicht geeignet.

Wer hier einer Lehrstellenmisere das Wort redet, der gießt Öl ins Feuer. Ich habe vor einigen Wochen an der Ausbildungskonferenz bei mir im Arbeitsamtsbezirk teilgenommen. Ich habe nie in den Jahren zuvor Handwerker, Unternehmer, Kammern so klagen gehört über die mangelnde Ausbildung unserer Schülerinnen und Schüler. In dieser Massivität habe ich es nicht erlebt, bisher nicht erlebt.

(Zuruf von Sylvia Bretschneider SPD)

Frau Bretschneider, ich verstehe einen Handwerksmeister des Heizungs- und Sanitärerwerbes, der sagt, ich möchte einen Auszubildenden haben, der in Mathematik und Physik nicht die Note Vier hat, sondern die Note Zwei. Das verstehe ich sehr gut.

(Hermann Bollinger CDU: Ich auch.)

Und ich glaube, wer jetzt Handwerker beschimpft, die dann die jungen Leute ausbilden, Unternehmer beschimpft, die täglich mit ihnen zusammen sind,

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Sollen jetzt die Lehrer bessere Noten geben, oder was?)

daß sie zu hohe Anforderungen stellen

(Reinhard Dankert SPD: Wer macht denn das?)

– wie Sie das gemacht haben, Frau Marquardt –, der geht doch an der Realität vorbei. Sie sind doch die Partei, die sagt, wir brauchen Innovation, wir brauchen Entwicklung.

(Heidmarie Beyer SPD:

Ohne mit der Wimper zu zucken!)

Wer so etwas macht, der braucht doch qualifizierte Absolventen der Universitäten und Fachhochschulen, der braucht gut ausgebildete Lehrlinge. Wenn wir uns schon so hohe Arbeitskosten leisten in Deutschland, dann müssen wir natürlich, was die Bildungsseite betrifft, wirklich Spitze sein.

(Till Backhaus SPD: Jetzt geht es damit wieder los! – Zuruf von Sylvia Bretschneider SPD)

Wissen Sie, Herr Backhaus, Sozialneid schüren insbesondere Sie und Ihre Kollegen aus der Fraktion, nicht wir von der CDU.

(Till Backhaus SPD: Gucken Sie sich mal Ihre Redebeiträge von den letzten Tagen an! Das ist schlimm.)

Und wenn in dieser Umfrage des Infodienstes der Wirtschaft festgestellt wird, daß 94 Prozent der Befragten feststellen, daß die Rechtschreibleistungen deutlich schwächer geworden sind, und 90 Prozent feststellen, daß die Rechenleistungen deutlich schwächer geworden sind, das sind das doch keine vereinzelt subjektiven Eindrücke. Es sind knallharte Fakten von Unternehmern,

(Zuruf von Sylvia Bretschneider SPD)

die tagtäglich, Frau Bretschneider, im internationalen Konkurrenzkampf bestehen müssen, die dazu verdammt sind, mit qualifiziertem Personal sich zu behaupten und damit Arbeitsplätze zu sichern.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD – Siegfried Friese SPD: Wo sind wir hier, Herr Rehberg?)

Dann kann man doch nicht der Wirtschaft vorwerfen, so wie es Frau Marquardt am 28. März getan hat, und meinen, daß die Anforderungen der Handwerksbetriebe unerhöht hoch sind.

(Unruhe bei den Abgeordneten – Siegfried Friese SPD: Sie mißbrauchen den Landtag! Wissen Sie das? Sie sind hier nicht auf einer Wahlkampfveranstaltung der CDU. – Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Herr Friese, daß Tatsachen dreieinhalbjähriger Bildungspolitik der SPD weh tun,

(Till Backhaus SPD: Nicht so laut! Nicht so laut!)

das kann ich verstehen. Das kann ich sehr, sehr gut verstehen, daß diese Tatsachen weh tun.

(Unruhe bei den Abgeordneten – Heidmarie Beyer SPD: Das haben Sie doch hier angerichtet!)

Nur ich will Ihnen eins sagen, wenn Sie in der Bildungspolitik so weitermachen, dann wird die Schule in Mecklenburg-Vorpommern irgendwann den Ruf haben wie das Bremer Gesamtschulabitur in den 70er Jahren. Genau da wollen Sie hinsteuern, und genau da steuern Sie auch hin.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Siegfried Friese SPD: Und Sie werden in diesem Land nie mehr Schulpolitik machen! Das kann ich Ihnen versprechen. – Heiterkeit bei CDU und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Herr Friese, ich habe genau die gleichen Töne 1994 zur gleichen Zeit gehört. Sie haben heute einen Fraktionsvorsitzenden, der wollte damals seinen Kopf an der Garderobe abgeben, und so weiter und so fort.

(Wolfgang Riemann CDU: Na das hat er ja vielleicht auch.)

Wissen Sie, am 27. September, um 18.01 Uhr, sprechen wir uns alle wieder, und ich hoffe, daß Ihnen die Luft bis dahin nicht ausgeht.

(Till Backhaus SPD: Da machen Sie sich mal keine Sorgen drum!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, Frau Marquardt, wo Sie diese Aussagen und Feststellungen gegenüber der Wirtschaft hernehmen. Sie offensichtlich auch nicht, denn auf Nachfrage des Abgeordneten Leopold mußten Sie in einer Antwort auf der Drucksache 2/3737 einräumen: „Die Anforderungen in Prüfungs- und Testverfahren der Wirtschaft für Absolventen allgemeinbildender Schulen sowie konkrete Ergebnisse dieser Prüfungs- und Testverfahren sind der Landesregierung“ – hören Sie gut zu – „nicht bekannt.“ Das heißt, wir haben über etwas geredet, das Ihnen offenkundig überhaupt nicht bekannt war.

(Zuruf von Volker Schlotmann SPD)

Also hören Sie und Ihre Genossen von der SPD auf, die Wirtschaft für etwas verantwortlich zu machen, das in Ihrer Verantwortung liegt! Hören Sie auf, in der Öffentlichkeit Dinge zu verdrehen und zu behaupten, die nachweislich jeder Grundlage entbehren! Schaffen Sie endlich die Voraussetzungen, die es jungen Menschen erleichtern, eine Lehrstelle zu finden, die es ihnen erleichtern, ihre Zukunft selbstverantwortlich zu gestalten!

Die Aussage, daß unsere Schüler dümmer sind, ist selbstverständlich falsch. Sie werden nicht dümmer, aber die Schule sieht sich immer weniger in der Lage, das Wissen und die Grundlagen zu vermitteln, die man im Leben wirklich braucht.

(Volker Schlotmann SPD: Genau.)

Da muß verändert werden, da muß mehr Leistung her, da muß mehr Pep rein.

(Andreas Bluhm PDS:
Aber doch nicht durch Prüfungen.)

Aber sicher, auch durch Prüfungen, Herr Kollege Bluhm, auch.

(Andreas Bluhm PDS: Auch, Herr Rehberg, auch, aber nicht nur!)

Ich habe doch nicht gesagt, daß es nur durch Prüfungen erreicht wird.

(Till Backhaus SPD: Was verstehen Sie denn unter „mehr Pep“?)

Gucken Sie sich unser Wahlprogramm der CDU an, da steht drin, daß wir für eine 100prozentige Unterrichtsversorgung eintreten.

(Andreas Bluhm PDS: Das ist ja nun wohl das mindeste.)

Das gehört natürlich auch dazu.

(Andreas Bluhm PDS: Das ist das mindeste.)

Vizepräsident Johann Scheringer: Gestatten Sie eine Anfrage?

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
Herr Rehberg, sind Sie nun in der Regierung, oder sind Sie in der Opposition?)

Eckhardt Rehberg CDU: Gucken Sie sich mal an, wie hoch die Unterrichtsversorgung heute ist, gerade an Berufsschulen.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
Was soll denn dieser Unsinn hier?!)

Es hat sich doch da teilweise noch nichts deutlich geändert.

(Unruhe bei den Abgeordneten)

Vizepräsident Johann Scheringer: Gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Bretschneider, Herr Rehberg?

Eckhardt Rehberg CDU: Zum Schluß der Rede.

Vizepräsident Johann Scheringer: Also zum Schluß der Rede, Frau Bretschneider.

Eckhardt Rehberg CDU: Und so wundert es mich gar nicht, es ist eigentlich nur konsequent, daß die Vereinigung der Unternehmensverbände in Mecklenburg-Vorpommern auf der bildungspolitischen Fachtagung der CDU im Januar gefordert hat, daß Schule leistungsfähiger werden muß, daß eine neue Lern- und vor allem Leistungskultur, die sich auf Eigenverantwortung und Wettbewerb gründet, her muß. Daß die Forderungen der CDU gar nicht so abwegig sind, beweist ein neuerliches Aktionsbündnis für eine bessere Schule in Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: „Gar nicht so“ ist gut, „gar nicht so“ ist gut. Ziemlich abwegig!)

Ein Aktionsbündnis für eine bessere Schule hat sich deswegen gebildet, weil die SPD, weil die sozialdemokratische Kultusministerin nicht in der Lage war, den erfolgreich beschrittenen Weg nach 1994 fortzusetzen.

(Beifall Wolfgang Riemann CDU –
Sylvia Bretschneider SPD:
Ah, das ist aber ein Lacher!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß einen Gedanken von Josef Kraus, dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes aufgreifen.

(Sylvia Bretschneider SPD:
Der fehlt uns hier noch!)

Durch Josef Kraus wird ein Zusammenhang aufgebaut, der bemerkenswert ist und der auch Sozialdemokraten nachdenklich machen sollte. Wenn die aktuelle Schulpolitik das Leistungsprinzip ignoriert, so belastet und gefährdet sie damit auch das Sozialstaatsprinzip. Die soziale Dimension etwa unseres Wirtschaftssystems trägt nur, wenn ihr die zehntausendfache Leistung und Leistungsbereitschaft der Menschen zugrunde liegt. Leistung ist insofern nie nur Individuelleistung für die Erfüllung persönlicher Karrierewünsche, sondern stets auch soziale Leistung, Leistung für andere, für Schwächere und Benachteiligte. Lassen Sie uns schon in der Schule damit anfangen, Leistungsbereitschaft zu fordern und zu fördern.

(Zuruf von Andreas Bluhm PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die letzten dreieinhalb Jahre Schule und Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern sind nicht davon geprägt, daß hier wirklich Leistung von der Kultusministerin geboten wurde. Ich rede nicht Schüler schlecht, ich rede nicht Lehrer schlecht,

(Volker Schlotmann SPD:
Sie reden grundsätzlich schlecht.)

Ich mache mir nur Sorgen um unsere Kinder, denn wenn einmal das Schulsystem in den Graben gefahren

worden ist, und dieses Gefühl habe ich im Augenblick, dann wird es sehr, sehr schwer,

(Andreas Bluhm PDS: Seit sieben Jahren! Seit sieben Jahren, Herr Rehberg!)

dieses Schiff wieder flottzumachen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Johann Scherlinger: Danke, Herr Rehberg.

Frau Beyer, Sie haben während der Rede von Frau Schnoor den Ausdruck gebraucht „Sie lügen sich doch selbst in die Tasche.“ Den weise ich als unparlamentarisch zurück. Und die Zwischenrufe von Herrn Dr. Schoenenburg während der Rede von Herrn Rehberg, einmal „Das ist doch alles Blödsinn.“ und zum anderen „Unsinn“, weise ich ebenfalls als unparlamentarisch zurück.

Das Wort hat jetzt noch einmal die Kultusministerin Frau Marquardt. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Regine Marquardt: Ich sagte ja, manchmal sprechen auch nicht berufene Bildungsexperten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch zwei, drei Bemerkungen machen von dieser Stelle. Auch mit der ersten wiederhole ich mich. Was ich eben anhören mußte, Herr Rehberg, bestätigt genau meine Befürchtung. Leichthin nehmen Sie die Alibiargumentation der Wirtschaft auf. Die Schüler sind eben selber schuld.

(Eckhardt Rehberg CDU: Steigen Sie doch mal ein in diese Diskussion, Frau Marquardt!)

Nein, nein.

(Eckhardt Rehberg CDU:
Gehen Sie doch mal hin zur Wirtschaft!)

Ja, ich habe ein Gespräch mit den Herrschaften.

(Eckhardt Rehberg CDU: Gehen Sie doch mal hin und reden mit denen!)

Wenn Sie mit mir direkt reden wollen, können wir das gerne machen. Ich glaube, jetzt möchte ich zwei, drei Sätze hier noch sagen können.

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Eckhardt Rehberg CDU: Wir sind hier im Landtag, Frau Marquardt, da darf man so reden.)

Also erstens glaube ich, verehrter Herr Rehberg, daß es sehr gut ist, daß Lobbyismus für Bildung im Lande existiert. Und so verstehe ich auch das Aktionsbündnis der GEW des Landeselternrates und des Schülerrates. Allerdings, ob Sie richtig gelesen haben und die Zielrichtung dieses Aktionsbündnisses verstanden haben, bezweifle ich doch sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Hätten Sie Herrn Bluhm zugehört, denn hätten Sie ein wenig von dem begriffen, um was es dabei geht.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten –
Beifall Beate Mahr SPD –

Dr. Gerhard Poppe PDS: Im Konjunktiv.)

Ja, mit dem Begreifen ist es so eine Sache, und mit dem Lesen offensichtlich auch.

Wenn man Regierungsprogramme anderer Parteien liest, dann sollte man sie sorgfältig lesen, auch die Aus-

führungen um zwölf oder dreizehn Jahre zum Abitur. Wenn Sie richtig gelesen hätten, dann hätten Sie gesehen, daß die SPD sich für Bildungschancen gleicher Art in Gesamtdeutschland einsetzt, daß es um das angestrebte Ziel geht, in Gesamtdeutschland zwölf Jahre bis zum Abitur zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist richtig, die KMK hat es möglich gemacht, daß man binnen zwölf Jahren das Abitur ablegen kann.

(Bärbel Kleedehn CDU: Das haben wir schon seit '93 gefordert.)

Aber Länder wie Sachsen und Thüringen nehmen eben billigend in Kauf, daß man einen Flaschenhals für besonders leistungsbelastbare Schüler schafft, um das Abitur abzulegen. Ihr Flyer Ihrer Partei hat es genau belegt, Sie wollen 15 Prozent eines Jahrgangs zum Abitur und nicht mehr.

(Eckhardt Rehberg CDU: Das ist doch Unsinn, was Sie hier erzählen.)

Nein, es ist kein Unsinn. Ich habe es vorne liegen, ich gebe Ihnen das, falls Sie es vergessen haben.

(Eckhardt Rehberg CDU: Nee, überhaupt nicht.)

Dann hätten Sie auch vielleicht sich die Mühe machen sollen, Herr Rehberg, mir zuzuhören vorhin, außer sich irgendwie innerlich aufzupulvern und dann nicht mehr so richtig zuhören zu können. Ich habe im Zusammenhang mit der 6-Tage-Woche darauf verwiesen, daß, wenn das, was Sie fordern, daß zusätzlich ein Pensum für Schüler in den jetzt bestehenden Schulsystemen den Schülern auferlegt wird, daß man dieses dann nicht rechtfertigen kann. Und Frau Schnoor, als sie noch in Verantwortung stand, hat diese Meinung geteilt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen habe ich mir die Freude erlaubt, aus einer Rede der Abgeordneten zu zitieren. Es ist richtig, in der DDR konnte man Schülern sehr viel zumuten. Man mutete ihnen eben aber auch zu, daß eine ganz, ganz rigide Restriktion geschah, um zum Abitur zu kommen. Meine Tochter übrigens, die nur in einem Fach keine Eins hatte, kam nicht einmal zum Abitur. Da gab es auch eine Erklärung für.

(Angelika Gramkow PDS: Aber es gab auch Berufsausbildung mit Abitur, und die war wesentlich besser. – Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Ja gut, aber es ist ja schon eigenartig, daß Sie, Abgeordnete der CDU, sich heute in große Sentimentalität begeben, wenn Sie an die DDR-Schule denken. Das hätten Sie früher machen müssen.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

Mit dem Lesen und mit dem Rechnen ist es eben auch so eine Sache, Herr Rehberg. Wenn Sie nachgerechnet hätten, daß die Erhöhung der Wochenstundenzahl ganze 23 Stunden ausmacht und ein Schuljahr bekanntermaßen nicht einfach mal mit 23 Stunden festgemacht wird,

(Unruhe bei Eckhardt Rehberg CDU)

dann muß natürlich eine Verteilung des Mehrunterrichtes über den gesamten Sekundarbereich geschehen. Falls Sie das nicht kapieren können, weiß es in der Tat eine schwierige Materie ist,

(Harry Glawe CDU: Eine hübsche Redel)

lassen Sie sich doch von Herrn Dr. de Maizière darüber aufklären. Er hat mir gerade geschrieben, er hätte nach intensiver Lektüre inzwischen die Verordnung verstanden.

(Beifall und Heiterkeit bei
Abgeordneten der SPD und PDS –
Eckhardt Rehberg CDU: Aha.)

Und dann lassen Sie sich nach wie vor so wunderbar in Wallung bringen, daß Mecklenburg-Vorpommern integrierte Gesamtschulen hat. Das kann ich noch bedingt verstehen, weil Sie die ja offensichtlich hassen wie die Pest.

(Eckhardt Rehberg CDU: Das sind
Unterstellungen sondersgleichen.)

Es tut mir außerordentlich leid, aber wenn man eine Schule, die dem Gedanken, der dem Schulgesetz zugrunde liegt, nämlich daß Schule der Ort ist, an dem Schüler das Leben miteinander lernen, wenn man den einfach negiert, dann muß man natürlich die Gesamtschule ablehnen.

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das verstehe ich partiell schon. Generell finde ich das natürlich völlig abwegig, dieses zu tun.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg CDU)

Die Schule in Mecklenburg-Vorpommern hat dafür zu sorgen, daß Bildungsabschlüsse anerkannt sind und die Landeskinder außerhalb der Landesgrenzen Akzeptanz erfahren. Dieses ist das entscheidendste und das wichtigste, und das wissen Sie sehr wohl. Wenn Sie dieses wegreden wollen, dann haben Sie die Bildungspolitik der Bundesrepublik einfach nicht verstanden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Was Ihnen vorschwebt, ist die Bildung einer leistungsstarken Elite,

(Siegfried Friese SPD: Klassengesellschaft.)

eine Bildungsgesellschaft, Klassengesellschaft,

(Wolfgang Riemann CDU: Was hat denn
das mit Klassengesellschaft zu tun?)

die einem alten Gesellschaftsbild konservativster Prägung entspricht.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Ich kann Ihnen nur eins sagen:

(Wolfgang Riemann CDU:
Sie wollen ja alles gleichmachen.)

Wenn Sie nicht verstanden haben, daß die Ressource Bildung eine der wichtigsten ist und das Land Mecklenburg-Vorpommern als ein ressourcenschwaches Land Frevel an dem Land tut, wenn sie dieses nicht verfolgt und möglichst viele Menschen zu hoher Bildung führt, dann haben Sie die Zeichen der Zeit, Herr Rehberg, nicht verstanden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat die Abgeordnete Bretschneider von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Sylvia Bretschneider SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich nicht dazu hinreißen lassen, auf das zum Teil sehr niveaulose Geschwätz des Kollegen von der CDU einzusteigen.

(Beifall Dr. Gerhard Poppei PDS)

Ich will nur eine, eine Bemerkung aufgreifen. Wer sich hier und heute hinstellt und propagiert, daß es normal und erstrebenswert sei, daß junge Leute, die in der Berufsausbildung sich mißbraucht werden, indem Arbeitszeiten von zwölf Stunden und mehr ihnen zugemutet werden, und das als vergleichbar heranzieht, um auch für Schüler Belastungen zu rechtfertigen, die zweifellos dazu führen, daß eben nicht Leistung produziert wird, sondern schulisches Versagen, Frustration und Resignation, der, muß ich sagen, der hat offensichtlich nicht begriffen,

(Wolfgang Riemann CDU:
Wer als Lehrer schon versagt hat, der
kann auch in der Schule nichts bewegen.)

der hat offensichtlich nicht begriffen, was in dieser Zeit Not tut, um wirklich dafür zu sorgen, daß unsere Kinder angesperrt werden in der Schule und dann auch gute Leistungen erringen können.

(Beifall Beate Mahr SPD)

Am 5. November 1997 hielt der Bundespräsident auf dem Berliner Bildungsforum seine Rede „Aufbruch in die Bildungspolitik“, die in der Provinz überall ihre Nachahmer auf den Plan rief, so bei uns auch den Herrn Ministerpräsidenten. Dabei gab es richtige Grundsatzkritik am Widerspruch zwischen bildungspolitischen Erfordernissen der Informations- und Kommunikationsgesellschaft und der realen Zustände, einschließlich der finanziellen Untersetzung.

Alle reden davon, daß Investitionen in Bildung Investitionen in die Zukunft seien. Im konkreten findet sich bei allen konservativen und liberalen Neu-Bildungspolitikern nur der Rückgriff auf sogenannte alte Tugenden zur Lösung völlig neuer Aufgaben. Insbesondere das altbewährte Muster, nach Leistung zu rufen und Zugangsbeschränkungen zur Bildung zu meinen – und wenn das so ist, dann sagen Sie das auch so deutlich, und reden Sie nicht um den Brei herum –, um die Wiederherstellung elitärer Bildungssysteme zu erreichen, das konnte in der letzten Zeit fröhliche Urständ feiern, das im übrigen wie schon zu Beginn des Jahrhunderts und besonders am Ende der 20er und 60er Jahre in Verbindung mit bildungspolitischen Überfüllungstheorien. Aber was immer wiederkehrt, wird dadurch nicht richtiger, sondern hat objektive Ursachen im demografischen Entwicklungsprozeß, wie Bildungshistoriker bereits empirisch belegt haben.

Ich will darauf verzichten, noch einmal die Aussage aufzugreifen aus der Rede Herzogs, ohne Arbeit, Leistung und Benotung geht es nicht und so weiter. Das hat ja der Kollege Bluhm schon getan. Ich denke, das können wir uns an der Stelle ersparen.

In der Definition von Leistungsschule beziehungsweise Leistung überhaupt unterscheiden sich Sozialdemokraten und konservativ-liberale Kreise grundsätzlich, und das nicht etwa, wie immer unterstellt, durch den Wunsch nach Abschaffung von Leistung, sondern hinsichtlich Ziel, Zweck und Methode sowie strukturell-inhaltlicher Voraussetzungen für Leistung. Und deshalb stimmt auch der Satz, der ebenfalls vom Kollegen Bluhm bereits zitiert wur-

de. Den möchte ich aber wiederholen, denn man kann ihn eigentlich der CDU gar nicht oft genug sagen, wenn er meint, daß die Äußerungen von Herzog freundlicherweise nur als Entgleisung bezeichnet werden können, und Kopfschütteln als außerordentlich milde Geste der Reaktion kennzeichnet.

Wer eine differenzierte Auffassung zu Noten und Prüfungen hat, der ist eben nicht zwangsläufig leistungsfeindlich. Ich will das auch versuchen zu unterlegen.

Erstens sagen Noten nichts über inhaltlichen Umfang von Leistungsfähigkeit aus.

Zweitens schaffen Noten nur Augenblicksdarstellung von Kenntnissen in Abhängigkeit von der individuellen psychologischen Situation.

Drittens. Benotung schafft keine wirkliche Motivation, sondern unter Umständen falsche Idole.

(Wolfgang Riemann CDU:
Schaffen wir die Noten ab!)

Viertens helfen Noten nicht bei der kollektiven Beurteilung, da gleiche Zensuren bei verschiedenen Schülern von verschiedenen Lehrern völlig andere Bewertungsmaßstäbe verlangen.

Fünftens können Noten nicht als statistische Vergleichskriterien für die Leistungsfähigkeit von Länderbildungssystemen herhalten.

Aber Benotung als alleiniges Leistungskriterium liefert jenen das Alibi, die sich nicht wirklich um die Entwicklung von Leistung, also von Fähigkeiten, Kenntnissen und Werten, bemühen wollen. Und ich unterstelle dies weder der Wirtschaft als Abnehmer, noch den Lehrern und Eltern im Land, aber ich denke schon, dieser CDU-Ansatz liefert dafür die Voraussetzung.

Die Widersinnigkeit wird meines Erachtens an der jüngsten Kleinen Anfrage der Kollegin Schnoor zu den Ergebnissen der Abiturprüfungsergebnisse 1996/97 deutlich. Ihr Ziel, die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Schülern zu dokumentieren, wird hierin genauso wenig belegbar, wie die inzwischen als hierfür ebenfalls unbrauchbare Timm-Studie. Dies ist im übrigen auch einer der wissenschaftlichen Kritikpunkte an der Methodik. Ich empfehle der CDU die jüngste GEW-Zeitschrift beziehungsweise die Stellungnahmen des Landeselternrates zur Lektüre. Sie sollten sie vielleicht ruhig mal lesen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der
CDU – Beifall Dr. Gottfried Timm SPD)

Dies muß demnach unbedingt bei den durch die KMK in Auftrag gegebenen Vergleichsstudien für die Bundesrepublik beachtet werden. Allerdings gehe ich davon aus, daß auch diese nur an einer quantitativ dünnen Oberfläche bleiben werden, da für wirklich qualitative Analysen wohl weder Finanzmittel noch abgesichertes methodisches Rüstzeug vorhanden ist.

Entscheidend für mich und meine Fraktion ist als Kriterium der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft, daß sich sicherlich Leistung lohnen muß, um einmal in diesem Zusammenhang die Programmatik einer bedeutungslosen Partei in diesem Land aufzugreifen. Aber wir meinen damit eben nicht jene von der FDP ausgemachten sogenannten Leistungsträger oder Eliten, die für die Leistungsunwilligen – anders gesagt für den „Bodensatz“, im Sinne von Herrn Seite – die Werte schaffen, indem diese sich in

der sozialen Hängematte des kollektiven Freizeitparks vergnügen würden. Wir Sozialdemokraten wollen für jeden die Chance auf Leistung erhalten, und jeder muß die Chance auf Verwirklichung der durch Leistung erworbenen Qualifikationen haben.

(Harry Glawe CDU: Die Chance auf Leistung! Das muß man sich mal auf der Zunge zergehen lassen!)

Und an der Stelle muß sich auch Herr Rehberg die Frage gefallen lassen, ob er denn weiß, daß von denjenigen jungen Leuten, die nach der Lehre keine Anstellung, also keine Arbeit finden beziehungsweise keinen Ausbildungsplatz finden, immerhin 70 Prozent über eine abgeschlossene Schulausbildung verfügen. Also ist das Kriterium, einen Abschluß zu haben, leider eben nicht mehr der Maßstab der Dinge.

(Lorenz Caffier CDU: Wie Babajaga. Das habe ich heute früh schon gesagt.)

Und sehr viele wissen das auch im Vorfeld, und das wirkt nicht gerade motivierend auf die jungen Leute, wenn sie wissen, daß sie trotz guter schulischer Ausbildung keine Ausbildung beziehungsweise keinen Arbeitsplatz erhalten.

(Zuruf von Harry Glawe CDU)

Ich denke, an dem CDU-Antrag wird die Heuchelei eigentlich sehr plastisch dargestellt.

(Lorenz Caffier CDU: Das war ein unparlamentarisches Wort.)

Es geht nicht wirklich um die Versetzungsordnung, die in der ersten Fassung tatsächlich in der Anzahl der Nachprüfungsmöglichkeiten zu weit ging und zwischenzeitlich revidiert ist. Es geht nicht wirklich um die Hauptschulprüfung, da Hauptschüler angesichts der Anforderungen der Wirtschaft mit oder ohne Prüfung kaum Chancen haben. Und es geht nicht wirklich um die Abiturgestaltung und deren Reform nach baden-württembergischen Muster. Es geht auch nicht um die Verkürzung von Schulzeit zur Leistungssteigerung. Es geht einzig und allein um ein Ablenken von der gesellschaftlichen Perspektivlosigkeit durch 16jährige Chaotherrschaft der Konservativen in dieser reichen Bundesrepublik, in der sich für die Mehrheit der jungen Generation die Frage ganz ernsthaft stellt:

(Wolfgang Riemann CDU: In Sachsen-Anhalt hat das Höppner in vier Jahren geschafft.)

Wozu, wozu soll ich noch Leistung zeigen, wenn doch keine betriebliche Lehrstelle, wenn doch kein Arbeitsplatz, wenn doch keine wirkliche Mitsprache drin ist?!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Lorenz Caffier CDU: Dann besorgen Sie doch mal welche in Neubrandenburg! Tun Sie es doch mal in Neubrandenburg!)

Es ist doch klar, daß durch die steigende Zahl von Jugendlichen, die alljährlich in nichtbetrieblichen Ausbildungen oder Warteschleifen geparkt werden oder von der Ausbildung direkt in die Arbeitslosigkeit gehen, keine wachsende Leistungsbereitschaft zu erwarten ist. Erst wenn hier Änderungen eintreten, dann können Schule und Bildungsträger wieder Motivation für Leistung wecken.

(Harry Glawe CDU: Fragen Sie mal den Arbeitsminister Herrn Kuessner!)

Im übrigen frage ich mich, welchen Wert die gepriesene humanistische und leistungsorientierte Bildung im Westen hat, wenn selbst Frau Schnoor, die ja ihre fremdsprachlichen Kenntnisse bekannterweise gern darstellt, in ihrer gestrigen Rede zur Aktuellen Stunde das Wort „konservativ“ mit „fortschrittlich“ übersetzt.

(Steffie Schnoor CDU: Ich habe gestern gar nicht geredet, Frau Bretschneider, wenn ich Sie daran erinnern darf. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Schnoor, Sie haben diese Auslegung des Wortes „konservativ“ mehrfach geprägt, ob nun gestern oder nicht. Gut, ist egal, aber jedenfalls haben Sie das schon mehrfach so bewertet. Dann muß ich Ihnen sagen, Fortschritt hat für uns immer etwas mit Entwicklung und Bewegung zu tun, und Ihre Politik, meine Damen und Herren von der CDU, die ist eben nun mal gekennzeichnet von Stillstand und Orientierungslosigkeit. Daran ändert auch die Auslegung Ihres Begriffes von konservativ überhaupt nichts.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Lorenz Caffier CDU)

Was will die CDU wirklich? Ganz ähnlich wie in der Rechtspolitik, sie will Strenge hervorkehren und die angeblich schleifenden Zügel anziehen. Besonders pikant wird dabei die neuerdings in der CDU kultivierte Verehrung der alten Tugenden,

(Lorenz Caffier CDU: Ich beantrage Erschwereniszulage, weil Frau Bretschneider redet.)

wie sie im DDR-Schulsystem durchaus bevorzugt wurden: Frontalunterricht, Disziplin, Lehrerautorität. Doch dieses Eis ist dünn, denn die angeblich höheren Leistungsergebnisse der DDR-Schule können auch vorrangig den Strukturen geschuldet sein. Die DDR-Schule in ihren integrierten und binnendifferenzierten Formen hat die Entwicklung der einzelnen Schüler durch lange gemeinsame Beschulung und außerunterrichtliche wie außerschulische Betreuung stärker positiv beeinflusst, als es das selektive gegliederte Schulwesen nach Ihren Vorstellungen je erreichen wird.

Insofern kann man nicht wie im vorliegenden Antrag nur auf inhaltliche und organisatorische Maßnahmen abheben, wobei ich bezüglich der Forderungen zum Prüfungswesen eine grundsätzlich andere Meinung habe. Wenn man positive Entwicklungen befördern will, dann sollte man konsequent die strukturellen Bedingungen ändern, die es ermöglichen, sich Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie Werte in ihrer gegenseitigen Verknüpfung gemeinsam zu erwerben, wie es im späteren Leben auch der Fall sein wird und abgefordert wird.

Das hieße zum Beispiel Schaffung von schulartunabhängiger Orientierungsstufe, Fortentwicklung der Schulangebotsstruktur zu einem kooperativen und integrierten Schulsystem, nicht nur wegen der geringen Einwohnerdichte im ländlichen Raum. Das heißt Verstärkung des Angebots an Ganztagschulen, engere Verzahnung der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulangebote, Einrichtung von gymnasialen Oberstufen an allen Gesamtschulen, weitere Abstimmung zwischen Regelschulen und Förderschulen zur Beschulung von Kindern mit Behinderung in möglichst integrativer Form. Das heißt aber auch Stärkung der Kooperation von Schule und Hortbetreuung,

einschließlich der Unterrichtsvor- und -nachbereitung, sowie zwischen Schule und außerschulischer Betreuung in Vereinen und Arbeitsgemeinschaften. Das heißt aber genauso Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten, zum Beispiel durch paritätische Besetzung der Schulkonferenzen.

Insofern, denke auch ich, ist das Aktionsbündnis von Bildungsgewerkschaft, Landesschülerrat und Landeselternrat sehr wichtig, denn Bildung braucht eben Lobby. Juristisch sind die Optionen für das Aktionsbündnis im Schulgesetz gegeben, allein – und das muß man an dieser Stelle auch einmal offen sagen dürfen – fehlt das wirkliche, also auch das materielle Bekenntnis für eine bessere Schule. Und dies fordert eben nicht nur den Staat, sondern schließlich auch die Wirtschaft als Abnehmer der Schulabschlussten. Es geht nicht an, daß die Wirtschaft einerseits die Eignung der Schüler und Schülerinnen beklagt, andererseits ihr Anforderungsniveau an diese immer mehr erhöht, aber nicht bereit ist, an der Verbesserung des Bildungssystems auch finanziell mitzuwirken.

Allein die von der Kammergemeinschaft Ausbildung und Bildung ausgewiesenen Schlüsselqualifikationen erfordern eine enorme materielle Anstrengung zur Investition in allgemeinbildenden Schulen, sind aber wohl bei Lichte besehen eher Ergebnis der derzeitigen großen Nachfrage nach Ausbildungsstellen und können als Begründung für ein künstliches Zugangsventil dienen.

Der CDU-Antrag nützt nichts, hilft nicht, und deshalb wird die SPD-Fraktion ihn auch ablehnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke schön.

Die Worte „Geschwätz“ und „Heuchelei“, Frau Bretschneider, die Sie benutzt haben, weise ich als unparlamentarisch zurück.

Das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Bluhm von der PDS-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Bluhm PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Rehberg, es war der Offenbarungseid der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das ist der Auszug aus der Verantwortung für sieben-einhalb Jahre Schulpolitik gewesen, die die CDU in diesem Lande mitgetragen hat, denn Abschlußprüfungsergebnisse ergeben sich eben nicht nur in zwei Schuljahren. Davor lag schon etwas mehr Zeit. Und seit 1991 mit der Einführung des gegliederten Schulwesens, den Stunden- und Kurskürzungen 1992, der massenhaften Entlassung von Lehrerinnen und Lehrern in diesem Lande sind Sie im wesentlichen mitverantwortlich dafür,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

wenn Sie heute beklagen, daß die Leistungen in dieser Schule nicht hinlänglich sind.

Was Ihre Forderung von hundert Prozent Unterricht an den allgemeinbildenden Schulen und hundert Prozent Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen betrifft, bin ich sehr dafür. Aber wissen Sie, wie oft ich in diesem hohen Hause dafür geworben habe, endlich eine solche Entscheidung zu fällen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und da haben Sie immer nicht mitgemacht, genau Sie!

Dann dieses böse gebrauchte Wort von „Kuschelschule“. Wenn es um zukunftsweisenden Unterricht in Schulen geht, so, wie es verantwortungsbewußte Lehrerinnen und Lehrer machen, dann geht es um die Schaffung einer Schule und einer Lernatmosphäre, in der Lust zum Lernen, in der Leistung zum Lernen, in der Lernen als Individuum in kleineren und größeren Gruppen geübt und praktiziert wird.

(Till Backhaus SPD: Richtig.)

Und ignorieren Sie nicht, daß es so ist, daß heute schon viele Kinder in existentiellern Sinne „unbehaust“ zur Schule kommen, daß sie ohne Frühstück in die Schule kommen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

daß immer mehr Kinder und Jugendliche Sozialhilfeempfänger in diesem Lande sind! Der Auszug von Schülerinnen und Schülern aus der Schule hat längst stattgefunden.

(Till Backhaus SPD: Milch kriegen sie auch nicht mehr.)

Und das liegt doch nicht an den Schülerinnen und Schülern. Das liegt an dem Schulsystem in diesem Lande.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und wer nicht Gewalt säen will, der muß Geborgenheit schaffen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann CDU)

Wer das Kuschneln diskriminiert,

(Till Backhaus SPD: Oh, jetzt fängt der auch noch an.)

der könnte damit kundtun, daß er zu jenen gehört, die zu wenig davon abbekommen haben.

(Beifall und Heiterkeit bei der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Caterina Muth PDS: Ach ja, ach ja.)

Kuschneln und Kompetenzentwicklung zusammen sind füreinander förderlicher, als daß sie sich stören. Spätestens seit dem Buch von Goleman müßten wir es alle wissen – IQ und EQ gehören zusammen. Je mehr emotionale Intelligenz, desto mehr reale Intelligenz. Und ein ziviles, gewaltfreies und ein zum Frieden fähiges nächstes Jahrtausend bereitet nicht vor, der immer wieder in die Tonlage einstimmt: Ellenbogen gebrauchen, und gelobt sei, was hart macht. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei SPD und PDS – Annegrit Koburger PDS: Zugabe!)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Abgeordneter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3768. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Volker Schlotmann SPD: Niemals!)

Danke. Die Gegenstimmen? – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Danke schön. Bei Zustimmung durch die CDU-Fraktion, Ablehnung von SPD- und PDS-Fraktion ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3768 abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion der PDS – Erbbaurecht für Studentenwerke, Drucksache 2/3766. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3816 vor.

Antrag der Fraktion der PDS:
Erbbaurecht für Studentenwerke
– **Drucksache 2/3766** –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– **Drucksache 2/3816** –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Gerhard Bartels PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich jetzt den Versuch machen wollte, auch nur die wichtigsten Daten und Fakten von fast vier Jahren Diskussion, die ich mitgemacht habe, zu dem jetzt hier zu behandelnden Thema vorzutragen, müßte ich ungefähr soviel Redezeit beanspruchen, wie das mal Herr Schlotmann an dieser Stelle im Zusammenhang mit einem PUA-Bericht getan hat,

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Poppei PDS)

wofür er sehr viel parlamentarische Kritik erntete. Und ich werde es auch nicht tun. Ich will nur darauf hinweisen, daß es um eine mehrjährige Diskussion geht, um ein Problem, das dieses Hohe Haus eigentlich seit siebeneinhalb bis fast acht Jahren beschäftigt und das ich in den letzten dreieinhalb Jahren begleitet habe.

(Präsident Rainer Prachtl übernimmt den Vorsitz.)

Im Ergebnis dieser Diskussion hat sich das Hohe Haus ja im Januar im Zusammenhang mit der Beschlußfassung zum Haushalt 1998 endlich durchgerungen, der Regierung deutlich zu sagen, wie sie das Problem der Liegenschaften der Studentenwerke, auf denen sich die Studentenwohnheime befinden, wie der Landtag das gelöst haben möchte.

Im Haushaltsrechtsgesetz wurde die Regierung ausdrücklich ermächtigt, im Zusammenhang mit den Liegenschaften der Studentenwohnheime von entsprechenden Regelungen der Landeshaushaltsordnung abzuweichen und günstigere Bedingungen festzulegen. Diese Ermächtigung im Haushaltsrechtsgesetz ist ergänzt worden durch eine Entschließung zum Einzelplan 07, wonach die Regierung aufgefordert wird, die Liegenschaften an die Studentenwerke mit Hilfe eines unentgeltlichen Erbbaurechts zu übertragen.

Ich gebe ehrlich zu, daß ich auch im Januar schon gedacht habe, wir müssen weiterhin sehr genau aufpassen, weil ich dem Frieden nicht so recht trauen wollte. Und wie sich zeigt, habe ich recht behalten.

Ich will aber vorher noch etwas zum Hintergrund sagen, weil das auch wichtig ist, um die Hartnäckigkeit, mit der ich dieses Thema hier immer wieder namens meiner Fraktion

aufgegriffen und verfolgt habe, zu verstehen und dem Vorwurf zu begegnen, der mir und nicht nur mir gemacht worden ist, wir seien von Studenten und Vertretern der Studentenwerke weichgeklopft worden.

Der Hintergrund dieser ganzen Diskussion ist die Tatsache, daß das Land wie alle Bundesländer Studentenwohnheime vorhält, die aufgrund staatlicher Förderung eine sozialverträglich niedrige Miete ermöglichen und die Hochschulstandorte für Studenten attraktiv machen. Ich werde – wir haben ja heute noch mal Gelegenheit, über das Problem zu reden – darauf noch einmal genauer eingehen. Ich möchte nur darauf hinweisen, es ist eindeutig erwiesen, daß die Frage der Bedingungen für studentisches Wohnen an zweiter Stelle steht bei den Faktoren, die für die Entscheidung für einen Hochschulstandort bei Studierwilligen sehr maßgebend sind. Und um entsprechende Bedingungen zu schaffen und vorzuhalten, sind in Mecklenburg-Vorpommern, wie in allen Bundesländern, Studentenwerke als Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet und mit der Wahrnehmung dieser staatlichen Aufgabe betraut worden. Es handelt sich um eine Aufgabe, die im öffentlichen Interesse an einer attraktiven und innovativen Hochschullandschaft in diesem Land steht, wofür ja nach verbalen Äußerungen alle in diesem Hohen Hause auch immer wieder sind.

Ich will ausdrücklich betonen, es handelt sich bei den Studentenwerken nicht um irgendwelche dubiosen Firmen, die auf Kosten des Landes und der Studenten Geld anhäufen wollen oder sollen.

Soviel zum Hintergrund, vor dem wir hier diskutieren. Wie ist nun die Realität? Unmittelbare Ursache für den hier vorliegenden Antrag ist ein Brief der Finanzministerin an die Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald. Diese hatte sich im Januar nach einmütiger und einstimmiger Abstimmung in der Bürgerschaft an die Regierung dieses Landes mit der Aufforderung gewandt, die Forderungen der Studenten aus den Streiks vom Dezember 1997 aufzugreifen und dazu beizutragen, daß bessere Bedingungen für studentisches Wohnen in Greifswald entstehen.

Die Finanzministerin beantwortet diesen Brief, indem sie darauf hinweist, daß im Haushaltsrechtsgesetz bestimmte Veränderungen und Ermächtigungen erteilt worden sind. Die Entschließung zum Einzelplan 07 wird in diesem Brief nicht erwähnt, und so kommt auch das Wort „unentgeltlich“ in diesem Brief nicht vor, sondern es heißt dann, und ich zitiere: „Die Ermittlung des Erbbauzinses wird einzelfallbezogen unter Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten (zum Beispiel Sanierungsbedarf) erfolgen.“ Und etwas später: „Ich gehe davon aus, daß in Kürze die entsprechenden Verhandlungen mit den Studentenwerken zu ersten Ergebnissen führen werden.“

Das weckt bei mir folgende Frage: Wie verhandelt mensch einzelfallbezogen ein unentgeltliches Erbbaurecht und erzielt dabei in Kürze erste Ergebnisse? Tatsache ist, der Gesetzgeber hat in wünschenswerter Deutlichkeit – und ich verweise da ausdrücklich auf die Ausschußdiskussionen im Kultusausschuß und im Finanzausschuß zu dieser Problematik, an der auch immer Vertreter des Finanzministeriums teilgenommen haben – festgelegt, wie er die Ermächtigung im Haushaltsrechtsgesetz verstanden wissen möchte. Die Finanzministerin hat im Finanzausschuß erklärt, der Brief sei leider mißverständlich. Ich möchte es eindeutig sagen, und deshalb habe ich es auch hier zitiert. Dieser Brief ist eindeutig.

Probleme, die offensichtlich das Finanzministerium mit dieser Beschlußlage des Hohen Hauses hat, werden aus meiner Sicht auch in einer Ausschußdrucksache deutlich, die das Finanzministerium zu der Problematik vorgelegt hat. Ich zitiere aus dieser Ausschußdrucksache: „Im Rahmen der Verhandlungen über die Bestellung eines Erbbaurechts sind die Studentenwerke aufgefordert worden, Sanierungskonzepte und Wirtschaftlichkeitsberechnungen zu erarbeiten und über das Kultusministerium vorzulegen, um feststellen zu können, ob die oben genannten Ziele durch die Bestellung eines unentgeltlichen Erbbaurechts zu erreichen sind.“

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur darauf verweisen, daß der Landtag der Regierung keinen Prüfauftrag erteilt hat. Und der Landtag hat übrigens auch nicht festgestellt, daß mit dem unentgeltlichen Erbbaurecht die weitere Sanierung der Wohnheime ohne staatliche Zuschüsse zu erfolgen habe, wie in der gleichen Ausschußdrucksache nahegelegt wird.

Ich will in diesem Zusammenhang ein Wort zu den Diskussionen um private Investoren sagen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß die PDS-Fraktion nichts gegen private Investoren im Bereich des studentischen Wohnens hat – unter einer Bedingung, und diese lautet, daß die Bereitstellung der festgelegten Anzahl von Betten durch die Studentenwerke, bezogen auf die Anzahl der Studenten, davon nicht betroffen ist. Es darf nicht der Versuch gemacht werden, die festgelegten Prozentzahlen bei den Studentenwerken zu reduzieren, um privaten Investoren die Möglichkeit zu geben, hier einzusteigen. Alles, was über diese Zahl hinausgeht und wo sich private Investoren engagieren, wird immer die Unterstützung der PDS-Fraktion finden. Das will ich ausdrücklich sagen.

Ich will auch darauf hinweisen, daß es selbstverständlich legitim ist, wenn das Finanzministerium im Zusammenhang mit dem Erbbaurecht die Wirtschaftlichkeit der Konzepte der Studentenwerke prüft. Allerdings hat der Landtag nicht festgelegt, daß das eine Vorbedingung für das unentgeltliche Erbbaurecht ist. Es entsteht – damit möchte ich ein Fazit ziehen – doch sehr deutlich der Eindruck, daß der jahrelange Widerstand des Finanzministeriums oder von einigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nun mit anderen Mitteln fortgesetzt wird.

Ich will auch auf eine Folge hinweisen: In Greifswald muß der Start der letzten großen Sanierungsmaßnahme wahrscheinlich verschoben werden, weil das Konzept solange nicht aufgeht, wie das Erbbaurecht nicht tatsächlich bestellt ist und wie nicht tatsächlich Eigentumsgrundlagen vorhanden sind zur Aufnahme von Darlehen zur Sanierung dieses Studentenwohnheimes.

Deshalb hat unsere Fraktion diesen Antrag vorgelegt, mit dem wir uns erhoffen, daß der Landtag nochmals ganz deutlich seinen Willen bekundet und die Regierung dazu veranlaßt, sehr schnell und zügig zu handeln im Sinne der vorliegenden Beschlüsse. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Rainer Prachtl: Ich erteile noch einen Ordnungsruf, und zwar hat der Kollege Caffier in der 84. Sitzung beim TOP 7 bezogen auf Kollegen Backhaus gesagt: „Wenn Elödheit quietschen würde, dann müßte er den ganzen Tag mit der Ölkanne rumlaufen.“

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU, SPD und PDS)

Der Ordnungsruf ist erteilt.

Im Ältestenrat haben wir eine Aussprachezeit von 30 Minuten vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Kollege Dr. Ribmann.

Dr. Manfred Ribmann SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bartels hat recht, wenn er sagt, ...

(Dr. Gerhard Bartels PDS: Machen Sie mal ein bißchen das Mikrophon herunter. Ich habe da vorhin gestanden.)

Danke.

... daß es einen langen Prozeß bis zu dieser Entscheidung im Kultusausschuß im Landtag gegeben hat, die Landesregierung zu beauftragen, den Studentenwerken mit Erbbaupacht die Liegenschaften zu übertragen, auf denen die Studentenwohnheime zur Zeit stehen. Sie sind gemäß Studentenwerksgesetz damit beauftragt gewesen, die studentische Unterbringung, die Studentenwohnheime zu betreiben, zu verwalten, instand zu halten und natürlich dabei auch die sozialen Belange der Studenten besonders im Auge zu haben. Und eine der Garantien, daß das so bleiben möge, sind für mich auch die Studentenwerke.

Bisher wurde die finanzielle Seite bis zum Haushalt 1998 so geregelt, daß als durchlaufender Posten im Haushalt die Summe eingestellt wurde, die den Studentenwerken für diese Aufgabenzwecke zugewiesen worden ist. Der Nachteil dieser Regelung bestand darin, daß die Studentenwerke nicht als selbständig wirtschaftende Einheiten Zugang zum Kreditmarkt hatten. Die entsprechenden Sicherheiten hätten sie, wenn Erbbaurecht für die Liegenschaften der Studentenwerke besteht.

In der nachfolgenden Zeit nach dem Haushaltsbeschuß hatten die Studentenwerke Zeit, entsprechende Anträge und Konzeptionen vorzubereiten sowie einzureichen, und die Ministerien Zeit, diese Konzepte hinsichtlich der Plausibilität zu prüfen, um die Bestellung dieses Erbbaurechtes zu erreichen. Eine Prüfung der Konzepte halte ich natürlich auch für unentbehrlich, weil eine unentgeltliche Übertragung für die Studentenwerke nur dann zweckgerichtet möglich ist, wenn damit auch tatsächlich eine sozialverträgliche Wohnraumversorgung der Studenten, und das möglichst ohne Zuschüsse des Landes, gewährleistet werden kann. Das ist haushaltsrechtlich nötig, und die Kontrolle ist auch erforderlich. Immerhin sind es Mittel, die Subventionen darstellen, die sich in erheblicher Millionenhöhe bewegen. Ich denke mal, es ist nicht zu tief gestapelt, wenn man zwischen 50 und 80 Millionen DM ansetzt.

Diese Prüfverfahren sind nach unserer Kenntnis auf einem guten Weg und dürften demnächst abgeschlossen sein. Das begrüßt meine Fraktion außerordentlich. Und ich sage hier auch, sicherlich sind wir mit der Wohnraumversorgung derzeit und auch mittelfristig noch relativ weit von dem, was einmal in die Koalitionsvereinbarung geschrieben wurde – Größenordnung 30 Prozent –, entfernt. Sie wurden '74, '75 so formuliert.

(Dr. Gerhard Bartels PDS: '94, '94!)

1994, Entschuldigung.

Die Relativierung dieser Zahlen auf realere Versorgungsquoten um die 15 Prozent würde aber trotzdem immer noch

bedeuten, daß zu den derzeit rund 2.000 sanierten Studentenwohnheimplätzen noch ungefähr 1.300 bis 1.500 hinzukommen müßten. Gegenwärtig liegen wir in der Versorgungsquote etwa bei 17 Prozent.

Wenn wir die Steigerung der Studentenzahlen in den nächsten Jahren berücksichtigen, ist davon auszugehen, daß weitere Sanierung oder Neubau notwendig sein werden, aber auch unter dem Aspekt, daß man in Zusammenarbeit mit den Universitäts- und Fachhochschulstädten, mit den Kommunen den Leerstand von Wohnungen, die sich auch für studentisches Wohnen eignen, in die Überlegungen mit einbeziehen muß und unter Umständen ein Anmieten für eine bestimmte Zeit bei hohen Studentenzahlen eine sinnvolle Ergänzung und Alternative zu Neubauten darstellen dürfte.

Ein wichtiger Diskussionspunkt in der derzeitigen Übertragungsverhandlung ist die Frage, ob der Entschließungstext zum Haushalt 1998 so zu interpretieren ist, daß nur Studentenwerken Liegenschaften mit Studentenwohnheimen zu übertragen seien. Diese Frage wird deswegen wichtig, da zwischenzeitlich private Investoren Interesse an der Übernahme von studentischen Landesliegenschaften bekundet haben.

Aus der Sicht meiner Fraktion ist nicht das entscheidende Argument, wer Träger der Studentenwohnheime ist, sondern ob garantiert werden kann, daß sozialverträgliche Mieten für die Studenten gesichert werden und gleichzeitig angemessene Standards im studentischen Wohnen gewährleistet werden können.

Nach meiner Kenntnis hat die Chance, einen privaten Investor oder mehrere für diese Belange zu gewinnen, zumindest einen Sinn oder einen Vorteil – es würden sich auch die Studentenwerke bewegen können und müssen, Konzeptionen überdacht werden können oder müssen, die vielleicht doch auch zu günstigeren finanziellen Auswirkungen führen. Wenn man davon ausgeht, daß die Konzeptionen, die bisher von den Studentenwerken Greifswald und Rostock vorgelegt worden sind, gründlich geprüft werden – demnächst ist diese Prüfung fertig –, dann muß vor allem vertraglich auch abgesichert werden, daß, falls ein privater Investor in Frage kommt, die Mietbindung für Studenten und Bedingungen für die Standards eingehalten werden. Bei der Überprüfung ist darauf zu achten, daß Baukosten optimiert werden, daß ein normales Verhältnis zwischen Einzel- und Doppelzimmern besteht, wobei die in Westdeutschland übliche Größenordnung – etwa nur noch ein bis zwei Prozent Zweibettzimmer – nicht unbedingt das ist, was man als Ultima ratio ansehen muß. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß in den ersten Studienjahren nicht alle auf computer- und ISDN-Anschluß-bestückte Zimmer angewiesen sind und mithin ein gewisser Anteil an Studentenwohnheimplätzen auch als Doppelzimmer angeboten werden können.

Die Frage der Sanitärbedingungen ist natürlich für die Studenten, die sich einen Hochschulstandort aussuchen, auch bezüglich der Heime wichtig. Sie sind es sicher gerade, die die Kosten bei Sanierungen oder bei Neubauten besonders belasten. Küchen oder Bäder ohne Fenster sind natürlich nicht geeignet, um für die Standorte Greifswald, Rostock, Stralsund, Neubrandenburg oder Wismar zu werben. Deswegen muß man sehr genau prüfen, welche Bedingungen erreichbar sind, und hier vielleicht auch Zugeständnisse zu den Kosten, die bei Sanierungsmaßnahmen entstehen, machen. Die Reduzierung der Betriebskosten, die natürlich auch eine Rolle spielen, müssen bei der Überprüfung ebenfalls berücksichtigt werden.

An erster Stelle aber eigentlich zu nennen sind die sozialverträglichen Mieten. Preiswerter Wohnraum als wichtigstes Kriterium für die Wahl des Studienortes hat sicher zu unserer Zeit, als wir vor 40 Jahren mit dem Studium begannen, keine Rolle gespielt. Aber ich muß auch sagen, für uns war es damals eine sehr wichtige Möglichkeit, auch auf die geringere Anzahl damals verfügbarer privater Unterkünfte Zugriff zu erlangen, um nicht ausschließlich auf die Studentenheime angewiesen zu sein. Deswegen halte ich es für richtig und wichtig, daß man im Zusammengehen mit den Kommunen, in denen Studenten das Leben prägen, und in den Stadtzentren auch nach Wohnformen für sie sucht sowie Absprachen mit den Kommunen trifft, indem andere Wohnmöglichkeiten außerhalb der Studentenwohnheime in Betracht gezogen werden.

Zwei Worte zum Antrag der CDU: Auch nach unserer Meinung hat sich der Punkt 1 des PDS-Antrages erübrigt oder erledigt. Wir können einer schärferen und strikteren Formulierung, wie die CDU sie in ihrem Antrag mit Auftrag an die Landesregierung formuliert, durchaus zustimmen, weil wir sicher sind, daß hier gewissenhaft und zuverlässig in den beiden Ministerien gearbeitet worden ist oder gearbeitet wird, und damit kein Problem verbunden wird.

Wir stimmen dem Änderungsantrag der CDU und letztlich dem geänderten Antrag zu. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Rainer Prachtl: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion.

Steffle Schnoor CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen einen schon manchmal die Geduld etwas verlieren.

(Andreas Bluhm PDS: Ja, ja.)

Seit Beginn der Legislaturperiode bemühen sich die Abgeordneten im Kultusausschuß um eine Regelung der Liegenschaftsfragen für die Studentenwerke.

(Beifall Neithardt Völker SPD)

Seit Beginn der Legislaturperiode bemühen sich die Abgeordneten um eine verbindliche Regelung für die Studentenwohnheime, um mittelfristig sozialverträgliche Mieten für die Studenten zu sichern. In drei Jahren, meine Damen und Herren, ist nichts geschehen bis auf die Tatsache, daß auf Initiative von Finanz- und Kultusausschuß während der Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr der Versuch unternommen wurde, dem Treiben der Finanzbeamten endlich ein Ende zu setzen.

(Dr. Gregor Putensen PDS: Richtig.)

Aber selbst in diesem Stadium finden die Beamten noch Ausreden, und wenn es bisher nicht geklärte Besitzverhältnisse waren. Aber auch dies war den Beamten schon vor drei Jahren bekannt. Und es geschah wieder nichts. Hinweise auf Regelungen anderer Bundesländer ließen das Finanzministerium kalt, und dies nach wie vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat einen Änderungsantrag zum Antrag der PDS gestellt, da sich zwischenzeitlich die Umstände geändert haben. Der Bericht wurde durch die Landesregierung im Finanzausschuß bereits gegeben. Dieser ist nach wie vor unbefriedigend, und die alten Argumente erscheinen wie gehabt dem Betrachter, der seit Jahren für die Studentenwerke kämpft, als konsequente Verhinderungstaktik.

(Vizepräsident Dr. Manfred Ribmann
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, ich will noch eins dazusetzen: Ich finde es sehr zurückhaltend von der PDS, wenn sie von der Landesregierung erwartet, daß die Beschlüsse des Landtages umgesetzt werden. Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Geduld ist am Ende. Die Landesregierung und insbesondere das Finanzministerium möchte ich hiermit eindeutig auffordern, endlich und unverzüglich die Beschlüsse des Landtages umzusetzen.

(Dr. Gregor Putensen PDS: Richtig.)

Die Beschlußlage ist klar, der politische Wille des Landtages ist klar, und selbst die Anträge der Studentenwerke zur Liegenschaftsüberlassung inklusive der Studentenwohnheime liegen seit einiger Zeit vor, so daß ich meine, das Finanzministerium könnte sich nun endlich ins Zeug legen.

(Volker Schlotmann SPD:
Sagen Sie das dem Herrn Brick auch
in bezug auf die Schwarze Liste?)

So kann ich wieder meine Worte von gestern gebrauchen, nur daß sich der Name ändert.

Frau Keler, machen Sie Dampf in Ihrer Behörde, damit wir uns im Juni nicht noch einmal mit dieser Materie auseinandersetzen müssen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Volker Schlotmann SPD: Wollen Sie da
Ihre Sondersitzung machen, oder was?)

Vizepräsident Dr. Manfred Ribmann: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schnoor.

Das Wort hat jetzt die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Bartels, das Thema Studentenwerke kenne ich noch länger. Ich habe allerdings das Glück, es von zwei Seiten zu sehen. Und wenn man zwei Seiten einer Medaille sieht, dann sieht es manchmal auch etwas anders aus.

(Dr. Gerhard Bartels PDS: Aber die Sicht
verändert sich, wenn man die Seite wechselt.)

Aber wie ich den vorangegangenen Beiträgen entnehmen kann, gibt es eine ganze Menge Mißverständnisse. Ich will einmal versuchen, hier noch einiges zu erläutern. Ich habe es schon im Finanzausschuß gesagt, möglicherweise hat auch mein Brief an den Präsidenten der Bürgerschaft von Greifswald dazu beigetragen. Ich sage es hier noch mal: Ich bedauere diesen Brief. Ich erkläre hier ausdrücklich wie auch schon vor dem Finanzausschuß, daß die Landesregierung auf keinen Fall beabsichtigt, das Ersuchen des Landtages zu unterlaufen. Das Ersuchen wird nach seinem Wortlaut und nach seinem Sinn umgesetzt. Wenn Sie es für nötig halten, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, stimmen wir Ihrem Änderungsantrag zu. Ich möchte aber doch zum Ausdruck bringen, daß ich ihn für überflüssig halte.

Vor dem Abschluß der Erbbaurechtsverträge müssen jedoch zunächst die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sein, Frau Schnoor, da hilft nun alles nichts. Es heißt nämlich, daß die Eigentumsfrage abschließend geklärt sein muß. Zur Zeit haben wir bei sechs von zehn durch die

Studentenwerke beantragten Liegenschaften diese Eigentumsfragen eben noch nicht geklärt. Dafür können Sie, bitte schön, die Beamten im Finanzministerium nicht verantwortlich machen, weil diese Anträge wirklich rechtzeitig gestellt worden sind.

Besonders schwierig gestaltet sich dieses zum Beispiel bei dem in der Rostocker Südstadt gelegenen Wohnheim. Hier ist eine Klage vor dem Verwaltungsgericht anhängig, die darauf abzielt, die Rückgabe der Liegenschaft an die Alteigentümer durchzusetzen. Dieses Verfahren wird von mindestens sechs unterschiedlichen Alteigentümern betrieben. Auf den Abschluß der einzelnen Vermögenszuordnungsverfahren sowie auf das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht hat das Land keinen unmittelbaren Einfluß.

Die entscheidenden Vermögenszuordnungsanträge wurden vom Land fristgerecht gestellt. Die Landesregierung betrachtet es aber als Geschäftsgrundlage für eine unentgeltliche Überlassung der Liegenschaften an die Studentenwerke, daß die Studentenwerke danach die Wohnheime eigenverantwortlich und unabhängig von weiteren Landesmitteln sanieren und bewirtschaften. Damit meine ich nicht, um gleich wieder Mißverständnissen vorzubeugen, daß eine allgemeine Förderung ausgeschlossen wird. Diese Fördermöglichkeiten stehen den Studentenwerken nach wie vor offen, soweit sie die Voraussetzungen der einschlägigen Richtlinien, zum Beispiel im Wohn- und Städtebau, erfüllen.

Eine erste Sichtung der seit Ende April diesen Jahres – ich betone Ende April diesen Jahres – dem Finanzministerium vorliegenden Konzepte macht deutlich, daß die Studentenwerke mit weiteren Landesmitteln in Millionenhöhe rechnen. Die Studentenwerke gehen davon aus, daß diese Landesmittel notwendig sind, um eine sozialverträgliche Miete nach der Sanierung zu erreichen. Nach ersten Prüfungen der Konzepte, teile ich die Auffassung der Studentenwerke in dem Umfang nicht. Immerhin bedeutet die unentgeltliche Übertragung allein aufgrund des Grundstückswertes sowie aufgrund der bereits getätigten Sanierungsaufwendungen einen Subventionswert von circa 75 Millionen DM.

(Dr. Gerhard Bartels PDS: Das sind doch Phantomzahlen, Frau Ministerin, das wissen Sie ganz genau.)

Dieser Wert enthält unter anderem Sanierungsmittel des Bundes und des Landes in Höhe von circa 45 Millionen DM,

(Dr. Gerhard Bartels PDS:
Das ist doch nicht zu glauben!)

der Rest verteilt sich auf Grundstücke und Gebäude.

(Andreas Bluhm PDS: Bei den Werten haben wir auch viel gehört.)

Der gesamte Subventionswert könnte durch die Studentenwerke zu den derzeit bekanntermaßen ausgesprochen günstigen Konditionen beliehen werden. Bei gleichmäßiger Verteilung der Belastungen auf alle Wohnheime – auch auf die sanierten – wären so weiterhin sozialverträgliche Mieten gewährleistet.

Des Weiteren sind vor Abschluß der Erbbaurechtsverträge mit den Studentenwerken noch wesentliche Rahmenbedingungen zu klären, wie zum Beispiel die Dauer des Erbbaurechtes. Ausschlaggebend hierfür sind zum

Beispiel die Höhe der aufzunehmenden Kredite und ihre Laufzeiten, da die Tilgung der Kredite zehn Jahre vor Ablauf des Erbbaurechtes abgeschlossen sein muß. Auch hieraus ergibt sich, wie wichtig für mich die konkreten Zahlen der Studentenwerke sind.

Insgesamt denke ich, daß auf diese Art und Weise die Entschließung des Landtages in finanziell verantwortungsbewußter Art und Weise umgesetzt werden kann. Dabei möchte ich mir allerdings die Option offenhalten, in geeigneten Einzelfällen auch mit privaten Investoren zu verhandeln, wenn diese die Zielsetzung, nämlich sozialverträgliche Mieten, besser realisieren können als die Studentenwerke. Diese Prüfungen sind insoweit noch nicht abgeschlossen, wir haben uns aber im Finanzausschuß dahingehend verständigt, daß wir, bevor wir tätig werden, den Finanzausschuß mit einbeziehen. – Ich freue mich schon auf diese Diskussion.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Andreas Bluhm PDS: Aber es gibt doch eine Beschlußlage, oder nicht?)

Vizepräsident Dr. Manfred Rißmann: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat noch einmal Herr Dr. Bartels, PDS-Fraktion.

Dr. Gerhard Bartels PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ihre Freude, Frau Finanzministerin, an irgendeiner Diskussion über die Studentenwerke/Studentenwohnheime kann ich nun beim besten Willen nicht mehr teilen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Ich komme darauf gleich noch einmal zurück. Ich will vorher noch auf ein paar andere Dinge eingehen.

Herr Rißmann, ich möchte jetzt auch keine ausführliche Diskussion zur Geschichte der entsprechenden Haushalts-titel führen, das heißt dazu, wo mal irgendwann 10 Millionen DM an Mietkosten für die Studentenwerke auftauchen, die dann durch eine zusätzliche Förderung in einem anderen Titel wieder ausgeglichen werden sollten – wo also Durchlaufspielchen getrieben werden sollten – und wo nach Einspruch der Studentenwerke plötzlich aus den 10 Millionen DM 4,5 Millionen DM wurden, weil die Studentenwerke damals darauf aufmerksam machten, daß ein Teil der Liegenschaften, auf denen Studentenwohnheime stehen, gar nicht dem Land gehören, was das Land offensichtlich bis dahin nicht gewußt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Soviel zu der Geschichte dieser angeblichen Durchlauf-titel, die nie wirksam geworden sind, weil das Studentenwerk die entsprechenden Verträge nie unterschrieben hat. Ich will ausdrücklich sagen, damit hatten die Studentenwerke recht. Ich habe dieses Beispiel mit den 10 Millionen DM und 4,5 Millionen DM angeführt, um deutlich zu machen, warum sie recht hatten, nämlich weil hier nicht sauber gearbeitet worden ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dann will ich, ohne mich jetzt groß auf Diskussionen einzulassen, auch etwas sagen zu den 50 bis 80 Millionen DM – das hatte Herr Dr. Rißmann gesagt, die Finanzministerin sprach von 75 Millionen DM, diese Zahl steht auch in diesem Papier vom Finanzausschuß. Hier wird einfach unlauter mit Zahlen gearbeitet, ich will das so deutlich sagen.

(Beifall Michael Nötzel CDU)

Hier werden Subventionen, die bisher in den Neubau und in die Sanierung von Studentenwohnheimen geflossen sind – das bestreite ich überhaupt nicht – mit irgendwelchen Phantomzahlen, was die Studentenwerke angeblich durch die unentgeltliche Erbbaurechtsüberlassung einsparen würden, verrechnet. Dann kommen Zahlen heraus, die den Eindruck erwecken, das Land zahlt sich tot und dämlich nur für diese Studentenwerke.

(Angelika Gramkow PDS: Da fließt gar keine Mark, außer Ausrüstung, keine Mark!)

Genauso ist das.

Dabei und auch in dem, was die Frau Finanzministerin eben hier vorgetragen hat, wird eine Skepsis gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Studentenwerke deutlich, die ich hier eindeutig zurückweisen will.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Ich kann und will nicht einschätzen, ob in den Studentenwerken in den vergangenen Jahren auch Fehler gemacht worden sind. Ich kann und will im Moment nicht beurteilen, ob vorliegende Konzepte immer die richtigsten und günstigsten sind. Das ist aber überhaupt nicht die Frage.

Daß wir im Studentenwohnheimbau eine ganze Menge erreicht haben, ist unter anderem auch sehr stark der Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Studentenwerke. Wer das kleinredet und ihnen ständig unterstellt, sie wollten nur kassieren, der verkennt die Realität, und der zeigt eigentlich, daß er nicht helfen will.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Ich habe das vorhin schon gesagt, Frau Finanzministerin, und ich will das noch einmal deutlich unterstreichen: Die Diskussion mit den Studentenwerken über Konzepte ist legitim, aber sie ist abzukoppeln, und zwar sofort, vom Abschluß von Erbbaurechtsverträgen. Das ist die Beschlußlage des Landtages, daran will ich nachdrücklich erinnern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es hilft auch gar nichts, wenn ich mit Teilaussagen von irgendwelchen Konzepten von Privatinvestoren durch die Gegend laufe, die genaueren Überprüfungen auch nicht standhalten.

(Ministerin Sigrid Keler:
Na, warten Sie es doch ab!)

Ja, Frau Finanzministerin.

Ich will jetzt nicht an interne Gespräche erinnern und will daraus auch nicht zitieren, ganz bewußt nicht. Aber es zeigte sich sehr schnell, daß auch da sehr, sehr viele Probleme existieren.

Ich wiederhole es: Gegen private Investoren und auch ihre Förderung ist aus unserer Sicht nichts einzuwenden, wenn die Zahl der Studentenwohnheimplätze, die durch die Studentenwerke vorgehalten werden, nicht angetastet wird.

(Beifall Angelika Gramkow PDS)

Zu dem Argument, das auch immer kommt: Eigentumsverhältnisse sind ungeklärt.

(Zuruf von Angelika Gramkow PDS)

Das stimmt, aber in bezug auf die Beimlerstraße in Greifswald zum Beispiel – und das ist das Objekt, von dem ich vorhin gesprochen habe, wo geplante Sanierungen verschoben werden müssen – ist seit langem die Eigentumszuzurechnung klar,

(Angelika Gramkow PDS: Sie gehört dem Land!)

da es Landeseigentum ist. Da das Studentenwerk in Greifswald am Anfang des Jahres die Sanierung geplant hat für dieses große Objekt, hat es bereits im Februar unmittelbar im Anschluß an die Beschlußfassung im Landtag einen Vorabeantrag zum Abschluß des Erbbaurechtes für die Beimlerstraße an die Regierung übermittelt. Bis heute ist nichts passiert, außer daß immer wieder neue Konzepte vom Studentenwerk verlangt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dadurch kommt es, daß die Sanierung nicht wie geplant durchgeführt werden kann. Darin zeigt sich das, was ich vorhin genannt habe: Der Widerstand des Finanzministeriums gegen die unentgeltliche Erbbaurechtsüberlassung an die Studentenwerke geht mit anderen Mitteln weiter. Das ist nicht zu akzeptieren!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Und wenn Sie sagen, Frau Finanzministerin, die Regierung wird die Beschlüsse des Landtages nicht unterlaufen, mag das ja sein, aber ich muß dann doch die Frage stellen: Was ist in den vier Monaten seitdem wirklich geschehen? Wir haben im Januar diese Beschlüsse gefaßt, und jetzt haben wir Mitte Mai. Außer Rückfragen, Nachfragen und neuen Konzeptforderungen ist nichts passiert. Das ist in keiner Weise zu akzeptieren!

(Ministerin Sigrid Keler: Herr Dr. Bartels, Sie wissen doch, wann der Antrag gestellt wurde.)

Ich habe Ihnen das gerade gesagt, der Antrag für die Beimlerstraße ist im Februar gestellt worden, ich habe das überprüft.

(Ministerin Sigrid Keler:
Bei uns ist er im April eingegangen.)

Dann überprüfen Sie in der Regierung, Frau Ministerin, warum das solange dauert bis zu Ihnen. Außerdem haben die Mitarbeiterinnen in Ihrem Haus auf Nachfragen – da waren Sie dabei – zugestanden, daß der Antrag bereits im März in Ihrem Haus vorgelegen hat. Im März, das ist in diesem Gespräch zugestanden worden auf meine Nachfrage.

(Ministerin Sigrid Keler: Im April.)

Das ist so.

(Ministerin Sigrid Keler: Herr Dr. Bartels, also ich denke, ... – Andreas Bluhm PDS:
Bitte keinen Dialog da vorne!)

Ja, das ist ja richtig, bloß wenn hier schon was von der Regierungsbank kommt, muß ich auch die Möglichkeit haben, darauf zu antworten.

(Andreas Bluhm PDS:
Darf er gar nicht, darf er gar nicht!)

Entschuldigen Sie, Herr Kollege, ich richte mich wieder an Sie.

Ich hatte gefragt, was in den vier Monaten wirklich geschehen ist, und gesagt, daß wir das nicht akzeptieren können.

In dem Zusammenhang will ich sagen, daß ich den Änderungsantrag der CDU-Fraktion durchaus nicht für überflüssig halte. Im ersten Punkt hat er sich tatsächlich erledigt, das ist einfach der Zeit geschuldet. Der Antragschluß war vor der Finanzausschußsitzung, deshalb steht der erste Punkt mit darin. Es ginge sicher auch so, aber wenn wir das alle gemeinsam als Verschärfung der Formulierung interpretieren, dann können wir sehr gut damit leben und werden deshalb diesem Änderungsantrag zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Dr. Manfred Ribmann: Vielen Dank, Herr Dr. Bartels.

Ich schließe die Aussprache.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3816. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3816 einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 2/3766. Wer diesem Antrag mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 2/3766 mit den beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen worden.

Meine Damen und Herren, der Tagesordnungspunkt 2 „Fragestunde“ entfällt, da der Fragesteller sich mit der schriftlichen Beantwortung seiner Fragen einverstanden erklärt hat und die Fragen auch zu seiner Zufriedenheit beantwortet worden sind. Nachfragen sind offensichtlich nicht nötig.

(Zuruf von Till Backhaus SPD)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Annahmekarten für Ausbildungsplätze, Drucksache 2/3769.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Annahmekarten für Ausbildungsplätze
– Drucksache 2/3769 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Rehberg, CDU-Fraktion.

Eckhardt Rehberg CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema der Ausbildungsplätze entzündet jedes Jahr mit schöner Regelmäßigkeit eine intensive politische Debatte. Möglichst schon zu Beginn des neuen Jahres werden Zahlen verbreitet, wie viele junge Menschen noch ohne Lehrstelle dastehen, obwohl diese noch monatelang die Schulbank zu drücken haben. Folglich ist es naheliegend, daß die Verunsicherung von Jugendlichen und Eltern groß und die Sorge, keinen Ausbildungsplatz zu erhalten, auch bei guten Schülern sehr verbreitet ist. Nur zu verständlich scheint also der Reflex, sich erst einmal bei vielen Betrieben zu bewerben, um sich in jedem Fall eine Lehrstelle zu sichern, auch wenn es nicht die im Wunschberuf sein sollte.

Damit wir uns hier nicht falsch verstehen, ich will das Problem um die Ausbildungsplätze nicht kleinreden,

(Annegrit Koburger PDS: Wahrscheinlich doch.)

aber es muß doch gestattet sein, ein Problem in seiner Dimension richtig einzuordnen. Genauso wie es um jeden einzelnen Arbeitslosen geht, geht es auch um jeden einzelnen Schulabgänger. Das steht außer Frage.

Wir müssen uns aber schon die Frage gefallen lassen, ob wir nicht einer Tendenz zur Panikmache unterliegen, wenn wir jedes Jahr ein dramatisches Bild vom Ausbildungsmarkt zeichnen, das dann bisher glücklicherweise nie eingetreten ist. Wie ich vorhin schon einmal angemerkt habe: Die Vereinigung der Unternehmensverbände als Dachverband von 29 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden führt aus, daß den zum Jahresende etwa 700 nichtvermittelten jungen Menschen

(Sylvia Bretschneider SPD:
Und die zählen nicht?)

noch etwa 500 freie Ausbildungsplätze und 2.000 Studienplätze zur Verfügung stehen. Dann sind zumindest Begriffe wie „Katastrophe“ oder ähnliches für den Ausbildungsmarkt fehl am Platze.

(Sylvia Bretschneider SPD:
Und was ist mit denen, die in der
Warteschleife sind, zählen Sie die nicht?)

Hinzu kommt der Zahlensalat, den insbesondere in den Monaten Juli bis Oktober die Statistiker liefern, so im Jahre 1997: im Juli 10.600 nichtvermittelte Bewerber, demgegenüber nur 1.833 gemeldete Lehrstellen, vier Wochen später eine Reduzierung um 3.360 Personen auf 7.240, aber nur auf 900 abgesenkt die gemeldeten Lehrstellen, also 916. Das heißt, 3.360 Nichtvermittelte sind auf 900 Lehrstellen gekommen. Noch drastischer vom August zum September: ein Minus um 5.440 auf 1.700, und dieses auf 850 Lehrstellen. Mir konnte bisher noch keiner diesen Zahlensalat, herausgegeben von den Arbeitsverwaltungen, erklären. Im Oktober löst sich das in aller Regelmäßigkeit so, wie ich es beschrieben habe: 700 Nichtvermittelte auf etwa 500 freie Ausbildungsplätze.

Natürlich wäre es auch mir lieber, wenn die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze doppelt so hoch wäre und wenn wir auf einen guten Teil der überbetrieblichen Maßnahmen verzichten könnten. Leider ist dem nicht so.

Es ist aber auch die Frage zu stellen, ob es nicht legitim ist, darauf zu verweisen, daß es schwerlich erreichbar ist, jedem seinen Wunschausbildungsplatz zur Verfügung stellen zu können. Auch die Frage einer größeren Mobilität der jungen Menschen bei der Ausbildungsplatzsuche muß thematisiert werden. Insgesamt ist Sachlichkeit und beharrliches Bemühen um Ausbildungsplätze angesagt, keine Panikmache und Verängstigung.

Die von mir dargelegten Zahlen – 7.240 Ende August nichtvermittelte Bewerber – führen natürlich zur Verunsicherung und tragen sicher mit dazu bei, Panik zu machen.

Dem Bemühen um Sachlichkeit und erfolgreiche Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildungsverhältnisse ist auch unser Antrag untergeordnet. Die Einführung der Annahmekarte für Ausbildungsplätze ist natürlich kein Allheilmittel für die Probleme im Bereich der Ausbildung, aber die Annahmekarte ist nach unserer Auffassung ein nicht unwichtiger Mosaikstein in den Bemühungen, das Angebot an Ausbildungsplätzen optimal auszuschöpfen.

Die Ausbildungskarte, die alle Schulabgänger erhalten sollen, schränkt deren Bewerbungsaktivitäten und Wahlfreiheiten in keiner Weise ein. Erst bei Abschluß des Ausbildungsvertrages wird die Karte der Ausbildungseinrichtung übergeben und verbleibt dort. Sollte dann ein anderer, attraktiverer Ausbildungsplatz gefunden werden, dann muß lediglich die Karte von der anderen Ausbildungseinrichtung unter Lösung des eingegangenen Vertrages eingefordert werden.

Meine Damen und Herren! Der damit eintretende Effekt ist ein sehr einfacher, aber wirkungsvoller. Die Jugendlichen können zur gleichen Zeit immer nur ein Ausbildungsverhältnis eingehen. Es werden nicht dringend benötigte Plätze blockiert, die später gar nicht angetreten werden. Zu Ausbildungsbeginn stellen die Einrichtungen fest, daß einige der jungen Leute gar nicht in ihr Ausbildungsverhältnis eintreten.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eines sagen: Es ist jedes Jahr das gleiche, daß Unternehmer – bei mir im Wahlkreis gerade aus der Hotelbranche – im Oktober und November kommen und sagen, Herr Rehberg, vier, zwei oder auch nur einer hat sein Ausbildungsverhältnis nicht angetreten. Ich muß das deutlich sagen, gerade weil auch junge Leute hier sitzen. Ich halte es in hohem Maße unfair, wenn man zwei, drei und vier Ausbildungsverhältnisse eingetretene und so einem anderen den Ausbildungsplatz wegnimmt.

Es kommt noch ein Problem hinzu: Es gibt durchaus Ausbildungsplätze, für die gute Schulabschlüsse notwendig sind. Diese Bewerber stehen dann im nächsten Jahr oftmals nicht wieder zur Verfügung. Glauben Sie denn wirklich, daß irgendein Ausbildungsbetrieb, der über den Bedarf hinaus ausbildet, in dem im September oder Oktober abgeschlossene Verträge nicht eingehalten werden, im Jahr darauf bereit ist, zusätzliche Ausbildungsplätze über den Bedarf hinaus zur Verfügung zu stellen?

Ich fasse noch einmal zusammen: Es geht hier nicht darum, die Berufswahlfreiheit einzuschränken. Es geht nur darum, daß man zur gleichen Zeit immer nur einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben kann.

(Annegrit Koburger PDS: Eine Bewerbung impliziert doch keinen Ausbildungsvertrag. Das ist ja eine komische Logik.)

Wenn man einen neuen eingeht, muß man bitte den bisher geschlossenen oder die zwei oder drei, die man abgeschlossen hat, auflösen.

Es ist so, daß Thüringen hier durchaus Erfolge aufzuweisen hat, und ganz neu ist die blaue Annahmekarte auch nicht.

Jetzt soll mir bitte keiner kommen, das sei in hohem Maße Verwaltungsaufwand und Bürokratie. Ich sehe das überhaupt nicht. Jedem Schulabgänger kann eine Karte ausgehändigt werden. Ich glaube, die Unternehmen sind selbst daran interessiert, daß nur immer ein Ausbildungsvertrag abgeschlossen wird, daß sie darauf sicher auch achten werden.

Ich meine, daß wie in Thüringen fünf Prozent realistisch sind, das wären bei uns landesweit rund 700 bis 800 betriebliche Ausbildungsplätze. Ich denke, die Einführung der Annahmekarte für Ausbildungsplätze würde dazu beitragen, daß wir erstens eine andere, eine richtige Statistik bekommen und eine bessere Planung ermöglichen, und

zweitens halte ich es für fair und gerecht, wenn jedem die Möglichkeit gegeben wird, sich auf einen freien Ausbildungsplatz zu bewerben. Es geht also insbesondere darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, da ich ja gehört habe, daß dies SPD und PDS ablehnen.

Es gibt sicher auch Widerstand aus dem Wirtschaftsbereich, aber ich muß Ihnen sagen, ich sehe im Augenblick keine andere Möglichkeit, hier zu wirklicher Fairneß zu kommen, und ich sehe keine, aber auch gar keine Einschränkung an Freiheit für den einzelnen bei der Wahl des Ausbildungsplatzes. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Manfred Reißmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rehberg.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kassner, PDS-Fraktion.

Kerstin Kassner PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag hat eine positive Seite, nämlich daß man im Vorfeld des Runs auf Lehrstellen die Möglichkeit hat, hier im Landtag über dieses Problem zu diskutieren.

Die Situation ist wie jedes Jahr wieder nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Zeitungsmeldungen dazu häufen sich in der Tat. So hat am letzten Sonnabend beispielsweise der „Nordkurier“ gemeldet, daß die Wirtschaft bei den Lehrstellen zulegt. Er bezieht sich dabei auf den besserer Stand per 30.04.1998 im Arbeitsamtsbezirk Neubrandenburg. Im gleichen Artikel muß aber der zuständige Abteilungsleiter einschränken, daß es völlig unklar ist, ob dieser Zuwachs bis zum September anhält.

Im Arbeitsamtsbezirk Stralsund sieht das Bild dagegen völlig anders aus. Die Zahl der Bewerber hat per 30.04.1998 um sechs Prozent zugenommen, die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen ist dagegen um zwölf Prozent zurückgegangen. Pro 100 gemeldete Stellen bewerben sich zur Zeit in diesem Arbeitsamtsbezirk 197 Schulabgänger, im vorigen Jahr waren es 171.

Wenn also alle Vorhaben so realisiert werden können, wie sie geplant sind, kann man bestenfalls davon ausgehen, daß die Wirtschaft etwa das Niveau der Vorjahre erreicht, und damit etwa 14.000 Lehrstellen bereitstehen werden. Das heißt, daß es für den größten Teil der etwa 30.000 Bewerber andere Lösungen geben muß, das sind die außerbetrieblichen oder eben die weiterführenden Schulformen.

Ich bitte aber, dabei eines zu bedenken, nämlich daß das die Zahl der in der Warteschleife Befindlichen immer weiter erhöht

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Sylvia Bretschneider SPD)

und damit gerade die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit immer weiter verschärft werden. Zu befürchten ist, daß sich wirklich für einige Bewerber – leider für zu viele – keine Lösungen finden lassen werden. Da nützt es nichts, wenn Herr Seidel die Abiturienten auffordert, nun doch lieber studieren zu gehen, statt eine Ausbildung anzustre-

ben. Auch die Chancen für Hochschulabsolventen nach dem Studium auf dem Arbeitsmarkt sind leider genauso schlecht, wie die eines Azubis nach der abgeschlossenen Ausbildung.

Nun komme ich zur zweiten, zur negativen Seite dieses Antrages. Wir sind der Meinung, daß der Antrag der CDU zur Einführung einer Annahmekarte für Ausbildungsplätze in die falsche Richtung weist.

(Beifall Sabine Jünger PDS)

Es wird nämlich damit den sich bewerbenden Jugendlichen eine Mitschuld zugesprochen, daß die Misere so ist. Herr Rehberg hat das hier verdeutlicht, indem er von vier, fünf Verträgen sprach, die die Lehrlinge in der Tasche haben. Wo lebt er denn? Das sind doch bei weitem Einzelfälle, daß mal jemand zwei hat. Aber von solchen Zahlen zu reden, das geht weit an der wirklichen Tatsache vorbei. Wie gesagt, es soll suggeriert werden, daß die Jugendlichen selber schuld sind, indem sie sich bei mehreren Betrieben bewerben und dann auch noch verschiedene Verträge unterschreiben. Das kann aber in der Praxis in dem Umfang, wie hier dargestellt, bei weitem nicht bewiesen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber auch hier wieder eine typische CDU-Logik: Die Betroffenen sind schuld.

(Wolfgang Riemann CDU: Das ist doch unwahr!)

Nun frage ich nach dem Sinn der Beauftragung der Landesregierung, das bereits praktizierte Modell von Thüringen zu prüfen. Wir haben uns erkundigt, Recherchen angestellt. Ich denke, daß das absolut unsinnig ist.

(Beifall Inge Herold SPD)

Die Landesregierung befaßt sich schon seit 1995 mit der Problematik von Annahmekarten. Zum damaligen Zeitpunkt hat der Landesinnungsverband des Bäcker- und Konditorenhandwerkes unseres Landes vorgeschlagen, eine Bewerberkarte einzuführen. Das Wirtschaftsministerium hat damals diesen Vorschlag mit den Industrie- und Handelskammern, den Unternehmerverbänden und den Handwerkskammern abgestimmt. Damals wurde dieser Vorschlag mehrheitlich abgelehnt. Und auch heute wissen wir, daß er nach wie vor keine Zustimmung findet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das hat ja auch ganz objektive Gründe, zum Beispiel sind bei der IHK in Schwerin wirklich nur vereinzelt solche Doppelverträge festgestellt worden.

(Volker Schlotmann SPD: So ist es.)

Wir wissen auch, daß das Wirtschaftsministerium natürlich die Vorgänge in Thüringen verfolgt und dort auf die Ergebnisse des Versuchs schielt und sieht, was dabei herauskommt. Es wäre ja auch tödlich, wenn man nicht mal das wenigstens tun würde.

Da fragen wir uns nun wirklich, wer hinter diesem Antrag steht. Jemand, der wirklich Wirtschaftspolitik betreiben will, der wirklich die Wirtschaft unterstützen möchte, wird hier nicht zu so einem wirtschaftspolitischen Amoklauf auflaufen und Scheingefechte führen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es unserer Wirtschaft irgendwo dienlich ist, neue bürokratische Hürden aufzubauen.

Aus diesem Grunde lehnt meine Fraktion den Vorschlag ab. Wir sind der Meinung, er ist untauglich, an der bestehenden Situation etwas zu ändern. Wir versprechen heute gleich, daß wir auch im nächsten Landtag immer wieder die Probleme der Lehrstellensituation auf den Tisch bringen werden. Wir starten gegenwärtig eine Initiative, um etwas zu tun für Ausbildungsplätze in diesem Land,

(Wolfgang Riemann CDU:
Unterschriften sammeln statt Lehrstellen.)

und hoffen, daß viele uns mit ihrer Unterschrift unterstützen,

(Zuruf von Annegrit Koburger PDS)

damit es endlich Regelungen gibt, die Lehrstellen garantieren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS – Wolfgang Riemann CDU:
Sammeln Sie mal lieber Lehrstellen ein.)

Vizepräsident Dr. Manfred Ribmann: Vielen Dank, Frau Kassner.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leopold, CDU-Fraktion.

Paul-Friedrich Leopold CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eben nicht so, daß wir den Jugendlichen die Schuld zuschieben an der Situation. Darum geht es doch gar nicht. Informationen aus dem Unternehmerverband und den Handels- und Gewerbevereinen in meiner Region bestätigen die Informationen, auf die sich dieser Antrag beruft. Ich will nicht sagen, daß es eine große Zahl ist, nein. Aber es gibt Jugendliche – ich habe es in der eigenen Verwandtschaft auch festgestellt –, die haben zwei, in Ausnahmefällen auch drei Verträge abgeschlossen und haben sich den besten dann rausgepickt.

Wir sollten uns darüber einig sein, daß alle Chancen und Möglichkeiten genutzt werden müssen, die einen Beitrag dazu leisten, allen jungen Menschen in unserem Land einen Ausbildungsplatz anbieten zu können. Wir werden in diesem Jahr eine etwa gleich große Bewerberzahl wie im vergangenen Jahr haben.

(Sylvia Bretschneider SPD: Größer.)

Ja, sie ist sogar größer.

Große Anstrengungen sind deshalb auch im Jahr 1998 gefordert, um die jungen Menschen erfolgreich in eine Ausbildung zu vermitteln.

Als sehr erfolgreich hat sich der Ausbildungspakt 2000 erwiesen. In Kooperation von Landesregierung, Gewerkschaften und Unternehmen wurde und wird doch sehr erfolgreich, so denke ich, an der Lösung der Lehrstellenproblematik gearbeitet. Die gute Umsetzung des Programms im vergangenen Jahr spricht für sich. Auch in diesem Jahr werden wieder erhebliche Mittel aufgewendet werden, um neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Etwa 34 Millionen DM stehen zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zur Verfügung, ein recht erheblicher Beitrag, der, so denke ich, wie in den letzten Jahren einen wichtigen Beitrag dazu leisten wird, das Lehrstellenproblem erfolgreich anzugehen.

Trotz all dieser Bemühungen und Initiativen wird es doch schwerfallen, auch im Ausbildungsjahr 1998/99 wieder ein Wachstum bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen von immerhin fast vier Prozent zu erreichen. Dennoch

sollten wir uns ein solches Wachstumsziel durchaus stellen. Wegen der dargestellten Situation ist es wichtig, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, und ich betone alle, die der zusätzlichen Vermittlung junger Menschen im Ausbildungsverhältnis dienen.

Der von uns vorgelegte Antrag zur Schaffung einer Annahmekarte für Ausbildungsplätze ist eine solche Möglichkeit, die wir als sinnvolle Unterstützung der Bemühungen um Ausbildung ansehen. Ich möchte noch einmal deutlich hervorheben, daß mit den Annahmekarten für Ausbildungsplätze in gar keiner Weise eine Einschränkung der Jugendlichen in der Wahlfreiheit ihres Berufes kommt. Die Vorlage der Karte erst bei Abschluß des Ausbildungsvertrages dient lediglich einer Vermeidung von freiwerdenden Lehrstellen trotz hoher Nachfrage. Die künftigen Auszubildenden werden angehalten, zum Abschluß jedes Ausbildungsvertrages die Karte vorzulegen, so daß sie beim zweiten oder dritten attraktiveren Ausbildungsvertrag oder -verhältnis erst das vorhergehende lösen müssen, um den Betrag für andere freizumachen.

Ich meine, es gab Informationen von Handwerkern, die gesagt haben, mein Lehrling ist doch gar nicht erschienen. Gut, das hat der Handwerker erst nach vierzehn Tagen gesagt, und da war es dann fast zu spät. Aber es ist ein legitimes Ansinnen, davon bin ich überzeugt. Die Fairneß sollte einen solchen Umgang eigentlich gebieten. Da das aber leider nicht selbstverständlich ist, bin ich der Meinung, müssen wir etwas nachhelfen.

Einem Vorwurf müssen wir uns zugegebenermaßen stellen – der Aufwand, der durch die Vergabe der Karten entsteht, ist sicherlich nicht zu vernachlässigen. Auf Schulämter, Kammern, Verbände und auch auf die Arbeitsämter kommt ein Mehraufwand zu, der aber vertretbar ist, wie wir in der CDU-Fraktion meinen, und außerdem dient es einem vernünftigen Zweck. Es ist deshalb vertretbar, weil ein Beitrag geleistet wird zur Lösung des Lehrstellenproblems in unserem Land und mehr Jugendliche in unserem Land eine berufliche Perspektive bekommen können. Ich bitte Sie trotzdem, auch wenn ich jetzt schon etwas anderes gehört habe, dem Antrag unserer Fraktion zu folgen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Manfred Reißmann: Vielen Dank, Herr Leopold.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Herold, SPD-Fraktion.

Inge Herold SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Antrag „Annahmekarten für Ausbildungsplätze“ benennt in seiner Begründung das Ziel: Mit Hilfe der Annahmekarten soll eine Verbesserung der Situation, das heißt freie Plätze nachzusetzen, erreicht werden. Das, Herr Leopold, ist Wunschenken.

Wer aber hat denn hier wohl den Antrag gestellt? Nach der Presse zu urteilen, scheint es Herr Rehberg ganz alleine zu sein. Der Antrag und auch Herr Rehberg verweisen auf das Thüringer Modell, das schon nach seinem ersten Jahr als erfolgreich bewertet wurde.

Der Antragsteller verschweigt aber die Erfahrungen, die im Freistaat Sachsen mit den Ausbildungskarten gemacht wurden. Hier wurden ab April 1996 erstmals an alle Schulabgänger von allgemeinbildenden und berufsbildenden

Schulen, die in dem Jahr die Schulen verließen und noch keine Berufsausbildung absolviert hatten, über die Schulen die Ausbildungskarten ausgegeben. Die Ausgabe der Karten an die Schulentlassenen erfolgte gemeinsam mit einem Begleitschreiben und einem Freiumschlag zur Rückmeldung an das Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung Chemnitz.

Auf den Karten stand folgende Erklärung: „Im Freistaat Sachsen wird 1996 erstmals eine Ausbildungskarte eingeführt, damit eine bessere Nutzung der vorhandenen Ausbildungskapazitäten sowohl an Schulen als auch in Betrieben erreicht wird und damit möglichst allen sächsischen Jugendlichen, die es wünschen, einen Ausbildungsplatz in einem Betrieb oder einer anderen Bildungseinrichtung zu sichern. Dafür müssen das Angebot an noch besetzbaren Ausbildungsstellen und Schulplätzen sowie die tatsächlich noch unvermittelten Bewerber stets aktuell erfaßt werden.“

Die Rücklaufquote – und jetzt hören Sie bitte genau zu – betrug 23,6 Prozent,

(Siegfried Friese SPD: Hört, hört!)

denn die Karten wurden auf der Basis der Freiwilligkeit eingeführt, und damit ist der Rücklauf nicht gesichert.

Und, Herr Leopold, Sie müßten als Unternehmer wissen, Betriebe lassen sich nicht gerne zusätzliche Formulare, von denen sie sowieso schon erdrückt werden, aufdrängen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wurden diese Erfahrungen bewußt oder aus Unkenntnis verschwiegen – ich nehme an, in Unkenntnis –, oder etwa in Gedanken an die Bewerberkarten zu Zeiten des „real Existierenden“?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Denn, meine Damen und Herren, sehe ich in die Runde der Abgeordneten, dann haben Sie, bis auf wenige Ausnahmen, direkt oder indirekt über die Kinder die Anwendung der Bewerberkarte erfahren, erfahren sowohl im positiven als auch im negativen Sinne. Die Kreisplankommission erstellte das Lehrstellenverzeichnis, listete genau nach Abgangszahlen in männlich und weiblich gegliedert die Lehrstellen auf, verpflichtete dann die einzelnen Betriebe, eritsprechend auszubilden. Eine freie Berufswahl war nicht möglich, sie ist ja auch heute bei dem Mangel an Lehrstellen kaum gegeben, obwohl gesetzlich verankert. Aber jeder, ob er wollte oder nicht, bekam eine Lehrstelle. Der Lehrvertrag konnte nur mit der Bewerberkarte abgeschlossen werden.

Das war aber nur nach dem Berufsbildungsrecht der DDR zwingend, nicht aber nach dem Berufsbildungsgesetz der BRD! Und denken Sie bitte daran, daß wir kürzlich einen Antrag zur Änderung einbringen wollten, zu einer Initiative. Sie haben es doch verhindert, meine Damen und Herren von der CDU!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der DGB bezeichnet deshalb auch die Einführung der Ausbildungskarten als verfassungswidrig. Das Vorhaben widerspricht dem Grundsatz der freien Berufswahl.

Auch die Unterarbeitsgruppe „Schule, Berufsschule, Hochschule“ zum Ausbildungspakt 2000 ist gegenüber Annahmekarten sehr kritisch. So vermerkt sie im Ergebnis-

protokoll ihrer vierten Sitzung am 20.10.1997: „Die Einführung einer Bewerberkarte kommt für Mecklenburg-Vorpommern nicht in Betracht. Dieses wurde bei Abschluß des Ausbildungspaktes 2000 auch festgestellt. Die bisherigen Erfahrungen mit ähnlichen Systemen“ – nicht nur Thüringen und Sachsen – „in verschiedenen Ländern zeigen überwiegend, daß Aufwand und Ergebnis in keinem Verhältnis stehen.“

Auch hat dieses, abweichend vom Antrag der CDU, der CDU-Wirtschaftsminister sicher erkannt. In einem Schreiben vom 14.04.1998, anlässlich einer Beratung zum Ausbildungspakt 2000 zum Thema „Vertragstreue der Auszubildenden – Vermeiden von Mehrfachbewerbungen“ schlagen die Vereinigungen der Unternehmensverbände Merkblätter für Ausbildungsverträge vor. Dieses wird vom Wirtschaftsminister begrüßt. Er bittet die Kammern, auf die Vertragstreue der Jugendlichen einzuwirken, und das Kultusministerium, über die Schulen das Bemühen zu unterstützen.

Zwischenzeitlich haben die Arbeitsämter gehandelt: Jeder Bewerber erhält ein Merkblatt, keine Karte. Hier wird auch dem Erziehungsauftrag bezüglich von Vertragstreue Rechnung getragen. Es erfolgt ein besserer Datenabgleich. Wer sich nicht laufend meldet, fällt aus der Statistik. Damit sind Karteileichen fast ausgeschlossen, aber auch ein Mehr an Ausbildungsplätzen wird nicht erreicht.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Annahmekarten für Ausbildungsplätze sind trotz offensichtlicher Intervention des CDU-Fraktionsvorsitzenden gegenüber seinem eigenen Wirtschaftsminister und gegenüber den von der CDU als Lobby vereinnahmten Unternehmensverbänden nicht erforderlich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Damit stellt sich Herr Rehberg gegen alle fachlichen Ratschläge. Er will damit offenbar mit aller Macht von den Vorschlägen zur solidarischen Umlagefinanzierung ablenken

(Eckhardt Rehberg CDU: Ablehnen tu' ich gar nichts, ich bin nur dagegen.)

und den Menschen, insbesondere den Jugendlichen vorgaukeln, die Lehrstellenlücke sei mit Annahmekarten zu schließen. Wir lehnen den Antrag ab. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Dr. Manfred Reißmann: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Herold.

Ich schließe die Aussprache.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, hat die PDS noch einmal Beratungsbedarf angemeldet. Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 15.44 Uhr

Wiederbeginn: 15.49 Uhr

Vizepräsident Dr. Manfred Reißmann: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3769. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. –

(Eckhardt Rehberg CDU:

Oh, die Koalition funktioniert. –

Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Volker Schlotmann SPD:

Der Antrag hat mit Koalition nichts zu tun.)

Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Bei Zustimmung seitens der Abgeordneten der CDU-Fraktion und Gegenstimmen seitens der Abgeordneten der SPD- und PDS-Fraktion ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3769 damit abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion der PDS – Fachkommission – Frauenhandel –, Drucksache 2/3763.

Antrag der Fraktion der PDS:
Fachkommission – Frauenhandel –
– Drucksache 2/3763 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Koburger, und, meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ruhe, damit Frau Koburger ihre Rede absolvieren kann. Frau Koburger, Sie haben das Wort.

Annegrit Koburger PDS: Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Vor einem halben Jahr beschäftigten wir uns mit dem Antrag der SPD/CDU „Bericht der Landesregierung über Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Prostitution in Mecklenburg-Vorpommern“. In der damaligen Debatte machten wir bereits darauf aufmerksam, daß mit einem solchen Bericht die Lage der betroffenen Frauen sich in keinsten Weise verbessert und konkrete Maßnahmen entsprechend der Situation in unserem Land, die insbesondere die Frauen als Opfer von Verbrechen einbeziehen und ihnen die notwendige Hilfe zuteil werden lassen, nicht in die Wege geleitet werden.

Festzustellen bleibt, daß sich der Bericht fast ausschließlich an der Law-and-order-Strategie der Bundesregierung orientierte. Nichts anderes hatten wir erwartet. Zudem wurde mit den Ausführungen des Innenministers das Berichtersuchen für erledigt erklärt. Abgehakt!

Die heutige Situation bestätigt unsere Kritik. Wir finden keinerlei Veränderungen im Interesse der Betroffenen vor, weder mögliche Hilfestrukturen noch präventive Maßnahmen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der alles und jedes zur Ware degradiert wird und ist. Das können und sollten wir bedauern und verurteilen, doch wir müssen den Realitäten Rechnung tragen.

Diese Situation grundlegend zu ändern ist unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen nicht möglich, jedoch gilt es, alle Bemühungen darauf zu richten, begünstigende und verschärfende Tatumstände zu beseitigen. Uns ist durchaus bewußt, daß dies ein sehr schwieriges Terrain ist. Es handelt sich hierbei mittlerweile um einen der profitabelsten Bereiche. Bestandteile dabei sind der Handel in die Zwangsprostitution, der Heiratshandel und der Hausangestelltenhandel, wobei ersteres wohl den größten Anteil ausmacht. Bis zu einer halben Million Ausländerinnen arbeiten in Ländern der Europäischen Union zwangsweise in der Prostitution – viele angelockt mit falschen Versprechungen, einige sogar verschleppt. Mehr als ein Viertel dieser Frauen stammen mittlerweile aus der ehemaligen UdSSR, ein Fünftel aus Polen, gefolgt von Tschechien und Bulgarien.

Allein in Deutschland werden die Umsätze auf zweistellige Milliardensummen pro Jahr geschätzt. Hauptprofiteu-

re sind laut BKA-Statistik deutsche Zuhälter mit einem Anteil von 43 Prozent, gefolgt von Türken mit 14 Prozent, Russen und anderen früheren Sowjetbürgern 10 Prozent sowie Polen mit 7,5 Prozent. Doch auch vorwiegend deutsche Bordellvermieter profitieren davon, ebenso Boulevardzeitungen, die für ihre Animieranzeigen wie „Heiße Ukraina“ oder „Süßer Engel aus Rußland“ zehntausende Mark kassieren.

Experten schätzen, daß der Frauenhandel bald mehr einbringt als der Drogenhandel. Gerade deshalb ist es aus unserer Sicht unerlässlich, Maßnahmen und Kräfte zu bündeln, um den betroffenen Frauen helfen zu können, aber vor allem den Drahtziehern und Hintermännern den Boden für ihre Machenschaften zu entziehen.

In einer Reihe von Bundesländern wurden daher zeitweilige Fachkommissionen eingerichtet, die die Situation im Bundesland analysieren und für das weitere Herangehen Empfehlungen ausarbeiten. Die Umsetzung dieser Empfehlungen geschieht noch nicht immer mit der notwendigen Konsequenz und auf allen Ebenen. Ursachen dafür liegen meines Erachtens in der sehr stringenten und sich weiter verschärfenden AusländerInnenpolitik der Bundesregierung.

Im Kontext mit der aktuellen politischen Diskussion über die enorme Zunahme des internationalen Frauenhandels in den Ländern der Europäischen Union halten wir es für erforderlich, auch in Mecklenburg-Vorpommern eine Fachkommission Frauenhandel zu initiieren. Diese Kommission soll zum Ziel haben, eine Vernetzung aller mit Frauenhandel befaßten staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen und Institutionen zu erreichen. Nur so können die sehr unterschiedlichen Erkenntnisse über das Ausmaß und die Erscheinungsformen des Frauenhandels in unserem Land zusammengetragen und die notwendigen Maßnahmen dagegen eingeleitet werden. Das bedarf einer größeren sozial- und rechtspolitischen Transparenz, um die vorhandene begrenzte Effizienz der bisherigen Vorgehensweise aufzuzeigen und konkrete Empfehlungen zur effektiven Prävention und Intervention gegenüber dem Frauenhandel sowie zum besseren Schutz ausländischer Frauen vor sexueller Ausbeutung zu entwickeln.

Kaum eine Institution hat verlässliche Daten über das Geschäft im dunkeln. Keiner entwickelt Abwehr- und Verhütungsstrategien. Das geht auch aus den Antworten auf die Kleinen Anfragen hervor. Von Zeugenschutz, legaler Arbeit und Rückkehrhilfen für die betroffenen Frauen wird meist nur geredet. Frauen, die abgeschoben werden, da sie nicht in ein teures Zeugenschutzprogramm gekommen sind, fallen zumeist wieder in die Hände der Händler. Das Geschäft wächst ungebrochen. Die Polizei erfaßt nur einen Bruchteil.

Die Strafverfolgung von Frauenhandel hat eine prozeßerschwerende Besonderheit. Bekanntlich sind Zeugenaussagen das Hauptbeweismittel. Auf dieses Mittel kann in der Strafverfolgung von Frauenhandel oft nicht zurückgegriffen werden, und das aus folgenden Gründen: Nach Einschätzung zahlreicher Expertinnen und Experten stehen die potentiellen Zeuginnen zur Sachverhaltsfeststellung und zur Überführung der Beschuldigten wegen Menschenhandels in vielen Fällen nicht zur Verfügung, da sie bereits abgeschoben sind, bevor die Staatsanwaltschaft sich mit diesen Frauen beschäftigen kann, ganz abgesehen von der fehlenden erforderlichen Beratung und Sprachvermittlung. Das sind jedoch Voraussetzungen für

die Prüfung eines Anfangsverdachts bei der Strafverfolgung von Frauenhändlern.

Daß es anders möglich ist, beweisen die Niederlande. Die niederländische Stiftung gegen Frauenhandel gewährt den betroffenen Frauen medizinische, psychosoziale und rechtliche Betreuung. In Holland dürfen diese Frauen drei Monate bleiben, um zu entscheiden, ob sie zur Aussage bereit sind oder nicht. Als Zeuginnen gelten sie als Verbrechenopfer und bleiben bis zum Prozeßende vor der Abschiebung geschützt. So ein Herangehen ist auch in der BRD wünschenswert. Polizei, Staatsanwaltschaft, AusländerInnenbehörden und Hilfestrukturen könnten so vor Ort den betroffenen Frauen Hilfe gewähren und der Strafverfolgung zum Erfolg verhelfen.

Die Praxis hierzulande ist leider eine andere. Wie oben schon erwähnt, nimmt durch die stringente Handhabung des AusländerInnengesetzes die Abschiebung potentieller Zeuginnen in der BRD zu und entwickelt sich zu einem Kernproblem der Strafverfolgung. Die Möglichkeit, auf Bitte der Strafverfolgungsbehörde die Abschiebung auszusetzen, wenn eine Frau als Zeugin in einem Verfahren benötigt wird, reicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr aus. Bis die entsprechende Behörde Kenntnis von einem derartigen Delikt hat und die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet sind, sind die potentiellen Zeuginnen bereits abgeschoben. Dies erschwert die Beweisführung mit der Folge, daß die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren wegen Menschenhandels einstellen muß oder das Verfahren vor Gericht mit einem Freispruch endet.

Hinzu kommt, viele Zeuginnen scheuen schon die Kooperation mit der Staatsanwaltschaft wegen ihres meist illegalen Aufenthaltes. Um die Kooperationsbereitschaft zu erhöhen, bedarf es eines veränderten, gesellschaftlichen und politischen Klimas und einer höheren Strafverfolgungsbereitschaft.

Meine Damen und Herren, hier müssen Veränderungen eingeleitet werden. Ein erster Schritt wäre die geforderte Fachkommission. Welche Wirkungen und Ergebnisse eine solche Kommission erzielen kann, möchte ich anhand von Erfahrungen der Berliner Fachkommission darlegen.

Aufgrund eines Beschlusses des Berliner Abgeordnetenhauses wurde im Herbst 1995 eine solche Kommission eingerichtet. Sie ist ressortübergreifend und politisch besetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Projekten und Vereinen sind in diese Kommission integriert. Ich nenne hier nur einige: A Polonia e.V., die Staatsanwaltschaft, Ausländerbeauftragte, Justiz- und Innenbereich der Senatsverwaltung – insgesamt 26 Vertreterinnen und Vertreter.

Die kontinuierliche Arbeit der Fachkommission – Frauenhandel – führte zum Ansteigen des Medieninteresses an der Arbeit dieser Kommission, parlamentarische Ausschüsse reagierten mit Anfragen und Anträgen an die zuständigen Ressorts. Das führte zum Beispiel dazu, daß sich die Senatsverwaltung für Inneres kontinuierlich und implizit mit dem Phänomen Frauenhandel sowie mit den von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen auseinandersetzen mußte. Darüber hinaus wurde auch eine politische Unterstützung des Entscheidungsgremiums auf der Ebene der Staatssekretäre erreicht.

Wichtig für die Qualität der Arbeit ist die praxisnahe Ausrichtung. Nur so können Entwicklungen erkannt, notwendige Aktivitäten initiiert und kann auf die unterschiedli-

chen Ereignisse der sexuellen Ausbeutung ausländischer Frauen reagiert werden.

Ausschlaggebend für die Qualität der Arbeit der Fachkommission Frauenhandel sind erstens ein eindeutiger Arbeitsauftrag und zweitens eine konkrete Zielsetzung, unter anderem mit

- Koordinierung aller mit Frauenhandel befaßten staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen und Projekte auf Landes- und Bundesebene,
- Erfassung des Ausmaßes und der Erscheinungsformen des Frauenhandels,
- Schaffung von größerer sozial- und rechtspolitischer Transparenz,
- Aufzeigen konkreter Lösungswege zur effektiven Bekämpfung des Frauenhandels,
- Rückkopplung erarbeiteter Maßnahmevorschläge mit behördlichen und nichtbehördlichen Praxisfeldern.

Für die Arbeitsweise und Organisation wird empfohlen:

- regelmäßige Zusammenkunft aller vier bis sechs Wochen,
- ein beständiger TeilnehmerInnenkreis,
- Arbeitstreffen in kleineren Gruppen zur Vorbereitung wichtiger und schwieriger Themen,
- Einbeziehung weiterer Expertinnen und Experten zu speziellen Fragestellungen und Themen,
- Zwischenergebnisse und konkrete Empfehlungen an die zuständigen Verwaltungen.

Darüber hinaus bewährten sich spezielle Arbeitsbereiche wie

- aufenthaltsrechtliche Regelungen für Zeuginnen im Menschenhandelsverfahren,
- Aspekte zu Vorgehen und Problemsicht der Staatsanwaltschaft im Bereich Menschenhandel,
- Statistik Menschenhandel, kriminalpolizeilich beim Landeseinwohneramt,
- staatsanwaltschaftliche Statistik.

Ein weiteres Aufgabengebiet ist die Unterbringungsmöglichkeit für die Opfer von Menschenhandel nach dem Modellprojekt Schutz für Opfer von Menschenhandel von Nordrhein-Westfalen sowie geschütztes Wohnen in Zufluchtwohnungen, Existenzsicherungen für gehandelte Frauen durch Sicherung von Ansprüchen aus dem BSHG und Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme.

Von besonderer Bedeutung für die Wirksamkeit ist Fortbildung für alle mit der Strafverfolgung befaßten Instanzen. Dazu gehören:

- die Auswertung der Erfahrungen der Opfer und daraus resultierende Schlußfolgerungen für den Umgang mit ihnen,
- die Notwendigkeit von Sprachmittlerinnen,
- psychosoziale und medizinische Betreuung und Beratung,
- Verfahrenstechniken während der Ermittlung und in den Gerichtsverfahren.

Ich denke, ich habe ausreichend dargelegt, wie notwendig es auch für Mecklenburg-Vorpommern ist, und bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Dr. Manfred Reißmann: Vielen Dank, Frau Koburger.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Innenminister Herr Dr. Jäger. Bitte, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Armin Jäger: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Frau Koburger hat den Sinn und Zweck der beantragten Fachkommission Frauenhandel hier vorgetragen, und sie hat das Berliner Beispiel erwähnt. Nun kann ich es mir nicht verkneifen, dazu Stellung zu nehmen.

Wie Sie vielleicht wissen, war ich bis zum 31.12.1994 in Berlin als Staatssekretär für den Bereich Innere Sicherheit zuständig. Ich kann Sie nur darauf verweisen, daß Sie die Mitglieder ihrer Fraktion im Bereich Frauenausschuß im Berliner Abgeordnetenhaus einmal befragen, welche Sicherungsmaßnahmen dort eingeführt worden sind ohne eine solche Kommission. Und ich sage Ihnen auch, wenn es Sinn und Zweck einer solchen Kommission sein soll, daß vermehrt Kleine Anfragen initiiert werden – was Sie hier als besondere Leistung der Kommission herausgestellt haben –, bin ich noch nicht ganz davon überzeugt.

Zur Sache selbst: Die Einschätzung, die Sie hier vorgetragen haben, nämlich daß auch in unserem Land Vorkommnisse im Zusammenhang mit Menschenhandel, insbesondere mit Frauen, zugenommen haben, ist zutreffend, der stimme ich so zu. Die Anzahl der in der PKS, also in der Polizeilichen Kriminalstatistik, registrierten Ermittlungsverfahren hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Bundesweit sind die erfaßten Fälle von 171 in 1992 auf immerhin 1.094 im Jahre 1996 angestiegen. Ein Anstieg ist auch in Mecklenburg-Vorpommern zu beobachten, allerdings auf einem niedrigeren Niveau. In 1992 weist unsere PKS ein entsprechendes Verfahren aus und in 1997 bereits 13.

Menschenhandel ist ein Delikt, das sich negativ auf sehr unterschiedliche Bereiche auswirkt und für die Betroffenen fatale Auswirkungen hat. Die Landesregierung hat zur Problematik des Menschenhandels eine Große Anfrage der Fraktion der CDU beantwortet. Die Antwort wird Ihnen in aller Kürze als Drucksache zur Verfügung stehen. Aus dieser Antwort auf die Große Anfrage wird die gesamte Komplexität dieses Kriminalitätsbereiches deutlich. Im wesentlichen sieht die Situation so aus:

Menschenhändler nutzen zielgerichtet das hauptsächlich zwischen Deutschland und den Staaten Osteuropas bestehende wirtschaftliche Gefälle aus. Sie lassen sich hohe Geldbeträge verbindlich zusagen und führen Menschen in die für sie zunächst vermeintlich bessere Welt. Der Glaube an die Versprechungen erweist sich zumeist erst hier bei uns für die Betroffenen als verhängnisvoller Irrtum. Die entstandenen hohen Schulden, nämlich die versprochenen Geldleistungen, müssen in Deutschland abgearbeitet werden und führen so zu einem zielgerichtet durch die Täter ausgebeuteten Abhängigkeitsverhältnis.

Verschiedene Formen der Gewalt sind in diesen Fällen außerdem anzutreffen.

In anderen Fällen, nämlich meist dann, wenn die geforderten Beträge vor der Schleusung bezahlt werden, werden die in Deutschland oft mittellos ankommenden Geschleusten irgendwo ausgesetzt und ihrem Schicksal überlassen. In beiden Fällen ist es aber nur eine Frage der Zeit, bis die Opfer des Menschenhandels aufgegriffen und ihr illegaler Aufenthalt notfalls, so, wie Sie es ja auch erwähnt haben, durch Abschiebung beendet wird.

Durch den Menschenhandel und den daraus resultierenden illegalen Aufenthalt ist als Folge ein Anstieg der Kriminalität, und zwar in zweifacher Hinsicht, zu erwarten. Die Hilflosigkeit der illegal Eingeschleusten wird planmäßig für kriminelle Machenschaften in Deutschland ausgenutzt. Die Menschenhändler haben zur Umsetzung ihrer Straftaten nur geringe „Investitionskosten“, aber auf der anderen Seite erzielen sie riesige Gewinne, die sie in der weiteren Folge in andere kriminelle Aktivitäten investieren. Auf diese Weise können geschäftsähnliche Organisationen aufgebaut werden, und schließlich gelingt ihnen darüber der Einstieg in den sogenannten legalen Wirtschaftskreislauf. Insofern ist Menschenhandel ein viel weitergehendes Phänomen, als dies bisher gesagt worden ist. Es ist nämlich der Einstieg in die weitere Organisierte Kriminalität.

Aber die Kriminalität wird auch durch die Geschleusten selbst verursacht. So führt der illegale Aufenthalt zwangsläufig zur illegalen Erwerbstätigkeit. Insbesondere die Entwicklung der Schwarzarbeit ist von der Entwicklung im Bereich des Menschenhandels abhängig. Teilweise sind aber auch andere Verstöße gegen die Rechtsordnung festzustellen, wie zum Beispiel Diebstahlskriminalität und andere Delikte, alles um hohe Schleusungssummen und auch den Lebensunterhalt bezahlen zu können.

Der wichtigste Aspekt ist hier von meiner Vorrednerin angesprochen worden. Es ist die organisierte Einschleusung von Mädchen und Frauen in erster Linie im Zusammenhang mit der hiesigen Prostitution. Der bundesweite Umsatz im Bereich der Prostitution beträgt jährlich sicher einige Milliarden Mark. Nach einem Bericht des „Spiegel“ aus dem Jahre 1994 soll die sogenannte Branche schätzungsweise 50 Milliarden DM jährlich umsetzen. Nach der gleichen Einschätzung sollen etwa 1,2 Millionen Menschen täglich Prostituierte in Deutschland aufsuchen.

Es wäre sicher illusorisch anzunehmen, daß man diesem Gewerbe, das als ältestes der Welt bezeichnet wird, den Markt und damit dem Frauenhandel die Grundlage entziehen könnte. Auch für den Frauenhandel ist der auf die großen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen West- und Osteuropa zurückzuführende Migrationsdruck ursächlich. Der diese Situation direkt ausnutzende Frauenhandel in Richtung Westeuropa wird folgerichtig erst von selbst mit der Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Ziel- und Herkunftsland der Geschleusten beseitigt werden können. Leider gibt es – und da stimme ich Frau Koburger ausdrücklich zu, und dies wurde auch im Rahmen der Bearbeitung der Großen Anfrage wieder deutlich – keine zentrale staatliche Stelle, die die Prostitution oder die Prostituierten vollständig erfaßt, die das Phänomen Prostitution insgesamt beobachtet und auch entsprechendes Zahlenmaterial erhebt. Eine auch nur annähernd vollständige Beschreibung von Prostitution ist aus diesem Grunde nicht möglich. Dies trifft erst recht auf die illegal

der Prostitution zugeführten Frauen und Mädchen zu. Daran wird allerdings, so fürchte ich, auch eine Fachkommission nichts ändern können.

Prostitution ist mit einer ihr immanenten Kriminalität behaftet, wie zum Beispiel die Delikte der Zuhälterei, Beleidigung, Nötigung, sexueller Mißbrauch, Körperverletzung und in gravierenden Fällen auch Tötungsdelikte. Die in dieses Milieu jetzt zusätzlich eintauchenden, nach Deutschland geschleusten Mädchen und Frauen sind nicht zuletzt aufgrund ihres illegalen Aufenthaltes quasi Freiwild in dieser Szene. Ich denke, daß fehlende gesetzliche Regelungen für die Ausübung der Prostitution in Deutschland, wie zum Beispiel die Anerkennung als Gewerbe, die Gewährung von Kranken- und Rentenversicherung und ähnliches, eher einen diesen Sumpf zusätzlich nährenden Effekt darstellen.

(Annegrit Koburger PDS: Nee, eine Entkriminalisierung würde das herbeiführen.)

Ich glaube, Sie haben mich nicht richtig verstanden. Vielleicht lesen Sie es im Protokoll nach. Für jemanden, der für Sicherheit zuständig ist, ist es sicher eine ungewöhnliche Aussage, wenn er sagt – ich wiederhole es noch mal, damit Sie mich verstehen –, daß er der Auffassung ist, daß die Anerkennung als Gewerbe, die Gewährung von Kranken- und Rentenversicherung eher dazu führen könnte, diesen Sumpf auszutrocknen. Ich sage dies als jemand, der in vier Jahren sehr viel von dem Leid dieser Frauen erfahren hat, das können Sie mir abnehmen. Wo klare Normen fehlen, macht sich sehr schnell Kriminalität breit, setzt sich fest und wird sozusagen zum das Milieu zusätzlich kennzeichnenden Merkmal.

Die besondere Situation der Prostituierten im allgemeinen und die der illegal zugeführten Frauen im besonderen wird geprägt durch das Abhängigkeitsverhältnis gegenüber den Zuhältern, den Menschenhändlern und anderen Kriminellen. Sie führt dazu, daß Opfer daraus resultierender Straftaten, nämlich aus Angst vor weiteren Bedrohungen und Körperverletzungen und schlimmeren Straftaten gegen sich und auch gegen Familienangehörige, nur selten bereit sind, belastende Aussagen zu machen. Schutzmaßnahmen, wie zum Beispiel die Aufnahmen in ein Zeugenschutzprogramm bilden sicherlich eine die Aussagebereitschaft fördernde Möglichkeit, sie sind aber nur in begrenztem Umfang praktikierbar, denn zunächst müssen für die Aufnahme bestimmte Voraussetzungen vorliegen, nämlich daß es einen Sinn macht, diese Schutzmaßnahmen auch effektiv durchzuführen. Diese Problematik ist bekannt, und eine beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Februar 1997 eingerichtete Bundesarbeitsgruppe Frauenhandel – die gibt es nämlich schon auf Bundesebene – hat dies aufgegriffen.

Zur Zeit wird durch diese Arbeitsgruppe, in der unter anderem Beamte der Ermittlungs- und Zeugenschutzdienststellen von Bund und Ländern sowie Vertreterinnen verschiedener Hilfsorganisationen mitwirken, ein alternatives Schutzkonzept zu dem zugegebenermaßen sehr engen Zeugenschutzprogramm erarbeitet. Allerdings, fürchte ich, wird sich auch durch ein verändertes Schutzprogramm ein Problem nicht lösen, nämlich daß Bedrohungen nicht nur gegen die hier anwesenden Frauen wirken, sondern vor allem gegen die im Heimatland lebenden Angehörigen. Wir wissen aus bestimmten Verfahren, daß genau dies der Fall ist.

In Ihrem Antrag ist im weiteren zur Problematik der Duldung für die Dauer des Ermittlungs- und Strafverfahrens

ausgeführt worden. Dazu folgendes: Auf Veranlassung der Strafverfolgungsbehörden kann bei Vorliegen eines erheblichen öffentlichen Interesses eine Duldung gemäß Paragraph 55 Absatz 3, nämlich die vierte Alternative im Ausländergesetz, gewährt werden.

(Annegrit Koburger PDS:

Nur es wird meistens nicht genutzt.)

Ein öffentliches Interesse kann tatsächlich aufgrund einer Zeugeneigenschaft vorliegen. Das läßt sich sehr wohl begründen, wenn die Bereitschaft eines Eingeschleusten und sich illegal im Bundesgebiet aufhaltenden Ausländers zur Aussage besteht und die Strafverfolgungsbehörden den Aufenthaltswort als Zeuge für erforderlich halten. Dann kann die Abschiebung zeitweise ausgesetzt und, was wichtiger ist, eine Duldung ausgesprochen werden.

Mein Haus hat bereits 1994 mit einem entsprechenden Erlaß die Ausländerbehörden im Lande in dieser Sache sensibilisiert, so daß ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft – das ist die federführende Behörde in diesem Verfahren – bis zum Abschluß des Verfahrens eine Duldung zu erteilen ist. Diesem Petition ist also entsprochen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Menschenhandel, das wissen wir, ist kein auf Mecklenburg-Vorpommern zu reduzierendes und auch nicht ein nur innerhalb unserer Landeszuständigkeit zu lösendes Problem. Es betrifft die gesamte Bundesrepublik und darüber hinaus mit unterschiedlichen Auswirkungen andere westeuropäische Länder. Auf europäischer Ebene sind eine Reihe von Maßnahmen und Bestimmungen für eine international abgestimmte Bekämpfung des Menschenhandels verabschiedet worden. Ich will auf diese hier im einzelnen nicht eingehen, das würde den Rahmen der heutigen Diskussion sprengen.

Aber auch in nationaler Sicht liegen bundesweit abgestimmte Regelungen vor, und es werden derzeit, wie ich ausführte, zusätzliche geschaffen. So sieht zum Beispiel der Entwurf der allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Ausländergesetz vor, daß neben dem für die Duldung eines Ausländers erforderlichen öffentlichen Interesse das spezifische Interesse des Ausländers an der Regelung seiner persönlichen Belange im Zusammenhang mit der Rückführung berücksichtigt wird. Dem bundesweiten Abstimmungsbedarf – und der ist in der Tat gegeben – zur Bekämpfung des Frauenhandels und der Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Hilfsorganisationen, die erforderlich ist, wird in verschiedener Weise nachgekommen, insbesondere über die von mir schon erwähnte Arbeitsgruppe Frauenhandel auf Bundesebene.

Ich denke, die wesentlichen Zielsetzungen Ihres Antrages sind damit eigentlich schon aufgegriffen. Ich halte es nicht für sinnvoll, eine spezielle, auf ein Land begrenzte Arbeitsgruppe zu gründen. Es ist nun mal so, daß Ländergrenzen für Menschenhandel – innerstaatliche schon gar nicht – überhaupt keine Grenzen sind. Für Prostitution und Zuhälterei ist es vollkommen gleichgültig, wo irgendwelche Ländergrenzen verlaufen. Deswegen bin ich der Meinung, wir sollten die Kapazitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels dort belassen, wo sie gebraucht werden, und sie nicht in irgendwelchen Kommissionen oder in irgendwelchen neuen Gruppen verbrauchen. Auf Bundesebene wird dies in der Arbeitsgruppe koordiniert, und deswegen empfehle ich Ihnen, eine solche Gruppe nicht einzurichten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Manfred Ribbmann: Vielen Dank, Herr Innenminister.

Wir setzen die Aussprache fort. Das Wort hat noch einmal die Abgeordnete Frau Koburger, direkt nach dem Minister Frau Koburger noch einmal.

Annegrit Koburger PDS: Ja, meine Damen und Herren, und Herr Präsident natürlich, Entschuldigung.

Ich muß sagen, es ist das erste Mal, daß ich von einem CDU-Politiker höre, daß mit der Anerkennung der Prostitution als Gewerbe eine Entkrampfung und Entkriminalisierung in diesem Bereich zu verzeichnen wäre. Das begrüße ich sehr,

(Zuruf von Renate Holznagel CDU)

weil das seit vielen Jahrzehnten eine Forderung der Prostituiertenbewegung, aber auch der Frauenbewegung insgesamt ist, um hier zu entkriminalisieren. Aber was aus meiner Sicht nicht hinnehmbar ist, ist, daß Sie wieder, obwohl sich die Rede heute sehr wohltuend von dem unterschieden hat, was Sie im November gesagt haben, eine Kriminalisierung der Opfer mit einbezogen haben.

Wenn sie Diebstahl begehen, ist das im ersten Augenblick Kriminalität, aber es ist doch unter den Bedingungen, die sie hier vorfinden, wie Mundraub, und Mundraub ist eigentlich nicht strafrechtsrelevant, so würde ich es zumindest bewerten.

Frauenhandel, und das haben wir im November gesagt und auch heute früh schon erwähnt, ist eigentlich eines der schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich möchte das anhand eines sehr traurigen Beispiels noch mal darlegen.

Schlagzeile: Vorbestrafter mißhandelte und folterte thailändische Lebensgefährtin. Der besagte Täter ist wegen Vergewaltigung vorbestraft. Nach zahlreichen Mißhandlungen verstümmelte und folterte er seine thailändische Lebensgefährtin so schwer, daß sie lebensgefährliche Verletzungen erlitt. Nur durch eine Notoperation konnte die junge Frau gerettet werden. Diagnose des Arztes: Der Körper weist Spuren von Peitschenhieben, Stockschlägen, Brandwunden und Schnittverletzungen auf. Die beiden Kinder der Thailänderin wurden von den Eltern des Täters festgehalten, daher konnte sich das Opfer nicht von seinem Peiniger befreien. Das ist Geiselnahme.

Auch die Kinder wurden mißhandelt und mißbraucht, ihre Körper tragen ebenfalls Narben von Brandwunden. Die junge Frau wurde wie eine Sklavin gehalten, durfte die deutsche Sprache nicht lernen, Außenkontakte wurden unterbunden. Soweit das Beispiel.

Wir alle wissen, ob wir es wahrhaben wollen oder verdrängen, das sind keine Einzelbeispiele, und auch die Ursachen sind hinreichend bekannt. Sie sind nicht rein privater Natur, sondern gesellschaftlich determiniert, weil Frauen oft nur als Objekt betrachtet werden, das, was ihnen angetan wird, bagatellisiert wird und in der Öffentlichkeit ein kollektives Wegsehen typisch ist.

Meine Damen und Herren! Am Umgang mit dem Phänomen Frauenhandel und der konsequenten Bekämpfung läßt sich der Grad der Zivilisation einer Gesellschaft messen. In der BRD liegt sie diesbezüglich nur wenig über Null. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren – trotz einiger Verbesserungen, die es gibt –, daß für die konser-

vative Politik an einer konsequenten Strafverfolgung kein echtes Interesse besteht. Von Regierungsseite wird der Opposition angelastet, wir würden durch unsere Haltung zum Großen Lauschangriff oder zum SOG verhindern, daß notwendige Instrumentarien zur Strafverfolgung geschaffen werden. Aber das ist nur die Begründung für Sie für den vorhandenen Zustand zur Aufrüstung des Staates frei nach dem Motto „Ein Gespenst geht um, die Organisierte Kriminalität.“ Die PDS hat nie das Vorhandensein Organisierter Kriminalität geleugnet, doch immer deutlich gemacht: Wir brauchen keine neuen Instrumentarien, sondern eine konsequente Nutzung und Ausschöpfung bereits vorhandener gesetzlicher Möglichkeiten.

(Beifall Angelika Gramkow PDS)

Zu konstatieren ist: Obwohl der Frauenhandel zunimmt – und die Zahlen, die Herr Jäger hier genannt hat, sind ja nicht unbeachtlich –, enthält die polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Statistik nur wenige Aussagen zum tatsächlichen Ausmaß des Verbrechens. Augen zu und durch?

Darüber hinaus hat die Abschiebung der Opfer enorm zugenommen. Dies widerspiegeln auch die Antworten auf unsere Kleinen Anfragen dazu.

Wir müssen weiter feststellen, Gesetzesänderungen führten bisher zu einer Verfestigung von Schleuserstrukturen und einem enormen Anstieg von Vermittlungsgebühren, die von den gehandelten Frauen „abgearbeitet“ werden müssen. Zum Beispiel hat die Einführung der Visapflicht für thailändische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nicht zu einer Eindämmung des Frauenhandels geführt, sondern zu strafferen Organisationsstrukturen für die Einschleusung und zur Erhöhung der Vermittlungsgebühr von bisher 10.000 bis 20.000 DM auf jetzt 40.000 DM. Das alles sind für uns Indizien für die vorab aufgestellte These.

Die PDS-Fraktion möchte daher mit dem Antrag unter breiter Beteiligung gesellschaftlicher Kräfte einen Weg einschlagen, der Bedingungen schaffen kann, die den Verbrechenopfern Hilfe und Schutz zuteil werden lassen und den Frauenhändlern mit konsequenter Strafverfolgung das Handwerk legen. Ich halte es nach wie vor für geboten, auch hier in Mecklenburg-Vorpommern eine zeitweilige Fachkommission einzurichten, weil wir natürlich eine ganz andere Situation wie meinetwegen in Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg oder Berlin haben. Berlin hat aufgrund des Westteils schon viel länger Erfahrung mit dem Phänomen Frauenhandel und hat auch eine ganz andere Struktur dieses Frauenhandels als zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, wobei wir uns im Moment noch nicht auf verlässliche Erkenntnisse berufen können. Es ist aber notwendig, diese Erkenntnisse zusammenzutragen.

Wir haben schon damals im November zum Ausdruck gebracht, daß wir es für dringend geboten halten, auch durch eine kooperative Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und staatlichen Institutionen der angrenzenden Länder und der, ich sag mal, Herkunftsländer der Opfer entsprechende Bedingungen zu schaffen, um den Frauenhandel einzudämmen, ihm einen Riegel vorzuschieben und vor allem den Opfern zu helfen. Daher bitte ich nochmals eindringlich um die Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Dr. Manfred Reißmann: Vielen Dank, Frau Koburger.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Holznagel, CDU-Fraktion.

Renate Holznagel CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Grundgesetz geht in Artikel 1 von der Unverletzlichkeit der menschlichen Würde aus, doch mitten unter uns leben Menschen wie Sklaven. Frau Koburger, Sie haben es an einem Beispiel geschildert. Sie werden ihrer Würde, ihrer sexuellen Selbstbestimmung und ihrer Freiheit beraubt durch andere Menschen, die dadurch eine Menge Geld verdienen. In der Regel sind die Opfer Frauen, überwiegend aus Südostasien und zunehmend auch aus Osteuropa, die skrupellosen Menschenhändlern in die Fänge geraten oder ihnen von Handlangern zugeführt werden. Sie werden erpreßt, mißhandelt, vergewaltigt, mit Mord bedroht, zur Prostitution gezwungen.

Frau Koburger, dieses Thema wird nicht einfach abgehakt, und keiner will es abhaken, deswegen bitte ich Sie, machen Sie es sich nicht so einfach. Ich denke, in einer Demokratie sollte man konservative Standpunkte auch hier tolerieren und sich nicht nur immer das herauspicken, was einem paßt oder was einem nicht paßt.

(Annegrit Koburger PDS:
Aber sich kritisch auseinandersetzen.)

Menschenhandel gehört für mich zu den schlimmsten Verbrechen. Gezielt werden Notsituationen von Menschen zum persönlichen Vorteil und zu Bereicherung ausgenutzt. Die Methoden sind raffiniert. Sie gehen von Veröffentlichungen von Zeitungsanzeigen oder von persönlichen Kontaktaufnahmen auf öffentlichen Straßen, in Diskotheken oder Gaststätten, in denen seriöse Tätigkeiten in Deutschland angeboten werden, über Vermittlung und Anwerbung durch Partner- oder Heiratsvermittlungsinstitute über Anwerbung für angeblich harmlose Tätigkeiten, wie die einer Tänzerin, Kellnerin oder Putzfrau, bis hin zum Abkauf beziehungsweise zum Verkauf und der Verschleppung von Frauen durch Menschenhändlerringe aus dem In- und Ausland.

Es ist kein Geheimnis, daß sich der Frauenhandel mittlerweile zu einem höchst einträglichen Geschäft entwickelt hat, bei dem die Gewinnspannen hoch und das Risiko gering sind. Schon längst haben Schlepperbanden sich auf das Geschäft des Frauenhandels umgestellt. Man schätzt, daß der Umsatz im Handel mit Frauen weltweit etwa 120 Milliarden DM pro Jahr einbringt. Um sich die Frauen und Mädchen gefügig zu machen, werden systematisch Erpressung, Nahrungsentzug, körperliche Gewalt, Vergewaltigung bis hin zu Mord angewendet.

Ein großer Teil der finanziellen Einnahmen, die durch die Frauen erbracht werden, wird als angebliche Schuld einbehalten. Die Frauen werden also in einer Art Zinsknechtschaft gehalten. Auch wenn es Frauen gelingt, sich aus diesem Sklavendasein zu befreien, so sind sie durch diesen Kreislauf von Angst, Unterdrückung und Gewalt für ihr weiteres Leben gekennzeichnet. Alles dies zeigt, daß wir es hier mit einer der schlimmsten Formen Organisierter Kriminalität zu tun haben, die mit aller Härte und Konsequenz, mit allen zu Gebote stehenden rechtlichen Mitteln bekämpft werden muß. Hier sollten der Opfer- und Zeugenschutz und auch das Ausländerrecht eine besondere Stellung einnehmen.

Meine Damen und Herren! Um einen Überblick über die Situation in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten, hat die

CDU-Fraktion im November 1997 eine Große Anfrage zu diesem Thema an die Landesregierung gestellt. Die Antwort auf diese Anfrage wird dem Landtag in den nächsten Tagen zugeleitet werden.

Ich denke, meine Damen und Herren von der PDS, mit der Antwort auf diese Große Anfrage hat sich zum Beispiel die Ziffer 2 Ihres Antrages bereits erledigt. Ich meine damit den Bericht, den Sie erwarten. Ich denke, wir sollten die Antwort auf diese Große Anfrage in Ruhe in den Ausschüssen beraten und nicht in einem Anfall von blindem Aktionismus mal eben eine Fachkommission ins Leben rufen, die nach Ihren Vorstellungen mindestens 26 Institutionen umfaßt.

(Zuruf von Annegrit Koberger PDS)

Hier müssen Sie sich schon die Frage gefallen lassen, wie effektiv Sie die Arbeit einer solch großen Fachkommission einschätzen, in Anbetracht der Arbeit vieler Arbeitsgruppen auf Bundes- und Länderebene und auch in den Fachressorts. Zu diesem Thema arbeiten bereits folgende Behörden: die Ausländerbehörde, die Sozialbehörde, Polizei, Kriminalpolizei, Jugendämter, Dienste und Einrichtungen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Frauenhäuser, Büros der Gleichstellungsbeauftragten, Büros der Ausländerbeauftragten. Ich denke, es ist hier wichtig, die Koordinierung zu betrachten und zu untersuchen, ob es ausreicht, wie es im Moment gestaltet wird.

Wichtig ist für mich auch, daß wir die Vorkommnisse und die Möglichkeiten in unserem Land diskutieren. Die Koalitionfraktionen beantragen deshalb die Überweisung des Antrages federführend in den Sozialausschuß und mitberatend in den Innen- und Finanzausschuß, um über die geeignete Umsetzung unseres gemeinsamen Anliegen zu beraten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Manfred Rißmann: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Holznagel.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Beyer, SPD-Fraktion.

Heidemarie Beyer SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frauenhandel ist ein besonders menschenverachtendes Geschäft und ein besonderes lukratives. Wir haben das heute hier gehört. Die Situation wurde mehrfach geschildert. Die Fakten wurden genannt, deshalb möchte ich mir das jetzt sparen.

Es ist offensichtlich, daß das Problem ein internationales ist und auch international bekämpft werden muß, zum Beispiel erstens durch einen Informations- und Datenaustausch zwischen den EU-Ländern, zweitens durch verstärkte internationale Zusammenarbeit der EU-Länder, Drittstaaten und Herkunftsländer der Opfer und drittens durch verbesserte Zusammenarbeit zwischen Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, Sozialbehörden, Ausländerbehörden und Nichtregierungsorganisationen.

Aber auch für unser Land besteht dringender Handlungsbedarf. Mit einem großen Anteil an der EU-Ostgrenze haben wir viele Probleme, aber auch Verantwortung und Handlungsbedarf in folgenden Punkten: Wir brauchen

erstens eine befristete Aufenthaltserlaubnis für Opfer des Menschenhandels, die bereit sind, als Zeugen auszusagen,

zweitens die Koordinierung von Strafverfolgungsbehörden und Polizei, um alte Ausweisungen zu vermeiden,

drittens die Bereitstellung von Dolmetschern, viertens die Spezialausbildung von Polizeibeamtinnen, fünftens Zeugenschutzprogramme und sechstens ein Konfiszieren der Erträge.

Frau Koberger, wir stimmen Ihnen zu, daß dringender Handlungsbedarf besteht. Das ist ein seltener Fall, daß alle Fraktionen sich darin einig sind, sogar mit dem Innenminister. Das begrüße ich auch sehr. Wir sehen wirklich noch Beratungsbedarf, denn ich denke, man muß den sinnvollsten Weg suchen, um hier die Probleme möglichst schnell lösen zu können. Und deswegen würden wir eben auch vorschlagen, den Antrag in die genannten Ausschüsse zu überweisen.

(Annegrit Koberger PDS: Das bringt doch überhaupt nichts mehr.)

Ich gehe bei der Übereinstimmung davon aus, daß dieser Antrag auch noch in dieser Legislaturperiode beraten und verabschiedet werden kann. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Manfred Rißmann: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beyer.

Ich schließe die Aussprache.

Während der Debatte ist von zwei Rednerinnen die Überweisung des Antrages der Fraktion der PDS auf Drucksache 2/3763 federführend in den Sozialausschuß und mitberatend in den Innenausschuß sowie in den Finanzausschuß beantragt worden. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Bei Zustimmung seitens der Abgeordneten der CDU- und SPD-Fraktion und Ablehnung bei den Abgeordneten der PDS-Fraktion ist der Überweisung des Antrages der Fraktion der PDS auf Drucksache 2/3763 federführend an den Sozialausschuß und mitberatend an den Innen- und Finanzausschuß zugestimmt worden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Änderung des Strafvollzugsgesetzes, Drucksache 2/3774(neu).

**Antrag der Fraktion der CDU:
Änderung des Strafvollzugsgesetzes
– Drucksache 2/3774(neu) –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Bollinger von der CDU-Fraktion.

Hermann Bollinger CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Andreas Bluhm PDS: Jetzt ziehen Sie den Antrag zurück, ne?)

Die CDU-Landtagsfraktion hat den Antrag zu dieser Sitzung eingebracht, um auch im Land Mecklenburg-Vorpommern einen Diskussionsbeitrag zum 20jährigen Jubiläum des Strafvollzugsgesetzes aus dem Jahr 1977 zu geben.

(Dr. Gottfried Timm SPD: Furchtbar ist das, furchtbar. – Andreas Bluhm PDS: Jubiläen feiern ist immer so eine Sache.)

Im Ergebnis unserer Untersuchung hat sich gezeigt, daß der Ansatz des Strafvollzugsgesetzes von illusionären Vorstellungen geprägt war,

(Andreas Bluhm PDS: Damit hat er Erfahrungen.)

die für die Praxis untauglich sind und letztlich grundsätzlich verfehlt waren.

Die im Strafvollzugsgesetz vorgeschriebene vorrangige Ausrichtung des Strafvollzuges auf die Resozialisierung des Täters ist Ergebnis dieses grundsätzlich falschen Ansatzes und bedarf der Korrektur.

(Andreas Bluhm PDS: Oh, oh, jetzt kommt wieder der rechtsstaatliche Knüppel.)

Vor allen Dingen ist darauf zu achten, daß sich die Rahmenbedingungen im Justizvollzug seit Inkrafttreten dieses Gesetzes erheblich verändert haben. Die Aggressivität der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten hat deutlich zugenommen, die Gewaltbereitschaft ist enorm gestiegen.

(Andreas Bluhm PDS: Ja, woran liegt denn das? – Annegrit Koburger PDS: Das liegt doch nicht am Gesetz.)

Übergriffe gegenüber Bediensteten, eine Häufung der Straftaten im offenen Vollzug und die gleichbleibenden hohen Rückfallquoten zeigen dieses. Die großen Erwartungen der Reform in den 70er Jahren haben sich nicht erfüllt.

Die Situation ist vielmehr von teilweise extremer Überbelegung in den Justizvollzugsanstalten, einem großen Anteil ausländischer Gefangener und ungünstigen Arbeitsbedingungen für die Bediensteten geprägt. Dazu kommt die nach wie vor hohe Zahl von Ausbrüchen und Straftaten während des Freiganges oder im Hafturlaub.

Es ist unserer Meinung nach deshalb erforderlich, insbesondere im Paragraphen 2 des Strafvollzugsgesetzes die Aufgabenbeschreibung des Justizvollzuges so neu zu definieren, daß der Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten wieder ein vorrangiges Vollzugsziel wird.

Die Vollzugsplanung und insbesondere die Gewährung von Urlaub ist so zu gestalten, daß in den Justizvollzugsanstalten individuelle Verantwortlichkeiten für die jeweiligen Einzelentscheidungen festgemacht werden können. Im Hinblick auf den Vollzugszweck der Sicherheit der Bevölkerung muß auch Paragraph 10 des Strafvollzugsgesetzes eine Änderung erfahren. Danach kann künftig der offene Vollzug nicht als Regelvollzug angesehen werden. Im offenen Vollzug dürfen sich nur solche Gefangenen befinden, die insbesondere unter Berücksichtigung der Sicherheit der Bevölkerung vor weiteren Straftaten eine eindeutige Eignung für den offenen Vollzug aufweisen.

(Andreas Bluhm PDS:
Mmm, und wie ermitteln wir diese?)

Auch eine sofortige Einweisung in den offenen Justizvollzug wird nicht mehr möglich sein. Erst nach intensiver Prüfung der Eignung darf dies möglich werden.

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Das sind richtungsweisende Worte von Herrn Bollinger. –
Andreas Bluhm PDS: Ja, ich weiß, alles falsch.)

Eine Änderung des Strafvollzugsgesetzes hin zu einer grundsätzlichen Umorientierung des Strafvollzuges ist erforderlich.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Ist das eigentlich Ländersache, Herr Bollinger?)

Hinzutreten muß jedoch auch eine Anpassung an die Erfordernisse eines modernen effizienten Justizvollzuges durch angemessene und akzeptable Rahmenbedingungen sowohl für die Bediensteten als auch für die Gefangenen. Darauf wird mein Kollege Caffier in der Aussprache weiter eingehen.

(Zurufe von der PDS: Oha!)

Die CDU-Landtagsfraktion tritt deshalb dafür ein, daß der Kanon der Vollzugsziele aus Schutz der Allgemeinheit, Sühne, Spezialprävention und Resozialisierung in einer aus heutiger Sicht angemessenen Reihenfolge gebracht wird.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
Kaiser Wilhelm läßt grüßen.)

Strafvollzug muß den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen. Strafe muß auch als solche empfunden werden

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Immer druff!
Wer sich in Gefahr begibt, bekommt eine auf die Nuß. Das kennen wir schon.)

und dem Gedanken der Spezial- und Generalprävention, also der Abschreckung des Täters und der Allgemeinheit ebenfalls Rechnung tragen. Sie wissen genau, Herr Dr. Schoenenburg, Sie sind ja die Erben der SED, die das genau nach diesem Prinzip, was Sie mit Kaiser Wilhelm betitelt

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
Werden Sie nicht nervös, Herr Bollinger!)

oder in Verbindung gebracht haben, getätigt haben.

(Andreas Bluhm PDS: Ach, Herr Bollinger, Sie waren doch mit dabei! Erzählen Sie doch nicht solchen Unsinn hier! –
Zuruf von Dr. Harald Ringstorff SPD –
Glocke des Präsidenten)

Resozialisierung ist nur dort möglich, wo der Täter resozialisierungswillig und -fähig ist.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Sie haben aus der DDR überhaupt nichts gelernt.)

Wo Resozialisierung nicht möglich erscheint oder der Gefangene die Chancen des Resozialisierungsvollzuges nicht wahrnimmt, ist die Unterbringung in besonderem Sicherheitsvollzug notwendig.

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Ich denke, wir sollen hier richtungsweisende Worte hören.)

Eine Resozialisierung kann nur dann stattfinden, wenn eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft möglich ist.

(Andreas Bluhm PDS: Ja, und wenn nicht, dann schließen Sie ihn lebenslang weg, oder wie?)

Hierbei ist eine eingehende Gesamtanalyse vorzunehmen. Das umfaßt die Persönlichkeit des Verurteilten und seine Entwicklung während des Strafvollzuges. Diese Gesamtbedingung muß ergeben, daß besondere Umstände vorliegen, die eine Resozialisierung rechtfertigen.

(Andreas Bluhm PDS: Oh man,
oh man, oh man, oh man, oh man! –
Angelika Gramkow PDS: Renationalisierung?)

Erst danach darf von der Möglichkeit des offenen Vollzuges Gebrauch gemacht werden. Bei gefährlichen und

nicht therapiefähigen oder therapiewilligen Straftätern, vor allem Sexualstraftätern, muß der geschlossene oder Sicherheitsvollzug bereits nach der ersten Rückfalltat angeordnet werden. Der Irrglaube vieler Ideologen, daß alle Menschen therapiefähig sind, muß vertrieben werden.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Auch noch vertrieben? – Volker Schlotmann SPD:
Ja, das stimmt. Das haben wir bei der CDU gelernt. Ich bin therapiefähig.)

Daß es die CDU-Fraktion mit diesen Forderungen im Rahmen des Vollzuges ernst meint, wird mit der Forderung unterstrichen, daß auch hier im Land mit Hilfe der Stimmen der CDU dafür gesorgt wird, daß die baulichen und personellen Voraussetzungen für diesen Weg bereitgestellt werden. Die CDU ist bereit, alle Hindernisse und alle Steine, die Sie diesem Projekt jetzt in der anschließenden Aussprache in den Weg legen wollen, aus dem Weg zu räumen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung für diesen Antrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Andreas Bluhm PDS: Nun seien Sie mal nicht so nervös. Das wird sowieso nichts.)

Vizepräsident Dr. Manfred Reißmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bollinger.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Sozialminister Herr Kuessner in Vertretung des Ministers für Justiz und Angelegenheiten der Europäischen Union Herrn Eggert.

Minister Hinrich Kuessner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ein persönliches Wort: Herr Bollinger, Sie sprachen das 20jährige Jubiläum an. Mein Eindruck ist, daß Ihr Antrag 100 Jahre zurückgehen will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Volker Schlotmann SPD:
Der will Kaiser Wilhelm wiederhaben. –
Zuruf von Till Backhaus SPD)

Ich hoffe sehr, daß dieser Antrag eine klare Ablehnung in diesem Landtag findet.

(Zuruf von Hermann Bollinger CDU)

Ich verlese jetzt die Rede des Justizministers, der heute leider nicht hier sein kann.

Die bisherige Debatte voller populistischer Äußerungen ist schon traurig mit anzusehen. Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, wissen genau, daß noch im letzten Jahr nach einer intensiv und damals glücklicherweise trotz des brisanten Themas seriös geführten Debatte der Deutsche Bundestag ein Gesetz verabschiedet hat zum besseren Schutz der Gesellschaft vor schweren Gewalt- und Sexualdelikten.

Dieses Gesetz hat erhebliche Veränderungen im strafrechtlichen, strafprozessualen und strafvollzugsrechtlichen Bereich gebracht. Heute tun Sie mit Ihrem Antrag so, als bedürfte es nach diesem bundesweiten Konsens schon wieder gesetzlicher Änderungen. Dabei stellen Sie – und

das ist wirklich neu – Resozialisierungsbemühungen des Strafvollzuges in den Gegensatz zur Sicherheit der Allgemeinheit. Besser stünde es Ihnen an zu betonen, daß nur eine Resozialisierung inhaftierter Straftäter die Menschen draußen vor einer Wiederholung der Taten durch eben diese Täter schützt.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, es muß sich vor diesem Hintergrund der Verdacht aufdrängen, daß es Ihnen mit Ihrem Antrag gar nicht um den Schutz der Bevölkerung geht, sondern daß Sie in fragwürdiger Art und Weise versuchen, mit Emotionalisierung von Sachthemen Stimmen an sich zu binden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nichts eignet sich weniger für parteipolitisches Gezänk, für Emotionalisierung und sachfremden Populismus als das Justizsystem.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
Aber das passiert jeden Tag, Herr Kuessner.)

So ist es, aber es eignet sich nicht.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Ja, was eignet sich schon? – Zuruf von Harry Glawe CDU)

Es ist sogar gefährlich in unserer augenblicklichen Situation. Ich denke, wir haben in diesen beiden Tagen im Landtag Diskussionen gehabt, die das sehr deutlich machen.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Ja, das ist ja das, was ich sage. Die CDU macht die Losungen der DVU erst hoffähig.)

Ich denke, die CDU – ich gebe Ihnen recht – spielt mit dem Feuer, mit dem gesellschaftlichen Feuer, so daß die gute Entwicklung der Demokratie auf diese Art und Weise echt gefährdet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Hier gilt es für alle demokratisch gesinnten Parteien, das Vertrauen der Bevölkerung in eine funktionsfähige Justiz und einen ebenso funktionsfähigen Strafvollzug zu stärken, statt wider besseres Wissen so zu tun, als erfüllten diese Institutionen nicht bereits heute ihren schweren Auftrag in größtenteils geradezu vorbildlicher Weise.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Siegfried Friese SPD: Richtig.)

Daß dieses so ist, will ich Ihnen – was mir viel wichtiger ist, weil Sie ja ausschließlich darauf abgezielt haben – anhand von Fakten darlegen in der Hoffnung, Sie auf diese Weise von Ihrem Irrtum abbringen zu können.

Sie fordern, Sühne als neues Strafvollzugsziel in das Gesetz hineinzuformulieren. Fakt ist, und Sie wissen das, daß dieser Gedanke vom Bundesgerichtshof anerkanntes Strafzumessungskriterium ist, das für unsere Strafgerichte bei der Höhe der ausgesprochenen Strafe, das heißt bei der Länge der verhängten Freiheitsstrafen bereits Berücksichtigung findet.

Sagen Sie doch, was genau Sie mit diesen Gedanken im Strafvollzug wollen. Fordern Sie die Rückkehr zu Wasser und Brot, zu Dunkelheit oder zu dem im DDR-Vollzug bis in die 60er Jahre hinein noch praktizierten Vollzug in Stehzellen? Was wollen Sie der Bevölkerung mit einem derartigen Ansatz denn weismachen?

(Dr. Gottfried Timm SPD: Ja, das möchte ich auch mal gern wissen.)

Etwa, daß Menschen nach einer derartigen im übrigen mit unserer Verfassung Gott sei Dank unvereinbaren Behandlung nach Verbüßung der Strafe geläutert in die Gesellschaft zurückkehren?

(Dr. Gottfried Timm SPD: Ja.)

Nein, meine Damen und Herren, die Rückkehr zum mittelalterlichen Vollzug von Freiheitsstrafen würde dazu führen, daß wir nach Abschluß der Strafe wandelnde Zeitbomben auf die Allgemeinheit loslassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Richtig.)

Sagen Sie das doch der Bevölkerung, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion! Sie fordern unter Ziffer 1 Ihres Antrages, den Schutz der Allgemeinheit zum vorrangigen Vollzugsziel zu erheben. Fakt ist, daß dieser Gedanke, das gesamte Strafvollzugsgesetz einschließlich der darin vorgesehenen Behandlungs- und Resozialisierungsbemühungen doch bereits heute dominiert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Gottfried Timm SPD: So ist das.)

Keine Vollzugslockerung darf gewährt werden, keine Verlegung in den offenen Vollzug darf vorgenommen werden, wenn zu befürchten steht, dies werde zu einer Gefährdung der Allgemeinheit durch einen Mißbrauch dieser Maßnahmen führen.

Der Vollzug und seine dort eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllen diesen gesetzlichen Auftrag hervorragend. Bei 2.498 im Jahr 1996 in Mecklenburg-Vorpommern gewährten Ausgängen aus dem Vollzug hat sich in gerade einmal 0,24 Prozent der Fälle die gestellte Prognose als unzutreffend herausgestellt. Bei Ausgängen aus dem offenen Vollzug gab es nicht einmal einen einzigen Fehlschlag.

Von 2.659 Beurlaubungen waren lediglich 0,86 Prozent nicht erfolgreich. Auch hier war das Ergebnis im offenen Vollzug noch besser. Beim Freigang, der intensivsten Form der Vollzugslockerungen, gab es überhaupt keine Mißerfolge.

Meine Damen und Herren! Betonen Sie in der Öffentlichkeit diese Bilanz, und Sie werden das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nachhaltig verstärken

(Beifall Beate Mahr SPD)

und gleichzeitig vermeiden, die schwere und verantwortungsvolle Tätigkeit unseres Personals in Mißkredit zu bringen.

Sie fordern in Ihrem Antrag, der offene Vollzug solle nicht mehr die Regelvollzugsform sein, und im Grundsatz solle die Unterbringung der Gefangenen im geschlossenen Vollzug erfolgen. Auch hier zeichnen Sie bewußt ein völlig falsches Bild. Fakt ist, daß sich bundesweit der ganz überwiegende Teil der Inhaftierten im geschlossenen Vollzug befindet, weil, wie bereits ausgeführt, auch diese Unterbringungsform nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen nur dann zur Anwendung kommen darf und auch kommt, wenn Gefahren für die Allgemeinheit nicht zu befürchten sind. So waren im offenen Vollzug 1997 lediglich 5,3 Prozent der Insassen untergebracht.

Bundesweit ist diese Quote etwas höher und liegt bei circa 13,6 Prozent der Insassen. Sie erwecken den Eindruck, als sei es gängige Praxis, Sexualstraftäter in den offenen Vollzug einzuweisen. Fakt ist, daß bei uns im Lande kein einziger Sexualstraftäter direkt in den offenen Vollzug eingewiesen wird. Hier wird besonders deutlich, auf welcher Klaviatur der Ängste Sie zu spielen versuchen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Mit dem emotionsbelasteten Thema „Sexualtäter“ versuchen Sie, eine für den Resozialisierungsauftrag des Justizvollzuges unverzichtbare und außerordentlich erfolgreiche Vollzugsform, nämlich den offenen Vollzug, in Mißkredit zu bringen. Es stört Sie dabei auch keineswegs, daß diese Vollzugsform unmittelbar aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz unserer Verfassung abgeleitet ist.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Alles richtig.)

Der Staat darf die von ihm ausgesprochene Sanktion danach gar nicht im geschlossenen Vollzug vollziehen, wenn – und das ist doch die ausdrückliche Vorgabe des geltenden Gesetzes – die Unterbringung im offenen Vollzug im Einzelfall ohne Gefährdung der Allgemeinheit möglich ist und damit ausreicht.

Auch hier handelt die Praxis geradezu vorbildlich verantwortungsbewußt. Entweichungen aus dem offenen Vollzug gab es 1992 zwei, 1993 keine, 1994 eine, 1995 zwei, 1996 eine und 1997 keine. Zu den Mißerfolgen des offenen Vollzuges bei Vollzugslockerungen und Beurlaubungen habe ich Ihnen gerade schon die Zahlen genannt.

Ebenso unzutreffend wie Ihre schon genannten Unterstellungen ist die in Ihrem Antrag enthaltene Aussage, es hätte sich im offenen Vollzug bei Vollzugslockerungen und Beurlaubungen von Gefangenen die Zahl der Straftaten erhöht. Nichts dergleichen ist wahr. Sie operieren auch hier mit nicht belegbaren Spekulationen.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion! Ich denke, Fakten sollten überzeugen. Kehren Sie zur sachlichen Auseinandersetzung zurück, und unterstützen Sie den Justizminister dabei, die in der Tat immer schwieriger werdenden Verhältnisse im Justizvollzug im Griff zu behalten. Denn in der Tat, wir haben bundesweit eine dramatische Zuspitzung der Belegungssituation in den Haftanstalten. Dieser Entwicklung können wir dann Herr werden, wenn die demokratischen Parteien in der Folge der im letzten Jahr beschlossenen und mittlerweile umgesetzten Gesetzesänderung zum Schutz der Gesellschaft vor gefährlichen Gewalt- und Sexualtätern nun auch bereit sind, dem Strafvollzug die notwendigen Ressourcen für die Umsetzung der Gesetze zur Verfügung zu stellen.

Wir benötigen neue Justizvollzugsanstalten über die derzeit geplanten und im Bau befindlichen hinaus. Wir benötigen das zum Betrieb erforderliche Fachpersonal und zusätzliche Sachmittel, um den gestiegenen Anforderungen gerecht werden zu können. Dazu aber brauchen wir den Schulterschuß der demokratischen Kräfte in der Politik.

Meine Damen und Herren! Ich darf meine Ausführungen schließen mit einem Zitat aus einem 1995 erstellten Abschlußbericht einer von der CDU-geführten Landesregierung eingesetzten Expertenkommission zur Sicherheitsanalyse im Strafvollzug: „Der Strafvollzug kann sich nur langfristig bei überzeugenden und relativ gleichblei-

benden Konzeptionen entwickeln. Sicherheitsrelevante Vorfälle im Strafvollzug stellen ein Risiko dar, das zwar nur schwer zu kalkulieren ist, solange gesetzlich vorgegebene Vollzugsgrundsätze umgesetzt werden. Solange und soweit der Vollzug Menschen an Freiheit gewöhnen muß, werden einige Menschen diese Freiheit auch mißbrauchen. Gleichwohl dürfen deswegen die Grundsätze eines rechtsstaatlich ausgerichteten Strafvollzuges nicht tangiert und durch die Politik in Frage gestellt werden.“

(Beifall Angelika Gramkow PDS)

„Es ist deshalb ein Fehler, wenn sicherheitsrelevante Ereignisse in populistischer Art und Weise genutzt werden, um tagespolitische Vorteile im Blick der öffentlichen Meinung zu erheischen.“

(Caterina Muth PDS: Ja.)

„Die wechselnden politischen Anforderungen verunsichern das auf Kontinuität angelegte System des Strafvollzuges in fundamentaler Weise. Insofern wird eine unkontrollierbare Vollzugspolitik selbst zum Sicherheitsrisiko.“

(Andreas Bluhm PDS: Das sollten wir doch mal Herrn Bollinger überreichen. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger PDS)

Das können wir ja mal machen. Vielleicht überreiche ich ihm die ganze Rede.

(Lorenz Caffier CDU: Das wäre ja schlecht.)

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion! Nehmen Sie die referierten Fakten zur Kenntnis! Stärken Sie mit uns das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaates! Folgen Sie dem guten Beispiel der CDU/SPD-Regierung, die seinerzeit den Bericht der Expertenkommission in Berlin einschließlich der zitierten Passage zustimmend zur Kenntnis nahm, und ziehen Sie konsequenterweise Ihren Antrag zurück! – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Dr. Manfred Rißmann: Vielen Dank, Herr Minister Kuessner.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Schoenenburg von der PDS-Fraktion.

Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, die CDU ist sehr schlecht beraten, nun auch noch das Thema „Strafvollzug“ zum Steinbruch zu machen, um Wahlkampfmunition zu gewinnen.

Der Antrag ist schlicht und einfach verantwortungslos, weil er auf billigen Stimmenfang im rechten und rechtsextremistischen politischen Spektrum aus ist. Daß es seit Jahren zur Linie der CDU gehört, Kriminalitätsängste zu schüren und den Leuten zu suggerieren, auf den Straßen liefen völlig unbehelligt Schwerverbrecher herum, Notzüchter, Kindermörder und ausländische Mafiosi, ist zumindest Eingeweihten hinlänglich bekannt.

Daß dieser Antrag fünf Minuten vor Toresschluß keine Chance hat, dürfte der CDU ohnehin klar sein, denn die parlamentarischen Messen sind für diese Periode doch gesungen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es geht also nicht um parlamentarische Ergebnisse, sondern um billige Schaumschlägerei.

Der Antrag und das Anliegen sind geradezu ein Faustschlag ins Antlitz der sozialliberalen Strafvollzugsreform der 70er Jahre, die vor allem mit dem Namen von Gustav Heinemann, dem damaligen sozialdemokratischen Justizminister verbunden ist. Das ist Ihr Beitrag zum 20. Jahrestag – ein Faustschlag.

Meine Damen und Herren! Die PDS-Fraktion hat niemals verhehlt, daß wir der rechtlichen Situation und noch mehr der Realität des Strafvollzuges unseres Landes kritisch gegenüberstehen. Das betrifft vor allem den Fakt, daß die sozialliberalen Reformansätze seit 1969, wie sie sich vor allem im Strafvollzugsgesetz niedergeschlagen haben, nicht weitergeführt worden sind. Es wirken damit unerträgliche Defizite in der Transparenz des Strafvollzuges, in der nach wie vor weitgehend repressiven Gestaltung des inneren Regimes der Anstalten, in der Gefangenennitwirkung, in den Therapiemöglichkeiten fort.

Insbesondere aber ist keine Klärung erfolgt, wie die Einbeziehung der Gefangenen in die Kranken- und Rentenversicherung erfolgt, obwohl im Strafvollzugsgesetz schwarz auf weiß steht, daß dies durch ein besonderes Bundesgesetz geschehen sollte. Nichts geschehen ist ferner hinsichtlich einer an Tarifen orientierten Entlohnung für Gefangenearbeit und für eine einigermaßen zufriedenstellende Versicherung für den Fall, daß keine Arbeit vorhanden ist. Es gibt schließlich keine Regelungen zur Schuldenregulierung.

Natürlich trägt für diesen Stillstand auch die Kurzsichtigkeit der Länder bei, die vor allem mit dem Argument der leeren Kassen kommen, aber die Hauptverantwortung, das sei hier klipp und klar gesagt, trägt die in Bonn regierende CDU, die nämlich seit ihrem Machtantritt fleißig Sand ins Getriebe der Reformen geschüttet hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und jetzt kommt etwas sehr Delikates, ich will es schon ankündigen.

(Minister Martin Brick: Der macht einem ja richtig den Mund wäßrig.)

In der Begründung zum Antrag der CDU lese ich: „Für die Innere Sicherheit in unserem Land ist der Vollzug eine Strafe von großer Bedeutung.“

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ja, das ist wohl wahr. So, wie der Vollzug sich vollzieht, ist er eine Strafe von großer Bedeutung heutzutage.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

So, so. So ist das also, aber Sie wollen die Strafe ja noch verschärfen.

Natürlich meinen Sie – und da sieht man, wie sorgfältig dieser Antrag gemacht worden ist, selbst im Antrag (neu) steht das gleiche –, daß der Vollzug einer Strafe für die Innere Sicherheit von großer Bedeutung sei, das übersetze ich jedenfalls so.

(Dr. Gerhard Poppei PDS: Natürlich.)

Im Zweifel heißt das, es muß die Sicherheit der Allgemeinheit den Vorzug vor Resozialisierungsbemühungen haben. Und dieses soll nun der Politikansatz in Bonn für die Aushebelung des Strafvollzugsgesetzes werden. Nichts anderes wird hier versucht.

Schutz, Sühne und Spezialprävention sollen den Vorrang vor Resozialisierung haben, und der offene Vollzug soll als Regelvollzug abgeschafft werden. Also Konsequenz: doppelte Schlösser in den Gefängnistüren, mehr einschließen, härtere Strafen. In der Tat, ein ganz mieses, ein untaugliches Konzept, das die bisherige zivilisatorische Stufe, auf die sich der liberale und humane Strafvollzug in Deutschland mühsam emporgearbeitet hat, mit einem Schlag wieder zunichte machen würde.

Wie schreibt Professor Dr. Prittwitz in der gestrigen SVZ, den Artikel kann ich Ihnen zur Lektüre nur wärmstens empfehlen: „Zu Zeiten oder in Ländern mit einer harten (oder gar brutalen) Strafjustiz ist die Kriminalitätsrate in aller Regel höher.“

(Annegrit Koburger PDS: USA!)

„Die USA mit ihrer – jedenfalls zum Teil sehr harten – Strafpraxis“

(Herbert Helmrich CDU: Ursache und Wirkung.)

„sind gleichzeitig eines der gewalttätigsten Länder.“

Meine Damen und Herren von der CDU! Sie sollten sehr vorsichtig sein mit der Forderung zum Verwah- beziehungsweise Einschließungsvollzug, denn um nichts anderes geht es Ihnen wohl. Und ich weiß auch nicht, welcher Teufel diese Landes-CDU reitet, nicht nur Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen zum Strafvollzug als Makulatur beiseite zu schieben, sondern auch internationale Menschenrechtsabkommen wie einen Fetzen Papier zu behandeln. Da sieht man wieder mal die Demokraten.

Meine Damen und Herren von der CDU! Sollte es Ihnen noch nicht aufgegangen sein, auch der Strafgefangene – und ich sage, gerade der Strafgefangene – steht unter dem Gebot der menschlichen Würde.

(Andreas Bluhm PDS: Richtig. –
Hermann Bollinger CDU: Wenn sie ihm nicht aberkannt worden ist.)

Und da er Gefangener des Staates ist, steht er vorsorglich auch noch unter dem Schutz einschlägiger internationaler Konventionen,

(Hermann Bollinger CDU: Das ist alles Verhöhnung der Ordnung.)

der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

(Hermann Bollinger CDU: Das ist alles Verhöhnung der Ordnung.)

Herr Bollinger, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, es ist so. Aber Ihre Engstirnigkeit ändert nichts an der Tatsache, daß es so ist.

(Hermann Bollinger CDU: Das geht mir so wie Ihnen, Herr Dr. Schoenenburg, mit der Engstirnigkeit. – Volker Schlotmann SPD: Das war aber knapp am Ordnungsruf vorbei.)

Also ich sage es noch einmal, Herr Bollinger: Er steht unter dem Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen der europäischen Strafvollzugsgrundsätze und weiterer Abkommen, zum Beispiel dem Übereinkommen Nummer 29 der Internationalen Arbeitsorganisation. Aber davon haben Sie, Herr Bollinger, wahrscheinlich noch nie etwas gehört.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Danach kann man also davon ausgehen, daß der Verwahrvollzug menschenrechtlich verboten ist. Und auch das Bundesverfassungsgericht sagt das. Der Bundesverfassungsgerichtshof hat nämlich ausdrücklich bestimmt, daß „die Resozialisierung oder Sozialisierung herausragendes Ziel namentlich des Vollzugs von Freiheitsstrafen wäre“. Das Bundesverfassungsgericht hat diesem Ziel sogar Verfassungsrang zugebilligt. Sie legen also die Axt mit dem heutigen Antrag an die Verfassung.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Poppei PDS)

Das Bundesverfassungsgericht sagt zum Beispiel in Entscheidungen: „Vom Täter aus gesehen erwächst das Interesse an der Resozialisierung aus seinem Grundrecht aus Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 1 Grundgesetz. Von der Gemeinschaft aus betrachtet“ – so lautet das Urteil – „verlangt das Sozialstaatsprinzip staatliche Vor- und Fürsorge für Gruppen der Gesellschaft, die aufgrund persönlicher Schwäche oder Schuld, Unfähigkeit oder gesellschaftlicher Benachteiligungen in ihrer persönlichen und sozialen Entfaltung behindert sind. Dazu gehören die Gefangenen und Entlassenen.“ Das hat sich Herr Schoenenburg nicht ausgedacht.

Und die Rechts- und Sicherheitsexperten der CDU mögen weiterhin gut zuhören, wenn ich in einer anderen Entscheidung zitiere. Noch einmal Bundesverfassungsgericht: „Der Staat muß den Strafvollzug so ausstatten, wie es zur Realisierung des Vollzugszieles ‚Resozialisierung‘ erforderlich ist. Er hat auch die Aufgabe, die erforderlichen Mittel für den Personal- und Sachbedarf bereitzustellen.“

Ich ziehe also den Schluß, daß die CDU selbst jene Pflöcke frontal angeht, die das Bundesverfassungsgericht eingeschlagen hat. Und das ist schon mehr als abenteuerlich!

(Beifall Annegrit Koburger PDS)

Und das Verlangen im CDU-Antrag zielt natürlich auch gegen den sogenannten Angleichungsgrundsatz des Strafvollzugsgesetzes, wonach das Leben im Strafvollzug den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit als möglich angeglichen werden soll. Auch dies – die Zugrundelegung der Standards der Gesellschaft außerhalb des Vollzugs – ist internationales Recht und steht in den Europäischen Strafvollzugsgrundsätzen Nummer 65 a und b. Und Sie kommen hier mit hinterwäldlerischen, ja versteinerten, hundert Jahre alten Vorschlägen! Vielleicht schauen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, hier und da einmal ein bißchen in dieses Dokument hinein, damit Ihnen wenigstens ein kleines Lichtlein aufgeht, wie sehr Sie mit Ihrem Antrag neben den Menschenrechten liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Herbert Helmrich CDU:
Fragen Sie mal die Praktiker!)

Ich komme zu den Praktikern, Herr Helmrich.

Meine Kollegen und ich haben uns, abgesehen von Neubrandenburg und Waldeck, in allen Haftanstalten des Landes umgesehen, mit den Praktikern gesprochen und dabei natürlich festgestellt, wie weit Zustände und Praxis von den Notwendigkeiten für eine Resozialisierung und Integration der Gefangenen in die Gesellschaft entfernt sind.

(Herbert Helmrich CDU: Ja.)

Und schnelle Änderungen gleichsam über Nacht sind ganz einfach auch nicht machbar. Wir sind aber bei den Besuchen auf Personal gestoßen, das versucht, in der jetzigen Situation das Beste zu machen. Es ist doch wohl ein sehr hohes Maß an menschlicher Solidarität, an Liebe zum Beruf und Pflichtgefühl vorhanden, wenn zum Beispiel in der Jugendhaftanstalt Neustrelitz bei etwa einem Drittel Überbelegung – 220 junge Menschen sitzen dort ein, 157 Plätze sind vorgesehen – Aufgaben der Resozialisierung geleistet werden. Und man muß dabei im Auge haben, daß etwa 80 Prozent der Einsitzenden dort nicht einmal einen Hauptschulabschluß haben.

(Vizepräsident Johann Scheringer
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren von der CDU, nun frage ich: Was wollen Sie denn da mit Schutz und mehr Einschließung erreichen? Was denn nur?

(Herbert Helmrich CDU: Weniger Straftaten.)

Zur Resozialisierung gibt es überhaupt keine Alternative. Und wenn in dem Antrag behauptet wird, das Konzept der Behandlung und Resozialisierung sei illusionär und gescheitert, so kann ich nur sagen, das Konzept des Verwahrgefängnisses ist es schon seit langem.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Herbert Helmrich CDU und
Siegfried Friese SPD: Einverstanden!)

Und dann kommt natürlich noch hinzu, daß versucht wird, der Justiz und dem Strafvollzug das aufzubürden, was die Gesellschaft nicht leistet, was sie nicht leisten kann und was sie nicht leisten will. Ein Gefängnis eignet sich nun einmal herzlich wenig als sozialer Reparaturbetrieb der Gesellschaft. Was dort getan werden kann, ist und bleibt ein Notnagel.

Nun sagt uns dann die CDU auch noch, der offene Vollzug soll nicht mehr Regelvollzug sein, sondern abgeschafft werden. Der Sozialminister hat im Auftrag des Justizministers dazu argumentiert. Ich will aber die praktischen Fakten hier im Lande sagen. Meine Damen und Herren von der CDU, hier nehmen Sie es auch mit der Wahrheit nicht genau. Ich frage: Wieviel offenen Vollzug haben wir denn im Land? Wieviel? Es ist ja nur ein Bruchteil der Gefangenen,

(Herbert Helmrich CDU:
Fünf Prozent hat er gesagt.)

die im offenen Vollzug sind. In Ueckermünde beispielsweise sind es keine 100, und in Neustrelitz sind von 220 Einsitzen etwa 30 im offenen Vollzug, der sich zudem noch im Gebäude der Anstalt befindet, also eher halboffen als offen ist.

(Lorenz Caffier CDU: Das ist
nicht wahr. Das ist außerhalb.)

Also wir waren dort und haben es gesehen.

(Zuruf von Lorenz Caffier CDU)

Also was soll das Gerede? Man kann doch wohl nicht etwas abschaffen wollen, was es in der Realität kaum gibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Herbert Helmrich CDU:
Von Abschaffen steht doch da nix drin.)

Meine Damen und Herren, und dann muß natürlich auch über ein paar Dinge gründlich nachgedacht werden,

die die aktuelle Situation prägen. Unsere Haftanstalten sind inzwischen mit über 1.500 Gefangenen überfüllt wie nie zuvor, woraus sich viele Folgeprobleme ergeben. Beispielsweise gibt es nach der Übersicht des Ministers vom 31.03.1998 nicht einmal 150 Einzelhaftplätze. Allein nur dies, meine Damen und Herren von der CDU, sollten Sie sich einmal vor Augen führen, bevor Sie behaupten, das Konzept des Behandlungsstrafvollzuges hätte sich als illusionär erwiesen. Führen Sie sich doch einmal vor Augen, daß unter den Bedingungen des Gefängnisstresses bei hoher Nichtbeschäftigung, bei unzureichenden Freizeitbetätigungsmöglichkeiten, bei mangelhaften Sanitäreinrichtungen Menschen teilweise auf kleinstem Raum miteinander auskommen müssen! Da kann beispielsweise von der menschenrechtlich geschützten privaten Sphäre, in die man sich als Refugium zurückziehen könnte, überhaupt gar keine Rede sein.

Über all dies wäre schon zu reden, und zwar sachlich und vernünftig und ohne Wahlkampf. Aber ich denke, es hat wenig Sinn, in dieser Situation mit den Kämpfern – Schlachtrössern, wie sie sich selbst bezeichnen – von der CDU darüber reden zu wollen. Da hilft nur eins, diesen Antrag einfach abzulehnen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat der Abgeordnete Caffier von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Caffier.

Lorenz Caffier CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Dr. Schoenenburg, wenn man Ihre Rede einzelnen Opfern von Straftaten zeigen könnte, ich glaube, sie würden an der Demokratie in der Tat zweifeln müssen.

(Caterina Muth PDS: Hä?!)

Die Entwicklung im Strafvollzug ist meiner Meinung nach ein bisher ungeachtet gebliebener Aspekt des Politikwechsels, den sich die SPD im Schlepptau mit der PDS für ganz Deutschland wünscht.

(Dr. Gottfried Timm SPD: Was?)

Sie haben alle selbst gelesen, welche Zustände im Strafvollzug des Landes Schleswig-Holstein herrschen, das bekanntlich rotgrün regiert wird. Die Regeln im Strafvollzug werden sträflich vernachlässigt. Der Strafvollzug wird nur noch lax ausgeführt, und alle möglichen Vergünstigungen werden den Strafgefangenen quasi automatisch gegönnt. Dieses Vorgehen läßt sich auch für Hessen oder Hamburg aufzeigen. Die Bürger werden sich sicherlich freuen,

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Betreiben Sie
nur weiter Aufwertung der DVU, Herr Caffier!
Sie werden das ernten, was Sie heute säen.)

auch diesen Aspekt Ihres Politikwechsels vor den Wahlen noch genauer erklärt zu bekommen. Das läßt sich nachweisen, daß Straftäter auf legalem Weg ihren Hauptwohnsitz dorthin verlagern, wo sie ihre Strafe in besser ausgestatteten Gefängnissen absitzen und von einer völlig überzogenen und unverantwortlichen Freigängerpraxis profitieren können, so geschehen im Fall eines Straftäters, der seinen Wohnsitz von Bayern nach Hessen verlegte.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Lassen
Sie doch mal das Erbsenzählen sein!)

Welche Erbsen ich zähle, das müssen Sie mir schon überlassen.

(Heiterkeit bei Dr. Gottfried Timm SPD)

Aber auch der uns allen bekannte Pornofilmer Bleisch verlegte seinen Wohnsitz nach Schleswig-Holstein

(Zuruf von Angelika Peters SPD)

und erhielt dort prompt – trotz Protest des Schweriner Staatsanwaltes – Freigang, der erst durch den öffentlichen Protest und Druck verhindert werden konnte. Da kann ich nur sagen: Sie fördern nicht den Tourismus hier im Land, aber bundesweit werden die rotgrünen Landesregierungen den Tourismus von Straftätern fördern. Das ist Ihr Politikwechsel!

Während die CDU davon ausgeht, daß Strafvollzug jetzt zuallererst die Bürgerinnen und Bürger vor Straftätern schützen muß,

(Christoph Brandt CDU: Richtig.)

setzen Sie immer noch allein auf Sozialtherapie und Resozialisierung, obwohl Sie genau wissen müßten, daß nicht jeder therapierbar beziehungsweise therapiewillig ist und Sozialtherapie und Maßnahmen zur Resozialisierung nicht die ganze Strafe sein können. Und wie weit dieses System von den rotgrünen Landesregierungen schon getrieben worden ist, sehen Sie am Beispiel Hamburg, wo quasi das Recht pervertiert wird, nämlich wenn jugendliche Mehrfachtäter statt Strafe zu bekommen auf einen Segeltörn geschickt werden, den sich kein rechtstreuer Jugendlicher leisten kann.

(Christoph Brandt CDU: Von Steuergeldern.)

Soweit ist man in Hamburg schon gekommen, daß man mit Straftaten Belohnungen erhalten kann und die Therapeuten sich natürlich gleich mit belohnen.

Die CDU-Fraktion sieht so einen dringenden Handlungsbedarf bei einer Änderung des Strafvollzugsgesetzes, weil das praktische Handeln Zweifel aufkommen läßt, ob Sie selbst zu Ihren sozialdemokratischen Vorstellungen stehen,

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:

Sie wissen doch ganz genau, daß das alles nichts wird, was Sie da erzählen. –

Andreas Bluhm PDS: Das ist eine Bundesratsinitiative, Herr Caffier.

Was soll denn da noch hier passieren?)

die Sie ja in diesem Strafvollzugsgesetz, das 1977 beschlossen wurde, manifestieren.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:

Sie lehnen sich zu weit aus dem Fenster.)

Wenn Sie die medizinische und therapeutische Behandlung zum Beispiel für etwas sehr wichtiges halten, wäre es auch Ihre Pflicht, ausreichend gute Therapieplätze für Sexualstraftäter zur Verfügung zu stellen.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Richtig.)

In diesem Bereich geschieht zu wenig.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Richtig.)

Und wenn etwas geschieht, steht das Sicherheitsgefühl der Bürger, wie zum Beispiel in Gehlsdorf, zumindest in Frage. Sind Sie wirklich interessiert an einer Resozialisierung von Straftätern, hätten Sie schon längst auch dafür sorgen müssen, daß Vollzugslockerungen und Ent-

lassungen sorgfältiger und umfassender geprüft werden, um zum einen das Sicherheitsrisiko möglichst gering zu halten als auch den Erfolg dieser Vollzugslockerung nicht zu gefährden

(Andreas Bluhm PDS: Ja, das werden wir nachher machen, wenn die Wahl gewesen ist.)

durch neue Straftaten und dem ihnen folgenden Medienecho. Wenn Sie im Strafvollzug wirklich den Schutz der Allgemeinheit als Vollzugsziel ansehen, dann hätte der Justizminister auch dafür gesorgt, daß die Überstunden in unserem ...

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Zu wem sprechen Sie denn jetzt, Herr Caffier?)

Sie müssen zuhören, Herr Dr. Schoenenburg.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Ja, ich höre doch zu.)

Dann bin ich ja beruhigt.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Aber wozu sprechen Sie denn jetzt?)

... dann hätte der Justizminister, Herr Eggert, auch dafür gesorgt, daß die Überstunden in unserer Justizvollzugsanstalt vollständig abgebaut werden, denn aus der langfristigen Mehrbelastung kann auch ein solches Sicherheitsrisiko erwachsen.

(Andreas Bluhm PDS: Wer regiert denn hier zusammen? – Heidemarie Beyer SPD: Wer hat denn neue Stellen geschaffen? Das war doch der Justizminister.)

Genauso sieht es aus mit der Überbelegung der Justizvollzugsanstalten und ihrem zögernden Ausbau der Kapazitäten, was im übrigen wiederum zu einem weiteren Sicherheitsrisiko führen kann und in der Summe eskaliert.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Andreas Bluhm PDS)

Über die Sicherheit unserer Justizvollzugsanstalten nach den wiederholten Ausbrüchen brauche ich hier sicherlich kein Wort zu verlieren. Bei näherer Betrachtung wird jeder Beobachter erkennen, daß die Träume illusionär sind und endlich ausgeträumt werden müssen und wir zurückkehren müssen zu einer realistischen Betrachtungsweise des Auftrages unseres Justizwesens und der Vollzugsziele in den Strafanstalten.

All diese Punkte werden in Ihren Ohren sicherlich wie ein Greuel klingen,

(Andreas Bluhm PDS: Ja, so ist es.)

und Ihr Verhalten hier belegt das auch. Die Bürger auf der Straße sehen aber, daß die CDU versucht mit gesundem Menschenverstand an die Lösung auch solcher Probleme heranzugehen.

(Andreas Bluhm PDS: Na, ob das noch gesund ist, weiß ich nicht.)

Die Fraktion der CDU beantragt für diesen Antrag Abstimmung. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Wir werden ihn gleich beerdigen.)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Caffier.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Timm von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Dr. Timm.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Der gesunde Menschenverstand ist ein hausbackenes Ding, für größere gesellschaftliche Zusammenhänge nicht zu gebrauchen.)

Dr. Gottfried Timm SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was will der Antragsteller uns mit diesem Antrag eigentlich sagen? Eine Partei, die 1990 sich auf der politischen Bühne mit dem Thema „Blühende Landschaften“ angemeldet hat,

(Georg Nolte CDU: Gucken Sie doch raus!)

meldet sich jetzt ab in der Ecke, wo es um die Verschärfung des Strafvollzugs geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist ein Scherbenhaufen Ihrer Politik, wenn Sie da landen nach acht Jahren Politik in den neuen Bundesländern, ein Scherbenhaufen Ihrer Politik, wenn es um nichts anderes mehr geht als um die Verschärfung des Strafvollzugs! Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Christoph Brandt CDU: Wieso acht Jahre? Vier Jahre sind Sie doch dran. –
Sylvia Bretschneider SPD: Das ist die Kapitulation vor den Problemen.)

Meine Damen und Herren, ich habe nicht ganz verstanden – das muß ich offen sagen –, warum ein Gesetz, das über 22 Jahre alt ist und heute sein 20jähriges Jubiläum feiert – das weiß ich nicht, aber wir reden ja darüber –, inzwischen – ich habe mal nachgerechnet – elfmal geändert wurde, und neunmal wurde es geändert von der christlich, christlich-liberalen Regierung in Bonn.

(Georg Nolte CDU: Sie kriegen es nicht mal raus. Das sind die Pastoren!)

Neunmal seit 1982.

Offensichtlich sind die Ideen der Landes-CDU von Mecklenburg-Vorpommern bisher bei diesen Novellierungen des Strafvollzugsgesetzes in Bonn nicht berücksichtigt worden.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born CDU)

Das mag Gründe haben.

(Andreas Bluhm PDS: Das liegt an den exponierten Vertretern der CDU für Meck-Pom in Bonn.)

Die letzte Änderung, Herr Kollege Born, war im letzten Jahr. Und wenn man bei der CDU in Bonn jetzt höflich abwinkt bei den Vorschlägen, die aus der CDU in Schwerin kommen, dann kommt die CDU in Schwerin auf die Idee, den Landtag möglicherweise zu überzeugen. Uns überzeugen Sie nicht, Herr Bollinger und Herr Caffier.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born CDU: Alles hoffnungslos verloren.)

Ich möchte Ihnen, damit auch jeder weiß, worüber wir sprechen, den Paragraphen 2 des geltenden Strafvollzugsgesetzes zitieren, und dann reden wir über die Sache, die geändert werden soll. Da heißt es: „Aufgaben des Vollzugs. Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene

fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel).“ Zweiter Satz: „Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten.“

(Dr. Ulrich Born CDU: Aha!)

Ich muß offen sagen, wenn ich mir das durchlese

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Das erste soll gekappt werden.)

und darüber nachdenke,

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Das erste soll gekappt werden.)

verstehe ich eigentlich Ihren Antrag nicht.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Ich verstehe das sehr gut.)

Sie verstehen das?

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Ja.)

Na ja, dann mögen Sie sich einander näher sein.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Ja, ich verstehe das, aber ich verurteile es.)

Ich verstehe es nicht, denn wenn es das Ziel sein soll, Herr Dr. Schoenenburg, daß ein Gefangener, der entlassen wird, keine Straftaten mehr begeht, denn das ist Schutz der Allgemeinheit, dann muß darauf hingearbeitet werden, daß er das nicht mehr tut. Das ist mit diesem Antrag gemeint. Und wenn Sie etwas anderes wollen, Herr Bollinger, dann müssen Sie es sagen. Ich habe es nicht verstanden, was Sie wollen.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Er hat's doch gesagt.)

Ich habe es nicht verstanden.

(Hermann Bollinger CDU: Ich kann nichts dafür, daß Sie das nicht verstehen, Herr Dr. Timm.)

Das Entscheidende ist – ich sage es mit meinen Worten –,

(Dr. Ulrich Born CDU: Ja, sagen Sie es.)

daß der Strafvollzug darauf hinarbeitet, daß nach der Entlassung eines Gefangenen die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten geschützt wird. Und das nennt man im allgemeinen Sprachgebrauch Resozialisierung,

(Dr. Ulrich Born CDU: Ja, ja.)

oder im Gesetz heißt es: „Künftig soll der Betroffene in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten führen.“ Und wir wollen das auch. Das sage ich ganz offen.

(Dr. Ulrich Born CDU: Das ist gut.)

Nun habe ich, weil ich den Sinn des ganzen CDU-Antrages einmal verstehen wollte, mir angesehen, was der evangelische Arbeitskreis in der CDU zum Menschenbild sagt.

(Dr. Ulrich Born CDU: Das ist gut.)

Da heißt es in der CDU: „Das christliche Menschenbild geht davon aus, daß der Mensch mehr ist als die Summe seiner Taten und Untaten.“ Das kann ich voll unterstreichen. Das heißt ja mit anderen Worten, meine Damen und Herren, es muß jedem einzelnen auch immer wieder eine neue Chance für sein Leben gegeben werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Jürgen Andrees CDU: Richtig.)

Gut, da sind wir uns auch einig. Um so weniger verstehe ich Ihren Antrag, Herr Bollinger.

(Andreas Bluhm PDS: Aber das gilt
nicht für Kriminelle und PDS.)

Wenn ich das hinzufügen darf: Das Grundgesetz hat in seinem 1. Artikel

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS: Aber Sie haben
es doch gelesen. Der Strafvollzug ist eine Strafe.)

dies mit anderen Worten gesagt.

(Hermann Bollinger CDU: Es ist noch nicht
einmal das Wort Opfer gefallen. Das ist in den
Köpfen gestrichen. – Andreas Bluhm PDS:
Es geht doch um Strafvollzug, Herr Bollinger. –
Hermann Bollinger CDU: Das ist
doch nicht mehr zu ertragen!)

Meine Damen und Herren – ich komme zum Ende, wir haben noch eine Reihe anderer Tagesordnungspunkte vor uns –,

(Jürgen Andrees CDU: Das ist sehr gut.)

Ich bitte die CDU noch einmal, mit ihren Bonner Rechtspolitikern darüber nachzudenken, was das Vollzugsziel im Strafvollzug sein soll. Vielleicht kann mit Hilfe der Bundes-CDU dieses Problem sehr schnell in Ihren eigenen Reihen erledigt werden. Ich fordere Sie auf, diesen Antrag für heute zurückzuziehen. Sollten Sie es nicht tun, bitte ich den Landtag, diesen Antrag abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Dr. Timm.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3774(neu). Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Ich frage nach den Gegenstimmen. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Danke. Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag bei Zustimmung der CDU und Gegenstimmen der SPD- und PDS-Fraktion abgelehnt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32:** Beratung des Antrages der Fraktion der PDS – Sanierung und Neubau von Studentenwohnheimen, Drucksache 2/3765.

**Antrag der Fraktion der PDS:
Sanierung und Neubau von
Studentenwohnheimen
– Drucksache 2/3765 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Dr. Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Gerhard Bartels PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Studentenwerke Nummer 2 – am heutigen Tag natürlich nur.

Ich habe ja vorhin schon daran erinnert, daß ein Teil des Problems zurückgeht auf die Dezemberaktivitäten der Stu-

dentent, und ich möchte ergänzen, wer an dem Experten-gespräch des Kultusausschusses zum Hochschulgesamtplan teilgenommen hat oder sich die Stellungnahmen angesehen hat, wird festgestellt haben, daß ein wesentlicher Schwerpunkt der Diskussion und vor allen Dingen auch der kritischen Betrachtung des Hochschulgesamtplanes sich auf die Aussagen zum studentischen Wohnen bezog und daß die einhellige Meinung nicht nur der Studentenwerke, nicht nur der Studentenvertreter, sondern auch der Rektoren der Hochschulen darauf gerichtet war, daß die Aussager zum studentischen Wohnen im Hochschulgesamtplan unrealistisch sind. Aus dieser Situation heraus begründe: sich unser Antrag.

Nun haben Sie ja auch vorhin schon erlebt – und das nicht zum ersten Mal –, daß bei Diskussionen zu diesem Thema mir leicht die Fassung abhanden kommt. Deshalb habe ich mich entschlossen, hier einen Brief von Herrn Professor Dr. Maeß in seiner Funktion als Vorsitzender der Landesrekorenkonferenz in Gänze zu zitieren, weil ich davon ausgehe, daß die sachliche Darstellung der Probleme möglicherweise ein Anlaß ist, ernsthaft über die Dinge nachzudenken, und ich damit auch persönlich die Gefahr vermeide, allzu polemisch zu werden, was bei der Einbringung eines solchen Antrages vielleicht nicht so günstig ist. Ich erlaube mir also, diesen Brief vom 9. Februar 1998 an die Kultusministerin, der von Professor Maeß auch allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben worden ist, hier zu zitieren:

„Sehr geehrte Frau Ministerin,

in der Koalitionsvereinbarung 1994 ist zum Studentischen Wohnen festgeschrieben worden, daß angemessene Wohnverhältnisse für Studierende entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der Hochschullandschaft sind. Als angemessen oder zeitgemäß gilt heute die Unterbringung in Einbettzimmern in Wohneinheiten bis zu vier Zimmern mit moderner sanitärer und hygienischer sowie informationstechnischer (Telefon, Internetanschluß) Ausstattung.

Um im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit und überdurchschnittlich niedrigen Einkommen allen studierwilligen Jugendlichen eine Hochschulausbildung zu ermöglichen, ist es von besonderer Wichtigkeit, an allen Hochschulstandorten preiswerten Wohnraum in hinreichender Quantität und Qualität anzubieten.

In der Koalitionsvereinbarung wird als Zielsetzung eine langfristige Versorgungsquote für studentischen Wohnraum von rund 30 Prozent genannt.

Leider wird diese Versorgungsquote zum gegenwärtigen Zeitpunkt an keinem der Hochschulstandorte erreicht, was aus der Tabelle ... ersichtlich wird:

Viele der Zimmer entsprechen immer noch dem DDR-Standard. Beispielsweise ist zur Zeit erst ein Drittel der 2.420 Zimmer des Studentenwerks Rostock in den Standorten Rostock, Warnemünde und Wismar voll saniert. Mit Fortschreiten der Sanierungen wird die Zahl der Wohnheimplätze sinken und sich immer mehr der Zahl der Zimmer angleichen.

Angesichts der Tatsache, daß das Sonderprogramm des Bundes zur Wohnraumförderung für Studenten Ende 1997 ausgelaufen ist, wird die Finanzierung der ausstehenden Sanierungen problematisch. Da die Studentenwerke die Wohnheime bisher nur bewirtschaften, aber nicht Eigentümer sind, ist die geplante und sehr zu be-

grüßende kostenfreie Übertragung aller dieser Wohnheime vom Land an die Studentenwerke eine wichtige Voraussetzung für deren Handlungsfähigkeit. Es ist vorgesehen, daß die Studentenwerke ihre Immobilien beleihen, Kredite aufnehmen und damit die Wohnheime sanieren. Dies hätte allerdings Mieterhöhungen zur Folge, weil die Zins- und Tilgungsbelastungen auf die Miete umgeschlagen werden müssen. Schon jetzt ist aber die monatliche Miete in den Studentenwohnheimen Mecklenburg-Vorpommerns mit circa 300 DM höher als die durchschnittliche Miete von 282 DM in den alten Bundesländern. Nach Durchführung der Sanierungen auf Kreditbasis würden sich die Mietpreise (inklusive Betriebskosten) auf bis zu 500 DM erhöhen, was in Hinblick auf die in diesem Land herrschenden sozialen Bedingungen unzumutbar ist. Im übrigen beträgt die Förderung zu den Kosten der Unterkunft im BAföG maximal 310 DM.

Um eine unzumutbare Mietpreiserhöhung zu verhindern, ist eine Unterstützung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Sanierung der Studentenwohnheime unvermeidbar! Die Landesregierung käme damit auch wieder etwas mehr in Einklang mit der Koalitionsvereinbarung, wonach sich das Land unter anderem durch ein entsprechendes Landessonderprogramm verstärkt um den Ausbau des Angebots für studentisches Wohnen bemühen wollte.

Mit dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost, in dem Mecklenburg-Vorpommern jährlich eine Summe von 697 Millionen DM erhält, hat das Land die Möglichkeit, auch künftig die Sanierung von Studentenwohnheimen zu fördern, denn in Paragraph 3 Absatz 2 dieses Gesetzes ist bei den förderfähigen strukturverbessernden Investitionen insbesondere die Modernisierung und Instandsetzung im Studentenwohnraumbau erwähnt.

Insbesondere ist es dringend erforderlich, noch vor der Befassung des Landtages mit dem Hochschulgesamtplan die dort formulierten Ziele bezüglich des Ausstattungsgrades mit Wohnheimplätzen dem tatsächlichen, in Wirklichkeit höheren Bedarf, der von Standort zu Standort etwas differiert, anzupassen. Wie der beigefügten Tabelle zu entnehmen ist, sind die im Hochschulgesamtplan verwendeten Zahlen ... nicht mehr aktuell.

Frau Ministerin, im Namen der Landesrektorenkonferenz bitte ich Sie dringend, diese wichtige soziale Frage für die Studierenden auf der Grundlage der neuen Argumente und Daten zu überdenken und im positiven Sinne zu lösen.

Ich erlaube mir, eine Kopie dieses Schreibens den Fraktionen der im Landtag vertretenen Parteien zuzusenden."

Wenn wir von der realen Situation und der Entwicklung in diesem Bereich ausgehen, ist völlig klar, daß selbst die im jetzigen Hochschulgesamtplan vorgesehene Versorgungsquote von rund 15 Prozent nicht ohne weitere Investitionen realisierbar sein wird, wenn wir tatsächlich, im Sinne von Professor Maeß genannt, angemessene Wohnraumverhältnisse für Studenten erreichen wollen. Und das sage ich unabhängig davon, daß ich natürlich auch der Meinung bin, daß diese 15 Prozent entschieden zu niedrig sind.

In der Anhörung zum Hochschulgesamtplan haben die Studentenwerke darauf hingewiesen, daß zur Erreichung dieser Zielstellung, so, wie sie im Hochschulgesamtplan steht, bezogen auf die realen Verhältnisse und nicht auf die Zahlen, die im Hochschulgesamtplan stehen, der Investitionsbedarf circa 70 Millionen DM beträgt. Das Studenten-

tenwerk hat darauf hingewiesen, daß sie auf der Grundlage des unentgeltlichen Erbbaurechtes und der kurzfristigen Verwendung von Rücklagen für die spätere Sanierung der jetzt schon sanierten beziehungsweise neu gebauten Wohnheime in der Lage wären, 40 bis 50 Prozent dieser Mittel selbst aufzubringen. Wir halten es daher durchaus für möglich, daß nach Annahme unseres Antrages in den konkreten Haushaltsverhandlungen zum Haushalt 1999 über die Höhe von 10 Millionen DM nachgedacht werden kann.

Es sind zwei Richtungen möglich, zum einen kann man diese Summe verringern, wenn das Studentenwerk nicht diese volle Summe braucht, oder aber man kann zusätzlich mit diesen Mitteln private Investoren für studentisches Wohnen fördern. Ich habe das vorhin schon einmal gesagt, daß wir da überhaupt keine ...

(Sigrid Keler SPD: Sie brauchen doch gar keine Förderung.)

Aber, Frau Ministerin, Sie wissen doch, daß 15 Prozent Versorgung nicht reichen, um die Studenten unterzubringen. Das wissen Sie doch hoffentlich, ne?!

(Sigrid Keler SPD: Aber Sie suggerieren doch hier, als wenn die Privaten eine Förderung brauchen. Sie wissen doch, daß die Privaten die Förderung gar nicht brauchen.)

Frau Ministerin, ich habe neulich schon mal angefangen, mit Ihnen darüber zu diskutieren, habe ein paar konkrete Fragen gestellt,

(Zuruf von Sigrid Keler SPD)

die aus Ihrem Haus sehr unbefriedigend beantwortet wurden, wie Sie wissen.

Ich gehe jetzt auf diese Dinge nicht im Detail ein. Aber daß die Antworten auf die Fragen, die ich dort gestellt habe, sehr unbefriedigend waren, wissen Sie genau.

(Sigrid Keler SPD: Das mag für Sie sein, aber für mich nicht.)

Ja, das ist eben unser Unterschied.

Ich denke schon, wenn längerfristig, und zwar nicht nur für 10 oder 15 Jahre, sozialverträgliche Mieten garantiert werden sollen, dann wird das ohne Förderung nicht gehen. Und warum sollen wir dann nicht darüber nachdenken, ob wir auch Fördermittel in diesem Bereich an private Investoren geben, wenn es den Studenten und dem Land nutzt, haben wir da überhaupt kein Problem mit.

(Sigrid Keler SPD: Das will ich aber nicht. Privat ist privat.)

Aber, ich wiederhole das, was ich vorhin gesagt habe, nicht auf Kosten der Prozentzahlen, die vom Studentenwerk vorzuhalten sind als Anstatt des öffentlichen Rechts.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Deshalb unser Antrag, und ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen und dann in neuer Zusammensetzung im Zusammenhang mit dem Haushalt 1999 über die konkreten Einzelheiten zu verhandeln. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Bartels, vielmehr hätte mich die Antwort der Kultusministerin auf diesen Brief interessiert,

(Dr. Gerhard Bartels PDS:
Den kenne ich natürlich nicht.)

da uns der Brief auch zugegangen ist. Aber vielleicht erfahren wir das ja heute in der Diskussion.

Mecklenburg-Vorpommern hat nicht so viele Ressourcen für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Einen Schatz, den wir haben und entsprechend hegen und pflegen müssen, ist unsere Hochschullandschaft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Gerhard Bartels PDS: Oh! –
Angelika Gramkow PDS: Und wie
ist das mit der Zahnmedizin?)

Die Hochschullandschaft setzt sich dabei nicht allein aus dem eigentlichen Campus zusammen, es gehört noch viel mehr dazu wie zum Beispiel die Studentenwerke, die eine wichtige Rolle bei der Betreuung und Versorgung der Studenten spielen. Ein Student wählt die Hochschule, an der er sein Studium aufnimmt, nach der Attraktivität des Hochschulstandortes.

Funktionsfähige Hochschulen, die als innovative Zentren für das Land lebensnotwendig sind, brauchen sowohl für die Lehre als auch Forschung Studenten,

(Angelika Gramkow PDS: Und Studentinnen. –
Heiterkeit bei Annegrit Koburger PDS)

und sie brauchen auch Mittel.

Die schließe ich selbstverständlich mit ein. Studenten, das war die Mehrzahl, Frau Gramkow,

(Angelika Gramkow PDS: Neel –
Zuruf von Annegrit Koburger PDS)

und da sind weibliche und männliche Studenten nicht sortiert, sondern miteinander gemeint.

Somit sieht es die CDU-Fraktion als zwingend geboten an, alles für die Attraktivität unserer Hochschulen zu tun.

Meine Damen und Herren, einen wichtigen Schritt zur Steigerung der Attraktivität der Hochschulstandorte können wir mit einer merklichen Verbesserung der Wohnraumsituation für die Studenten erreichen. Die Defizite im Vergleich zu anderen Hochschulstandorten in den neuen Bundesländern, aber hauptsächlich im Vergleich zu Hochschulstandorten in den alten Bundesländern in der Versorgung mit studienberechtigtem Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten sind sehr groß. Mit der kostenlosen Überlastung der Studentenwerke – und hier waren sich heute alle Fraktionen einig, und ich hoffe, daß die Landesregierung dieses Signal auch deutlich verstanden hat –

(Dr. Gerhard Bartels PDS:
Wir sind ja alle Optimisten.)

sollte ein erster Schritt zum Ausgleich des Wohnraumdefizits für Studenten unternommen werden.

(Angelika Gramkow PDS: Na, dann los!)

Meine Damen und Herren, über den nächsten Schritt diskutieren wir jetzt, und zwar die Frage, welche zusätzlichen Aktivitäten sind von seiten des Landes über den Abschluß der Erbbaupachtverträge hinaus zu leisten. Der von der PDS-Fraktion vorgelegte Antrag zu einem Landesprogramm zur Sanierung und den Neubau von Studentenwohnheimen mit einer jährlichen Größenordnung von 10 Millionen DM erscheint mir noch verfrüht. Meine Fraktion sieht sich noch nicht in der Lage, über den Finanzbedarf der Studentenwerke so detailliert zu entscheiden, wie es die PDS-Fraktion hier vorschlägt. Eine Entscheidung ist für mich dann erst zu treffen, wenn wir anhand von Projekten Anhaltspunkte für die Größenordnung des Landesanteils der Finanzmittel erlangen können. Das ist seriöse Finanzpolitik.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion bekennt sich grundsätzlich zu einer finanziellen Unterstützung des Landes für die Sanierung und den Neubau von Studentenwohnheimen, da nur durch die Landesmittel auch sozialverträgliche Mieten über einen langen Zeitraum erzielt werden können. Wir sind aber nicht bereit, einen Blankoscheck auszustellen. Vielmehr sollte auch hier das Subsidiaritätsprinzip gelten, daß die Mittel des Landes als eine Alternative in Frage kommen. Zuerst aber müssen alle anderen Potentiale, auch private Investoren, mit einbezogen werden. Daher plädiert die CDU-Fraktion für eine Überweisung des Antrages in den Finanzausschuß, um – auch wenn nur wenig Zeit zur Verfügung steht – einen Überblick über den realistischen Finanzbedarf zu erhalten und in einem Monat über diesen Antrag zu entscheiden. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Reißmann von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Dr. Reißmann.

Dr. Manfred Reißmann SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um das Ende der Rede vorwegzunehmen, auch wir plädieren für eine Überweisung dieses Antrages in den Finanzausschuß.

Eine entscheidende Voraussetzung – das ist heute mehrfach gesagt worden – für die erfolgreiche Entwicklung der Hochschullandschaft in Mecklenburg-Vorpommern sind angemessene Wohnverhältnisse für Studierende. Die Wohnwünsche der Studierenden in den letzten Jahren haben natürlich eine Wende dahingehend erfahren, daß auch bei uns der Wunsch nach einer eigenen Wohnung im Vordergrund steht, nach 1-Raum-Unterbringung. Trotzdem möchte noch eine beachtliche Zahl der Studierenden nicht in Wohnheimen, sondern individuell wohnen, außerhalb der Wohnheime. Deswegen ist die Initiative oder die Möglichkeit – zu der ich heute vormittag auch schon etwas gesagt habe beziehungsweise am frühen Nachmittag –, die Städte einzubeziehen, in denen Studierende nach Wohnungen suchen, eine Möglichkeit, die Wohnsituation zu unterstützen.

Bemerkenswert ist natürlich auch in diesem Zusammenhang diese Unsicherheit oder die unterschiedlichen Angaben über die Anzahl der gegenwärtig in Studenten-

wohnheimen untergebrachten Studenten. Ich denke, daß hier eine Klarstellung erfolgen müßte. Was im Hochschulgesamtplan vorgestellt worden ist an Zahlen dürfte der tatsächlichen Situation doch sehr nahekommen. Andere Zahlen von den Studentenwerken in der Perspektive, in der Entwicklung angeführt, könnten sehr wohl dem Ziel dienen, zu vermitteln, daß noch ein hoher Bedarf an neuen Studentenwohnheimplätzen besteht. Ich wäre da auch sehr vorsichtig und zurückhaltend, denn das ist ein sich ständig bewegendes Prozeß, bei dem man heute auch nicht mit der Beantragung von 10 Millionen DM pro Jahr feste finanzielle Versprechungen machen sollte oder Vorgaben machen kann.

(Angelika Gramkow PDS: Wir können Vorgaben machen, das neue Parlament wird entscheiden.)

Eine Reihe von Gründen, wie die Studienplangestaltung, Nutzung der Datentechnik, Gestaltung der individuellen Lebensgewohnheiten sprechen natürlich dafür, daß wir dem Wunsch, möglichst in 1-Bett-Zimmern untergebracht zu werden, Rechnung tragen. Ich kann als Beispiel für die Studentenwohnheimsanierung in Rostock sagen, daß von 250 Zimmern in der Einsteinstraße nur noch 20 1-Bett-Zimmer zur Verfügung stehen. Das ist schon eine ganz gute Entwicklung. In Greifswald sind es von 143 Zimmern in der Fleischmannstraße lediglich noch 50 2-Bett-Zimmer. Aber ich meine, daß auch diese Relation vielleicht von einem Drittel oder einem Viertel 2-Bett-Zimmern noch eine Perspektive für eine wesentlich bessere Unterbringungssituation der Studenten bietet, zumal man auch davon ausgehen kann, daß die immer als günstig und vorbildlich dargestellten Bedingungen in der alten Bundesrepublik, wo Studentenwohnheime zum Teil auch schon 30 Jahre und älter sind, daß die vielleicht in einigen Jahren schlechtere Bedingungen haben im Vergleich zu unseren Wohnheimen hier im Lande.

(Dr. Gerhard Bartels PDS:
Aber nur, wenn wir was tun.)

Ich habe natürlich auch darauf hingewiesen, daß das Bund-Länder-Programm 1997 ausgelaufen ist und sehr wohl die Überlegung richtig ist, seitens des Kulturministeriums oder des Kultusausschusses oder hier im Landtag an Möglichkeiten zu denken, wie das Land in der Zukunft den Bau und die Sanierung von Studentenheimen unterstützen kann. Der Hinweis, der vom Bund immer gegeben wird, auf das Investitionsförderprogramm ist natürlich grundsätzlich richtig, da explizit erwähnt wird, daß insbesondere Bau und Sanierung von Studentenwohnheimen in die Möglichkeit der Investitionsförderung aufgenommen werden können.

Bei dem angestrebten Versorgungsgrad von 15 Prozent, den ich im Augenblick für vorsichtig realisierbar halten würde und auch für die nächsten Jahre, wenn wir von diesem Versorgungsgrad ausgehen, müßten wir noch ungefähr 1.300, 1.500 Studentenwohnplätze modernisieren.

(Dr. Gerhard Bartels PDS: Zu Recht.)

Inwieweit sich da bereits die günstigeren Möglichkeiten, wenn Erbbaupacht für die Studentenwerke realisiert ist, niederschlagen und inwieweit, das halte ich für einen guten Gedanken, unter Umständen sich aus privaten Investorenwünschen und Zusammenwirken mit den Studentenheimen vielleicht noch andere kostengünstige Möglichkeiten für die Baukosten ergeben, müßte abgeprüft werden, aber das setzt natürlich voraus, daß zunächst einmal die Erbbaupachtgeschichte unter Dach und Fach ist.

Auch die Tatsache, daß wir mit 28.000 bis 30.000 Studenten hoffen, in den nächsten Jahren rechnen zu können, mit 22.000/23.000 zur Zeit rechnen müssen, sollte dazu führen, daß man von einem Grundstock an nötigen sanierten und neugebauten Studentenwohnheimplätzen ausgehen sollte. Die Notwendigkeit für einen extensiven Neubau würde ich zur Zeit sehr zurückhaltend beurteilen.

Beratungsbedarf über die Möglichkeiten des Zugriff auf das Investitionsförderprogramm besteht auch bei uns in der Fraktion. Deswegen plädieren wir für die Überweisung dieses Antrages in den Finanzausschuß. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und hoffe, daß wir im Laufe der nächsten Jahre eine günstige Situation für das Werben unseres Landes als Hochschulstandort, Richtung studentische Akzeptanz in unserem Lande zu studieren, auch von seiten der Wohnsituation einen Baustein leisten können. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Gramkow von der PDS-Fraktion. Bitte schön, Frau Gramkow.

Angelika Gramkow PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Worum es uns geht, ist eine Option, daß zukünftig im Land Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeiten des Investitionsfördergesetzes des Bundes voll ausgeschöpft werden. Und voll ausgeschöpft werden heißt, daß das, was möglich ist, daß auch für Studenten Wohnraumneubau und -sanierung gefördert wird, Realität wird. Und ich gestehe Ihnen zu, daß die 10 Millionen DM nach den Zahlen, die wir mit den Studentenwerken und nach Besichtigung der Studentenwohnheime und nach Gesprächen auch mit Investoren in diesem Bereich haben, sich auf 6,5 reduziert haben. Daher kann ich damit leben, daß im Finanzausschuß darüber diskutiert wird, wie hoch diese Summe ist. Ich bitte aber darum, daß wir den Kulturpolitikern, den Hochschulpolitikern zumindest die Möglichkeit geben, daß sie fachlich entscheiden, ob es denn tatsächlich notwendig ist oder nicht, bevor wir im Finanzausschuß darüber entscheiden, wie hoch die Summe eventuell ist und wo wir sie hernehmen.

Apropos, wo wir sie hernehmen. Ich habe sehr interessiert zugehört bei den Kollegen der CDU. Wir sind dafür, es geht nur um die Summe. Und die Fördermöglichkeiten sollten wir nutzen. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, die Aufschlüsselung der Förderung der Maßnahmen nach dem Investitionsfördergesetz, die wir für 1995 und 1996 erhalten haben, herauszunehmen und in dem Punkt, in dem wir Studentenwohnraum hätten fördern können, nämlich des Wohnungsbaus, insbesondere zur Modernisierung und Instandsetzung, einschließlich des Studentenwohnraumbaus, haben wir zum Beispiel 1996 allein aus IFG – und Sie wissen, bis zu 90 Prozent komplementiert, wesentlich mehr also – 198,2 Millionen DM ausgegeben. Und ich denke, hier ist bei einer politischen Entscheidung zu sagen, wir wollen über die Laufzeit des Investitionsfördergesetzes bis zum Jahr 2004 aus diesem Bereich Studentenwohnraum fördern, und dann kann in diesem Bereich diese Summe auch zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber da passiert nämlich in diesem Land überhaupt nichts. Das Investitionsfördergesetz sieht vor im Paragraphen 5, daß Länder, wenn sie Mittel nicht abgerufen ha-

ben, diese ansparen können. Den Kommunen macht das die Frau Finanzministerin immer zum Vorwurf, weil sie sagt, sie rufen die Mittel nicht ab. Aber die letzte Finanzausschußberatung, in der wir die Investitionspauschale noch ein bißchen hätten erhöhen können, weil wir gewußt haben, daß 32 Millionen DM nicht abgerufen werden, hätte auch schon ermöglicht, für 1998 die 6,5 Millionen DM aus diesem Topf zu nehmen und zu sagen, wir wollen hier einen Beitrag

(Wolfgang Riemann CDU: Sie wissen ja, an wem das gescheitert ist.)

zur Unterstützung der Studentenwerke geben.

Ich versuche hier nur in Vorbereitung der Ausschußsitzung zu sagen, wir haben die Möglichkeit, der Regierung eine Option zu geben. Mir ist völlig egal, was für eine Regierung das macht. Ich weiß, daß der nächste Landtag der Etatgesetzgeber ist, und ich hätte es gerne, daß wir die Option geben: Der Studentenwohnheimbau wird gefördert. Denn wir wollen, daß Studentinnen und Studenten in dieses Land kommen, freie Studienplätze besetzen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und hervorragende Bedingungen haben, um in unserem Land zu leben und zu arbeiten, und vielleicht motiviert es sie sogar hierzubleiben.

Insofern ist es vielleicht möglich, Herr Nötzel, daß wir eine gemeinsame Beratung von Kulturpolitikern und Finanzpolitikern machen, und wir werden darauf drängen, die Abstimmung noch im Juni vornehmen zu können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Johann Scherlinger: Danke, Frau Gramkow.

Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie gleichzeitig eine Überweisung in den Kultusausschuß damit beantragt haben?

Angelika Gramkow PDS: Nein.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Vizepräsident Johann Scherlinger: Nein. Danke schön.

Sie haben gewissermaßen daran appelliert, daß die Ausschüsse im Rahmen ihrer Selbstbefassung zusammenarbeiten.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 2/3765 an den Finanzausschuß zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei drei Stimmenthaltungen der PDS-Fraktion, ansonsten Zustimmung ist der Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 2/3765 an den Finanzausschuß überwiesen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 33:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Kardiologie an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald und in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 2/3771.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Kardiologie an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald und in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 2/3771 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Professor Zobel von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Professor.

Dr. Hans-Jürgen Zobel CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich gehe einmal davon aus angesichts der etwas späteren Stunde, daß Sie den Antrag der CDU-Fraktion sorgfältig gelesen haben. Deshalb erlaube ich mir, lediglich ein paar erläuternde Bemerkungen an den Rand zu schreiben. Grundsätzlich gehen wir davon aus, daß es uns als Politikern in der Regel untersagt sein sollte, in Wissenschaftsstrukturen von Universitäten und Hochschulen einzugreifen,

(Beifall Dr. Manfred Reißmann SPD)

es sei denn, unabhängige und kompetente Wissenschaftsorganisationen haben nach sorgfältiger Prüfung entsprechende Empfehlungen geliefert. Diese dann umzusetzen oder bei der Umsetzung zu helfen, ist vorrangige Aufgabe, die wir haben. In der hier vorliegenden Materie im Blick auf die Hochschulmedizin in unserem Lande sind wir in der glücklichen Lage, daß der Wissenschaftsrat wiederholt und sehr sorgfältig und gründlich die Medizin in Rostock und Greifswald evaluiert und entsprechendes empfohlen hat.

Diese Empfehlung für Greifswald lautet ganz eindeutig: Greifswald solle aus der Not, für die Regelversorgung gleichzeitig zuständig zu sein, eine Tugend machen und dieses einzigartige Konzept der Community Medicine für Deutschland etablieren und einführen. Zugleich empfahl der Wissenschaftsrat für Rostock, unter anderem das medizinische Klinikum auszubauen zu einem Zentrum der Transplantation und Chirurgie. Von daher war deutlich, daß die Herzchirurgie in Rostock universitär angebunden und aufgebaut werden muß. Aus diesen Empfehlungen des Wissenschaftsrats ergeben sich Konsequenzen. Diese Konsequenzen haben wir versucht, in dem Antrag in den fünf Punkten im einzelnen darzustellen.

Es ist zunächst erfreulich, wenn die Universitäten und Hochschulen im Lande sich darum bemühen, ihre Fachrichtungen zu entwickeln und auszubauen, und nicht auf einem Stillstandsniveau beharren. Denn Stillstand in der Wissenschaft wäre das Ende von Wissenschaft und bedeutet den Tod. Insofern sollte die Politik in der Tat Entwicklungsvorstellungen der Universitäten im Blick auf bestimmte Fächer, in Greifswald für die Kardiologie, kräftig unterstützen.

Zweitens ist damit natürlich verbunden, daß wir hier im Land nicht nur universitäre Kardiologie haben, sondern es gibt auch das private Klinikum in Karlsburg. Das bedeutet, daß in die Gesamtüberlegungen des Landes und der Wissenschaft dieses mit einbezogen werden muß. Das setzt voraus, daß bestimmte Kooperationsverträge zwischen den Hochschulen und Karlsburg abgeschlossen werden. Hierbei die Universität Greifswald und – ich würde meinen – auch Rostock zu unterstützen, wäre eine vordringliche Aufgabe der Politik in diesem Lande, weil sie als solche natürlich für das Wohl und Wehe der Universitäten als nachgeordnete Einrichtungen der Politik des Landes zuständig ist. Dazu gehört natürlich nun ganz konkret für Greifswald, daß schleunigst der einzige Lehrstuhl für die Kardiologie, die C-4-Professur, in Greifswald ausgeschrieben und neu besetzt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es ist mir insofern unverständlich – das muß ich einmal sagen –, daß dem Wunsch des bisherigen Lehrstuhlinhabers, nämlich aus dem Staatsdienst unseres Landes entlassen zu werden, um in die private Klinik nach Karlsburg zu gehen, seitens des Kultusministeriums offensichtlich nicht Rechnung getragen worden ist, sondern er nur beurlaubt worden ist, so daß die Planstelle weiterhin blockiert ist. Das ist für ein so wichtiges Fach wie Kardiologie angesichts der Einbindung von Kardiologie in die Community Medicine unververtretbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Denn, meine verehrten Damen und Herren, Sie wissen selber ganz genau, daß Herzerkrankungen die zweithäufigste Kranken- und Todesursache in Deutschland darstellen und daß es außerordentlich wichtig ist, daß hier in Greifswald wirklich voll gültig und ordentlich an diesem Gebiet geforscht wird.

Letztens ist natürlich ein kritisches Wort zu der Bettenzahl zu sagen. Auch dazu hat sich der Wissenschaftsrat glücklicherweise geäußert. Ich bin froh, daß er das gesagt hat, so daß wir auf ihn verweisen können als dem kompetentesten Wissenschaftsgremium der Bundesrepublik Deutschland, was wir haben. Er hat ganz eindeutig festgestellt, daß für die beiden Hochschulen die Bettenzahl im Jahre 1996 unverändert fortzuführen ist. Jeder Eingriff in die Bettenzahl, die diese Zahl verringert oder auch vergrößert, wird vom Wissenschaftsrat abgelehnt.

Sie sehen in dem Antrag auch, daß wir da immer an Rostock mit denken. Insofern ist das, was ich hier für Greifswald ausgeführt habe, gleichsam paradigmatisch für die Hochschulpolitik in unserem Lande zu sehen. Es ist Aufgabe der Politik, die Hochschulen in Ihrer Entwicklung zu unterstützen und zu fördern, und das gilt in gleicher Weise für die Hochschulmedizin der Universität Rostock. – Ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Annegrit Koburger PDS: Wenn mal auch so die Entscheidung zur Zahnmedizin ausgefallen wäre.)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Kultusministerin Frau Marquardt. Frau Ministerin, bitte schön.

Ministerin Regine Marquardt: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Dinge will ich zu Beginn meiner Rede, sehr geehrte Abgeordnete, hervorheben, weil sie besondere Umstände markieren und dieses nicht immer der Fall ist.

Erstens. Es ist ausgesprochen selten, daß die Entscheidungen beziehungsweise Empfehlungen des Wissenschaftsrates gerühmt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Gerhard Bartels PDS: Das ist wohl wahr.)

Ich bekomme meist eher andere Reaktionen.

Zweitens finde ich es erwähnenswert, daß diesmal ausdrücklich die Interessen der Rostocker Universität mit vertreten werden von Greifswaldern.

(Zuruf von Sigrid Keler SPD)

Das finde ich sehr hervorhebenswert, denn auch das ist nicht immer so.

Herr Zobel, daß Sie nicht verstehen, warum wir die Kooperationsoptionen zwischen den beiden Kliniken, die in Rede stehen – nämlich das Universitätsklinikum in Greifswald und das Karlsburger Klinikum –, so weit wie möglich offenhalten mußten und deswegen die Beurlaubung des betreffenden Lehrstuhlinhabers vorgezogen haben, anstatt schnelle Entscheidungen zu treffen, dieses nicht zu begreifen, das kann ich etwas schwer nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der Tatsache, daß die Kooperation zwischen dem Universitätsklinikum und der Klinik Karlsburg auf schwankendem Boden steht und zu zerbrechen droht, hat das Kultusministerium von dem sehr sinnvollen Weg, die Karlsburger Klinik gemäß Paragraph 107 Absatz 2 LHG in das Universitätsklinikum einzubeziehen, Abstand genommen. Das Kultusministerium hat das mit der Universität abgesprochene und inhaltlich abgestimmte Begutachtungsverfahren trotz der derzeitigen schwierigen Kooperationslage eingeleitet, um für die Zukunft der universitären Kardiologie eine abgesicherte Entscheidungsgrundlage zu schaffen. Die Begutachtung soll die Belastbarkeit des Konzepts der Universität klären.

Von erheblicher Bedeutung wird dabei auch der Teil der Konzeption sein, der die Orientierung in der Krankenversorgung beschreibt. Betriebswirtschaftliche Aspekte sind während der gesamten Diskussion völlig außer acht gelassen worden. Deshalb sind speziell in dieser Sache die Ergebnisse der Pflegesatzverhandlungen mit den Krankenkassen von nicht unwesentlicher Bedeutung. Unwirtschaftlichkeiten und damit einhergehende Bilanzverluste müssen verhindert werden. Auch aus diesem Grunde muß eine verantwortungsvolle Prüfung der universitären Konzeption erfolgen.

Hierüber habe ich die Universitätsleitung vor zwei Wochen informiert. Im selben Schreiben wurde die Universität von mir aufgefordert, in Abstimmung mit dem Kultusministerium einen konkret in den Inhalten begrenzten und am Konzept der Universität ausgerichteten Ausschreibungstext für die C-4-Professur vorzulegen. Dies ist erfolgt. Die Ausschreibung der C-4-Professur Kardiologie ist genehmigt. Die Ruferteilung erfolgt allerdings erst nach Vorliegen der Gutachten.

Die Universität ist auch erneut aufgefordert worden, Kooperationsverhandlungen mit dem Klinikum Karlsburg aufzunehmen. Eine Aufforderung zur Vermittlung und Beförderung dieser Verhandlungen an mich ist überflüssig. Ihre guten Kontakte zur Universität, Herr Zobel, sollten vielleicht Ihnen zur Kenntnis gebracht haben, daß ich hier in den letzten Wochen diverse Gespräche geführt habe.

Würde dem Antrag der CDU-Fraktion gefolgt, ohne das Ergebnis der Begutachtungsverfahren abzuwarten, würden endgültig zwei nicht kooperierende, sondern konkurrierende Klinikstandorte existieren, wobei wegen der unterschiedlichen materiellen Ausgangspositionen und der unterschiedlichen betriebswirtschaftlichen Flexibilität der Universität mittel- und langfristig gesehen größte Nachteile entstehen würden, die allein durch Festlegungen im Krankenhausplan nicht verhindert werden können.

Noch ein Wort zur Förderung der Unterstützung des Modellprojekts Community Medicine, die Sie sowohl ideell wie auch materiell meinen einfordern zu müssen. Das Mo-

dellprojekt wird vom Kultusministerium ideell wie materiell unterstützt, nämlich in Höhe von über 3 Millionen DM. Im Zusammenhang mit der Problematik Kardiologie wird es allerdings mißbräuchlich strapaziert, da die Vorstellung der Universität, sich nunmehr auf eine molekulare Kardiologie zu konzentrieren, erst seit zwei Monaten existiert und zuvor kein Bestandteil des Community-Medicine-Projektes war. Gleichwohl ist das Kultusministerium bereit, diesen neuen Überlegungen der Universität im wissenschaftlichen Bereich und somit im Rahmen der Community Medicine zu folgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, meine Ausführungen waren dazu angetan, Ihnen zu übermitteln, daß der Antrag der CDU in der Sache erledigt ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Gerhard Bartels PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich ist die Diskussion über Details von Lehrstuhlbesetzungen und Lehrstuhleinrichtungen nicht Gegenstand von Landtagsdebatten, zumindest legt das das Landeshochschulgesetz so fest. Daß ich das nicht so sehr positiv sehe, habe ich bei anderer Gelegenheit schon gesagt. Ich erinnere nur an das Problem der Zahnmedizin in Rostock. Und ich werde darauf auch noch einmal zurückkommen, die Erinnerung an diese Diskussion ist nicht zufällig, sie berührt auch das hier genannte Problem.

Die Notwendigkeit solcher Diskussionen ergibt sich bei diesem konkreten Beispiel aus den unmittelbaren und den mittelbaren Folgen der Entwicklung, die sich in den medizinischen Klinika im speziellen und in der Hochschullandschaft im allgemeinen vollziehen, und den damit verbundenen Problemen.

Ich will ganz kurz erinnern an die Entwicklung des Problems, das sich auf Greifswald und Karlsburg bezieht. Als vor Jahren die Diskussion um die Entwicklung des Klinikums in Karlsburg entstand, gab es von vornherein Ängste, weil die Gefahr gesehen wurde, daß die eigentlich abgesprochenen Schwerpunktsetzungen zwischen den Universitätsklinika in unserem Land, also zwischen Rostock und Greifswald, unterlaufen werden würden, und zwar in bezug auf die Tatsache, daß in Abstimmung der Schwerpunktsetzungen an den Klinika festgelegt war, das Herzzentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern befindet sich in Rostock an der Universität. Trotzdem und trotz dieser Bedenken hat es letztlich eine Zustimmung zur Entstehung des Standortes Karlsburg gegeben, auch mit Blick auf die dort vorhandenen Traditionen, wenn auch in anderer Disziplin, und es kam zu einem Kooperationsvertrag zwischen der Universität Greifswald, dem Klinikum und Karlsburg.

Ursprünglich war vorgesehen in diesem Zusammenhang, daß in Karlsburg eine kardiologische Abteilung mit 15 Betten als Servicestation für die Herzoperationen entstehen soll. Jetzt existieren 62 Betten, und der neue Landeskrankenhausplan, der gerade auf wunderbarem Hochglanzpapier von der ersten bis zur letzten Seite gedruckt erschienen ist, schreibt diese 62 Betten fest und fügt in einer Anmerkung hinzu: „Der Bedarf der Region an Betten der Inneren Medizin (Kardiologie) ist zwischen der Ernst-

Moritz-Arndt-Universität Greifswald und dem Klinikum Karlsburg im Rahmen der Weiterentwicklung des Kooperationsvertrages ab 01.01.1999 abzustimmen.“ Was heißt das eigentlich? Heißt das, daß die Universität im Rahmen des Kooperationsvertrages, der hier in Aussicht gestellt ist – ich sage gleich noch etwas dazu –, zu akzeptieren hat, daß jetzt die 62 Betten dort existieren, die als Bedarf für die ganze Region immer ausgewiesen werden? Heißt das also, daß in den Kooperationsverhandlungen aufgrund der Festlegungen des Krankenhausplanes die Universität zu akzeptieren hat, daß sie ihre kardiologische Abteilung entweder gar zu dicht macht oder auf ein nicht vertretbares Minimum zurückfährt?

Ein drittes Problem in diesem Zusammenhang: Bestandteil des Kooperationsvertrages war die Tatsache, daß der C-4-Professor für Kardiologie der Universität Greifswald im Rahmen der Nebentätigkeit in Karlsburg tätig sein durfte. Dort nennt er sich seitdem Chefarzt der Klinik für Innere Medizin. Ich will jetzt nicht im Detail über die Probleme der Abwicklung dieser Nebentätigkeit reden, will aber sagen, daß die Probleme, die dort entstanden sind, Bestandteil der Gesamtprobleme mit dem Kooperationsvertrag und seiner praktischen Umsetzung sind und waren. Und ich kann es sehr gut nachvollziehen, daß die Universität aus den vorhandenen Problemen, die ich jetzt nicht alle genannt habe, den Kooperationsvertrag gekündigt hat, weil sie nur so die Chance sah, Herrn Guth an den Verhandlungstisch zu bringen und über eine wirkliche praktizierte Kooperation mit der Universität zu verhandeln.

In diesem Zusammenhang, Frau Ministerin, muß ich dann schon fragen, und da kann ich Herrn Zobel nur zustimmen, so ganz verstehe ich die Tatsache nicht, daß aus der eigenen Kündigung des Lehrstuhlinhabers eine Beurlaubung gemacht worden ist, weil ich nicht sehe, mit welchem Ziel diese Beurlaubung zu erfolgen hatte. Denn eins war zu diesem damaligen Zeitpunkt klar: Eine C-4-Professur mit Schwerpunkt in Greifswald, so sollte es eigentlich sein, und gleichzeitige Chefarztstätigkeit in Nebentätigkeit in Karlsburg wird nicht funktionieren.

(Beifall Dr. Gregor Putensen PDS)

Damit beende ich erst einmal die Skizze der Probleme und der Entwicklung des Problems in Greifswald und knüpfe einige Fragen daran.

Erste Frage. Ist es richtig, wie in der Zeitung vermeldet wurde, daß 100 Millionen DM Steuergelder zur Förderung der Guth-Klinik nach Karlsburg geflossen sind? Und ist es richtig, wie in der Zeitung stand, daß die Klinik-Gruppe Guth sage und schreibe 3 Millionen DM Eigenanteil zur Kompensation und zur Komplementierung dieser 100 Millionen DM aufgebracht hat beziehungsweise aufbringt?

Zweitens. Ist es richtig, daß der Wissenschaftsrat seine Zustimmung zu den notwendigen Neubauten am Klinikum Greifswald davon abhängig machte und macht, daß in der Umgebung keine Betten der Maximalversorgung gefördert werden? Und, Frau Kultusministerin, es ist richtig, ich bin kein Freund des Wissenschaftsrates, habe hier aber lernen müssen, daß die Mehrheit in diesem Hause relativ eng, um kein anderes Wort zu gebrauchen, an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates hängt und daß der Wissenschaftsrat damit eine wesentliche Bedeutung hat.

(Angelika Gramkow PDS: Siehe Zahnmedizin.)

Und die Konsequenz ist doch dann,

(Angelika Gramkow PDS: Siehe Zahnmedizin.)

daß – wenn diese Entwicklung so weitergeht, wie sie hier anfängt, und die Diskussion um die Versorgungsbetten – ab dem Jahre 2000 für die Universitätsklinik in Greifswald das Minimum an vorhandenen Betten für das Klinikum unterschritten wird, und irgendwann, und zwar dann in sehr naher Zukunft, der Wissenschaftsrat sagt, das ist keine medizinische Fakultät mehr.

(Beifall Dr. Gregor Putensen PDS)

Das ist doch der eigentliche Hintergrund, um den es hier geht.

Eine dritte Frage. Ist es richtig, daß die Guth-Gruppe weitere Verhandlungen mit der Ernst-Moritz-Arndt-Universität abgelehnt hat? Und wenn das so ist, dann frage ich: Warum fühlt sich die Guth-Gruppe so stark? Wer hat sie durch entsprechende Verträge und entsprechend große Schecks in diese Position gebracht?

(Beifall Dr. Gerhard Poppei PDS)

Und deshalb, glaube ich, ist es auch nicht richtig, die Beurlaubung zu begründen mit der Hoffnung – oder besser nicht die Beurlaubung, sondern das, was die Frau Kultusministerin gesagt hat –, der Antrag darf nicht angenommen werden, weil dann überhaupt keine Kooperation mehr stattfinden wird zwischen Karlsburg und Greifswald. Der Zustand ist längst erreicht. Deshalb ist dieser Antrag sehr wichtig, und er muß unbedingt angenommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Eine vierte Frage. Ist es richtig, daß das Sozialministerium die Verwendung der Fördermittel nicht daraufhin kontrollierte, ob tatsächlich nur die im Krankenhausplan vorgesehenen 180 Betten gebaut wurden? Ist es richtig, daß nicht rechtzeitig oder nicht gewollt wurde, festzustellen, daß dort 230 Betten entstehen? Und ist der neue Krankenhausplan das Eingeständnis der fehlenden Kontrolle oder einer indirekten Absicht, das heißt die Festschreibung dieser 62 Betten für die Kardiologie?

Ich stelle diese Fragen alle, weil ich davon ausgehe, daß mit dieser Entwicklung eine ganz akute Gefährdung der Medizinischen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität auf der Tagesordnung steht.

(Beifall Angelika Gramkow PDS)

Man braucht nicht sehr viel weiterzudenken, um zu sagen, eine Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald ohne Klinikum ist spätestens mittelfristig selbst in Frage gestellt.

(Beifall Dr. Gregor Putensen PDS)

Ich stelle auch hier die Frage, und ich spitze das ganz bewußt zu: Ist das Absicht oder Blauäugigkeit?

Und ich will auch ganz deutlich sagen, meine Fraktion lehnt Privatkliniken nicht ab, und sie akzeptiert, daß durch Privatkliniken hervorragende hochspezialisierte Leistungen für die Patienten erbracht werden können und erbracht werden. Aber das Land muß bei der Einsetzung seiner Fördermittel Prioritäten setzen. Und deshalb frage ich: Wollen Kultusministerium und Sozialministerium zwei medizinische Fakultäten in unserem Land? Arbeiten sie in diesem Sinne zusammen, oder bevorzugt eines der Ministerien oder vielleicht auch beide etwa die Privatkliniken?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wenn ja, warum.

Ich will noch einen Hinweis anschließen. Professor Kohler hat mehrfach bei den verschiedensten Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß die unterschiedlichen Förderungsbedingungen bei Krankenhausplanbetten und Betten, die durch das Hochschulbaufördergesetz gefördert werden, dazu führen, daß auf mittlere Sicht Universitätskliniken keine Chance haben. Was tut das Land dagegen?

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe hier am Beispiel der Kardiologie in Greifswald einige Dinge angesprochen, die allgemeinerer Natur sind und die nicht nur ein Problem von Karlsburg und Greifswald sind. Ich will nur darauf hinweisen, gefährdet ist durch die Entwicklung der Neurologie in Plau die gerade mühsam erkämpfte kleine neurochirurgische Abteilung an der Universität Rostock.

Ich komme gleich zum Schluß, Herr Präsident.

Wohin führt die Kooperation zwischen dem Universitätsklinikum in Rostock und dem Südstadtklinikum, wo alle unter Druck gesetzt werden, daß sie nur dann HBFGBauten genehmigt bekommen, wenn sie dieser Kooperation zustimmen?

(Beifall Angelika Gramkow PDS)

Ich will in diesem Zusammenhang an die Entwicklung der Zahnmedizin und an das Problem der Zahnmedizin erinnern. Wenn wir als Landtag uns in diese Dinge nicht rechtzeitig einmischen, stehen wir eines Tages vor vollendeten Tatsachen. Und dann heißt es, mindestens eine, wenn die Entwicklung so zugespitzt wird, wie ich sie hier angedeutet habe, sogar beide medizinische Fakultäten sind in Gefahr. Ich denke, wenn der Landtag sich für die Kardiologie in Greifswald und den erfreulicherweise sehr viel weitergehenden Antrag, der hier vorliegt, ausspricht, dann mischen wir uns endlich ein und sagen: So kann es nicht weitergehen! – Danke.

(Beifall bei der PDS und
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat der Abgeordnete Professor Zobel von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Professor.

Dr. Hans-Jürgen Zobel CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem der Kollege Bartels ausführlich die Fakten dargestellt hat, will ich nur noch einmal kurz auf die Darstellung der Kultusministerin eingehen.

Frau Marquardt, Sie haben gemeint, begründet zu haben, daß unser Antrag erledigt wäre. Das mag Ihre Meinung sein. Sie müssen aber auch akzeptieren, daß ich da überhaupt nicht mit Ihnen eins bin. Mitnichten ist der Antrag erledigt.

(Beifall bei der PDS und
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ganz im Gegenteil, ich habe den Eindruck, daß er nach wie vor höchste Dringlichkeit besitzt. Die Weiterentwicklung der Kardiologie innerhalb der Universität Greifswald ist auf jeden Fall kräftig zu unterstützen.

(Beifall Steffie Schnoor CDU)

Die Vorstellungen, die dabei die Universität entwickelt, Sie haben sie angedeutet, müßten von Ihrer Seite auch entsprechend Unterstützung erfahren. Dann wäre in dieser Hinsicht Ruhe eingetreten.

Ebenso ist nach wie vor ungeklärt die Frage der C-4-Besetzung. Es ist erfreulich, daß inzwischen ausgeschrieben worden ist, aber derzeit ist dieser Lehrstuhl leer, und es wird die Bettenstation der Kardiologie Greifswald nicht in der gebührenden Weise von wissenschaftlicher Kompetenz begleitet. Das ist ein Manko und müßte schleunigst behoben werden.

Herr Kollege Bartels hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen zwischen der Universität Greifswald und dem Klinikum Karlsburg wenn nicht nur in eine schwierige Phase gekommen, so weithin abgebrochen worden sind, weil die Forderungen, die Karlsburg stellt, seitens der Universität unerfüllbar scheinen. Hier würde ich mir ebenfalls wünschen, daß die innerhalb unserer Landesregierung zuständige ministerielle Stelle die Seite der Universität nachdrücklich unterstützt und Wege findet, daß es zu einer sinnvollen Kooperation zwischen den beiden Einrichtungen kommt. Denn nebeneinander her existieren können sie nicht, das geht nicht. Dazu ist die Situation auch zwischen einem Hochschulbetrieb, der in Landeseigentum besteht, und einer Privatklinik viel zu kompliziert, denn die Privatklinik kann viel schneller handeln als eine universitäre Hochschulmedizinklinik.

Und schließlich will ich noch einmal darauf hinweisen, daß natürlich die Kapazitäten oder die Notwendigkeiten für herzchirurgische Eingriffe in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern glücklicherweise begrenzte Zahlen sind. Das heißt also, daß man den Blick auf die Leistungsfähigkeit Rostocks mit 1.000 Operationen am offenen Herzen bedenken muß, wenn man Karlsburg in der Weise fördert, wie es offensichtlich nach den Zeitungsberichten in der letzten Zeit geschehen ist.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels PDS)

Hier sehe ich im Blick auf das Forschungs-, Arbeits- und Operationsprofil der Universität Rostock in erheblichem Maße Sorgen.

Und schließlich möchte ich doch noch einmal darauf zu sprechen kommen, daß natürlich die Frage der Wirtschaftlichkeit bei einem Klinikum der medizinischen Fakultät auch durch die Verhandlungen mit den Krankenhausgesellschaften entsprechend berücksichtigt werden muß. Es kann aber nicht so sein, daß die Wirtschaftlichkeit der einzige Gesichtspunkt in der Frage der Entscheidung über ein Klinikum ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und PDS)

Wenn in den anderen Bereichen einer Universität, etwa in dem geisteswissenschaftlichen Bereich, nach Wirtschaftlichkeit gefragt würde, könnte man sie von vornherein schließen.

(Dr. Gregor Putensen PDS: Richtig.)

Und das gilt letztlich auch im Blick auf die Förderung, die ich erbeten habe in unserem Antrag für das Modellprojekt Community Medicine. Ich bin erfreut, wenn Frau Ministerin Marquardt deutlich feststellt, daß sie ideell und materiell dieses Unternehmen kräftig fördert. Es hat in der Tat Förderung notwendig, denn auch für die Greifswalder Mediziner ist das ein völlig neuer Weg, den sie beschreiten müssen. Dieser Weg ist kompliziert, und diejenigen, die den Mut haben, ihn zu gehen, brauchen Unterstützung eben auch von der Politik. Und daß sie gegeben wird, dafür danke ich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und PDS)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Professor Zobel.

Das Wort hat der Sozialminister Herr Kuessner. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Hinrich Kuessner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Bartels, Sie haben mich direkt angesprochen,

(Dr. Gerhard Bartels PDS: Richtig.)

dann will ich auch direkt antworten.

Beide Fakultäten in Greifswald und Rostock sind Bestandteil des Krankenhausplanes und sind auch Bestandteil der Prognose des Krankenhausplanes. Das heißt, daß sie beide auf Dauer in der Planung in Mecklenburg-Vorpommern vorgesehen sind. Und das, was wir gemeinsam, Kultusministerium und wir, gemacht haben in den vergangenen Jahren, ist, daß wir ein Konzept gesucht und, ich denke, auch gefunden haben, was zwei Fakultäten in diesem Land ermöglicht und dazugeordnet Krankenhäuser, zum Teil kleine Krankenhäuser, in den Regionen.

Es ist schon kein nicht ganz einfacher Weg, nachdem in den ersten vier Jahren auch bestimmte Standorte festgeschrieben waren, auch mit einer bestimmten fachlichen Ausrichtung. Dieses Konzept auf die Beine zu stellen, da haben wir erhebliche Mühen und Anstrengungen machen müssen. Und das Konzept steht und fällt damit – und das gilt nicht nur für die beiden Universitätskliniken, sondern das gilt insgesamt für die Krankenhauslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern –, daß eine Kooperation gemacht wird. Wenn es uns nicht gelingt in Mecklenburg-Vorpommern, wenn wir zum freien Wettbewerb kommen, dann werden wir im Gesundheitswesen harte Zeiten erleben. Ich selbst bin kein Verfechter, daß es ganz viele private Träger in diesem Land gibt, weil die Gestaltung des Gesundheitswesens für mich auch eine öffentliche Aufgabe ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Gerhard Poppei PDS: Kein Geschäft.)

Das heißt, daß wir bei jedem Trägerwechsel solche Fragen sehr genau diskutieren müssen. Ich muß aber auch dazusagen, daß ich nicht diese Entscheidung in der Hand habe, daß das eine Entscheidung der Träger ist. Und wir haben außer den Universitäten keine Landeskrankenhäuser. Das muß man bei der ganzen Geschichte auch ganz klar bedenken.

Die Situation Karlsburg/Greifswald: 21 Kilometer auseinander, das ist natürlich dicht. Die Standortentscheidung ist gefallen in der ersten Legislatur. Und bei dieser Standortentscheidung gab es, als wir über Konzepte nachdachten, eine Lösung – die gibt es immer –, daß keine Fördermittel gegeben würden und daß ein Standort zugemacht wird. Ich glaube, wir hätten die Diskussion mit umgekehrten Vorzeichen hier dann ganz genauso. Ich denke nicht, daß einer hier im Haus – ich habe jedenfalls diese von Ihnen nie gehört –, die Forderung stellt, daß der Standort Karlsburg geschlossen wird. Wenn man dies nicht will, dann war es gerade bei der Profilierung von Karlsburg von vornherein klar, daß eine sehr abgestimmte Kooperation notwendig ist.

(Harry Glawe CDU: Es geht nicht nur um die Kooperation.)

Dies gilt genauso auch für andere Krankenhäuser. Das gilt auch für das Krankenhaus Wolgast, das gilt auch für das Krankenhaus in Anklam, das gilt auch für das Kran-

kenhaus in Stralsund. Das sind natürlich alles keine weiten Entfernungen, und es muß ein abgestimmtes Konzept sein.

Da Karlsburg Herzchirurgie macht, ist das ganz besonders wichtig, weil es ein hochmodernes Krankenhaus ist. Karlsburg hat in der Tat 100 Millionen Fördermittel erhalten. Karlsburg hat aber die Fördermittel bekommen, die dieser Klinik zustehen wie genau jeder anderen Klinik. Daß im Verhältnis zu 100 Millionen eine kleine Zahl Eigenmittel eingebracht worden ist, ist nach dem Gesetz nicht notwendig. Wir haben mit Karlsburg einen Festbetrag vereinbart, und wir sind nach dem Gesetz verpflichtet, die Investitionskosten für die Krankenhäuser voll zu übernehmen, denn die Investitionen sollen nicht im Pflegesatz abgerechnet werden. Sie wissen alle, was für Folgen das hat. Das heißt, daß das in die Krankenkassenbeiträge ja mit eingerechnet wird, und sie sollen niedrig gehalten werden. Wenn die Investitionen hier mit eingerechnet werden, gehen diese Kosten hoch.

Das ist eine Entscheidung des Gesetzgebers auf Bundesebene, daß die Investitionskosten durch Länder zu tragen sind. Wir haben ein spezielles Programm, was vom Bund und vom Land getragen wird – das kennen Sie alle –, die Artikel-14-Mittel, die in Karlsburg eingegangen sind. Bei diesen Investitionen gibt es keine Beanstandungen in der Höhe. Die Zahl ist sehr sorgfältig debattiert worden, und es wäre sehr müßig, da Anfragen zu stellen. Das ist genau wie bei jedem anderen Krankenhaus gelaufen.

Das Problem sind in der Tat die Betten und auch der Zuwachs der Betten. Nun ist das auch nicht so einfach, daß ich als Sozialminister sagen kann, dieses Krankenhaus bekommt soviel Betten, jenes Krankenhaus bekommt soviel Betten. Wenn die Praxis ergibt – und da gibt es Sozialgerichtsentscheidungen –, daß ein höherer Bedarf nachgewiesen wird, dann muß ich diesen nachvollziehen in der Krankenhausplanung. Ich habe den Bedarf, der nachgewiesen wurde in Karlsburg, so nicht vollzogen, sondern habe verhandelt und habe die Zahl der Betten in Karlsburg runtergehandelt, gerade im Interesse einer vernünftigen Kooperation mit der Universitätsklinik in Greifswald. Und mein Anliegen und genauso das Anliegen der Kultusministerin ist, daß wir zu einer aktiven Kooperation zwischen der Universitätsklinik und dem Klinikum Karlsburg kommen. Es wird von beiden Seiten, vom Kultusministerium und von uns, immer das Anliegen bleiben, daß die Universität nicht geschädigt wird.

Die Wirtschaftlichkeitsfrage ist bei der Universität bei den Forschungsbetten eine andere als bei den Versorgungsbetten. Ich habe mehrfach öffentlich erklärt – das ist auch im Krankenhausplan nachzulesen –, daß die Forschungsbetten von uns nicht bewertet und nicht verändert werden. Das heißt, die 760 Betten, die durch den Wissenschaftsrat benannt sind, werden von uns nicht angefaßt, auch wenn diese Betten für die Versorgung nicht notwendig sind. Wir haben im Gegenteil auch in der Prognoseplanung 90 Betten mehr. Man muß dazu bedenken, daß nach alter Absprache zwischen Universität, Kultusministerium und uns die Psychiatrie außerhalb der Universität künftig betrieben wird. Insofern ist die Reduzierung der Versorgungsbetten in geringem Maße in Greifswald. Und wenn Sie einmal vergleichen die Bettenzahl an der größeren Stadt Schwerin und der kleineren Stadt Greifswald, dann hat Greifswald eine sehr hohe Bettenzahl. Die Universität wird immer hart daran arbeiten müssen, hier eine gute Auslastung zu erreichen.

Ich will noch ein Wort zur angesprochenen Zusammenarbeit in Rostock sagen. In Rostock ist es genauso wie in Greifswald, daß wir für die Zukunft für unsere wenigen Geldmittel, die wir zur Verfügung haben, wenn sie gut eingesetzt werden sollen, auch hier eine aktive Kooperation erreichen müssen. Und wir sind in Rostock zum Glück soweit, daß zwischen Stadt, Universität, Kultusministerium und uns es zu vernünftigen Absprachen gekommen ist und es eine positive Kooperation zwischen dem Südstadtkrankenhaus und der Universität gibt. Daß nicht jeder, der dort arbeitet, mit der Entscheidung zufrieden ist, das wird immer schwer zu erreichen sein, weil es natürlich ein Einschnitt auch in bestehende Arbeitsbereiche ist. Aber ich denke, in Rostock ist es uns gelungen, auch den Weg aufzuzeigen, um dieses Ziel zu erreichen, und daß auch einzelne schwierige Verhältnisse durch den Zeitablauf positiv geklärt werden können.

Insofern ist meine dringende Bitte, daß wir gemeinsam an der Auffassung festhalten, daß wir erstens die beiden Fakultäten weiterhin wollen und daß wir eine aktive Kooperation zwischen den Krankenhäusern im Land, egal wie weit sie jetzt von der Klinik entfernt sind, betreiben, denn nur auf diese Weise werden wir vernünftig zum Ausbau kommen.

Ich will noch eines zu den unterschiedlichen Investitionsarten sagen. Es ist in der Tat ein Problem, daß das Verfahren der Hochschulbauten schwieriger ist als das Verfahren unserer Krankenhäuser. Das haben wir alleine in der Hand, und wir haben gezeigt, daß wir das auch beschleunigen können. Was wir erreichen müssen, und das ist auch meine Auffassung, ist – da Sie beide, Herr Zobel und Herr Bartels, gute Kontakte zur Universität haben, wissen Sie sicher, daß es auch eine ganze Reihe Gespräche zu diesem Thema sowohl mit der Leitung der Medizinischen Fakultät als auch mit dem Rektorat gegeben hat –, daß wir zusammen überlegen, daß es auch zu einer Beschleunigung der Investitionen im Universitätsbereich kommt. Das halte ich für dringend erforderlich in Mecklenburg-Vorpommern, und das müssen wir tun. Es hat aber keinen Zweck, jetzt zu sagen, weil wir in einem Bereich nicht schnell investieren können, daß der andere auch langsamer werden muß. Ich glaube, da tun wir uns keinen Gefallen, sondern wir müssen Lösungen finden, daß die schnellere Investition im Hochschulbereich erreicht wird. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Rißmann von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Manfred Rißmann SPD: Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Das Thema ist zu ernst, um Schuldzuweisungen oder billige Polemik über dieses uns alle betreffende und interessierende Thema einer optimalen Versorgung von Menschen in der Region Mecklenburg-Vorpommern universitär und in anderen Krankenhäusern zu vollziehen. Trotzdem muß ich natürlich darauf hinweisen, daß die Übereignung, das heißt Übernahmevereinbarung der Klinikgruppe Dr. Guth auf das Datum vom 08.12.1993 datiert ist und die Zusage für Fördermittel nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz in Höhe von Kreditmitteln bis zu einem Volumen von bis zu 100 Millionen DM vom 22.09.1994 stammt.

(Till Backhaus SPD: Aha.)

Hinzufügen muß ich auch, daß die Kooperationsvereinbarung, von der man sich erhoffte, daß sie funktionieren

würde, auch schon aus der vorigen Legislaturperiode stammt. Aber nichtsdestotrotz, das Thema eignet sich nicht dazu, Streit oder Differenzen auszutragen, die in der Sache schädlich sind.

Der Ernst der Situation ist aus den Fragen von Herrn Dr. Bartels und aus den engagierten, kurzen, knappen und bündigen Äußerungen von Professor Zobel deutlich geworden. Ich habe die Sicherheit und die Kenntnis, daß auf diesem Gebiet die Ausführungen, die die Kultusministerin, und die Ausführungen, die der Sozialminister gemacht haben, gehandelt wird, daß die Chance für die Kooperation nicht aus der Hand gegeben werden durfte, die Kooperation zwischen Karlsburg und der Universität in Greifswald.

Die Chancen für die Community Medicine – eine ganz wichtige Entscheidung nach Beratung durch den Wissenschaftsrat – waren die Chancen für Greifswald, die universitäre Medizin zu erhalten. Es ist für alle hier im Hause eine Selbstverständlichkeit, daß wir alles unterstützen, was dieser Konzeption dient.

Trotzdem muß ich hier an dieser Stelle sagen, ich bin sicher, daß gehandelt wird von beiden Ministerien. Es ist richtig und wichtig, daß diese Diskussion in der Öffentlichkeit den Eindruck auch deutlich widerspiegelt, daß es den Parlamentariern ernst ist, sich um diese Angelegenheit zu kümmern. Die beiden zuständigen Minister tun das, und deswegen halte ich die Unterstützung des Antrages der CDU-Fraktion durch meine Fraktion nicht für erforderlich. Es wird gehandelt in diesem Bereich, das Thema ist hier noch einmal deutlich geworden, und ich erwarte Ergebnisse von beiden Ministern, die in dieser Frage gefordert sind. Ich denke, daß sie sich dieser Verantwortung bewußt gewesen sind und heute noch einmal sehr engagiert darauf hingewiesen wurden. Meine Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Dr. Reißmann.

Das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von PDS-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Gerhard Bartels PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte doch kurz noch einmal erwidern auf einige der Fragen, vor allem auf die, die der Sozialminister hier vorgetragen hat. Denn, Herr Dr. Reißmann, es ist Streit notwendig, Streit für die Sache, und zwar heftiger Streit, da die Gefahr heftig ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und deshalb stehe ich hier, und deshalb will ich auch noch mal etwas sagen.

Herr Sozialminister, es gibt ja sicher Zwänge, wenn man in einem solchen Amt ist, wie Sie es sind. Aber daß Sie ganz so hilflos sind, wie Sie das hier heute dargestellt haben, das kann und will ich einfach nicht glauben, denn dann verstehe ich vieles überhaupt nicht mehr, um das mal ganz vorsichtig zu sagen.

Ich muß natürlich darauf hinweisen, daß ein Teil der Probleme eben dadurch entsteht, daß Klinika- und Krankenhausplan sich gegenseitig stören. Das sehe ich schon auch, aber ich erinnere noch einmal daran – ich habe es vor einiger Zeit hier schon einmal gesagt –, Frau Dr.

Tschirch hat damals, als das Krankenhausgesetz dieses Landes geändert wurde, darauf hingewiesen: Dabei dürfen aber bitte schön die Versorgungsbetten an den Universitäten nicht sterben! Der Verweis auf die 760 Betten für Forschung und Lehre in Greifswald ist ja schön und gut, aber was Entscheidende ist doch – und nun bin ich wieder bei Wissenschaftsrat –, daß der Wissenschaftsrat eine gewisse Untergrenze von Bettenzahlen für die Anerkennung einer medizinischen Fakultät fixiert, und genau das ist das Problem. Mit 760 Betten genehmigt kein Wissenschaftsrat mehr eine Förderung für ein Universitätsklinikum.

(Minister Hinrich Kuessner:
Das ist ja auch nicht so.)

Und damit sterben die Neubauten, die dringendst notwendigen Neubauten. Wer sich mal in den Klinika in Greifswald umgesehen hat, der wird das vielleicht verstehen, wie dringend notwendig das ist. Und damit stirbt diese Fakultät, weil sie dann nämlich gegen ein so hochmodernes Privatklinikum, das mit 100 Millionen DM gefördert worden ist oder dessen Investitionen bezahlt worden sind, einfach nicht mehr konkurrieren kann.

Und Sie wissen doch auch, Herr Sozialminister, daß es darum geht, daß in Greifswald und Karlsburg schon längst darüber diskutiert wird, daß weitere Bereiche in Karlsburg aufgebaut werden mit diesen 100 Millionen DM.

(Minister Hinrich Kuessner: Das stimmt ja nicht. –
Ministerin Regine Marquardt: Das stimmt nicht.)

Ja, das stimmt. Natürlich stimmt das, Herr Minister. Das Problem ist, die Entwicklung ist ganz klar abzusehen, und deshalb glaubt ja die Guth-Klinikgruppe auch in einer so starken Position zu sein. Sie ist inzwischen soweit, daß sie dem Klinikum echte Konkurrenz machen kann. Deshalb braucht es keine Kooperationsverhandlungen mehr. Den Stand haben wir doch inzwischen erreicht.

Ich bin sofort fertig, Herr Präsident.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Eine letzte Sache will ich noch sagen: Es ist natürlich so, daß der Kooperationsvertrag zwischen dem Klinikum der Universität Rostock und dem Südstadtklinikum im Entwurf vorliegt, aber er ist noch nicht gültig. Und daß es da heftige Diskussionen gibt, Herr Minister, das wissen Sie sicher genauso gut wie ich. Die Dinge sind zum Glück, würde ich sagen, weil ich dort ähnliche Entwicklungen wie zwischen Greifswald und Karlsburg befürchte, wenn auch nicht gleich morgen, aber übermorgen, zum Glück sind die Dinge noch nicht alle gegessen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Abgeordneter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3771. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Frage nach den Gegenstimmen. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Danke. Eine Stimmenthaltung bei der SPD-Fraktion, ansonsten Gegenstimmen bei der SPD-Fraktion, Zustimmung durch die CDU- und PDS-Fraktion. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3771 angenommen.

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Siegfried Friese SPD: Wie sehen Sie
die Abstimmung, Herr Rehberg?)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34**: Beratung
des Antrages der Fraktion der CDU – Nutzung „Nothafen
Darßer Ort“, Drucksache 2/3772.

Antrag der Fraktion der CDU:
Nutzung „Nothafen Darßer Ort“
– Drucksache 2/3772 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr
Rehberg von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abge-
ordneter.

Eckhardt Rehberg CDU: Herr Präsident! Meine Da-
men und Herren Abgeordnete! In jüngster Zeit häufen sich
Meldungen über Aktivitäten, die unter dem Deckmantel
des Naturschutzes wirtschaftliche Entwicklungen in unse-
rem Land bremsen oder verhindern wollen. Betroffen sind
hiervon nicht nur der Bau der Autobahn oder des Transra-
pid, sondern auch Vorhaben im Bereich des Tourismus.
Besonders die Umweltverbände, die Opposition und der
Koalitionspartner zeichnen sich hier durch investitions-
feindliches Engagement aus.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh, oh!)

Dieses wird durch Forderungen einiger Abgeordneter,
bestehende Kaufverträge rückabzuwickeln oder in Bun-
deseigentum stehende Flächen kostenlos an das Land zu
übertragen, besonders deutlich.

(Till Backhaus SPD: Da haben Sie doch
gestern mitgestimmt. Oder wie war denn das?)

Hinsichtlich der rechtlichen Grundlagen einer ...

(Till Backhaus SPD: Was war denn das gestern?)

Das ging doch nicht um kostenlose Übertragung, Herr
Kollege.

(Till Backhaus SPD: Ich hatte Ihnen
doch was ganz anderes gesagt.)

Hinsichtlich der rechtlichen Grundlagen einer Rückab-
wicklung von Kaufverträgen und der finanziellen Auswir-
kung kostenloser Flächenübertragungen sollten sich diese
Abgeordneten doch vertrauensvoll an ihre Fraktionskolle-
gen Frau Keler und Herrn Eggert wenden.

Da der Koalitionspartner nicht bereit war, die Ziele des
vorliegenden Antrages, die wirtschaftliche Entwicklung
einer ganzen Region zu unterstützen, mitzutragen, war es
erforderlich, diesen allein durch die CDU-Fraktion einzu-
bringen.

(Volker Schlotmann SPD:
Wer's glaubt, wird selig.)

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion steht für einen
Interessenausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie,

(Till Backhaus SPD: Das haben wir laufend
gesehen, was für Veranstaltungen das waren.)

denn nur so kann eine ausreichende Akzeptanz für Zie-
le des Naturschutzes erreicht werden. Naturschutz allein
durch Verbote und Restriktionen umsetzen zu wollen läuft
diesem Anliegen zuwider.

(Till Backhaus SPD: Freie Fahrt
für freie Motorbootfahrer!)

Sehen Sie mal, Herr Backhaus, Sie sollten sich wirklich
informieren, eh Sie solches Zeug daherschwätzen, wie Sie
es eben getan haben.

(Till Backhaus SPD: Ich bin gerade dagewesen
und habe mich mit den Leuten unterhalten. –
Zuruf von Siegfried Friese SPD)

Insbesondere die Erholung und die Erlebbarkeit der Natur
tragen zum nachhaltigen Schutz unserer Landschaft bei.

(Volker Schlotmann SPD: Das ist doch Unsinn!)

Interessenskonflikte und Spannungen zwischen Natur-
schutz und Tourismus bedürfen meines Erachtens spezifi-
scher regulatorischer Maßnahmen sowie einer umfassen-
den Abwägung.

Gegenwärtig weist insbesondere das Segelrevier an
der Außenküste Mecklenburg-Vorpommerns große Defizi-
te hinsichtlich der Attraktivität für Wassersportler auf. Hier-
bei ist das größte Problem das unzureichende Hafennetz
entlang der Außenküste, welches die Erreichbarkeit weiter
Bereiche stark einschränkt. Dies führt dazu, daß diese Re-
viere von nicht geübten Seglern gemieden werden oder
nur schwer zu befahren sind und diese an der vorpom-
merschen Küste vorbei gleich nach Dänemark segeln.

Meine Damen und Herren! Das, was vor geraumer Zeit
der WWF gemacht hat, die Segler aufzufordern, die
Küsten Mecklenburg-Vorpommerns zu meiden und gleich
nach Dänemark zu segeln, das halte ich für vollkommen
absurd

(Zuruf von Annegrit Koburger PDS)

und für mehr als entwicklungsfeindlich.

Insbesondere im Bereich der Küstenabschnitte zwi-
schen Wismar und Warnemünde, zwischen Warnemünde
und Barhöft sowie entlang der Außenküsten Rügens und
Usedom ist dies der Fall. Hier beträgt die Länge der
unversorgten Küstenabschnitte zum Beispiel zwischen
Warnemünde und Barhöft beziehungsweise Hiddensee 50
bis 70 Seemeilen. Aus diesem Grunde stellt der Nothafen
für den Ostseesegler und seine Tourenplanung derzeit
eine unverzichtbare Einrichtung dar.

Bereits seit dem Jahre 1990 befaßt sich die Landesre-
gierung mit der Entwicklung der Sportboothäfen an der
Ostseeküste unseres Landes. Zahlreiche Gutachten wur-
den angefertigt, um die Möglichkeit der Errichtung von
Häfen aus Sicht des Küstenschutzes zu analysieren. Hier-
zu zählt unter anderem auch das Gutachten des Leicht-
weis-Institutes vom Januar 1997, welches im Küstenab-
schnitt vor Prerow den Bereich beiderseits der vorhande-
nen Seebrücke als Standort einer künftigen Marina und
Alternative zum Nothafen präferiert. Übrigens, meine Da-
men und Herren, dieses wird von der Gemeinde und dem
Landkreis nicht mitgetragen.

Eine naturschutzfachliche Bewertung dieser und ande-
rer Alternativvorschläge liegt aber bis heute nicht vor. Hier
stellt sich allerdings die Frage, ob die Errichtung eines
Inselhafens, die seitens des BUND gefordert wird, nicht
einen größeren Eingriff in das ökologische Gleichgewicht
darstellt oder überhaupt finanziell realisierbar ist.

Klar ist für mich nur eins: Wir können die Menschen der
Region, die auf einen wirtschaftlichen Aufschwung durch
den Schifftourismus setzen, nicht so lange im Stich lassen,
bis diese noch offenen Fragen geklärt sind. Aus diesem
Grunde ist die öffentliche Nutzung des Nothafens Darßer

Ort notwendig. Sie stellt meines Erachtens aus naturschutzfachlicher Sicht keinen Eingriff dar. Zum einen ist der Nothafen für eine effektive und sinnvolle Nutzung des Seenotrettungskreuzers unabdingbar.

Übrigens, ich kann mir nicht vorstellen, daß bei dem Inselhafen, der dann eine 300 oder 400 Meter lange Seebrücke als Zuwegung hat, bei Windstärke 12 irgend jemand auf den Seenotrettungskreuzer kommt. Hierbei muß auch klar gesagt werden, daß der Nothafen Darßer Ort solange als Standort des Seenotrettungskreuzers genutzt wird, bis ein adäquater Alternativstandort zur Verfügung steht.

Zum anderen stellt eine öffentliche Nutzung des Hafens keinen neuerlichen Eingriff in den Naturhaushalt dar, da durch die Nutzung als Standort des Seenotrettungskreuzers alle ein bis zwei Jahre das Ausbaggern der Wassergraben notwendig ist. Der vom BUND erwähnte „einzigartige dynamische Landwerdungsprozeß“ ist also gegenwärtig nicht existent.

Meine Damen und Herren! Vielen von Ihnen ist sicherlich nicht bekannt, daß der Nothafen im Zeitraum vom 30. April bis 15. Oktober 1996 von über 3.460 Schiffen und im Zeitraum vom 30. März bis 20. Oktober 1997 von über 3.170 Schiffen angelaufen wurde. Die Zahlen verdeutlichen, daß der sogenannte Nothafen von den Schiffsführern aufgrund der langen Strecke zwischen Barhöft und Warnemünde längst als Etappenhafen genutzt wird und genutzt werden muß. Zusätzliche Störungen, die von den Naturschützern immer wieder heraufbeschworen werden, wird es also kaum geben, dafür aber die Chance, Arbeitsplätze in der Region zu erhalten und zu sichern.

Nun zu den rechtlichen Aspekten des vorliegenden Antrages.

Die Nationalparkverordnung des Nationalparks „Vorpommersche Boddenlandschaft“ regelt die Benutzung des Hafens am Darßer Ort als Nothafen. Hier heißt es: „Ausgenommen von den Verboten des Paragraphen 6 ist die Benutzung des Hafens am Darßer Ort als Nothafen.“

Weitere Regelungen wurden in der Hafennutzungsordnung für den Nothafen Darßer Ort vom Wirtschaftsministerium vom 19. Juli 1991 festgelegt. Hier heißt es: „Der Nothafen Darßer Ort ist dazu bestimmt, Wasserfahrzeugen bei widrigen Verhältnissen wie Sturm, Seegang, Eisgang oder bei sonstigen Notfällen vorübergehend als Fluchttort zu dienen.“

Nun läßt sich vortrefflich darüber streiten, ob Segler in Not geraten sind oder nicht. Letztendlich muß diese Entscheidung von dem Schiffsführer aufgrund der jeweiligen Situation selbst getroffen werden.

Wer von Ihnen, meine Damen und Herren, aber schon einmal den Nothafen Darßer Ort anlaufen mußte oder einfach auch mal so anlief, wird festgestellt haben, daß Hafengeld kassiert wird, ohne nach dem vorliegenden Notfall oder einen anderen Grund für das Anlaufen zu fragen. In Gesellschaft mit circa 150 anderen Schiffen wird man lediglich durch einen Aushang beim Hafenmeister darauf aufmerksam, daß man sich in der Kernzone des Nationalparks befindet.

Die Hafennutzungsordnung legt die zweckbestimmte Nutzung des Hafens bis zur Schaffung einer Alternativlösung fest. Mit Schreiben des Umweltministers vom 30. Mai 1994 an den Umweltausschuß wurde darauf verwiesen,

daß durch die Hafenbehörde Dauerliegeregichte zum Beispiel für heimische Haupterwerbsfischer und ein Fahrgastschiff erteilt werden können. Leider ist bis heute von der Hafenbehörde, dem Nationalparkamt Vorpommersche Boddenlandschaft, eine solche Ausnahmegenehmigung nicht erteilt worden. Vielmehr wurden Anträge diesbezüglich trotz umfangreicher Unterstützung der Gemeinde Prerow negativ beschieden. Die in Paragraph 9 der Hafennutzungsordnung hierfür vorgesehene Ausnahmeregelung wird durch die Hafenbehörde unter Bezugnahme des Paragraphen 1 Absatz 1 der Hafennutzungsordnung ausgeschlossen.

Dieses ist sicherlich nicht im Sinne des Verordnungsgewalters und der Akzeptanz des Naturschutzes, sondern führt in einer ungerechtfertigten Weise zur Benachteiligung der Bevölkerung vor Ort. Unter diesen Voraussetzungen kann meines Erachtens auf die Ausnahmeregelung verzichtet werden.

Meine Damen und Herren! Für mich stellt sich die Frage, ob das Nationalparkamt als Hafenbehörde und der WWF als Hafenbetreiber eine umfassende Abwägung der wirtschaftlichen und naturschutzfachlichen Interessen gewährleisten können und wollen. Die Infrastruktur im Hafen Darßer Ort, übrigens insbesondere die Probleme der Entsorgung der anlaufenden Schiffe, und die restriktive Handhabung der Ausnahmegenehmigungsregelung lassen hier berechtigige Zweifel aufkommen.

Meine Damen und Herren! Der Hafen Darßer Ort ist eine Tatsache. Er ist vorhanden, er wird genutzt. Nun gilt es, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß der Nothafen einer öffentlichen Nutzung zur Verfügung steht, bis eine alternative Lösung zum Tragen kommt. Deshalb fordere ich, daß die Hafennutzungsordnung den Tatsachen vor Ort angepaßt und eine naturverträgliche Infrastruktur aufgebaut wird. Weiterhin ist es notwendig, im Rahmen der Erarbeitung eines Großschutzgebietesgesetzes den vorgetragenen Belangen Rechnung zu tragen. Tourismus steht nicht im Widerspruch zum Naturschutz. Vielmehr bilden Landschaft und Natur unseres Landes die Basis für einen nachhaltigen Tourismus, und für den gesamten Bereich der Ostseeküste werden dem Land Mecklenburg-Vorpommern im Wassersporttourismus hervorragende Potentiale bescheinigt.

Meine Damen und Herren! Trotz der in den letzten Jahren vollzogenen Anstrengungen des Landes zur Verbesserung der Infrastruktur bestehen noch immer qualitative und quantitative Ausstattungsdefizite, die beseitigt werden müssen. Nur unter diesen Voraussetzungen kann der Wassersporttourismus an Bedeutung gewinnen und einen wichtigen Beitrag in ökonomischer Hinsicht leisten.

Meine Damen und Herren! Ich will an dieser Stelle noch kurz auf die Alternativen eingehen, die möglich sind. Man hat ja sogar Prinz Charles bemüht und ihm die Prerow-Bucht gezeigt. Ich wage zu bezweifeln, daß ein Inselhafen hier in der Prerow-Bucht auch aus ästhetischen Gesichtspunkten nur ansatzweise die Lösung sein kann.

Was mich zum kompletten Kopfschütteln dann nachher gebracht hat, ist der Vorschlag von Umweltverbänden – wer Prerow ein wenig kennt –, in die alten Prerowströme, ein Feuchtbiotop, eine Marina hineinzulegen, ganz in der Nähe des Hauptstrandzuganges. Die Kosten werden hier auch in Millionengrößenordnungen beziffert.

Ich bin deswegen dankbar dafür, daß die Landesregierung untersucht, daß man drei Dinge miteinander verbinden kann:

Erstens eine Alternativlösung zu einem Etappenhafen zwischen Warnemünde, Hiddensee, Rügen und Barth. Wenn wir den nicht haben, werden wir über eine wassersportliche Entwicklung weder auf Ostseeseite – und jetzt komme ich zum zweiten –, eine Durchstiegsmöglichkeit zum Bodden jemals reden können. Wer die Boddengewässer einigermaßen kennt, seit 1990 haben sich dort nicht mehr oder viel zusätzliche Segler verirrt.

Drittens, meine Damen und Herren, kommt es auf eines an, auf die ökologische Sanierung der Boddengewässer. Seit 30 Jahren ist hier nicht ordentlich saniert worden, und mittlerweile steht der Bodden in Gefahr – wie wir sagen vor Ort –, im Schied zu versanden oder zu verschlickten.

(Zuruf von Dr. Henning Klostermann SPD)

Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Rehberg.

Den vom Abgeordneten Schlotmann als Zwischenruf benutzten Begriff „Das ist doch Unsinn.“ weise ich als unparlamentarisch zurück.

(Eckhardt Rehberg CDU: Ich kriege dafür immer einen Ordnungsruf.)

Ja, wenn er direkt auf die Person gemünzt wäre, wäre es ein Ordnungsruf.

(Eckhardt Rehberg CDU: Ja, ja.)

Aber da es indirekt benutzt worden ist, ist es natürlich eine Zurückweisung, Herr Rehberg.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Ritter von der PDS-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU versucht heute, im Alleingang aus dem Nothafen Darßer Ort einen unbeschränkt schiffbaren öffentlichen Hafen zu machen. Dazu hat der Lotse Herr Rehberg sein Wahlkampfschiff über die Toppen geflaggt, um die Kernzone des Nationalparks zu ändern.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der PDS und Dr. Henning Klostermann SPD – Eckhardt Rehberg CDU: Ich dachte, bei dem Beifall steigt Herr Scheringer ein, der den Mund in Prerow so groß aufgetan hat. – Zuruf von Ministerin Sigrid Keler und Till Backhaus SPD)

Herr Rehberg, ich sage Ihnen jetzt, die PDS wird hier entgegensteuern.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Die Koalition, Herr Rehberg, hatte vier Jahre Zeit, dem Parlament ein Großschutzgebietgesetz vorzulegen und in einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren die Gebote und Verbote in den Nationalparks zu regeln. Das haben Sie nicht zustandegebracht, und nun soll kurz vor

Toresschluß noch schnell der Nothafenstatus aufgeweicht werden.

(Zuruf von der PDS: Nix, nix, nix. – Eckhardt Rehberg CDU: Der weicht von ganz alleine auf.)

Dabei ist die Zielrichtung des Antrages doch ganz klar,

(Eckhardt Rehberg CDU: Na, da bin ich aber gespannt.)

das haben Sie zunächst auch dargestellt. Zunächst soll aus dem Nothafen ein regulärer Hafen werden, um dann im Folgeschritt zu argumentieren, daß ein Alternativhafen nicht mehr nötig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Caterina Muth PDS: Das ist wirklich der Punkt.)

Doch aus naturschutzfachlicher Sicht kann es nur eine Zielstellung geben.

(Eckhardt Rehberg CDU: Da sind Sie bei mir an der falschen Adresse.)

Herr Rehberg, ich habe Sie doch auch nicht laufende Meter unterbrochen. Lassen Sie mich bitte jetzt auch reden.

(Eckhardt Rehberg CDU: Das ist eine interessante Rede, die Sie halten, die förmlich zum Widerspruch reizt. – Dr. Gerhard Poppei PDS: Schriftlich.)

Doch aus naturschutzfachlicher Sicht, Herr Rehberg, kann es nur eine Zielstellung geben: Dort, wo heute der Nothafen ist, muß so schnell wie möglich die Fahrrinne verschwinden und die Küste wieder den natürlichen hydrologischen Bedingungen überlassen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Das heißt nichts anderes, als daß auch der Nothafen dort nicht hingehört.

(Dr. Gerhard Poppei PDS: So ist es.)

Daß er da ist, hat sicher gute Gründe, die haben Sie auch schon dargestellt, denn das ist unbestritten, und das sei dem Antragsteller auch zugestanden, an der Außenküste Fischland Darß-Zingst ist ein Hafen unverzichtbar.

(Angelika Gramkow PDS: Richtig.)

Aus seemannischer Sicht ist ein Nothafen notwendigerweise, aus touristischer Sicht auch ein regulärer Hafen notwendig.

Der Gutachter, der für das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt das Standortkonzept für Sportboothäfen an der Ostseeküste Mecklenburg-Vorpommerns erarbeitet hat, umreißt die Lage wie folgt: „Trotz der ausgedehnten Natur- und Landschaftsschutz- sowie Vogelschutzgebiete im Ostseeküstenraum Mecklenburg-Vorpommerns gibt es an den bestehenden Hafenstandorten überwiegend keine größeren Konflikte mit dem Naturschutz. Eine Ausnahme bildet der Hafen Darßer Ort, der in der Kernzone des Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft liegt und der sich gegenwärtig in der Betreiberschaft des WWF befindet. Der WWF strebt eine Renaturierung des Hafens an und möchte ihn für Wassersportler vollständig sperren. Für den Wassersport ist dieser Hafen jedoch aufgrund seiner Lage und aus Gründen der Sicherheit unverzichtbar. Er bildet die einzige sichere Anlaufmöglichkeit für Sport-

boote an einem rund 60 Seemeilen langen ungeschützten Küstenabschnitt.“

Das ist sicherlich richtig und gilt solange, wie dort keine Ersatzlösung geschaffen ist. Dazu wird im Gutachten festgestellt: „Konkrete, hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit realistische Planungen, die einen Ersatz für den Hafen Darßer Ort bieten würden, sind nicht erkennbar. Eine Aufgabe des Hafensstandortes Darßer Ort erscheint daher aus heutiger Perspektive nicht vertretbar.“

(Eckhardt Rehberg CDU: Da haben Sie eine falsche Perspektive.)

Das ist ein Gutachten der Landesregierung – also, ich weiß nicht, wovon Sie reden.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg CDU)

Dort heißt es weiter: „Der Hafen sollte weiterhin als Wasserwanderrastplatz mit einer auf eine Übernachtung eingeschränkten Aufenthaltsdauer für alle Wassersportler zur Verfügung stehen.“

Also es wird keinesfalls für die Änderung der Hafennutzungsverordnung des Nothafens Darßer Ort plädiert. Dort ist geregelt, daß der Nothafen dazu bestimmt ist, bei widrigen Verhältnissen bis zum nächsten Morgen um 11.00 Uhr als Zuflucht zu dienen, sofern das Anlaufen eines anderen Hafens dem Schiffsführer nicht als zumutbar erscheint. Notfall wird hier in der Praxis großzügig so ausgelegt, daß ein Notfall auch besteht, wenn ein nächster Hafen zur Übernachtung nicht erreichbar ist. Daran sollte auch aus unserer Sicht nicht Anstoß genommen werden, und schon gar nicht sollte das ein Argument sein, die uneingeschränkte öffentliche Nutzung des Hafens zu fordern.

Sehr interessant ist auch das Votum der Segler, die den Hafen anlaufen. Nach einer Befragung des WWF sprachen sich von ihnen nur ein Viertel für die Öffnung des Nothafens aus, während drei Viertel der Segler einen Alternativhafen befürworten. Das ist eigentlich auch nicht verwunderlich, da Segler durchaus eine intakte Natur lieben. Folglich dient auch dieser Antrag nicht den Segeltouristen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Lassen Sie mich, nachdem ich auf die naturschutzfachlichen und hafenspezifischen Belange eingegangen bin, noch etwas zu den wirtschaftlichen Belangen sagen.

Mir ist es unverständlich, warum die Gemeinde Prerow nicht mit aller Macht versucht, vor ihrem Ort einen alternativen Hafen, zum Beispiel in Form eines Inselhafens, zu bekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg CDU)

Der touristische Nutzen wäre doch ungleich höher als mit einem Nothafen, der sich fünf Kilometer von der Ortsmitte befindet und dessen Service nichts mit einem touristischen Angebot zu tun hat und auch wegen der Lage nicht haben kann, sondern notdürftig im wahrsten Sinne des Wortes ist und bleiben muß.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg CDU)

Ferner ist es auf Dauer auch unbezahlbar, den ständigen Kampf gegen die Natur zu führen und Jahr für Jahr erhebliche Sandmengen abzubaggern, um die Fahrrinne freizuhalten, wohlwissend daß der Aufwand von Jahr zu Jahr steigen wird.

(Unruhe bei Eckhardt Rehberg CDU)

Abschließend will ich klarstellen, was die Umsetzung des CDU-Antrages bedeuten würde. Dieser Antrag fordert die Landesregierung auf, die Nothafenverordnung zu ändern. Das wird aber nicht ausreichen, um dem Antrag Genüge zu tun, denn eine allgemeine öffentliche Nutzung widerspricht der Verordnung über den Nationalpark „Vorpommersche Boddenlandschaft“. Dort heißt es nämlich unter Paragraph 6 Absatz 1 Punkt 2: „Insbesondere ist es verboten, ... Küsten, Seeufer, natürliche Wasserläufe und Wasserflächen, deren Ufer sowie den Wasserablauf zu verändern ...“ Als Ausnahme gilt nach Paragraph 7 Absatz 1 Punkt 7 nur „die Benutzung des Hafens am Darßer Ort als Nothafen“.

Damit fordert der Antrag die Landesregierung auf, auch die Nationalparkverordnung zu ändern. Beides ist der Landesregierung schon lange durch geltende Verordnungsermächtigungen möglich, und wir sind froh, daß dies bislang nicht geschehen ist.

(Eckhardt Rehberg CDU: Aha.)

Es ist geradezu widersinnig, Herr Rehberg, daß der Ministerpräsident dieses Landes den Vater der Nationalparke, Professor Succow, zur Würdigung der Auszeichnung mit dem Alternativen Nobelpreis ins Schloß einlädt und Sie gleichzeitig in Ihrer Stube sitzen und einen solchen Antrag schreiben.

(Beifall bei der PDS und Abgeordneten der SPD – Till Backhaus SPD: Der Minister für Naturschutz gibt ja auch bald wieder 'nen Empfang, habe ich gehört. Er gibt sich die Ehre. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ja.

Paragraph 21 des Entwurfs des Landesnaturschutzgesetzes sagt: „Nationalparke und Biosphärenreservate werden durch Gesetz errichtet.“

So wollen wir es in Zukunft beschließen, und bis zur Verabschiedung eines Gesetzes über die Errichtung des Nationalparkes „Vorpommersche Boddenlandschaft“ sollen Schutzziel und Schutzzumfang unverändert erhalten bleiben und keineswegs Lobbyisten im Wahlkreis von Herrn Rehberg zum Opfer fallen. – Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke schön, Herr Ritter.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Klostermann von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Her ning Klostermann SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe selten so einen Rundumschlag, der auch unsere Verfassung und das Grundgesetz einschließt, gegen den Naturschutz erlebt wie heute durch den Einbringer dieses Antrages.

(Beifall bei SPD und PDS)

Es ist ein Zeugnis von Ignoranz und von Unsachkenntnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Caterina Muth PDS: Ja.)

Da schon sehr viel gesagt wurde zu den naturschutzrechtlichen Dingen durch meinen Vorredner Herrn Ritter, will ich nur noch mal ganz kurz darauf verweisen, daß es

bereits 1962 einen rechtswidrigen Eingriff gegeben hat, als man diesen Hafen angelegt hat, und daß diese militärische Altlast in diesen sieben Jahren hätte bewältigt werden müssen. Leider ist aber ursprünglich nicht vorgesehen worden, daß man in zwei bis drei Jahren den Hafen schließt. Wir brauchen – und da stimme ich Ihnen zu, Herr Rehberg – so etwas wie einen Etappenhafen, aber eigentlich noch mehr, nicht nur einen Etappenhafen. Wir haben auch andere Klientel als Segler. Aber niemand hat diese Alternative vorbereitet. Das will ich hier noch mal feststellen.

(Eckhardt Rehberg CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht, Herr Klostermann! Sie haben sich für dieses Thema nie interessiert, niemals!)

Sieben Jahre, Herr Rehberg! Sieben Jahre! Und ich möchte jetzt einmal darauf eingehen, daß dieses Versäumnis oder besser dieses Verschlafen

(Eckhardt Rehberg CDU: Sie sind doch derjenige, der dagegen opponiert hat!)

durch die erste Wahlperiode und auch jetzt immer wieder zu Konfrontationen geführt hat, Herr Rehberg, die wir nur durch solche Anträge schüren.

(Eckhardt Rehberg CDU: Also ein bißchen sollte man das Benehmen noch wahren.)

Und ich will hier feststellen: Ich will gar nichts weiter zu dem Naturschutz sagen, denn ich denke, das wäre schon ein Scherbenhaufen des Naturerbes, wenn wir diesem Antrag stattgeben. Und es wäre eine nationale Schande!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Siegfried Friese SPD –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg CDU)

Ich möchte vielmehr neben dem genannten ökologischen Unsinn auch belegen, daß es sich um ein ökonomisch unsinniges, nicht regionales und nicht rationales Projekt handelt, um ein Pseudoprojekt. Eingangs möchte ich die Klammerfunktion wie folgt erwähnen. Der Aufbau und die Sicherung des Nationalparks „Vorpommersche Boddenlandschaft“ einschließlich und besonders der hochsensiblen Kernzone könnte als Gesamtauftrag bei Herausnahme eines Hafens – Herr Ritter hat das angedeutet, Nullsetzung des Naturschutzgebietes und Anzeige bei der EU in Brüssel – mit landseitiger Infrastruktur nicht mehr erfüllt werden. Das Land Mecklenburg-Vorpommern müßte – und jetzt hören Sie bitte genau zu – mit der Rückforderung von EU-Mitteln in Höhe von 5 Millionen DM rechnen,

(Eckhardt Rehberg CDU: Hören Sie doch auf mit solchen Horrorszenarien!)

die 1992 bis 1997 dort investiert wurden.

(Eckhardt Rehberg CDU: Es ist doch unwahr, was Sie hier erzählen, komplett unwahr!)

Um es klar zu wiederholen, die vorgesehene öffentliche Nutzung bedeutet für das Land die Übernahme einer Liegenschaft vom Bund. Dieses bedeutet weitreichende Konsequenzen:

Erstens. Erstmals würde in den neuen Bundesländern eine restriktive Flächendiskussion zu Nationalparks losgebrochen. Das entspräche einer Imageschädigung.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg CDU)

Zweitens. Auf das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern kämen wirtschaftliche Belastungen und Risiken zu, die Kettenreaktionen auslösen.

(Eckhardt Rehberg CDU: Oooh!)

Ja, man muß sich damit beschäftigen, Herr Rehberg.

(Zurufe von der CDU)

Drittens. Der gegenwärtig konsequent und vom Wirtschaftsministerium als tadellos geführt eingeschätzte Nothafen würde seinen Betreiber, den WWF, verlieren. Was das bedeutet, darauf werde ich noch eingehen.

(Eckhardt Rehberg CDU: Ja, Herr Klostermann, da gehen Sie mal hin im Sommer, was da los ist!)

Ja, wann waren Sie das letzte Mal da?

Viertens. Die Zufahrt zum Nothafen ist nautisch diffizil, das heißt, permanent muß der Seenotrettungskreuzer Boote von den Untiefen retten.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg CDU:
Permanent, hal)

Und diese Boote werden meist zum Seenotfall, weil sie den Nothafen anlaufen. Das ist die Umkehr der eigentlichen Zielfunktion.

(Ministerin Sigrid Keler: Ja, stimmt.)

Eine Zufahrt zum Etappenhafen für die Segler hieße die Frequenz des Einlaufens zu steigern, aber die Risiken des Einlaufens mit dem Faktor 1,5 oder 2 zu verstärken. Auch erfolgreiche Rettungsaktionen würden minimiert werden.

(Zuruf von Till Backhaus SPD –
Unruhe bei Caterina Muth PDS)

Fünftens. Nach der Saison 1994 kündigte die Versicherung des WWF wegen des hohen Haftungsrisikos,

(Harry Glawe CDU: Ja, Bedenkenträger haben wir schon mehr als genug gehabt.)

und seitdem trägt das Land das Unfallrisiko für diesen Hafen. Und was passiert eigentlich dann, nachdem das Land hier wirklich in einen solchen Fall tritt

(Eckhardt Rehberg CDU:
Was heißt in einen Fall?)

und die Versicherung eingehen sollte? Was passiert mit dem Landeshaushalt?

Erhebliche Folgekosten resultieren aus der Sanierung, die unbedingt erforderlich ist – Sie kennen das ja angeblich –, um Sicherheitsstandards garantieren zu können. 1996 mußte die Südmole für 300.000 DM Landesmittel saniert werden.

(Zuruf von Harry Glawe CDU)

Jährlich entstehen darüber hinaus rund 200.000 DM Baggerkosten bei einer Öffnung – davon spreche ich jetzt – aus der bekannten Sedimentdynamik, die in Zukunft auch wachsen wird.

(Eckhardt Rehberg CDU: Herr Klostermann, Sie müssen den Hafen sowieso offenhalten.)

Zur Zeit trägt dies der Bund, da es sich um eine Bundeswasserstraßenunterhaltung handelt.

(Eckhardt Rehberg CDU: Wer wird denn das ändern wollen? Wollen Sie das ändern?)

Wir wissen, daß diese Baggerungen kostenmäßig nur noch beschränkt durchgeführt werden können.

(Eckhardt Rehberg CDU: Kostenmäßig!
Das muß immer für den Seenotrettungsdienst
offengehalten werden. – Götz Kreuzer PDS:
Der Seenotrettungsdienst muß auslaufen können.)

Fragen Sie doch mal nach beim Wasser- und Schifffahrtsamt!

Ich möchte noch etwas zu den Betriebskosten sagen, die heute teilweise der WWF trägt. Es handelt sich dabei um Personal, Öffentlichkeitsarbeit und so weiter.

(Eckhardt Rehberg CDU:
Wozu brauchen wir denn noch
Öffentlichkeitsarbeit für den Nothafen?)

Es handelt sich um Abwasser, Müll und Hafenmeisterbeschäftigung. Zur Zeit ist es so, daß das Wirtschaftsministerium hier die Einnahmen tätigt,

(Lutz Brauer CDU: Das ist doch Eulenspiegelerei!)

und das ist relativ kostendeckend, aber nur für den Fall, daß WWF hier der Betreiber ist.

(Eckhardt Rehberg CDU: Ja.)

In der Bilanz entfallen gegenwärtig zur Betreuung des Nothafens rund 500.000 DM auf die Steuerzahler. Nach Abzug der Hafengebühren als Einnahme und der durch WWF getragenen Betriebskosten in Höhe von 65.000 DM ist dies der Fall. Die Nationalparkverwaltung trägt etwa 75.000 DM und das Wirtschaftsministerium 300.000 DM.

Folgekosten für vielseitig nutzbare Liegeplätze – Sportboote, Fahrgastschiffe, Seenotrettung, Berufsfischer – mit erforderlicher Infrastruktur wie Reparaturservice, Gastronomie, Versorgung, Post, Unterkunft, Straßen, Wege, Leitungen zur wirtschaftlichen Betreuung würden mittels Bebauung und Zufahrtsbaggerung immens wachsen. Schätzungen gehen auf zweistellige Millionenbeträge.

Die Öffnung würde demnach keine Probleme lösen, aber zusätzliche Kostenprobleme schaffen. Informationen aus der Bevölkerung vor Ort sagen, es gibt große Zweifel an der Wertschöpfung, an Einnahmen aus der öffentlichen Nutzung, am mehrere Kilometer entfernten Standort Nothafen Darßer Ort.

(Eckhardt Rehberg CDU: Mit wem haben Sie denn da gesprochen, Herr Klostermann?
Reden Sie mal mit dem Bürgermeister!)

Die Vermarktung der Zuwege nach Prerow wäre nicht im Sinne der Einwohner, da der Region abträglich.

(Eckhardt Rehberg CDU: Herr Klostermann, der gehört nicht Ihrer Partei an.)

Die Gemeinde steht nicht hinter diesem suspekten Projekt.

(Eckhardt Rehberg CDU: Nicht?)

Herr Ritter hat schon zu dieser Seglerbefragung Ausführungen gemacht,

(Eckhardt Rehberg CDU: Woher haben Sie das denn schon wieder? Ich kenne da ganz andere. – Dr. Gerhard Poppei PDS:
Bitte kein Zwiegespräch, das stört!)

und es ist so, daß 70 Prozent der Befragten –

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg CDU)

das sind Segler im Nothafen Darßer Ort, darum geht es jetzt – gern auf den Nothafen Darßer Ort in der Kernzone verzichten

(Eckhardt Rehberg CDU: Das ist doch normal bei den Bedingungen. Da kann er doch faseln.)

und sich eine Alternative wünschten, einen Alternativhafen,

(Eckhardt Rehberg CDU:
Ja, Sie schaffen die Alternative.)

und zwar im Bereich Prerow und Zingst.

Es gibt einen signifikanten Rückgang der Hafennutzer um etwa 10 Prozent. 70 Prozent der knapp 3.000 Sportboote nutzten 1997 den Nothafen nicht als Zufluchtsort, sondern nur als Etappenhafen. Das muß man auch mal so sehen.

Eine bessere Problembeschreibung gibt es nicht, und ich frage Sie, welche Klientel hier überhaupt bedient werden soll. Was für Vorteile ergeben sich für Prerow?

(Eckhardt Rehberg CDU: Kommen Sie mal mit zur Einwohnerversammlung, Herr Klostermann! Da können Sie das auch alles erzählen, was Sie jetzt ablassen.)

Und wer trägt die Kosten dieser Altlast, diesen ökologischen Unsinn zu subventionieren? Was würde dazu der Landesrechnungshof meinen?

(Eckhardt Rehberg CDU: Oooh! Der wird jetzt auch noch eingeschaltet.)

Außer einigen Pommers-frites-, Eis- und Kiosksubkulturen würde hier nichts passieren. Segler wie auch Karawans oder Wohnmobile und so weiter sind bekanntlich nicht geeignet, Arbeitsplätze boomen zu lassen.

(Beifall Beate Mahr SPD)

In der Bilanz, denke ich, es handelt sich um einen Casus belli mit der Natur und ein Waterloo für die anliegenden Gemeinden, und es handelt sich insgesamt um eine Krücke für die maritime Wirtschaft, wenn man diesem Antrag in dieser Form folgt. Er ist hochgradig unseriös und verschweigt Folgekosten und Risiken. Er verschärft den dringend zu pflegenden Dialog zwischen Nutzern und Schützern. Und wenn ich daran denke, daß Strömungen im Küstenbereich, der Sedimenthaushalt und der Kernzonenchutz hier ignoriert werden, ignoriert zugunsten plakativer Lösungen, dann ist summa summarum – Ähnliches wurde vorhin schon erwähnt – das Wahlgeschenk eines Landtagsabgeordneten eine Seifenblase, die zerplatzt.

Ich möchte Ihnen nur noch eins sagen. Wir sind hier nicht als Verhinderer angetreten für eine Lösung in dieser Region.

(Steffie Schnoor CDU: Klar!)

Ich hatte vorhin schon gesagt, wir brauchen einen komplexen Hafen für Fischer, Fahrgastschiffe, Seenotkreuzer und Sportboote, der wirtschaftlich betrieben werden kann. Und eine Lösung könnte es im Bereich Prerow sein. Dieses sehen wir auch, das ist möglich. Leider gibt es viele Versäumnisse. Wir sollten auch nicht utopischen Durchstichplänen folgen, sondern bis zur Realisierung einer solchen Alternativlösung – zwei bis drei Jahre wären möglich – sollte der Status quo erhalten bleiben. Dann könnte man

auch den Nothafen schließen, und er könnte zurückgebaut werden.

Die SPD-Fraktion wird diesen Antrag mit einem konstruktiven Ausblick, wie ich ihn eben gegeben habe, ablehnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Harry Glawe CDU)

Vizepräsident Johann Scherfing: Danke, Herr Dr. Klostermann.

Das Wort hat der Abgeordnete Nitz von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Thomas Nitz CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vielleicht überdenken Sie ja, Herr Dr. Klostermann und Herr Ritter, noch einmal, ob Sie diesen Antrag tatsächlich ablehnen werden. Ich möchte vorweg erklären, ich sehe das nicht als Wahlkampfthema. Es ist der Hafen. Der Nothafen Darßer Ort ist ein Mosaiksteinchen

(Zuruf von Dr. Henning Klostermann SPD)

in den Beschränkungen aus dem gesamten Nationalpark, die gerade jetzt zum Tragen kommen.

(Caterina Muth PDS: Und alle Jahre wieder.)

Meine Damen und Herren, das Wasser ist frei. Und für die Schifffahrt gilt der Grundsatz der Sicherheit und der Leichtigkeit. Herr Dr. Timm, Frau Gramkow, Herr Schlotmann, Sie alle müßten das eigentlich wissen, daß der Grundsatz der Sicherheit und der Leichtigkeit gilt.

(Dr. Gottfried Timm SPD: Mit Leichtigkeit stimmt aber nicht immer. – Zuruf von Angelika Gramkow PDS)

Der Grundsatz der Leichtigkeit stimmt immer, weil Wasser immer keine Balken hat, sagen wir mal so. Ein Etappenhafen im Bereich Darßer Ort ist also schon aufgrund der Geographie notwendig. Ein Nothafen ist nicht ausreichend aus den vorgenannten Gründen.

Die beschriebenen Probleme des Anlaufens des Hafens halte ich für etwas an den Haaren herbeigezogen. Ich kenne den Hafen. Er ist nicht wesentlich schwerer anzulaufen als andere Häfen in diesem Bereich. Die Zufahrten sind überall ähnlich. Und daß sich gerade die Charterflotten dann öfter mal festfahren, na ja, Gott, das ist sicherlich nicht das Drama.

(Zuruf von Dr. Henning Klostermann SPD)

Ich denke, an die Schwierigkeiten zum Beispiel bei der Zufahrt zu Gezeitenhäfen kommt das lange nicht heran.

Kapazitätsprobleme, die auch angesprochen werden, sind hier nicht das Thema. Hier geht es um den Status, und es geht darum,

(Andreas Bluhm PDS: Ein Nothafen ist okay.)

daß man hier auch Limits setzen kann, so daß die Funktion als Nothafen durch die Doppelfunktion als Etappenhafen nicht beeinträchtigt werden muß.

Ich will Ihnen mal noch etwas sagen. Die Stimmung der einheimischen Wassersportler und der Bewohner im Nationalpark läßt sich am besten wie folgt beschreiben. Man sagt, früher waren wir hier eingesperrt, jetzt werden wir ausgesperrt.

(Dr. Henning Klostermann SPD:
Wer hat Sie denn darüber aufgeklärt?)

Das betrifft die Bewegungsfreiheit im Nationalpark insgesamt. Und das ist auch mehr als verständlich, wenn man die entsprechenden Karten und auch die Bestimmungen und Regulierungen betrachtet, die sich sogar teilweise widersprechen. Ich denke mal an ein Beispiel, und das ist die Ausweisung von Ankerplätzen. Die Wassersportler sind dem Bundeswasserstraßengesetz, der Seeschiffahrtsverordnung,

(Zuruf von Dr. Henning Klostermann SPD)

der Binnenschiffahrtsverordnung, der Befahrensverordnung, der Nationalparkverordnung, dem Fischereigesetz und der Fischereiverordnung für Nationalparke gleichzeitig unterworfen. Wasserschutzpolizei, Polizeistationen, einige Gemeinden, wie zum Beispiel Hiddensee und das Nationalparkamt strafen bereits kräftig ab. Das ist die Situation, und daraus resultiert auch eine ganze Menge Frust.

(Dr. Henning Klostermann SPD:
Was haben Sie denn dagegen getan?)

Einige, ich meine zugereiste Experten – die können einfach nicht von hier sein – und grüne Fundamentalisten erklären in unheimlicher Arroganz Wassersportler zum Feindbild. Sie erklären Menschen zum Feindbild, die die Natur nutzen,

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Annegrit Koburger PDS: Quatsch!)

die Erholung suchen, die einfach ihre Heimat erleben wollen.

(Zuruf von Dr. Henning Klostermann SPD)

Und da entgegne ich, Wassersportler sind in erster Linie Naturschützer.

(Caterina Muth PDS: Niemand hat hier etwas anderes behauptet. Sie sind im falschen Film!)

Das ist ganz natürlich, weil ich als Wassersportler die Natur erleben will. Das ist ja auch nicht zuletzt bewiesen dadurch – sehen Sie sich die blauen Wimpel der Sportvereine an, gucken Sie sich die Initiative fast aller Wassersport- und Angelvereine „Wassersport pro Natur“ an – und durch die Tatsache, daß gerade, wenn sie Jugendsport organisieren, ich weiß das aus eigener Erfahrung, den Kindern immer auch ein Verhältnis zur Heimat und zur Natur vermittelt wird.

Und wenn man sich dann hinter den kommenden Generationen versteckt, dann muß man dazu sagen, daß es zuallererst einmal notwendig ist, daß den Kindern die Möglichkeit eröffnet wird, Natur auch zu erleben.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS)

Und in der Vernichtung von Akzeptanz wird der Natur langfristig ein weitaus größerer Schaden angetan.

(Andreas Bluhm PDS: Wieviel Kinder sind denn auf den Schiffen?)

Kein Mensch versteht das Theater um den Hafen Darßer Ort,

(Andreas Bluhm PDS: Wieviel Kinder sind auf den 3.000 Schiffen?)

wenn ein paar Meter weiter im Regenbogencamp Tag und Nacht die Luft brennt.

(Dr. Henning Klostermann SPD:
Was haben Sie dagegen getan?)

Herr Dr. Klostermann und Herr Ritter, Sie haben gesagt, 70 Prozent der Segler würden möglicherweise auf den Hafen verzichten.

(Zuruf von Harry Glawe CDU)

Aber sie können nur dann darauf verzichten – und das werden sie Ihnen auch ganz deutlich gesagt haben –, wenn sofort und in der Nähe eine Alternative geschaffen wird,

(Caterina Muth PDS: Aber Sie haben doch jetzt sieben Jahre Zeit gehabt! Sie haben doch nichts gemacht!)

das heißt, bis zur Schaffung einer Alternative ist dieser Hafen unabdingbar notwendig aus den vorgenannten Grundsätzen der Sicherheit und der Leichtigkeit.

(Dr. Henning Klostermann SPD: Aber doch keine Öffentlichkeit! – Peter Ritter PDS:
Nur solange, bis die Alternative geschaffen ist.)

Wir waren auch auf der Straße, das sage ich noch mal ganz deutlich. Das Wasser ist frei, und kein Mensch versteht,

(Annegrit Koburger PDS: Das denken Sie aber nur! Da gibt's die Seerechtskonvention international. – Zuruf von Angelika Gramkow PDS)

daß nun mit einem Mal gerade die Wassersportler hier im grünen Fadenkreuz stehen. Ich darf auch für die Wassersportverbände hier erklären, daß wir uns dagegen zur Wehr setzen werden!

(Beifall Dr. Ulrich Born CDU)

Versuchen Sie doch mal, die Klischees beiseite zu lassen! Denken Sie vielleicht daran, daß Frau Simonis in Schleswig-Holstein erklärt hat, daß Naturschützer und Wassersportler schlicht und ergreifend naturgemäß Partner sind.

(Siegfried Friese SPD: Das ist ja auch richtig. – Zuruf von Annegrit Koburger PDS)

Es sagt ja auch gar keiner etwas anderes. Natürlich müssen Alternativen geprüft werden. Jedoch bis eine davon realisiert wird, muß dieser Hafen Darßer Ort Etappenhafen werden

(Till Backhaus SPD: Zum Nothafen!)

und bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Nitz.

Frau Koburger, den Begriff „Quatsch“ bei Ihrem Zwischenruf weise ich als unparlamentarisch zurück.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3772. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Danke.

(Andreas Bluhm PDS: Oh, oh!)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Es gibt keine.

(Heidmarie Beyer SPD: Gut.)

Danke. Bei Zustimmung durch die CDU-Fraktion und Ablehnung der SPD- und PDS-Fraktion

(Till Backhaus SPD: Nee, nee, und den Minister für Landwirtschaft und Naturschutz von der CDU. Das muß schon dokumentiert sein. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

sowie durch den Minister für Landwirtschaft und Naturschutz ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 2/3772 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt:** Beratung des Antrages der Fraktion der PDS – Schiffsbesetzungsverordnung, Drucksache 2/3234, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 2/3790. Hierzu liegt Ihnen ein Ergänzungsantrag der Abgeordneten Steffie Schnoor, Dr. Ulrich Born und Paul-Friedrich Leopold, Fraktion der CDU, und der Abgeordneten Rainer Beckmann, Dr. Manfred Reißmann, Claus Gerloff und Reinhard Dankert, Fraktion der SPD, auf Drucksache 2/3820 vor.

**Antrag der Fraktion der PDS:
Schiffsbesetzungsverordnung
– Drucksache 2/3234 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses
– Drucksache 2/3790 –**

**Ergänzungsantrag der Abgeordneten
Steffie Schnoor, Dr. Ulrich Born, Paul-
Friedrich Leopold, Fraktion der CDU,
und der Abgeordneten Rainer Beckmann,
Dr. Manfred Reißmann, Claus Gerloff und
Reinhard Dankert, Fraktion der SPD
– Drucksache 2/3820 –**

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Leopold von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Paul-Friedrich Leopold CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben jemanden vergessen. Frau Schnoor hat diesen Antrag auch mit unterschrieben.

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Heidmarie Beyer SPD: Das hat er gesagt. –
Till Backhaus SPD: Das hat er doch gesagt.)

Vizepräsident Johann Scheringer: Herr Abgeordneter, das habe ich vorgelesen.

Paul-Friedrich Leopold CDU: Oh, dann habe ich es nicht gehört. Entschuldigen Sie.

Wir haben am Ende des vergangenen Jahres auf Antrag der PDS über die Novellierung der Schiffsbesetzungsverordnung hier im Plenum gesprochen und dann diesen Antrag in den Wirtschaftsausschuß überwiesen. Meine Kollege Dr. Born hat in der damaligen Aussprache deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir eine gänzliche Ablehnung der Schiffsbesetzungsverordnung für wenig

sinnvoll halten, denn unsere Argumentation von damals zielte darauf, daß die Novellierung dieser Verordnung eben nur ein Bestandteil in einem ganzen Maßnahmenbündel ist, das zur Sicherung der deutschen Seeschifffahrt in Angriff genommen werden kann.

Wir haben dann im Wirtschaftsausschuß diese Problematik eingehend erörtert und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß zur Schiffsbesetzungsverordnung in der Tat noch Nachbesserungsbedarf besteht. Aus diesem Grund hat Ihnen der Wirtschaftsausschuß mit der vorliegenden Beschlußempfehlung eine Änderung des ursprünglichen Antrages vorgelegt, zu dem wir zunächst um Ihre Zustimmung bitten.

Gerade Mecklenburg-Vorpommern soll und muß die Chancen, die es als Küstenland mit stark maritimer Prägung hat, noch stärker als bisher nutzen. Eine Voraussetzung für die Nutzung dieser Chancen ist allerdings die Sicherung und weitere Schaffung einer hohen fachlichen Kompetenz in diesem Bereich, denn nur so können Wettbewerbschancen erhalten und ausgebaut werden.

Als Kernelement solcher Kompetenz sind sicher ohne Frage Ausbildungsangebote zu werten, die das Heranwachsen eines qualifizierten Nachwuchses sichern. Die Sicherstellung entsprechender Ausbildungsangebote ist offenkundig wesentliche Voraussetzung für ein der Zukunft gewachsenes Seepersonal.

Diese Frage ist allerdings im Wirtschaftsausschuß angesichts der intensiven Diskussion um die Schiffsbesetzungsverordnung und deren Auswirkungen zugegebenermaßen etwas untergegangen. Wir halten aber eine derartige Novellierung in Zeiten, in denen lebenslanges Lernen postuliert wird und steigende Anforderungen an Wissen und Kenntnisse in allen Lebenslagen an der Tagesordnung sind, für das falsche Signal. Aus diesem Grund ist Ihnen ein aktueller Ergänzungsantrag zur Beschlußempfehlung vorgelegt worden, für den wir um Ihre Zustimmung bitten.

Ich muß noch eins ergänzen. Dem Leser wird aufgefallen sein, daß die Drucksache 2/3820 datiert ist mit dem 14.04. Wir haben heute den 15.05.

(Dr. Ulrich Born CDU: Den 14.05.)

14.05., ja.

Ich möchte Sie bitten, das dann zu ändern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Leopold.

Das Wort hat der Abgeordnete Dankert von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Reinhard Dankert SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wurde angemahnt, es kurz zu machen. Die Anträge liegen vor. Wir bitten um Zustimmung, und wir erwarten natürlich auch als SPD-Fraktion von unserem Wirtschaftsminister, daß er sich in diesem Sinne im Bundesrat am 29.05. verhält. Ich denke, da steht einiges für unser Land auf dem Spiel.

(Beifall Gerlinde Schnell SPD)

Wir denken, da hat er uns Sozialdemokraten an seiner Seite.

Wir bitten also auch um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Gerhard Bartels PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da wir uns ja alle so furchtbar einig sind, wenn auch auf dem kleinsten möglichen Nenner, will ich es ebenfalls relativ kurz machen. Aber ein paar Bemerkungen will ich Ihnen trotzdem nicht ersparen.

(Volker Schlotmann SPD: Das dachten wir uns.)

Sie wissen wahrscheinlich wie ich, daß es inzwischen sehr knapp geworden ist mit der Einflußnahme auf die notwendigen Veränderungen. Ich will Sie nur noch mal daran erinnern – es wurde eben schon mal gesagt –, der Antrag stammt aus dem November, und wenn dieser Landtag sich manchmal zu einer bißchen zügigeren Arbeitsweise, ich sage das mal ganz vorsichtig, entschließen würde, hätten wir auch mehr Zeit gehabt, um einzugreifen und zu helfen. Das zum Punkt 1.

Punkt 2. Unsere Fraktion stimmt diesem Änderungsantrag natürlich zu, und zwar aus der Sache heraus, weil es unbedingt nötig ist, daß der Landtag hier deutlich sagt: So kann das mit der Novellierung der Schiffs-offiziersausbildungsverordnung nicht gehen. Ich will aber trotzdem sagen, daß ich doch ein bißchen verwundert bin. Ausgangspunkt für diesen Änderungsantrag ist ein Gespräch der drei hochschulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher dieses Landtages mit einem Vertreter der Studentenschaft aus Warnemünde, der auch jetzt extra zu diesem Tagesordnungspunkt hierhergekommen ist. Gestern haben wir uns darüber verständigt, daß wir etwas tun müssen, und heute früh war es eigentlich noch abgesprochen, daß wir gemeinsam, alle drei Fraktionen, etwas versuchen.

(Beifall Volker Schlotmann SPD)

Ich entnehme der überraschenden Vorlage eines Antrages dieser Abgeordnetengruppe, über dessen Abwandlung wir nicht informiert worden sind, die Tatsache, daß irgend jemand befürchtet, Pickel zu kriegen, wenn wir mit auf dem Antrag stehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir bekommen keine Pickel, wenn wir trotzdem zustimmen, weil es in der Sache wichtig ist, daß wir hier als Landtag ganz eindeutig sagen: So darf es nicht sein!

Und eine dritte Bemerkung will ich machen: Mit dieser heutigen Zustimmung und dieser gemeinsamen Abstimmung sowohl zur Schiffsbesetzungsverordnung als auch zur Schiffs-offiziersausbildungsverordnung darf es nicht getan sein. Ich möchte Sie alle auffordern, die Aktivitäten, die auch von den Betroffenen unternommen werden, tatkräftig zu unterstützen, damit es uns wirklich gelingt, die notwendigen Änderungen herbeizuführen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johann Scheringer: Danke, Herr Dr. Bartels.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Wirtschaftsausschuß empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 2/3790, den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 2/3234 in der Fassung der Beschlussempfehlung anzunehmen.

Zur Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses liegt Ihnen ein Ergänzungsantrag auf Drucksache 2/3820 vom 14.05.1998 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Ergänzungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Bei zwei Stimmenthaltungen der PDS-Fraktion und ansonsten Zustimmung ist der Ergänzungsantrag auf Drucksache 2/3820 angenommen.

Wer der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses mit den sieben beschlossenen Ergänzungen zuzu-

stimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei drei Stimmenthaltungen der PDS-Fraktion und ansonsten Zustimmung ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 2/3790 mit den beschlossenen Ergänzungen auf Drucksache 2/3820 angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluß der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Dienstag, den 23. Juni 1998, 14.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Heimfahrt und ein angenehmes Wochenende.

(Dr. Arnold Schoenenburg PDS:
Ja, das wird es auch.)

Schluß: 19.28 Uhr

Entschuldigt fehlten die Abgeordneten Dr. Gerd-Peter Bartsch und Reinhardt Thomas.

